DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 30 / 45. Jahrgang
22. Juli 1991
4,50 DM

Menschen nach Plan

Eingriff ins Erbgut

DIE BÖRSEN-ZOCKER
Finanzkrimi in Frankfurt

146-107

BENSON & HEDGES

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält: 1,1 mg Nikotin und 14 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung Betr.: SPIEGEL, Afghanistan

Vorige Woche schlug Herausgeber Rudolf Augstein seinen Mitgesellschaftern vor, den Wirtschaftsressort-Chef des SPIEGEL, Dr. Wolfgang Kaden, 51, zum Chefredakteur – gemeinsam mit Hans Werner Kilz – zu berufen. Volkswirt Kaden hatte 1967 in Köln über "Das nigerianische Experiment, Demokratie und nationale Integration in einem Drittweltland" promoviert und war dann Persönlicher Referent des Düsseldorfer Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler gewesen. 1968 trat er, zuständig für Afrika und Nahost, in die Auslandsredaktion des SPIEGEL ein, 1973 wurde er Co-Chef des Bonner Büros, am 1. Januar 1979 übernahm er das Wirtschaftsressort in Hamburg, das die Machenschaften einst so angesehener Firmen wie Neue Heimat und co op enthüllte. Zu Kadens Interview-Partnern gehörten Muammar el-Gaddafi und Nahum Goldmann, Helmut Schmidt und Lothar Späth, Eberhard von Kuenheim, Lee A. Iacocca und Edzard Reuter – und einige der "Herren aus den Häusern mit dem untadeligen Ruf" (Kaden): Alfred Herrhausen, Walter Hesselbach, Hans Friderichs, Friedrich Wilhelm Christians, Wilfried Guth. Die Arbeiten des Wirtschafts-Kommentators Kaden kreisten um eine Grundsatzfrage: Welche Folgen hat unbegrenztes Wachstum, welche Folgen aber hätte es, wenn eine Wirtschaft mit wenig oder gar keinem Wachstum zurechtkommen müßte?

Kaden

+

Die Entente cordiale zwischen Ost und West, der Krieg am Golf und der Krieg in Jugoslawien haben den inzwischen zwölf Jahre alten Krieg in Afghanistan fast vergessen lassen. Doch afghanische Regierungstruppen feuerten in den letzten zwei Jahren 1500 Scud-Raketen auf die moslemischen Befreiungskrieger – nur 68 schoß Iraks Saddam Hussein im Golfkrieg gegen Israel und Saudi-Arabien. SPIEGEL-Redakteur Hans Hielscher, Orient-Kenner seit Jahren, zog mit afghanischen Mudschahidin von Pakistan nach Afghanistan. Er sah: Viele Tausende der etwa fünf Millionen afghanischen Flüchtlinge strömen in die Heimat zurück – weil sie spüren, daß sich dieser Stellvertreter-Krieg längst überlebt hat (Seite 138).

Hielscher, Mudschahidin

INHALT

TITEL

Eingriff ins Erbgut des Menschen 98

Ausbreitung einer Erbkrankheit durch fünf Jahrhunderte 104

Interview mit dem Nobelpreisträger James Watson 112

KOMMENTAR

Rudolf Augstein: Wann Leben beginnt 21

DEUTSCHLAND

Außenpolitik: Kohls schwere Gipfelbesteigung 16

Union: Wettstreit in der Fraktionsführung 18

Minister: Fehlbesetzung im Familien-Ressort 20

Spionage: Sammelanklage gegen Ost-Berliner Agentenchefs 22

Meinungsforschung: SPIEGEL-Umfrage über die Einstellung der Ost- und Westdeutschen zueinander 24

Berlin/Bonn: Streit um die Umzugsdauer 30

Feiern: Friedrich II. und Kohl nach Potsdam 31

Leichname: Politik mit Sarkophagen 32

Urteile: Minderheitenrechte für die PDS 33

Finanzen: Die PDS wehrt sich gegen die Treuhand 34

CSU: Streibls Ausfälle 36

Polizei: Streit um verdeckte Ermittler 37

Militär: Gefährliche Minensuche im Todesstreifen 38

Strafjustiz: SPIEGEL-Reporterin Gisela Friedrichsen über den Prozeß gegen den ehemaligen Staatsanwalt Udo Hentschel 45

Wein: Westöstliche Panschgeschäfte 51

Stasi: Markus Wolfs Desinformanten 57

Die Ex-Offiziere Günter Bohnsack und Herbert Brehmer über die Tricks gegen Geheimdienste und Medien (II) 58

Kriminalität: Die blutigen Fehden der Hütchenspieler 63

Rechtsextremisten: Allianz gewinnt gegen Allianz 66

WIRTSCHAFT

Börse: Insider-Affäre in Frankfurt weitet sich zum Finanzkrimi 68

Banken: Amerikanische Finanzriesen fusionieren 73

Post: Schwieriger Aufbau im Osten 75

Chaos im Zustelldienst 78

Unternehmen: Hat Boss sich übernommen? 85

Maschinenbau: Angst vor der Krise 88

Beamte: Mehr Geld für kinderreiche Staatsdiener 94

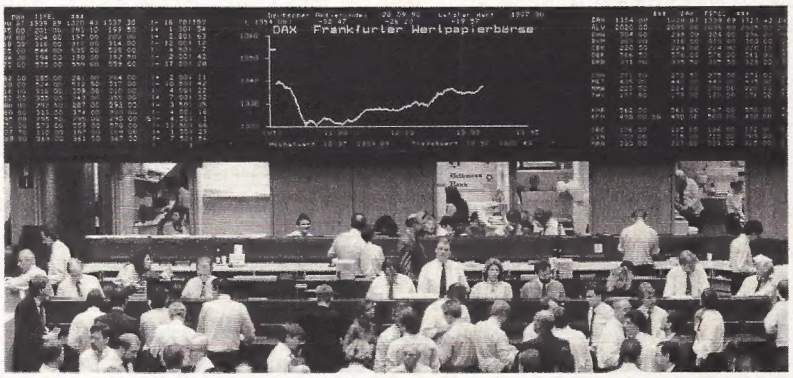
AUSLAND

Jugoslawien: Slowenen setzen sich durch 116

Interview mit dem bosnischen Präsidenten Alija Izetbegović über die Gefahren des Bürgerkriegs 118

Die Börse – eine Spielhalle für Zocker

Seite 68



Frankfurter Börse

Börsenhändler werden vom Parkett zum Verhör geholt, die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einen ganzen Ring von Maklern und Händlern – die Frankfurter Börsenaffäre weitet sich aus. Nun zeigt sich, was bisher nur vermutet wurde: Die Börsen sind auch Spielhallen für professionelle Zocker. Die Kontrollen sind viel zu lasch.

SPIEGEL-Umfrage: Deutsche über Deutsche

Seite 24

Ost- und Westdeutsche sind sich seit der Vereinigung nicht nähergekommen, sondern fremder geworden. Diesen Trend ergaben SPIEGEL-Umfragen über die Einstellung zueinander im Herbst 1990 und Mitte 1991. Häufigste Vorwürfe: Die einen seien überheblich, die anderen faul. Nur Minderheiten sind frei von Mißtrauen. Strittig ist auch, ob die Milliarden für den Osten den Wohlstand im Westen gefährden.

Wann geht Dregger?

Seite 18

Schäuble, Geißler

Wenn der CDU/CSU-Fraktionschef Dregger – im Herbst ? – abtritt, wird die Unionsfraktion mit Sicherheit selbstbewußter. Dregger-Nachfolger Schäuble muß sich mit Vize Geißler auseinandersetzen, der zuletzt neues Profil zeigte.

Schmutzige Tricks der Stasi-Offiziere

Seiten 22, 57, 58

Gegen den letzten Chef der DDR-Spionage, Werner Großmann, und vier seiner Untergebenen hat der Generalbundesanwalt Anklage erhoben. Das Berliner Kammergericht aber wird den Fall womöglich dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorlegen. Ex-Stasi-Offiziere enthüllen ihre schmutzigen Tricks gegen die Bundesrepublik.

„Wir haben sehr, sehr Angst"

Seiten 75, 78

Es ist die größte Fusion, die je auf deutschem Boden stattgefunden hat: Die Bundespost verleibt sich die Ost-Post ein. Die Postämter in den neuen Ländern sind der Flut der Sendungen nicht gewachsen. West-Experten sollen die Produktivität steigern. Die Mitarbeiter sind stark verunsichert. „Wir haben sehr, sehr Angst", sagt eine Postlerin.

Slowenien bekommt seinen Willen

Seiten 116, 118

Erleichterung in Ljubljana: Die Armee will abrücken, das Staatspräsidium hat den Alleingang Sloweniens anerkannt. Doch die Lage im Vielvölkerstaat bleibt gespannt: Das Interesse der Militärs konzentriert sich nun auf die Nachbar-Republiken Kroatien und Bosnien-Herzegowina, wo Serben für den Anschluß ans Mutterland kämpfen.

Patriarch gegen „Verwestlichung"

Seite 126

„In Glaubensfragen gab es keine Kompromisse", weist Patriarch Alexij II. in einem SPIEGEL-Gespräch Kritik an der erzwungenen Zusammenarbeit der Russisch-Orthodoxen Kirche mit den Kommunisten zurück. „Seelen und Schicksale" dürften bei dem Marsch der Sowjetunion in die Marktwirtschaft nicht „niedergewalzt" werden. „Die Verwestlichung der sowjetischen Lebensweise hat wenig mit Humanisierung und Christianisierung zu tun." Um finanzielle Hilfe aus dem Westen bittet er „für die Rettung besonders wertvoller Kirchenbauten".

Alexij II.

Dresden – neuer Traum von alter Glorie

Seite168

Dresdner Elbpanorama

Dresden, einst als barockes „Elbflorenz" gefeiert, träumt wieder vom alten Glanz. Der Wiederaufbau des Stadtschlosses, Starstimmen in der Semperoper und Avantgarde-Kunst in der Neustadt sollen Touristenströme aus aller Welt anlocken. Noch fehlt vor allem eins: Geld.

Der Irre von Chaillot

Seite 152

Savary in Bregenz

Er ist immer noch der große Zampano: In Bregenz läßt der französische Monumental-Regisseur Jérôme Savary Carmen pompös ermorden – zwischen 400 Statisten, Eseln, Wasserfall und Feuerwerk. Gesamtkosten des Tatorts auf dem Bodensee: zehn Millionen Mark.

Serben: Vorwürfe gegen die Deutschen 119

Abrüstung: Pause nach dem Start-Vertrag 120

Waffenexport: Lieferländer geloben Selbstbeschränkung 122

Irak: Saddam Husseins Versteckspiel 123

Saddams simple Bomben-Technik 124

Sowjetunion: SPIEGEL-Gespräch mit Patriarch Alexij II. über die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche 126

Türkei: Todesschwadron gegen Kurden? 131

USA: Neue Töne aus dem Getto 134

Afghanistan: Der vergessene Krieg 138

China: Ratte als Delikatesse 146

Rauschgift: Siegeszug des Cali-Kartells 147

SPORT

Formel 1: Der Williams-Renault-Rennstall auf Erfolgskurs 150

KULTUR

Oper: Der Regie-Grossist Jérôme Savary und seine „Carmen"-Inszenierung auf dem Bodensee 152

Denkmäler: Streit um die Quadriga auf dem Brandenburger Tor 156

Literatur: Der Berliner Anarcho-Autor Peter Wawerzinek 159

Gesellschaft: Interview mit Bozorg Mahmoody über seine Frau Betty und deren Roman „Nicht ohne meine Tochter" 162

US-Student attackiert die Elterngeneration 165

Humor: Alle TV-Sketche der Monty Pythons zum erstenmal im deutschen Fernsehen 166

Kulturpolitik: Dresden – eine Kunststadt im Aufbruch 168

Medizin: Hans Halter über Karsten Vilmar und die Speck-Steuer 173

Automobile: Flankenschutz für Golf und Astra 174

RUBRIKEN

Briefe 7

Panorama 14

Trends 67

Panorama Ausland 115

Szene 158

Bestseller 160

Spectrum 172

Personalien 176

Register 178

Fernsehen 180

Hohlspiegel / Rückspiegel 182

Impressum 12

DER SPIEGEL (USPS 154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 250,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wie schön, daß man so elegant auf allen Vieren daherkommen kann.

Wie gut das Design unserer Borbet Leichtmetallräder aussieht, sehen Sie hier ja selbst. Aber was noch besser ist: das Ganze mal vier - und zwar an Ihrem Auto. Und am besten: Mit vier Borbets an Ihrem Auto tun Sie nicht nur was fürs Auge, sondern auch für den Verstand. Denn hervorragende Sicherheit und exzellente Technik sind Argumente, die für sich sprechen.

Und höchste Qualitätsmaßstäbe sorgen dafür, daß Sie auch nach Jahren noch elegant daherkommen. Auf allen Vieren, versteht sich.

Besonderes Kennzeichen

BORBET®
LEICHTMETALLRÄDER

Borbet GmbH, 5789 Hallenberg 3 - Hesborn

Ekelhaft, widerlich . . .

(Nr. 28/1991, Literatur: Eklat beim Ingeborg-Bachmann-Preis)

. . . das Widerwärtigste, was je im SPIEGEL stand.

Oberrot-Wolfenbrück (Bad.-Württ.) HANS-ARTHUR SCHMIDT

Die Kloake von Allemann beleidigt Ihr Magazin. Wie konnte solch eine schwachsinnige Darstellung von einem Geistesgestörten Ihr Haus verlassen?

Bendestorf (Nieders.) HEINZ BEHRENDT

In meinem ganzen Leben habe ich nichts Ekelhafteres, Widerlicheres gelesen als diesen Text von Urs Allemann. Dieser Mensch muß krank sein.

Straubing (Bayern) RENATE BERGER

Mit scheint, daß es sich bei dem Klagenfurter Preisträger Urs Allemann eher um einen Hirnficker handelt.

München DR. REINHART STALMANN

Es gab mal eine Gürtellinie. Aber seit es in ist, die Hosen ganz runterzulassen, liegt diese tief. Alles erlaubt. Sogar schlechte Texte. Die Juroren ficken – pardon: nicken – sowieso Beifall. (Oder war es BeiPhall?)

Croix Valmer (Frankreich) BEAT HIRT
Autor

Für den Magen als die „innere Bühne der Empörung" gibt es jetzt Kotztüten, die den Brechreiz durch Aufdruck von Texten aus Literatur-Wettbewerben begünstigen sollen. Die Krankenkassen würden dadurch circa 20 Millionen Mark für pharmazeutische Brechmittel ersparen. Ein Teil des Eingesparten könnte den Klagenfurter Juroren zufließen.

Gaiberg (Bad.-Württ.) G. LEMBERG

Literatur-Preisträger Allemann*: Wunderbar und anspruchsvoll

Das ist wieder typisch! Die größten Perversitäten denken sich Männer aus!

Hamburg GISELA MÖLLER

Hat Herr Allemann eigentlich Kinder?

Saarbrücken BERND KRÄMER

Mir stehen die Haare zu Berge, alle einzeln. Wie kann ein derart abscheulicher Text unter dem Deckmantel der Literatur geschützt werden, ein Text, der ein Konstrukt einer üblen pathologischen Phantasie ist. Ein Auswurf!

München ANDREA BRÜDERN

Die letzte Möglichkeit, die Tür zur Freiheit, die nicht unbedingt die rettende sein muß, es aber für Schriftsteller und Leser sein kann, ist die Kunst. Deshalb ist der „unerhörte" Text von Urs Allemann so ermutigend.

Krefeld ELISABETH SCHLANSTEIN

Vielleicht bereichert Allemann ja den nächsten Wettbewerb mit dem Text „Ich vergase Juden" und beendet seine Karriere in Ermangelung weiterer Steigerungen.

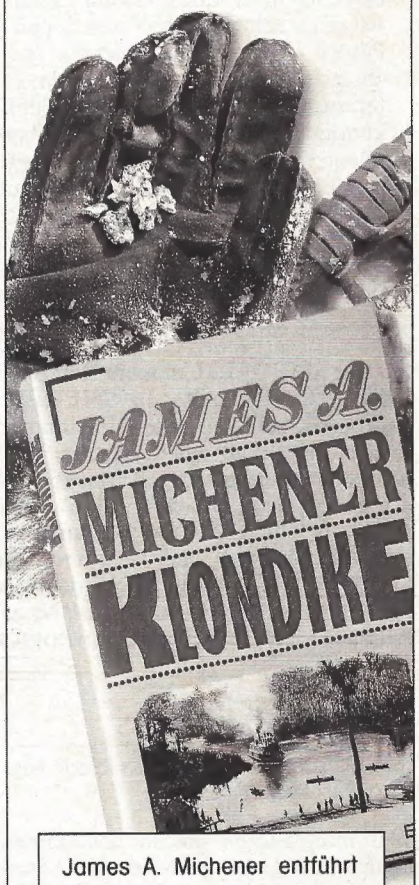
Mannheim WOLFGANG SCHUBERT

Zum erstenmal in meinem Leben habe ich mich dafür in Grund und Boden geschämt, daß ich Schriftsteller bin. Ich arbeite an einem wunderbaren und anspruchsvollen Roman, und seit gestern frage ich mich mit dem nötigen Ernst, ob ich ihn neben einem solchen Text überhaupt veröffentlichen möchte? Am liebsten würde ich ihn zu Ende schreiben und dann verbrennen.

Darmstadt KARL RICHARD WOLF

* Mit Preisträger Wawerzinek in Klagenfurt, im Juni.

Der neue Michener: Gold! Abenteuer! Tod!



James A. Michener entführt Sie in „Klondike" auf eine abenteuerliche Reise in das unerschlossene Flußsystem des Mackenzie: Vier Mitglieder der englischen Oberschicht und ein irischer Wildhüter auf dem Weg zu den Goldfeldern des Klondike... Dieser packende Roman ist ein neuer Beweis für die außergewöhnliche Erzählkunst des Bestsellerautors. 296 S., DM 36,–. In jeder Buchhandlung.

ECON

Eine Liebesgeschichte

Ein literarischer Text

Ich ficke Karaseks. Ich ficke Allemanns. Es wimmelt von Karaseks und Allemanns. Alle da. Seit jeher. Für immer. Karaseks. Allemanns. Wie ich. Fisch mir einen. Fick ihn. Mal erwisch ich ein Karasek, mal ein Allemännchen. O es kommt nicht drauf an. Die Karaseks schlafen. Die Allemanns auch. Auch tagsüber. Wenn ich sie ficke. Obszönitäten. Rohe Tabuverletzungen. Verbrechen der Phantasie. Ich ficke Karaseks zum „Spaß". Ich ficke Allemännchen zum „Spaß". Poloch. Fontanelle. Schleimig speichelnder Mund. Wo dring ich ein. Literaturmarkt. Literaturbetrieb. Publikum egal. Publikum scheißegal. Überflüssige Wortgebilde für Wettbewerb. Blöde Juroren treff ich immer. Fick sie. Sie prämieren's. Blöd wie sie sind. Kritiker sprechen's heilig. „Bekennerhafte, durch keine Scheu gebremste ‚Ich' des Satzes, Tatbestand des abscheulichsten sexuellen Mißbrauchs, die Wehrlosigkeit der Opfer – all das macht diesen Kurz-Satz zum gewiß unverschämtesten Auftakt, den sich ein literarischer Text, gleichsam als grell mißtönende Fanfare, wählen kann. Ein Ich, das sich zu einem solchen Satz bekennt, muß ein Monstrum sein." O diese Karaseks. Fick sie, und sie sprechen dein Ejakulat heilig. Menschenverachtung. Geil. Gewalt. Geil. Publikum. Egal. Kohle. Geil. Ich könnt kotzen. Sie stinken, die Karaseks. Sie stinken, die Allemännchen. Ja, durch den Gestank könnt ich genötigt werden zu kotzen. O es würde gar nichts nützen, das Fenster aufzureißen. Wie oft reiß ich das Fenster auf. Ohne jeden Erfolg. Die Frischluft weigert sich in meine Mansarde hineinzuströmen. Die Altluft weigert sich aus meiner Mansarde herauszuströmen. Altkammerfürze aus vollstem Sommerloch gestrunzt. Schweinegeld verdient. Thema egal. Hauptsache ficken.

Hamburg BERND VOGEL

Ich lese SPIEGEL. Um mein Bett stehn Zainen. Es wimmelt von SPIEGELN darin. Alle da. Seit jeher. Für immer. Wie ich. Fisch nur einen. Les ihn. Werf ihn zu den anderen zurück. Nachts wird geschlafen. Ich. Die SPIEGEL. Karasek. Alles schläft. Am Tag werden SPIEGEL gelesen. Seit jeher. Von mir. Die SPIEGEL da. Karasek nicht da. Den lichtlosen Tag lang. Na na. Na na? Na na.

Frankfurt/Main MORITZ ANDRICK

Nicht einverstanden

(Nr. 27/1991, Kommentar von Rudolf Augstein: Recht vor Vernunft)

Was interessieren uns im Zusammenhang mit den Mauermorden die Amerikaner und ihre Kanonenbootdiplomatie? Ihre Argumentation, Herr Augstein, ist blanker Zynismus den Maueropfern und ihren Angehörigen gegenüber!

Berlin DIRK JUNGNICKEL

Von allen guten Geistern verlassen ist Rudolf Augstein, wenn er sein Plädoyer gegen die strafrechtliche Verfolgung der Todesschützen mit dem Hinweis begründet, sie hätten schließlich Befehle befolgt, und in diesem Zusammenhang an den Nürnberger Prozeß erinnert, der „uns eines Besseren belehrt haben" sollte. Will er unterstellen, die großen und kleinen Angeklagten von damals seien Opfer einer Rachejustiz gewesen, die jetzt von Deutschen an Deutschen wiederholt würde?

Diemelstadt (Hessen) PROF. DR. WOLFRAM BUDDECKE

Hätten Sie wie ich ein Jahr lang im Zuchthaus Brandenburg gesessen, hätten Sie wie ich den Launen vulgärer und sadistischer Schläger trotzen müssen, hätte man Ihnen Zähne herausgeschlagen, wie sähe wohl Ihr Surrogat dann aus? Erzählen Sie aber weiterhin den Menschen im Osten: „Pech gehabt, Leute, so ist Geschichte", dann sind wir in zehn Jahren ein dermaßen zerrissenes Volk, daß jeder Halbgebildete in diesem Land den Freitod als willkommene Unterbrechung der Langeweile betrachtet.

Berlin FRANK KÄSTNER

Hier ist er also wieder, der Deutschen liebstes Kind! Der gerichtlich abgesegnete „Befehlsnotstand". Zehn Jahre nach dem blamablen Majdanek-Urteil versäumen wir wieder die Gelegenheit, mit der Vergangenheit aufzuräumen. Nur weil Herr Augstein meint, die armen Grenzsoldaten hätten die Flüchtigen „aus Versehen getroffen", sollen diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit also ungesühnt bleiben. Peter Fechter dreht sich bestimmt im Grabe um.

Kirchzarten (Bad.-Württ.) JÜRGEN SCHMADLAK

Dem Verfasser mögen intellektuelle Scham und ein Rest journalistische Würde seine Zeilen eingegeben haben, er kommt zu spät . . . Die Wertegemeinschaft, auch von ihm wieder und wieder beschworen, euro-atlantisch, kennt Scham, Würde und Vernunft nicht.

Hamburg DR. BERNHARD SPEH

Nationales Verhängnis

(Nr. 28/1991, SPIEGEL-Titel: Putsch der serbischen Generale)

Der Niedergang des Kommunismus in Europa hat auch seine großen Nachteile: Der Nationalismus grassiert wieder mehr und mehr, am schrecklichsten schon jetzt im zerbrechenden Jugoslawien.

Berlin DIETHER PRELINGER

Unseren linken und liberalen Politikern, die offene Grenzen, freie Zuwanderung

Neue Osnabrücker Zeitung

„Wir sollten uns vertragen, er hat sich schon wieder umgedreht!"

von Menschen aus allen möglichen Kulturkreisen und Ausländerwahlrecht fordern, sollten die Vorgänge auf dem Balkan eine Warnung sein.

Karlstein (Bayern) DR. F. P. HESSBERGER

Man kann den Kroaten nur viel Glück wünschen und unseren Politikern größeren Durchblick und Anstand.

Hamburg A. LINDENBERG

Es ist unfaßbar, daß Sie den Serben die ganze Schuld am Jugoslawien-Desaster in die Schuhe schieben. Ihren Berichterstattern ist entgangen, daß eine wohl vorbereitete und ausgerüstete kroatische Militär-Junta (Tudjman und seine drei anderen Mitführer sind allesamt ehemalige hohe Militäroffiziere) den Serben ans Fell wollen.

Düsseldorf UWE BURGHARDT

Die Serben sind weder Kommunisten noch Hegemonisten. Sie wollen sie selbst sein und nicht in den Orient abgeschoben oder ins konservative austro/deutsche Yuppieland übernommen werden.

Paris KAROLA BECKWITZ-MILANOVIC

Ich bin zuversichtlich, daß die Völker in Jugoslawien ein Leben miteinander aufbauen werden. Entweder in Form eines Staatenbundes oder als gute Nachbarn. Denn dort ist ihr Zuhause, wo sie seit Jahrhunderten zusammengelebt haben. Das Unheil kam immer von außen, in diesem Jahrhundert zweimal von Deutschland und Österreich.

Bern V. CESAROV

Wir im Westen schulden diesem Staat Jugoslawien viel: In den schwersten Zeiten des Kalten Krieges war dieses Land ein wirklich stabilisierender Faktor; vielleicht wird die Welt nie den ganzen Umfang der Brückenfunktion des Landes zwischen Ost und West erfahren.

Berlin DR. WERNER ROSENTHAL

Das Problem Jugoslawiens ist das nationale Verhängnis, das über die Serben gekommen ist: Sie fanden den unglücklichsten, aber leider wohlbegangenen Ausweg aus einer verheerenden Wirtschaftskrise und langjähriger nationaler Frustration – eine Art von Nationalsozialismus. Nun kann auch die bürgerliche Opposition den Nationalbolschewiken Milošević nur noch rechts überholen, nur wer noch serbischer und am serbischsten ist, gewinnt. Die Frage ist nicht, wie Jugoslawien zusammenzuhalten wäre. Die Frage ist, wie können sich Slowenien, Kroatien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina der nationalbolschewistischen Aggression Belgrads erwehren, ohne, wie in Kroatien teilweise schon geschehen, selber dem nationalen Wahn zu verfallen, und zugleich, wie könnte Serbien auf dem Weg zur Demokratie geholfen werden.

Ljubljana (Slowenien) MILOŠ MIKELN

Anrufbeantworter?

... ein endlos klingelndes Telefon ist nicht mehr nötig und unbemerkt gehen oft die wichtigsten Anrufe verloren! Unser Modell 2760 informiert Ihre Anrufer und nimmt deren Nachrichten entgegen, die Sie dann von jedem Telefon auch ***fernabfragen*** *können. Ein postzugelassenes Profigerät. Einfach einstekken und die neue Freiheit genießen!*

Deutschlands meistverkauftes Gerät, denn kein anderes *bietet bei diesem günstigen Preis einen solchen Leistungsumfang* **+ 12 Monate Garantie!**

unverbindliche Preisempfehlung ohne Taschencoder (DM 38,-)

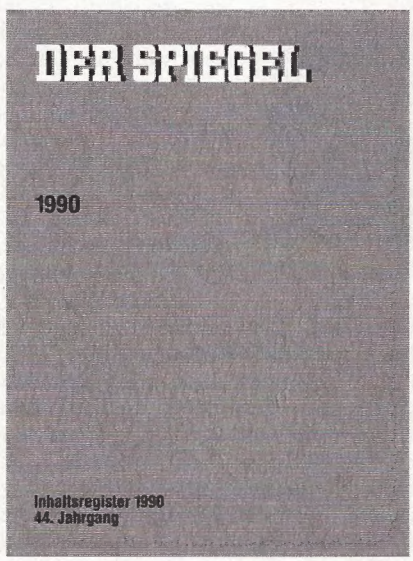
nur 198,-

Lange Zeit ausverkauft - jetzt wieder erhältlich im preisbewußten Fachhandel oder z.B. bei Karstadt, Quelle, STINNES Baumarkt, PHOTO PORST, METRO, Kaufhof, Allkauf, Hertie, Massa, A-Z, Wegert, Völkner, PC-Computer, Brinkmann, Schaulandt, Wertkauf **und TELEFONPALAST, Hauptstr.30, W - 1000 Berlin 62, 030-784 30 62** oder **Schnellversand** mit 10 Tagen Umtauschrecht - einfach anrufen: 04154-807533!

CODE-A-PHONE

Kompetenz durch über 14 Millionen Anrufbeantworter seit 1957!

Wer? Wie? Wann? Wo? 1990



Alle wichtigen Antworten standen im SPIEGEL. Man findet sie rasch und unkompliziert mit dem SPIEGEL-Register 1990.

Auf 166 Seiten enthält es 44 573 Verweisungen auf Namen und 12 723 auf Sachbegriffe – jeweils mit Heftnummer und Seitenzahl.

Wer den SPIEGEL sammelt, um ihn als erschöpfende Informationsquelle und als Nachschlagewerk zur Zeitgeschichte jederzeit nutzen zu können, braucht das SPIEGEL-Register. Es sichert den schnellen, gezielten Zugriff auf die Fakten.

Das SPIEGEL-Register 1990 kostet DM 15,– (inkl. Inland-Porto). Die Auflage ist limitiert. Lieferung gegen Vorkasse. Zahlungen bitte per Überweisung auf das Postgirokonto Hamburg 19224-203 (BLZ 200 100 20) oder per Verrechnungsscheck – jeweils mit dem Bestellvermerk „Register '90".

SPIEGEL-Register der Jahrgänge 1984, 1986, 1988 und 1989 können Sie für jeweils DM 15,– ebenfalls direkt beim Verlag bestellen. Register der Jahrgänge 1948 bis 1983 und 1985 liefert für DM 19,80 je Exemplar (plus Porto und Verpackung): Spodat · S, Schwalbenstraße 15, W-8011 Baldham.

DER SPIEGEL

SPIEGEL-Verlag Vertriebsabteilung
Postfach 11 04 20 W-2000 Hamburg 11

Sicherheits-COUPON
Schicken Sie mir bitte Ihre kostenlose SCHARPF-Funkalarm-Info-Mappe
Name
Straße
PLZ/Ort
Telefon
SP 30/91
SCHARPF DRAHTLOSE ALARMSYSTEME
SCHARPF Alarmsysteme
Am Siebenstein 2 · D 6072 Dreieich
Telefon (0 61 03) 6 20 61
Telex 41 4326 · Fax (0 61 03) 6 60 52
Deutschlands meistgekaufte drahtlose Alarmanlage.
Überlegene SCHARPF Funk-Alarmtechnik:
FUNK-Passiv-Infrarot-Bewegungsmelder
Mehrbereichs-FUNK-Alarmzentrale
FUNK-Tür-/Fenstermelder
FUNK-Rauch-/Brandschutzmelder
Mini-FUNK-Passiv-Infrarot-Bewegungsmelder
FUNK-Codeschloß-Fernbedienung
SCHARPF Alarmsysteme
Am Siebenstein 2 · D 6072 Dreieich
Telefon (0 61 03) 6 20 61
Telex 41 4326 · Fax (0 61 03) 6 60 52
SCHARPF DRAHTLOSE ALARMSYSTEME

Debatte verfälscht

(Nr. 21/1991, Privilegien: Zollfreier Whisky für Europa-Angestellte)

In dem Artikel „Zwergstaat auf dem Berg" wurde bei der Erörterung von Steuerprivilegien mit dem Satz „Uno, Nato, Unesco zahlen bar ohne Abzüge, die EG desgleichen . . ." leider auch der Eindruck erweckt, daß die europäischen Beamten abgabenfreie Dienstbezüge erhalten. Da dieser Eindruck den EG-Beamten schadet und die Debatte um ihre Gehälter verfälscht, legen wir Wert auf die Feststellung, daß im Gegensatz zu den deutschen Beamten, die keine Sozialbeiträge leisten, die europäischen Beamten Beiträge für die Ruhegehälter und die Krankenkasse (zusammen 8,55 Prozent) sowie Steuern bis zu 45 Prozent zu entrichten haben, die direkt in den Haushalt der Gemeinschaft fließen. Hinzu kam in den letzten zehn Jahren eine Krisenabgabe, die bis zu 12,7 Prozent reichte.

Brüssel RAINER DUMONT DU VOITEL
Generalsekretariat des EG-Ministerrats

Offen auseinandergesetzt

(Nr. 29/1991, Fernsehen: Kohl-Kritiker Herles/ZDF entmachtet)

Zum zweitenmal in kurzer Zeit habe ich die Ehre, im SPIEGEL erwähnt zu werden, und zwar mit demselben Kommentar. Mich stört dabei weniger, daß Sie mir so nebenbei einen Körperteil des Bundeskanzlers als Aufenthaltsort zuweisen und das auch noch als „ZDF-Spruch" ausgeben. Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Erfindungsgabe. Was mich mehr stört, ist, daß Sie mich in Zusammenhang bringen mit der Behauptung, der Bonner Kollege Wolfgang Herles habe beim ZDF in Mainz „unter Beobachtung gestanden". Was hat die freimütige Diskussion unter Kollegen mit „Beobachtung" zu tun? Ich habe mich mit Wolfgang Herles nicht nur oft, sondern auch offen auseinandergesetzt. Mich haben weniger seine Kommentare und Beiträge auf dem Sender befremdet als Äußerungen in Printmedien – zum Beispiel die Behauptung, in der „Hauptstadtfrage" gehe es den Berlin-Befürwortern darum, die erste erfolgreiche deutsche Demokratie abzuschaffen. Mit solchen Tiefschlägen hat er der Sache Bonns eher geschadet – doch das ist sein Problem.

Voss

Mainz PETER VOSS, ZDF

Wunderbare Sache

(Nr. 27/1991, Fernsehen: Massenflucht vom Bildschirm)

Die Protagonisten der privaten TV-Sender müssen sich in der Tat fragen lassen, wann denn endlich Schluß ist mit dieser tumben Sex- und Brutalitätsüberflutung. Dagegen erscheinen Sendungen wie ZAK/WDR zum Beispiel wie leuchtende Sterne über einer trostlosen Müllhalde.

Bonn M. WILDEN

Liebe Kollegen, falls ich mir diese vertrauliche Anrede überhaupt erlauben darf. Sie müssen sich aber arg vor der – wie Sie schreiben „schrottverarbeitenden" – Fernsehunterhaltung fürchten, daß SPIEGEL-Redakteur Peter Stolle uns in spätestens zehn Jahren den heißersehnten Untergang voraussagt und dabei seinen halben Fremdwörterschatz ausgräbt, um zu zeigen, wie sich intelligente Leute ausdrücken, im Gegensatz zu den Fernseh-Idioten, die beklagenswerterweise trotzdem ihr Publikum erreichen.

Thoelke

Ich gebe Ihnen ja in vielen Fällen recht, finde es aber unprofessionell, sich mit einem jedenfalls quantitativ überlegenen Medium immer diskriminierend auseinanderzusetzen und dessen Publikum – darunter Abertausende von SPIEGEL-Lesern – gleich mit zu beleidigen. So verbissen kann man das doch nur sehen, wenn einem die Bedeutung des Fernsehens in unserer Zeit nicht klar ist: Fernsehen ist eine wunderbare Sache, wenn man gerade nicht Besseres zu tun hat.

Wiesbaden WIM THOELKE

Es ist höchst angenehm, die Worte eines Gesinnungsgenossen zu lesen. Angesichts der tagtäglich vorgesetzten Blut- und Tittenkost ist keine Polemik zu scharf. Nun ist Schluß mit der Gefahr einer elektronisch induzierten Tendenz: Ich habe meine Glotze verkauft.

Hannover CHRISTOPH N. SASS

Unsichtbar „gefangen"

(Nr. 27/1991, Fischfang: Verbot für umweltschädliche Treibnetze?)

Zur Zeit findet auf unseren Meeren ein Holocaust an allem statt, was im Meer schwimmt und vom Meer lebt. Wenn die Treibnetzhatz, die Jagd mit Hubschraubern oder die wissenschaftliche Tarnung zum Erlegen von Walen nicht weltweit gestoppt wird, dann sind unsere Meere noch schneller tot als unsere Erde.

Sausalito (Kalifornien) KLAUS HYMPENDAHL

Ivan Lendl, ein Mann, der in seinem Sport alles erreicht hat. Seine unzähligen Erfolge beruhen auf einer Formel: äußerste Präzision, harte Beinarbeit und Gatorade. Denn, wer in langen Grundlinienduellen seine Gegner zermürben will, braucht mehr als nur Wasser. Gatorade. Mit Mineralstoffen, Magnesium und unendlich viel Erfrischung.

Gatorade. Besiegt den Durst... gibt Dir neuen Schwung.

Ein ausgezeichneter Artikel über die verheerende Wirkung der Treibnetze auf den Ozeanen der Welt! Während meiner letzten Weltumsegelung wurde ich im Pazifik selbst fast das Opfer eines solchen Netzes: Unser Boot wurde nachts in den feinen, auch für uns unsichtbaren Maschen „gefangen". Die Netze bedeuten also auch eine Gefährdung für die Kleinschiffahrt!

München ROLLO GEBHARD

Jeder kann dazu beitragen, daß es in Zukunft diese Fangmethoden nicht mehr gibt! Durch

- ▷ Boykott: Wir müssen aufhören, Thunfisch zu essen, damit die Nachfrage rapide sinkt;
- ▷ Protest: Wenn so viele Protestbriefe wie möglich in den japanischen, südkoreanischen, taiwanesischen Botschaften eingehen (den Haupt-Treibnetzfang-Nationen), wird der internationale Druck verstärkt;
- ▷ Unterstützung: Die Gesellschaft zur Rettung der Delphine e.V. in München – mit Weltumsegler Rollo Gebhard an ihrer Spitze – braucht Spenden und Mitglieder. Nur so kann sie erfolgreich gegen die Treibnetzfischerei vorgehen und umfassende Aufklärungsarbeit leisten.

Wiesbaden ELIANE ZIMMERMANN

Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage des SPIEGEL-Verlages/Abo., Hamburg.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 11 04 20
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telefon (040) 3007-0
Telex 2 162 477
Telefax (040) 3007 247

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Dr. Wolfgang Kaden, Hans Werner Kilz

REDAKTION
Ariane Barth, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Bert Gamerschlag, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Rudolf Glismann, Jens Glüsing, Johann Grolle, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Almut Hielscher, Hans Hielscher, Heinz Höfl, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoyng, Thomas Hüetlin, Brigitta Huhnke, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Siegfried Kogelfranz, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Karl Heinz Krüger, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Matthias Matussek Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Annette Meyhöfer, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Dietmar Pieper, Joachim Preuß, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Karl-Otto Saur, Marie-Luise Scherer, Heiner Schimmöller, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Dr. Mathias Schreiber, Bruno Schrep, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Hans Gerhard Stephani, Günther Stockinger, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Vehlewald, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Marianne Wellershoff, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Ursula Kosser, Bernd Kühnl, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Hans-Jürgen Schlamp, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 5300 Bonn, Tel. 26 70 3-0, Telefax 21 51 10

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin: Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Dieter Kampe, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Diethelm Schröder (beurlaubt), Steffen Uhlmann, Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91-0, Telefax 25 40 91-205; Kronenstraße 70, O-1080 Berlin, Tel. 208 2319, Telefax 200 2037 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Ulrich Bieger, Anger 37 – 38, O-5010 Erfurt, Tel. 226 96 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Rudolf Kahlen, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Karen Andresen, Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3000 Hannover, Tel. 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telefax 276 12 · Leipzig: Jan Fleischhauer, Clemens Höges, Gabor Steingart, Käthe-Kollwitz-Straße 115, O-7010 Leipzig, Tel. 47 54 44, Telefax 47 04 84 · Mainz: Felix Kurz, Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 6500 Mainz, Tel. 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Stephan Lebert, Dr. Joachim Reimann, Lutz Spenneberg, Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Schwerin: Uwe Klußmann, Goethestraße 14, O-2755 Schwerin, Tel: 86 96 05 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577, Telex 21 54 18 · Bangkok: Dr. Tiziano Terzani, 18 Soi Prommitr, Sukhumvit Soi 39, 10 110 Bangkok, Tel. 258 8410, Telefax 259 5980 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 271 6363, Telefax 271 6344 · Belgrad: Renate Flottau, Koste Zivkovica 2, 11000 Belgrad, Tel. 46 73 09, Telefax 46 73 09 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08, Telefax 231 1436 · Budapest: Csalogány u 13-19/A VIII.35, 1027 Budapest, Tel. 202 1793, Telefax 201 8528 · Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. 61 09 36, Telefax 61 76 40 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. 360 4944, Telefax 360 7655 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Dumbarton House, 1 Church Street, Kapstadt 8001, Tel. 22 24 44, Telefax 22 11 55 · London: Lutz Krusche, 66 Great Russell Street, London WC1B 3BN, Tel. 430 0323, Telefax 430 0348 · Madrid: Walter Tauber, Marques de Cubas 12, 28 014 Madrid, Tel. 420 19 94, Telefax 420 0181 · Moskau: Jörg R. Mettke, Dr. Christian Neef, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, Kw 36, 109 044 Moskau, Tel. 274 0009, Telefax 274 0003 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizamuddin East, Neu-Delhi 110 013, Tel. 462 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Andreas Lorenz, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telefax 532 5453 · Prag: Gorkeho Namesti 1565/16, 11 000 Prag, Tel. 235 0667, Telefax 235 0667 · Rio de Janeiro: Dr. Hans-Peter Martin, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. 650 82 41, Telefax 652 99 97 · Warschau: Ul. Polna 44/24, 00-635 Warschau, Tel. 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Siegesmund von Ilsemann, Dr. Martin Kilian, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Schönbrunner Straße 26/2, 1050 Wien, Tel. 587 4141, Telefax 587 4242

ILLUSTRATION
Renata Bleck, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Eva-Maria von Maydell, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Monika Rick, Jan Rieckhoff, Chris Riewerts, Julia Saur, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhagen, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Dr. Karen Lührs, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters, Peter Zobel

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Außenpolitik, Union, Minister, Berlin/Bonn, Feiern, Leichname, Urteile, Finanzen: Wolfram Bickerich; für Spionage, CSU, Polizei, Militär, Wein, Stasi, Kriminalität, Rechtsextremisten, Post (S. 78): Uly Foerster; für Meinungsforschung: Werner Harenberg; für Trends, Börse, Banken, Post (S. 75), Unternehmen, Maschinenbau, Beamte: Peter Bölke; für Titelgeschichte, Watson-Interview, Irak (S. 124), Quadriga, Gesellschaft, Medizin: Jürgen Petermann; für Panorama Ausland, Jugoslawien, Izetbegović-Interview, Serben, Abrüstung, Waffenexport, Irak (S. 123), Alexij-Gespräch, Türkei, USA, Afghanistan, China, Rauschgift: Dr. Romain Leick; für Formel 1: Alfred Weinzierl; für Szene, Bestseller: Dr. Mathias Schreiber; für Mahmoody-Interview, Humor, Spectrum, Fernsehen, Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Karl-Otto Saur; für Automobile: Rudolf Glismann; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Titelbild: Thomas Bonnie; für Hausmitteilung: Dr. Dieter Wild (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Karl-H. Schaper, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Margret Spohn, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner

BÜRO DES HERAUSGEBERS
Wolfgang Eisermann

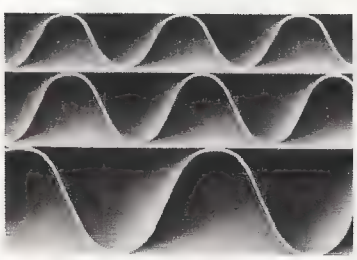
NACHRICHTENDIENSTE
ADN, AP, dpa, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 1. Januar 1991
Verlagsgeschäftsstellen: Berlin: Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91-254/255, Telefax 25 40 91-250; Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telefax 168 9055; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-0, Telefax 3007 247; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 117,00, zwölf Monate DM 234,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 156,00, zwölf Monate DM 312,00; Seepost Übersee: sechs Monate DM 163,80, zwölf Monate DM 327,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. 0130-3006
Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG
Fried von Bismarck, Karl Dietrich Seikel, Burkhard Voges

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Adolf Theobald

Viele reden nur von der Internationalen Qualitätssicherungsnorm ISO 9001, wir erfüllen sie. Als erster Wellpappen-Hersteller und -Verarbeiter in Europa. In der Vergleichsmatrix aller Qualitätssicherungselemente ist die ISO-Norm 9001 die höchste Qualitätssicherungsstufe vor 9002 und 9003. Wir fördern, messen und überwachen planmäßig unsere Qualität in der Entwicklung, Produktion und im Kundendienst. Nach den strengen Qualitätssicherungskriterien der ISO 9001. Unsere Prüf- und Rechenschaftsberichte über die Qualitätsstandards dienen unseren Kunden als international anerkannter Qualitätssicherungsnachweis. Damit beweist KAYSERSBERG Leistung in Qualität, gibt dem Verpackungskunden – als Zulieferer – höchstmögliche Qualitätssicherheit. Zum Schutz der verpackten Waren und zur Risiko-Minimierung der Produkt- und Dienstleistungshaftung. Geben Sie sich nicht mehr mit weniger zufrieden, verlangen Sie beim Verpacken die höchste Qualitätssicherungs-Norm ISO 9001.



Kaysersberg Packaging S. A.
Postfach 111
F 68320 Kunheim
Telefon (00 33) 89 72 24 00
Telefax (00 33) 89 72 61 89
Telex 880 563

ISO 9001

Wellpappen nach höchster Qualitätsnorm.
Verlangen Sie beim Verpacken danach.

KAYSERSBERG

Kein Geld zurück

Die Bundesregierung hat keinerlei Hoffnung, von Washington einen Teil ihres Beitrags von elf Milliarden Mark zum Golfkrieg zurückzuerhalten. Die Aufforderung von SPD-Fraktionsvize Wolfgang Roth, Kanzler Helmut Kohl solle sich mindestens vier bis fünf Milliarden zurückholen, beantwortete Regierungssprecher Dieter Vogel hinhal-

„Das ist das Trinkgeld!" tz, München

tend. Erst nach der Endabrechnung der Kriegskosten durch die USA könne beurteilt werden, ob der deutsche Beitrag angemessen sei. Tatsächlich jedoch geht Finanzminister Theo Waigel nach einem Gespräch mit seinem US-Kollegen Nicholas Brady davon aus, daß die Abrechnung der Amerikaner etwa in Höhe der veranschlagten 60 Milliarden Dollar liegen wird. Um nicht durch aussichtslose Wünsche das Wohlwollen der Amerikaner zu verlieren, wird die Bundesregierung wahrscheinlich auf eine Rückforderung verzichten. Unter Berufung auf US-Quellen hatte Roth vergangene Woche behauptet, Washington blähe die Kriegskosten künstlich auf: Ausgaben von 16,2 Milliarden könnten nicht belegt werden; dazu kämen 11,9 Milliarden Dollar für Verpflegung und Manöver, die bei den US-Streitkräften auch ohne Krieg angefallen wären.

Gesinnungsfragen

Als einziges Bundesland bleibt der Freistaat Bayern dabei, Bewerber für den Öffentlichen Dienst einem Verfahren zur Überprüfung ihrer Verfassungstreue zu unterziehen. Zwar wird nun auch in Bayern die bislang praktizierte Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft, aber nur, weil Bewerber aus den neuen Bundesländern kaum überprüft werden können. Dort fehlen noch immer die dafür notwendigen Verfassungsschutzämter. Künftig müssen Beamtenanwärter in Bayern einen detaillierten Fragebogen beantworten, der die bisherige Schnüffelpraxis verschärft. Während bislang Bewerber wegen ihrer *Zugehörigkeit* zu einer als verfassungsfeindlich eingestuften Organisation zurückgewiesen werden konnten, soll dafür in Zukunft bereits die *Verbindung* zu einer Vereinigung mit staatsfeindlichen Zielen ausreichen. Laut Bayerns Innenminister Edmund Stoiber richtet sich die Fragebogen-Aktion vor allem gegen die PDS: Es gebe „keinen Zweifel", daß „diese Partei verfassungsfeindlich" sei; schon wer „aktiv zu deren Programm" stehe, so der CSU-Minister, könne in Bayern nicht in den Öffentlichen Dienst übernommen werden.

Freiwilligenarmee?

Im Bonner Verteidigungsministerium gibt es Überlegungen, die Wehrpflicht auszusetzen. Sie soll zwar gesetzlich verankert bleiben, in Friedenszeiten soll aber niemand einberufen werden. Zur Begründung heißt es, Ende 1994 werde die Bundeswehr auf 370 000 Soldaten reduziert. Selbst wenn Wehrpflichtige danach nur für einen zwölfmonatigen Dienst gezogen würden, stünden in Gesamtdeutschland schon bald mehr taugliche Rekruten zur Verfügung, als gebraucht (145 000) werden. Das gebe große Probleme mit der Wehrgerechtigkeit. Außerdem erwarteten Planer, daß die Bundeswehr nach einem zweiten Abkommen über konventionelle Abrüstung in Europa weiter verkleinert wird. Bei einer auf neun oder gar nur sechs Monate verkürzten Dienstzeit, meinen manche Militärs, sei eine „sinnvolle Ausbildung" nicht mehr möglich. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Jürgen Koppelin, Mitglied im Verteidigungsausschuß, will auf einem Landesparteitag beantragen, die Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee umzuwandeln.

Lehrfall Krause

Der Neu-Bundesbürger und Verkehrsminister Günther Krause ist nach nur sechs Monaten Amtszeit bereits Gegenstand wissenschaftlichen Interesses. An der Universität Bonn fragt die Juristische Fakultät nach dem Treiben des Ministers. Für seine Studenten kaum verschlüsselt, schildert Professor Christian Tomuschat in seinen Übungen im Öffentlichen Recht das Dilemma des von der Raststätten-Affäre gebeutelten Ost-Politstars, der unter Verdacht steht, beim Autobahnbau im Osten fragwürdige Aufträge vergeben zu haben.

„Bundesminister X", heißt es in der Aufgabe, sei vor der deutschen Vereinigung in der Wirtschaft der DDR tätig gewesen. „Plötzlich tauchen Vorwürfe gegen ihn auf, er habe seine damaligen Amtsbefugnisse mißbraucht und damit der heutigen Bundesrepublik einen schweren Schaden zugefügt." X gelinge es nicht, „sich vor der Öffentlichkeit in überzeugender Weise zu rechtfertigen". Auch vor dem Haushaltsausschuß könne er die Vorwürfe nicht entkräften. Bis dahin folgt der Professor grob der Realität. Dann spinnt er den Faden weiter: Der Bundestag beschließt daraufhin, „Bundeskanzler K." zu ersuchen, „dem Bundespräsidenten die unverzügliche Ent-

Sprachprobleme gelöst

Eines der schwierigsten und drängendsten Probleme der deutschen Einheit hat die Arbeitsgruppe V I 1 des Bonner Innenministeriums nach wochenlangen Mühen gelöst: Endlich wissen die Bürokraten, wie sie die alten und neuen, westlichen und östlichen Landesteile vor

Wehrpflichtige Panzergrenadiere beim Übungsschießen

Krause

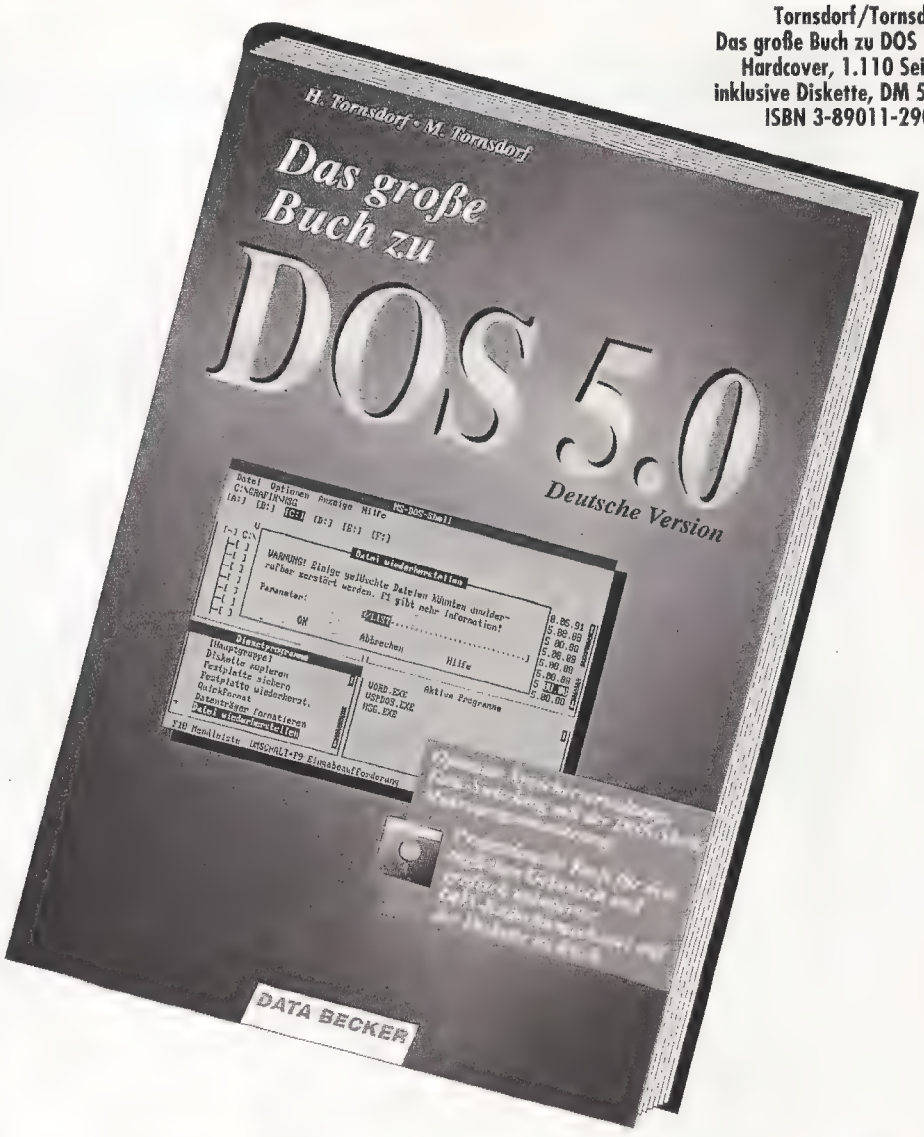
lassung von Bundesminister X aus seinem Amt vorzuschlagen". „Bundeskanzler K." entspricht tatsächlich diesem Ansinnen, der Bundespräsident weigert sich aber, die Entlassung zu notifizieren. Die Erstsemester sollen sich über den aus pädagogischen Gründen modifizierten Fall Krause Gedanken machen und entscheiden, ob der Bundespräsident rechtmäßig handelte oder wie sich X gegen abwertende Urteile des Haushaltsausschusses wehren kann. Nachbemerkung des Professors Tomuschat zu seinem Fall: „Auszugehen ist von der Annahme, daß gegen X weiterhin gewisse Verdachtsmomente bestehen, daß diese sich aber aufgrund des vorhandenen Beweismaterials nicht belegen lassen."

und nach dem 3. Oktober 1990 korrekt bezeichnen. Ein ministerieller Sprachführer zum neuen Gesamt-Deutschland macht es möglich. Verpönt ist danach etwa für das Gebiet der alten Bundesländer „ehemalige Bundesrepublik" zu sagen – schließlich sei die Bundesrepublik „nicht untergegangen", sondern noch heute „mit sich selbst identisch". Statt dessen schlagen die Bürokraten für den Bereich der Altländer folgenden Namen vor: „Das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebietes." Auch „frühere DDR" ist künftig ein Un-Begriff, „da das Wort ‚früher' einen Gegensatz zu einem ‚später' suggeriert, den es aber wegen des Untergangs der DDR nicht gibt". Die Abkürzung „BRD" bleibt auch für die Zukunft ungelitten. Zwar gebe es keinen „Anlaß mehr", Kürzel wie „BRD" abzulehnen, „da sie nach dem Untergang der DDR ideologische Gehalte nicht mehr transportieren und den Fortbestand Deutschlands in Frage zu stellen nicht mehr geeignet sind". Doch „angesichts der jahrelangen ideologischen Behaftetheit im separatistischen Sinne" sei der Buchstabe „D" eindeutig vorzuziehen.

Ab sofort brandaktuell bei DATA BECKER: Der Aufstieg in die neue Dimension!

Fahren Sie Ihren PC nicht mit angezogener Handbremse! Nutzen Sie den brandneuen Standard von MS-DOS 5.0 – von Anfang an mit dem großen Buch zu DOS 5.0! Mit Features, wie Sie sie von den großen Büchern von DATA BECKER gewohnt sind.
Von der Tastaturbelegung bis zum Speicher-Management: Dieser Band vermittelt Ihnen das gesamte Know-how zu DOS 5.0. Sie erhalten ihn im guten Buchhandel, in Computer-Fachgeschäften und in den Fachabteilungen der Warenhäuser.

Tornsdorf/Tornsdorf
Das große Buch zu DOS 5.0
Hardcover, 1.110 Seiten
inklusive Diskette, DM 59,-
ISBN 3-89011-290-0



Verschaffen Sie sich von Anfang an einen beruhigenden Vorsprung. Nutzen Sie das große Buch zu DOS 5.0 mit seinen umfassenden Erläuterungen aller DOS-Befehle und zahlreichen Tips & Tricks rund um MS-DOS 5.0!
Aufsteiger von älteren DOS-Versionen erfahren in diesem Band alles über die optimale Nutzung des Speichers über 640 KByte, bedienen sich der neuen DOS-Shell (einschließlich des Task-Switchings zwischen mehreren Programmen), retten versehentlich formatierte Datenträger und gelöschte Dateien, erstellen Makros mit Doskey und Programme mit dem neuen QBASIC etc.
Einsteiger lernen unter anderem, wie MS-DOS 5.0 richtig auf dem Computer installiert wird und wie man die Hilfemöglichkeiten nutzt.
Natürlich werden auch DOS-Interna sowie Autoexec.Bat- und Config.Sys-Dateien leichtverständlich erklärt.
Dazu als Clou: zahlreiche praktische Beispiele und Utilities auf einer mitgelieferten Diskette (z.B mit einem grafisch animiertem Bildschirmschoner)!
Das große DOS-5.0-Buch von DATA BECKER: Ihr kompetenter Schlüssel zum neuen Standard für PC-Betriebssysteme.

DATA BECKER GmbH

„Ein bißchen unheimlich“

Speziell auf Drängen von Kanzler Helmut Kohl erhielt Sowjetpräsident Michail Gorbatschow Zutritt zum exklusiven Kreis der reichen Länder. Doch der Erfolg war mager: Die Partner der Deutschen sperrten sich gegen finanzielle Hilfen für die Sowjets. Besonders Frankreich wehrt sich gegen eine neue Rolle der Deutschen.

Gipfelpartner Mitterrand, Kohl, Andreotti: „Money makes the world go round“

Die Stimmung in Downing Street No. 10 war ausgelassen, die Arbeit war geschafft.

Leise summte zunächst Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand „Frère Jacques“ vor sich hin. Nach und nach fielen sie alle ein, vorsichtig ihre Französisch-Kenntnisse testend: US-Präsident George Bush, Bundeskanzler Helmut Kohl, die Regierungschefs aus Kanada und Japan, Italien und Großbritannien. Laut, daß es bis auf die Straße dröhnte, setzten sie ihr Konzert mit amerikanischen Musical-Melodien fort: „Money makes the world go round“ und „If I were a rich man“.

Als dann der letzte Gast des englischen Premierministers John Major nach Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels am Mittwoch abend voriger Woche in London eintraf und die acht Herren sich zu Tisch setzten, wurde die Runde noch fröhlicher: Michail Gorbatschow riß Witze, die über ihn daheim kursieren, und löste mit Anekdoten aus dem Politbüro früherer Zeiten immer wieder das Gelächter seiner Tischnachbarn aus.

Daß der Russe, erst nach dem eigentlichen Siebener-Treffen dazugebeten, sich schnell wie zu Hause fühlte, hatte er schon zuvor beim Familienfoto vor dem Amtssitz Majors bewiesen. Der Gast aus dem Osten stellte sich nicht etwa bescheiden an die Seite, sondern breitbeinig in die erste Reihe.

Mit der Gruppe der sieben (G 7) sei es nun vorbei, verkündete der oberste Sowjet forsch. Von nun an müsse der Klub „sieben plus eins“ heißen.

Nachmittags hatte Gorbatschow mit einem „brillanten Vortrag“ (ein Teilnehmer) die Vertreter der reichen Länder dieser Welt beeindruckt. Und wie selbstverständlich diskutierte sein Außenminister Alexander Bessmertnych im Kreise seiner Westkollegen über die Weltprobleme. „If they wish to leave“, so plädierte „Sascha“, wie ihn alle nannten, etwa für das Selbstbestimmungsrecht in Jugoslawien, „they have the right.“

Alle waren sich nach Gorbatschows kurzem Aufenthalt einig: Seit London gehört er dazu. Ein Kanzlerberater: „Die Russen sind jetzt voll dabei.“ Gorbatschow hat seinen Freund Helmut Kohl nicht enttäuscht. Und wenn im kommenden Jahr der Bundeskanzler Gastgeber des nächsten Treffens der G 7 in München ist, dann wird er Michail, wenn der noch an der Macht ist, wie selbstverständlich als achtes Klubmitglied begrüßen.

Mit dem erfolgreichen Auftreten Gorbatschows auf der Bühne der Kapitalisten haben der Kanzler und seine Außenpolitiker ein wichtiges Ziel erreicht. Kohl war es, der die zögernden Amerikaner und die uninteressierten Japaner gedrängt hatte, Gorbatschow nach London zu bitten. Der Deutsche wird es sein, der als künftiger G-7-Präsident die Zusammenarbeit zwischen den sieben und der Sowjetunion organisieren und vorantreiben wird.

Das neue, größere Deutschland hat an Gewicht gewonnen. „Für die deutsche Politik", so Hans-Dietrich Genschers Resümee, „war der Gipfel eine Zäsur."

Dem neuen Deutschland bringt seine neue Statur freilich nicht nur Lust. „Größere Schwierigkeiten" für die Wirtschafts- und Außenpolitik sind für Genscher künftig nicht zu vermeiden. Denn von Bonns Akteuren werde fortan die „Kunst des Spagats" verlangt, „gute Beziehungen zu allen" zu unterhalten und dabei „das Konto nicht zu überziehen" – weder politisch noch finanziell. Denn jetzt könne Bonn keimende Konflikte „nicht mehr mit Geld bereinigen", wie früher üblich.

Gern hatten sich die westlichen Partner daran gewöhnt, daß sie für die politischen Vorgaben und Bonn für deren finanzielle Ausgestaltung zuständig sind. In London klappte die alte Arbeitsteilung erstmals nicht mehr. Die Gipfelbeschlüsse blieben denn auch ohne materielle Substanz.

Die Sowjetunion soll, nach einer Übergangsphase, Mitglied im Internationalen Währungsfonds werden und darf dort Kredite ziehen. Sie kann den Rat und die Expertisen anderer Westorganisationen einholen, um die Ölförderung anzukurbeln, Atomkraftwerke sicherer zu machen und Rüstungsbetriebe auf die Produktion friedlicher Waren umzustellen. In geregeltem Rahmen – mit dem jeweiligen Vormann der Siebener-Gruppe oder im Kreise der Wirtschafts- und Finanzminister – kann Moskau fortan seinen Geld- und Warenmangel ausbreiten. Das auf 10 bis 15 Milliarden US-Dollar geschätzte Finanzloch gegenüber dem Ausland allerdings wurde nicht gefüllt.

Auch die Hoffnung der deutschen Seilschaft, die Hilfen sowohl für das marode und bröckelnde Riesenreich Gorbatschows wie für dessen einstige Satelliten Polen und die ČSFR auf die Schultern aller Wirtschaftsriesen zu verteilen, ging nicht auf.

Zwar ist die Bilanz der deutschen Taten eindrucksvoll; allein den Sowjets half Bonn seit 1989 mit knapp 60 Milliarden Mark. Von dem, was bislang den übrigen osteuropäischen Staaten zugesagt wurde, trug Bonn rund 40 Prozent, Japaner und Amis sind nur mit jeweils rund 6 Prozent dabei.

Aber die Alliierten waren nicht beeindruckt.

Frankfurter Allgemeine

Wann immer Theo Waigel eine „faire Lastenverteilung" einklagte und drängelte, „nicht zuviel von den Deutschen zu erwarten", lehnten sich die transatlantischen Freunde lässig zurück. Erstens habe man selber kein Geld, so die US-Replik, zweitens stehe die öffentliche Meinung eher dagegen. Und Japans Regierungschef Toshiki Kaifu nervte die Partner mit der zigfachen Wiederholung, Moskau werde, ohne zuvor die Südkurilen-Inseln abgetreten zu haben, keinen Yen bekommen.

Es sei „ein bißchen unheimlich" gewesen, so ein deutscher Kanzlerberater, daß Themen, die in europäischen Augen „das Schicksal der Welt verändern", für Amerikaner und Japaner „fast nur regionale Fragen" seien. Deren demonstrativ desinteressierte Haltung habe in der deutschen Mannschaft „ungute Gefühle" hinterlassen.

Überall kommen die Bonner Akteure in die Zwickmühle. Auch bei Welthandels- oder Umweltfragen stehen die Deutschen vor der Alternative: Entweder passiert gar nichts, oder der deutsche Steuerzahler trägt die Hauptlast.

Zur Rettung der Tropenwälder formulierten die Gipfel-Stürmer etwa eine flammende Erklärung. Doch für das „Pilotprogramm Brasilien zur Erhaltung der Regenwälder" – „mit Namen von Bk Kohl verbunden", wie es in internen Papieren heißt – gibt es außer deutschen und EG-Angeboten „keine weiteren Finanzierungszusagen".

Und auch die gigantische Aufgabe, russische Atommeiler etwas sicherer zu machen, müsse wohl, schwant Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann, „Deutschland allein machen". Geschätzte Kosten: zehn Milliarden Dollar für die allernotwendigsten Arbeiten.

Aber Partnern wie Empfängern deutschen Geldsegens ist spätestens seit dem Londoner Gipfel klar, daß die Gewohnheit, politische Probleme mit Geld zu lösen, durchbrochen ist. Die klamme Kassenlage wird es Kohl und seinem Genscher nicht einfacher machen, der gern gerühmten „gewachsenen Verantwortung Deutschlands im globalen Maßstab" (Kohl) nachzukommen.

Tatsächlich müssen die Deutschen, von mehr Nachbarn umgeben als alle anderen Europäer, eine Rolle finden, in der sie nicht ständig lavieren oder unter Ausnahmebedingungen entscheiden müssen. Das ist schwer genug und erfordert „höchste Staatskunst" (Genscher). Denn die „Erwartungen und Befürchtungen wohnen im gleichen Haus".

Was immer die Deutschen in ihrer „sonderbaren Lage" tun, erkannte in London auch der Kanzler, wecke den Argwohn und die Empfindlichkeiten anderer: Seien die Beziehungen zu Moskau „gut", werde gefragt, ob sich die Deutschen vom Westen abkehren und dem Osten zuwenden; gebe es einen guten Draht nach Paris, werde von einer Achse Paris–Bonn geredet. Sei aber das Verhältnis zur Sowjetunion schlecht,

„wird uns vorgeworfen, daß wir die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben". Und gehe es schließlich mit Paris „nicht optimal", werde gesagt: „Mit der EG kann es ja nichts werden, weil ihr nicht begriffen habt, daß das ohne deutsch-französischen Antrieb nicht gelingen kann."

Kohl wäre nicht Kohl, setzte er nicht auch in der internationalen Politik auf sein erprobtes Rezept: persönliche Beziehungen und Seilschaften. Zu seiner Methode gehört, Streit- und Sachfragen an Experten abzugeben und sich im Umgang mit seinesgleichen auf die Pflege der persönlichen Chemie zu konzentrieren.

Auf „Mischa", den Neuling in der exklusiven Runde, läßt Kohl nichts kommen. Offenbar verbinde die beiden die Fähigkeit, erläuterte ein Gorbatschow-Vertrauter in London, politische Probleme auszusitzen.

Die größten Probleme hat der deutsche Kanzler derzeit mit François Mitterrand. An seinem guten Willen, beteuert Kohl, könne das nicht liegen. „Wir haben keine Probleme mit denen, die haben welche mit uns", erläuterte ein Kanzlerberater das gestörte deutsch-französische Verhältnis.

Mitterrands kühle Distanz offenbart, wie sehr die deutsche Einigung die politische Klasse in Frankreich verstört hat. Die Bonner registrieren ärgerlich, daß der Sozialist im Elysée die Rettung in einer nationalstaatlichen Politik sucht und ringsherum die Angst vor den Deutschen schürt.

So hält Paris an der Einheit Jugoslawiens fest und setzt auf die Panzerkommunisten in Serbien, um die vermeintliche deutsche Vormachtstellung auf dem Balkan zu dämpfen. In London widersetzte sich Mitterrand einem harmlosen Waffenregister der G-7-Staaten so hartnäckig, bis nur noch nichtssagende Diplomaten-Floskeln übrigblieben (siehe Seite 122).

Auf dem Spiel stand, aus französischer Sicht, die exklusive Rolle der Grande Nation als Ständiges Mitglied des Uno-Sicherheitsrates: Das Fünfer-Gremium, ein Relikt der Nachkriegszeit und nicht ein „beliebiger Staatenklub" (so ein Pariser Diplomat), solle über die Transparenz im internationalen Waffenhandel wachen.

„Es wird noch fürchterlich werden", schwant einem Genscher-Gehilfen, „die Franzosen haben keine kreative Außenpolitik." Neuer Krach steht ins Haus, wohin man blickt: Bei den Gatt-Verhandlungen über den Subventionsausgleich für die Landwirte oder den anstehenden Regierungskonferenzen zur Europäischen Union – überall tun sich Streitpunkte mit Paris auf.

Noch suchen die Bonner den Schaden einzugrenzen. Sie trauen sich beispielsweise nicht, das unsinnige deutsch-französische Milliarden-Projekt für die bemannte Raumfahrt abzublasen.

Aber bei den Strukturen des künftigen Europa werden die Deutschen sich auch um den Preis des Streits mit anderen Partnern erklären müssen. Noch mangelt es an gemeinsamen Perspektiven – zum Beispiel in der Sicherheitspolitik. „Wir dürfen nicht zu sehr in der ersten Reihe stehen", erkannte vorige Woche in London ein Bonner Diplomat, „wir müssen die anderen mitziehen."

Sein Vorgesetzter wird deutlicher. Genscher: „Der Kampf um Europa hat begonnen."

Union

Heftiger Wind

Die künftigen Anführer der CDU/CSU-Fraktion, Schäuble und Geißler, kommen nur schwer miteinander aus.

Von Deutschlands höchstem Berg, der 2962 Meter hohen Zugspitze, blickt Heiner Geißler, 61, hinunter ins Tal. Nach kräftigem Anlauf stürzt sich der Christdemokrat in die Tiefe – eingeklinkt in einen bunten Gleitschirm. 25 Minuten später landet der Hobbysportler weich auf einer Wiese in der Nähe des österreichischen Ferienorts Ehrwald.

Zur gleichen Zeit quält sich Wolfgang Schäuble, 48, in einer Rehabilitationsklinik an allerhand medizinischen Gerätschaften. Im Bonner Streß kommt die Therapie immer wieder zu kurz. Dabei ist sie überlebenswichtig für den Innenminister, der seit dem Anschlag vom 12. Oktober vergangenen Jahres querschnittsgelähmt ist. Von dieser Woche an macht er Ferien auf einer Nordseeinsel. Durchatmen, Kräfte sammeln.

Zwei Politiker, jeder im Grenzbereich eigener Leistungsfähigkeit, der eine freiwillig am Gleitschirm, kraftvoll-sportiv, nach schwerem K.o. mit zäher Energie hin zum politischen Comeback. Der andere notgedrungen im Rollstuhl, hoffend auf ein wenig Normalität in einer fernen Zukunft und im schweren Weg auf steiler Karriere. Beide sind seit je einander zugetan in typischer Partei-Freundschaft: Keiner traut dem anderen so recht über den Weg.

Ein prominenter Christdemokrat über das Verhältnis zwischen dem Jesuitenschüler aus Württemberg und dem protestantischen Steuerjuristen aus Baden: Als CDU-Generalsekretär habe Geißler den damaligen Kanzleramtschef Schäuble für einen Helmut Kohl ergebenen „seelenlosen Macher" gehalten, in dessen Handeln die „soziale Komponente zu kurz kommt". Umgekehrt habe Schäuble den Mann aus dem Konrad-Adenauer-Haus „für einen illoyalen Generalsekretär gehalten, der dem Kanzler Probleme bereitet und die Koalition gefährdet".

Und dennoch: Wenn alles so läuft wie geplant und Strippenzieher vom Kaliber Kohl nicht noch in letzter Minute dazwi-

Christdemokrat Schäuble im Bundestag: Schwerer Weg

Fraktionsvize Geißler*: „Im Unruhestand"

schenfunken, werden Wolfgang Schäuble und Heiner Geißler spätestens zu Beginn des nächsten Jahres an der Spitze der Mehrheitsfraktion im Deutschen Bundestag stehen. Schäuble als Vorsitzender und Nachfolger des verbrauchten Alfred Dregger, 70, Heiner Geißler als der gewichtigste der insgesamt acht Stellvertreter.

Die Nummer eins ist Wolfgang Schäuble, Kohls erklärter Wunschkandidat für Fraktionsvorsitz und Kanzlernachfolge, falls die Gesundheit des Kandidaten die Belastungen erträgt. Auf Platz zwei Heiner Geißler, einst Kohls gefährlichster Mann. Nichts ließ der Partei- und Regierungschef unversucht, um den früheren engen Freund und späteren scharfen Kritiker auszuschalten.

Der Kanzler verhinderte, daß sein Intimfeind 1988 Nachfolger von Bernhard Vogel als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident wurde. Noch im Januar wollte Kohl partout vermeiden, daß Geißler Fraktionsvize wurde. Erst versuchte er, ihn an die Spitze des Auswärtigen Ausschusses zu lokken, dann wollte er ihn als außenpolitischen Fraktionssprecher gegen den in der Fraktion beliebten Karl-Heinz Hornhues ins Rennen schicken.

Die neue Formation birgt für die Union Chance und Risiko zugleich.

Die Chance: Die Fraktion hätte wieder eine Führung. Seniorchef Alfred Dregger, Kohl als willfähriger Mehrheitsbeschaffer lange Jahre willkommen, ist inzwischen überfordert. Der alte Herr, der einst auf Wahlpostern kraftstrotzend nach Art des Italowestern-Helden „Django" zu posieren pflegte, vergißt häufig Absprachen, die er tags zuvor getroffen hat. Gelegentlich nimmt er in der Fraktion zu Themen Stellung, die bereits erledigt sind. Er verwechselt Namen, redet selbst Prominente falsch an. So versucht er seit Wochen, dem

Fraktionschef Dregger: Thilo statt Theo

CSU-Vorsitzenden Theo Waigel den Vornamen „Thilo" einzureden.

Mit zwei politischen Schwergewichten an der Spitze, rhetorisch begabt und kompetent, kann sich die Union im Bundestag attraktiver darstellen als die SPD. Die Sozis können bislang keinen Nachfolger für den seit 1983 amtierenden Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, 65, vorzeigen, der den Parteivorsitz resigniert niedergelegt hat.

Das Risiko: Lassen sich die beiden so gegensätzlichen Typen nicht zu einem Team vereinen, wird ihr Streit zur Hausmarke der Union. Hie der auf effizientes Management bedachte Schäuble, der für das Ansehen der CDU allein den Erfolg von Regierung und Koalition verantwortlich macht. Dort der von Ideen und Idealen besessene Geißler, der, wenn es sein muß, das Profil der eigenen Partei auch durch gezielte Konflikte mit Kanzler und Koalition schärfen will.

Das kann sich schon bald zeigen. Geißler ist fest entschlossen, den Streit mit der FDP um die Pflegeversicherung zu suchen; er will auch die von Schäuble gemeinsam mit Finanzminister Waigel und FDP-Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann um 560 Millionen Mark gekürzte Subvention für Langzeitarbeitslose erhalten wissen.

Geißler hat sich in der Fraktion Ansehen verschafft, hat das Institut des geschäftsführenden Vorstandes wiederbelebt und als politische Clearingstelle der Fraktion aufgewertet. Kollege Hornhues spendet Applaus: „Jeder, der meinte, Geißler sei weg vom Fenster, dem hat er gezeigt, daß er nicht im Ruhestand, sondern wieder im Unruhestand ist."

Als strategischer Kopf der Union hatte sich Geißler in der Debatte um den künftigen Sitz von Parlament und Regierung zurückgemeldet. Er organisierte die Stimmungswende in der Fraktion zugunsten Berlins. Als erster aus der schwarzen Führungsriege benannte er die Folgen einer Entscheidung gegen Berlin für die Union als der „Partei der Einheit" (Kohl): „Eine Entscheidung für Bonn wäre für Berlin, für Ostdeutschland und international eine Katastrophe gewesen."

Eine Kampfabstimmung mit ungewissem Ausgang hatte er als „unzulässiges Vabanquespiel" verworfen und deswegen seinen Kompromißplan vorgelegt: Bundestag nach Berlin, Regierung und Ministerien in Bonn. Zuerst fand der Kanzler, der es sich weder mit Bonnern noch Berlinern verderben wollte, ebenso wie Schäuble und Kanzleramtsminister Rudolf Seiters Gefallen an dem Geißler-Vorschlag.

Kurz vor der Abstimmung wechselten Kohl und Schäuble die Seiten und unterstützten aus Angst vor einer Spaltung der Berliner CDU sogar eine sozialdemokratische Idee, die Umzugs-Entscheidung bis 1996 zu verschieben. Dann verloren alle. Der schwarz-rote Kompromiß erreichte nicht einmal das Plenum. Geißler zog nur 148 Stimmen; Kohl, Schäuble und Seiters enthielten sich der Stimme oder waren dagegen.

Doch danach kam Geißlers Stunde. Unterstützt von Generalsekretär Volker Rühe, ehedem wie Geißler ein Bonn-Befürworter, drehte der Fraktionsvize zahlreiche Abgeordnete um, die ursprünglich für Bonn stimmen wollten – die CSU-Prominenten Ignaz Kiechle und Michaela Geiger, den Hamburger Jürgen Echternach, die von Geißler besonders gepflegten Baden-Württemberger Mat-

* Vor dem Gleitschirm-Flug auf der Zugspitze.

thias Wissmann, Andreas Schockenhoff und Brigitte Baumeister, den Rheinland-Pfälzer Hansjürgen Doss und den Kolping-Vorsitzenden Heinz Schemken aus Velbert im Rheinland.

Ob sich der Einsatz auch für Geißler gelohnt hat oder ob sich „der Heiner" damit unter den Bonn-Freunden zusätzliche Gegner geschaffen hat, darüber mag Fraktionskenner Hornhues noch nicht befinden: „Da brauche ich noch ein paar Sitzungswochen, um in die Fraktion hineinzuhorchen."

Noch steht nicht fest, wann das Duell in der Spitze der Unionsfraktion beginnt. Die Entscheidung liegt bei Alfred Dregger. Er ist bis Januar 1992 gewählt. Kohl, aber auch zahlreiche Unionsabgeordnete drängen auf einen Wechsel schon in diesem Herbst. Der Dresdner Parteitag im Dezember soll dann zum Jubeltag für Schäuble und nicht zum Trauertag für Dregger werden.

Über Geißlers künftige Rolle hat allerdings der Kanzler noch ein Wort mitzureden. Würde Kohl den unbequemen Ex-General bei der fälligen Kabinettsumbildung auf einen wichtigen Posten, etwa vom Rang des Innenministers, berufen, könnte sich der nicht schon wieder verweigern.

Extratouren will sich Heiner Geißler auch künftig leisten. Am deutschen Nationalfeiertag, dem 3. Oktober, wird er jedenfalls nicht neben Kohl und Schäuble beim Festakt sitzen. Zur Feier des Tages will er wieder über die Wetterkante der Zugspitze springen, um zu zeigen, „daß zu Deutschland auch die alte Zugspitze gehört und nicht nur das neue Berlin". Davon kann ihn nur eines abbringen: zu heftiger Wind.

Minister

Klappert nicht

Blaß und ohne Konturen führt Hannelore Rönsch das Ministerium für Familie und Senioren.

Mitten auf der Bonner Kurt-Schumacher-Straße stand eine Frau und hielt den Verkehr auf. Unter den zornigen Blicken eiliger Autofahrer geleitete sie wild gestikulierend eine Entenmutter über die Fahrbahn. Zwölf Küken watschelten hinterdrein.

Zufrieden bestieg Hannelore Rönsch, 48, danach ihre Limousine und gab den Verkehr wieder frei. Die Familienministerin hatte ihre Pflicht getan, eine Familie beschützt und war für eine Alleinerziehende eingetreten – auch wenn es sich nur um Federvieh handelte.

Der mutige Einsatz auf der Straße, erzählen Spötter, sei die bisher spektakulärste Handlung der Ministerin für „Familie und Senioren" im neuen Amt gewesen. Prompt gab die ministerielle Pressestelle eine entsprechende Mitteilung heraus.

Abtreibungsgegnerin Rönsch: Mutig auf der Straße

Weitere gute Nachrichten konnten aus dem Hause Rönsch bislang nicht vermeldet werden. Die großen Erwartungen, die Bundeskanzler Helmut Kohl in seine Familienministerin setzte, haben sich nicht erfüllt. Von einer wirksamen Politik für Familien und Senioren haben die Bonner Kabinettskollegen und die Öffentlichkeit noch nichts bemerkt. Und im stillen vermag die Ministerin wenig zu tun, weil ihr Ministerium nur geringe Kompetenzen besitzt.

Dafür kungelt die Ressortchefin auch gern mal mit der CSU. Kaum hatten die Christsozialen am vorvergangenen Wochenende in ihrer Ansbacher Erklärung für eine Verschärfung des Paragraphen 218 votiert, bekamen sie Rückendekkung von der erzkonservativen CDU-Familienministerin. Ihre Partei sei in „völliger Übereinstimmung" mit den CSU-Vorschlägen, die bisherigen vier Indikationen auf eine medizinische und eine psychosoziale zu verkürzen. Auch solle man den Arzt künftig verpflichten, die Indikationsgründe schriftlich festzuhalten.

Damit hatte „Kohls klügstes Bubiköpfchen" (*Bild am Sonntag*) sich zum dritten Mal forsch zum Paragraphen 218 geäußert, und zum dritten Mal ging es daneben.

Ihre nur noch nominelle frauenpolitische Mitstreiterin, Bundesfrauenministerin Angela Merkel (CDU), wies Rönsch deutlich darauf hin, daß der CSU-Vorschlag eines nachprüfbaren Beratungsgesprächs für „Arzt und Frau nicht zumutbar" sei.

Mit der bereitwilligen Adoption des „CSU-Geburtenregelung-Hexenkammer-Papiers" (Heide Rühle, Die Grünen) hoffte Rönsch, doch noch das von der CDU gesteckte Ziel zu erreichen, vor der Sommerpause einen Mehrheitsentwurf vorzulegen.

Mit vorgeblich konsensfähigen Vorschlägen war sie selber schon zweimal gescheitert. Den ersten, in dem sie dem Arzt die alleinige Verantwortung für eine Abtreibung zuschob, mußte sie als „mißverständlich" zurückziehen.

Für den zweiten Vorschlag wurde sie vom Bundesausschuß der CDU gerügt. Sie hatte ein unveröffentlichtes Papier, über das sich die CDU keineswegs geeinigt hatte, eigenmächtig als Konsenspapier vorgestellt. Ein Vorstandsmitglied: „Das hat sie viel Kredit gekostet."

Einig sind sich CDU und CSU nur in ihrem Kampf gegen die Fristenlösung. Die FDP will eine straffreie Abtreibung bis zum dritten Monat, wenn die Frau sich vorher beraten läßt. Für die SPD ist selbst die Beratung nicht verpflichtend.

Mit ihren Versuchen, eine konsensfähige Lösung zu erreichen, steht Rönsch nicht allein. Der letzte Woche bekanntgewordene Vorschlag des Justizministers Klaus Kinkel, die Frist für Abtreibungen auf zehn Wochen herabzusetzen, wurde in der CDU/CSU aber mit Hohngelächter aufgenommen. Ob man nun nach drei, acht oder zehn Wochen abtreibe, so hatte Hannelore Rönsch schon vor einiger Zeit die Idee abgelehnt, sei wirklich willkürlich: „Es bleibt Leben töten."

Bei der Besetzung des Familienministeriums hatte Kanzler Kohl zuletzt wenig Glück: Erst holte er sich die Querdenkerin Rita Süssmuth ins Kabinett. Als sie ins Bundestagspräsidium wegge-

lobt wurde, folgte die farblose Ursula Lehr. Beide waren Seiteneinsteigerinnen in die Politik, was dem Kanzler die Proteste der Unionsfrauen einbrachte. Wütend hatten sie ihn damals gefragt, ob sie ihm nicht gut genug seien für einen solchen Posten. Diesem Vorwurf wollte Kohl diesmal entgehen.

Anders als ihre Vorgängerinnen hatte Rönsch schon lange in der Partei gearbeitet, bevor sie Ministerin wurde. 1983 gewann sie in Wiesbaden nach 30 Jahren SPD-Vorherrschaft mit 46,6 Prozent ein Direktmandat für den Bundestag. Dort saß sie acht Jahre im Bildungs- und im Wohnungsbauausschuß – still, aber fleißig.

Jetzt soll sie mit ihren 211 Mitarbeitern eine Lobby für Familie und Senioren schaffen. Ein konkreter Gesetzentwurf liegt schon vor: das „Familiengeld" – ein gemeinsamer Entwurf von ihr und Frauenministerin Angela Merkel.

Mit 1000 Mark, je 500 Mark vor und nach der Geburt, soll von 1992 an das Austragen eines Kindes honoriert werden. Dem 700-Millionen-Mark-Programm sollen weitere Maßnahmen folgen, um die Zahl der Abtreibungen zu senken. Ob aber diese Summe wirklich hilft, einer Frau die Entscheidung für ein Baby zu erleichtern, fragen sich selbst Mitarbeiter der Ministerin: „Das reicht im Ernst nicht weit über ein Taufkleidchen hinaus."

Ähnlich dürftig sind Rönschs Ansätze, Politik für die alten Menschen in der Bundesrepublik zu machen und damit letzten Endes Wählerstimmen zu sichern.

Schon 1988 hatte die CDU erkannt, daß jeder vierte Wähler zur Gruppe der Älteren gehört. Die daraufhin gegründete Senioren-CDU wurde aber schnell zu einem Abschiebeverein ohne politische Zugkraft.

Ein Schicksal, das jetzt auch dem kompetenzarmen Senioren-Ministerium blühen könnte. Denn für Mißstände und deren Aufhebung ist Hannelore Rönsch nicht zuständig. Zwar wird ihr Haushalt im nächsten Jahr um fast 15 Prozent auf über 32 Milliarden Mark steigen, doch kann sie damit wenig anfangen. Fast alles, nämlich 31,2 Milliarden Mark, ist qua Gesetz für das von 1992 an erhöhte Kinder- und Erziehungsgeld festgelegt. Rönsch ist nicht mehr als ein Kassenwart.

Mit einem Posten ihres Haushalts hätte die Seniorenministerin Furore machen können. Sie konnte die Mittel für stärkere gesellschaftliche Unterstützung der Älteren auf 28 Millionen Mark verdoppeln. Doch die brave Gefolgsfrau Kohls verzichtete auf öffentliche Selbstbeweihräucherung: „Ich klappere nicht für mich, sondern ordne mich der Gesamtverantwortung des Kanzlers unter."

KOMMENTAR

Wann Leben beginnt

RUDOLF AUGSTEIN

Nehmen wir einmal an, unser Herr Jesus Christus sei tatsächlich auch für Chinesen und für Inder gestorben, wie uns die römische Kirche lehrt. Welche Worte hätte er wohl für das Problem der Überbevölkerung in diesen Großstaaten gefunden?

Man kann behaupten, gar keine. Da, wo er gelebt haben soll, gab es das Problem nicht. Der Gott der alten Bibel, noch nicht dreigeteilt, war alles andere als lustfeindlich. Er war auch großzügig, wenn es um menschliches Leben ging. Sklaven durfte man gelinde totschlagen, da war er ein Kind seiner Zeit. Über die Abtreibung findet sich nichts in den alten Schriften.

Was nun seine angebliche Nachfolgerin, die römische Kirche, angeht, so wollen wir uns mit den Zahlen des gewiß nicht antirömischen Bartolomé Bennassar begnügen, der glaubt, „daß zehn Millionen Menschen durch die Inquisition auf dem Scheiterhaufen verbrannt" wurden – am Schutz des geborenen Lebens hat es damals wie heute gefehlt.

Nun sagt man uns, die staatlichen, von den jeweils obersten Gerichten auszulegenden Verfassungen hätten mit den Ansprüchen der von Papst Wojtyla moralisch heruntergewirtschafteten römischen Kirche nichts zu tun. Daran ist richtig, daß die Abtreibung einer Leibesfrucht in manchen Ländern unseres Kulturkreises zu manchen Zeiten verboten war oder noch ist. Nur, hat denn das gesamte kirchliche Umfeld auf die entsprechenden Gesetze keinen Einfluß genommen? War es immer nur die im Hintergrund lauernde Demographie, von der ihre Exekution abhing?

Es ist ja bezeichnend, daß jene fünf Bundesrichter, die 1975 in Karlsruhe den Fristenlösungsbeschluß des Parlaments umwarfen, das Argument bemühen mußten, angesichts der das menschliche Leben verachtenden Nationalsozialisten solle doch bitte das im Mutterleib werdende Leben mehr als in anderen Ländern geschützt werden. Immer noch gilt ja der lapidare Kernsatz des amerikanischen Supreme Court aus dem Jahre 1973:

> Wir müssen die schwierige Frage, wann Leben beginnt, nicht lösen. Wenn die besonders dazu Qualifizierten in den einschlägigen Disziplinen der Medizin, der Philosophie und Theologie unfähig zu einem Konsens sind, dann ist die Rechtsprechung zu diesem Zeitpunkt menschlicher Erkenntnis nicht in der Lage, über die Antwort zu spekulieren.

Die Ideologie des „Seid fruchtbar und mehret euch" ist angesichts der übergroßen Zahl von Menschen kriminell geworden. Nicht ohne Grund wird sie in Deutschland vom Freistaat Bayern am heftigsten verfochten, wo bis vor kurzem noch ein Besenstiel zum Abgeordneten gewählt worden wäre, wenn ihn der Pfarrer nach der sonntäglichen Messe empfohlen hätte.

Mit Recht sagt der CSU-Politiker Norbert Geis, es gebe keine wissenschaftliche Erkenntnis, die dazu berechtige, einen Fetus von der elften Woche seines Werdens an besser zu schützen als bis zur zehnten.

Wie Geis wohl darauf kommt? Will er der Fristenregelung das Wort reden? Mitnichten. Vielmehr, Justizminister Klaus Kinkel möchte die Frist, bis zu der eine Abtreibung straffrei bleiben soll, von zwölf auf zehn Wochen senken. Neue medizinische Erkenntnisse hätten ergeben, daß ab der elften Schwangerschaftswoche mit einer Schmerzempfindlichkeit des Embryos gerechnet werden müsse.

Man wünschte sich solche Sensibilität für die Schmerzen aller, auch der geborenen Menschen. Rechnen muß man mit so manchem, bewiesen ist hier nichts.

Die FDP stünde sich selbst im Wege, da ihr Entwurf für ein neues Abtreibungsgesetz eine obligatorische Beratung vorsieht, die in jedem Fall Zeit kostet. Konsequent wäre es dann, der Schwangeren die Entscheidung innerhalb der ersten zehn Wochen zu überlassen, ohne vorherige Zwangsberatung – was immer das sein mag.

Kinkel sorgt sich denn auch nicht so sehr um Schmerzempfindlichkeit und Zwangsberatung wie um das Bundesverfassungsgericht, an das die gewissenhaften Bayern in ihrer Profilneurose wohl appellieren werden.

Da hilft nur der Gedanke an die Schäden, die von der Papstkirche tagtäglich angerichtet werden, hauptsächlich im spanisch-portugiesischen Amerika. Wem dieses wichtige, aber gleichwohl hochstilisierte Problem am Herzen liegt, der muß mit dem Stimmzettel reagieren. Ein Kulturkampf würde dann wieder „ultramontan" geführt, von „jenseits der Berge". Er ginge von Rom aus.

Spionage

Vertikaler Schnitt

Der Generalbundesanwalt hat Anklage gegen den letzten DDR-Spionagechef erhoben. Ex-Stasi-Minister Mielke erhielt einen weiteren Haftbefehl.

Den Knast-Besuchern bot sich ein Bild zwischen Komik und Konfusion. Mit Pantoffeln an den Füßen und einem Holzstock in der Hand schlurfte der Untersuchungshäftling Erich Mielke, 83, tapernd in ein karg möbliertes Sanitätszimmer im Berliner Haftkrankenhaus Plötzensee.

Über den gestreiften Anstaltsdrillich hatte er ein khakifarbenes Freizeitjackett gezogen, auf dem Kopf trug er einen speckigen braunen Lederhut. Der ist ihm zwar sichtlich zu eng, aber Mielke behauptet: „Mit dem Hut ist es im Kopf besser."

Der Ermittlungsrichter Klaus Detter vom Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe war am Donnerstag voriger Woche in die Haftklinik gekommen, um dem einstigen Chef des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) den Haftbefehl wegen des Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland zu eröffnen.

„Sind Sie Armeegeneral a. D. Erich Mielke?" fragte Detter. „Was heißt ‚a. D.'", murmelte Mielke und wiederholte: „a. D., a. D." Und noch ehe der Richter einen Satz sagen konnte, versicherte der ehemalige Stasi-Chef: „Das versteh' ich nicht."

Während Detter das Schriftstück verlas, nuschelte Mielke, halblaut und unverständlich, vor sich hin und lamentierte immer wieder: „Ich will nach Hause." Schließlich klagte er über Kopfweh und Herzschmerzen, wobei er sich mit der Hand an die Brust faßte – allerdings auf die falsche, die rechte Seite.

Der Haftbefehl kann Mielke nicht mehr sonderlich erschüttern; er ändert auch nichts an den Lebensbedingungen des Greises, der nach Einschätzung von Augenzeugen den debilen Alten mimt.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den Ex-Stasi-Chef bereits wegen illegalen Telefon-Abhörens („Amtsanmaßung"), wegen Vertrauensmißbrauchs und Untreue bei der Versorgung des Bonzen-Gettos Wandlitz mit West-Waren und wegen Anstiftung zur Rechtsbeugung bei den gefälschten DDR-Kommunalwahlen 1989 Anklage erhoben.

Wegen der Todesschüsse an Mauer und Stacheldraht erwirkte sie gegen Mielke und andere ehemalige Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrats der DDR einen Haftbefehl.

Und ein weiterer Haftbefehl gegen den Ex-Stasi-Chef war im März auf Betreiben des Generalbundesanwalts ergangen wegen Beihilfe zum versuchten Mord. Der Grund: Stasi-Leute sollen mit Terroristen von der westdeutschen Roten Armee Fraktion die Anschläge auf den US-General Frederick Kroesen und auf den amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Ramstein, beide 1981, auf MfS-Terrain geübt haben.

Stasi-Generale Schütt (M.), Wolf (r.)*
Beweissituation besonders günstig

Der jüngste Haftbefehl gegen Mielke ist die logische Konsequenz aus einer Anklageschrift des Generalbundesanwalts Alexander von Stahl, 53, die er fünf anderen Beschuldigten ebenfalls vorige Woche zustellen ließ. Wegen geheimdienstlicher Tätigkeit und Landesverrats werden beschuldigt:

- Werner Großmann, 62, zuletzt Leiter der Stasi-Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) im Range eines Generaloberst;
- Ralf-Peter Devaux, 51, zuletzt als Oberst einer der Stellvertreter Großmanns und zuständig für die HVA-Abteilungen I („Staatsapparat der BRD"), II („Parteien, gesellschaftliche Organisationen in der BRD"), XVI („Operative Nutzung offizieller Kontakte") und XVIII („Führung von Sabotageagenten");
- Bernd Fischer, 51, zuletzt als Oberst Leiter der Abteilung I;
- Bernhard Schorm, 60, zuletzt als Oberst stellvertretender Leiter der Abteilung I;
- Siegfried Kern, 47, Ex-Oberstleutnant und bis zur Auflösung des Amtes Leiter des Referats I/2, zuständig für die operative Ausforschung des Bonner Auswärtigen Amts.

Auf der Liste fehlt der legendäre Großmann-Vorgänger Markus („Mischa") Wolf, 68. Gegen ihn besteht bereits seit dem 20. Juni 1989 ein Haftbefehl, aber Wolf hat sich wenige Tage vor der deutschen Vereinigung ins Ausland abgesetzt. Und Mielke trägt, als Chef der ganzen Firma, die Gesamtverantwortung für den Spionageapparat.

Die Stahl-Behörde hat die Organisationspläne des Mielke-Ministeriums eingehend studiert. Unter Großmann und seinen fünf Stellvertretern war die HVA in sechs Stränge mit jeweils mehreren Abteilungen gegliedert. Mit dem „vertikalen Schnitt" (von Stahl) durch das Segment Spionage gegen die Bundesrepublik hofft der Karlsruher Ankläger, in die Tiefen juristischer Vergangenheitsbewältigung vorzudringen.

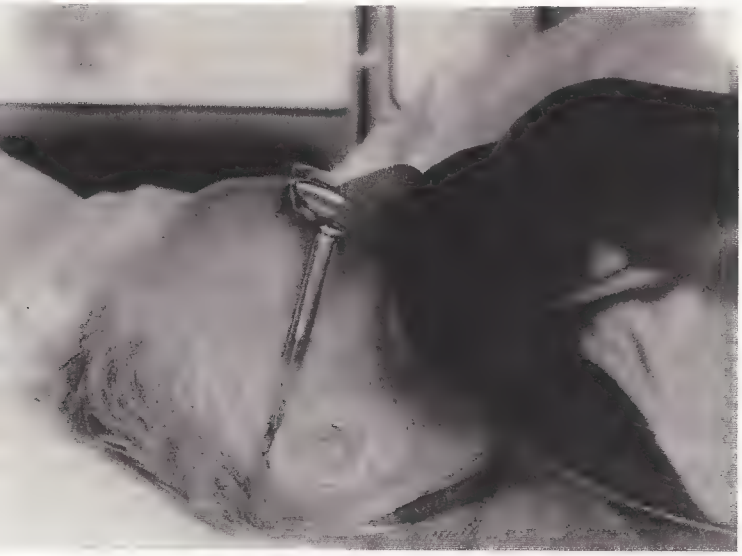
Das Berliner Kammergericht, bei dem der 260 Seiten starke Stahl-Schriftsatz eingereicht wurde, soll klären, bis zu welcher Verantwortungsebene etwa eine Einstellung des Verfahrens oder eine auf Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe in Betracht kommen.

Von Stahl sieht sich außerstande, alle Agenten strafrechtlich zu verfolgen. Ende Oktober 1989 standen nach seinen Erkenntnissen 4128 Personen hauptamtlich im Dienst der HVA (siehe auch Seite 57). Hinzu kommen Inoffizielle Mitarbeiter und Offiziere im besonderen Einsatz – alles in allem hatte allein die HVA nach von Stahls Rechnung mindestens 6600 Agenten auf die Bundesrepublik angesetzt.

Daß von Stahl für das „Pilotverfahren" gerade diesen HVA-Strang auswählte, hat zwei Gründe:

- Die bedeutendsten Spionagefälle wurden in der Abteilung I gefingert; von Stahl: „Diese Quellen sind die

* Mit Rudi Mittig, Stasi-Generaloberst und Stellvertreter von Minister Erich Mielke, 1985.



Häftling Mielke*, Ex-Spionagechef Großmann: „Mit dem Hut ist es im Kopf besser"

schmerzlichsten, die haben uns wehgetan."

▷ In diesem Bereich sei, vor allem durch Überläufer-Aussagen, „die Beweissituation besonders günstig".

Zudem sind die handelnden Personen über lange Zeit dieselben geblieben. Die Beschuldigten waren, so der Generalbundesanwalt, „auf verschiedenen Leitungsebenen an der Steuerung der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Spionagetätigkeit der HVA beteiligt". Außerdem hätten sie einige ihrer Agenten auch persönlich geführt.

HVA-Chef Großmann traf schon mal mit seinen westdeutschen Spähern zusammen – etwa wenn er Lob und Lohn verteilte. So überreichte er dem derzeit in München angeklagten Agenten Alfred Spuhler, der beim Bundesnachrichtendienst (BND) beschäftigt war, im Sommer 1987 in Budapest nicht nur den Vaterländischen Verdienstorden der DDR in Gold, sondern auch eine Prämie von 10 000 West-Mark.

Auch Devaux ist, der Anklage zufolge, persönlich mit seinen Quellen zusammengekommen: Im Sommer 1989 traf er in Ost-Berlin den Bonner Diplomaten Klaus von Raussendorff, dem er bei dieser Gelegenheit die Beförderung zum MfS-Oberstleutnant überbrachte.

Nach dem Stasi-Führungsprinzip war Großmann für die gesamte gegen die Bundesrepublik gerichtete Agententätigkeit verantwortlich: Er legte Umfang und Ziele fest, kontrollierte den Ablauf und sorgte für die Bezahlung der Spione. Dem HVA-Chef war zudem auch die Abteilung IX („Gegenspionage") unmittelbar unterstellt.

Großmann-Vize Devaux, ähnlich Wolf ein Intellektuellen-Typus, galt bei MfS-Kundigen als Kronprinz. Großmann, der vor seinem Eintritt ins MfS 1952 erst eine Maurerlehre, danach ein Pädagogikstudium abgebrochen hatte, wurde nur als Übergangslösung betrachtet.

Fischer leitete die HVA in ihrer Abwicklungsphase von April bis Juni 1990. Dabei sorgte er dafür, daß der Beschluß des Zentralen Runden Tisches, HVA-Dokumente zu vernichten, gründlich befolgt wurde.

Schorm (MfS-Spitzname: „Cognac-Bernhard") war 1986/87 für ein halbes Jahr kommissarischer Leiter der Abteilung I, wurde dann aber wegen angeblicher Trunksucht wieder hinter Fischer zurückgestuft. Schorm galt als „James Bond des Ostens": „Der hat", weiß ein westdeutscher Sicherheitsexperte, „alle Agenten bei uns geführt, die Rang und Namen hatten."

An Fakten fehlt es wohl nicht, die Stasi-Spione zu überführen. Die Strafverfolgung aber wirft Probleme auf.

So zögert der zuständige I. Senat beim Berliner Kammergericht mit der Eröffnung des Verfahrens. Die Richter erwägen, die Sache dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorzulegen. Das soll klären, ob die HVA-Offiziere überhaupt bestraft werden dürfen. Der Vorsitzende Richter Frithjof Kubsch hält sich zurück: „Das ist noch in der Schwebe."

Großmann-Verteidiger Gunter Widmaier hatte eingewandt, es gehe nicht an, ehemalige sozialistische Kundschafter zu bestrafen, während BND-Agenten weiter ungehindert ihrem Job nachgehen. Das verstoße, rügte der Anwalt, gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes.

Auch deshalb hatte die Bonner Koalition voriges Jahr eine begrenzte Amnestie für Stasi-Spione erwogen. Doch das Vorhaben, das von Stahl unterstützte, scheiterte am Widerstand der bayerischen CSU. Nun ist der Generalbundesanwalt gehalten, nach geltendem Recht anzuklagen.

Auf die Haftbeschwerde des ehemaligen HVA-Generalmajors Harry Schütt, der derzeit in München vor Gericht steht, entschied der 3. Senat des BGH Ende Mai, daß der Gleichheitsgrundsatz nicht verletzt werde, wenn der frühere DDR-Abwehrexperte strafrechtlich belangt wird.

Der BGH unterscheidet zwischen guten und bösen Spionen: „Nur bei ausschließlich formaler Betrachtung", argumentieren die Bundesrichter, ließen sich die Tätigkeiten von Ost- und West-Agenten gleichsetzen.

Die Nachrichtendienste der Bundesrepublik würden, auch wenn sie „operativ Auslandsaufklärung" betreiben, „letztlich zu deren Schutz tätig". Der DDR-Geheimdienst hingegen habe auf die „Gefährdung der äußeren Sicherheit" der Bundesrepublik gezielt.

Mit neuer Begründung versucht nun Großmann-Verteidiger Widmaier das Verfahren doch noch zu Fall zu bringen. Beim Berliner Kammergericht beantragte der Karlsruher Anwalt, das Bundesverfassungsgericht entscheiden zu lassen, ob das „Rückwirkungsverbot" des Grundgesetzes im Fall der ehemaligen DDR-Späher gelten müsse.

Strafbar sei die Spionage für die DDR nur nach der Strafrechtsordnung der alten Bundesrepublik gewesen. In ihrem eigenen Staat aber hätten die DDR-Agenten „pflichtgemäß und legal" gehandelt – nachträglich dürften sie daher nicht belangt werden.

Der Generalbundesanwalt dagegen sorgt sich um den Rechtsfrieden. Schließlich seien viele ertappte DDR-Spione zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden, deshalb könnten ihre Führungsoffiziere nicht einfach davonkommen. Von Stahl: „Das erschiene als willkürliches Verfahren." ◀

* Auf dem Transport ins Berliner Haftkrankenhaus, im Oktober 1990.

Nur noch so beliebt wie die Russen

SPIEGEL-Umfrage über die Einstellung der Ost- und Westdeutschen zueinander

Im vorigen Herbst standen die Ostdeutschen bei den Westdeutschen noch so hoch im Kurs wie die Franzosen, die längst aus einstigen Erbfeinden zu den liebsten Nachbarn geworden sind.

In der Jahresmitte 1991 sind die Sympathien der Westdeutschen für die Ostdeutschen so gering wie für die Russen, für die hierzulande überhaupt erst dank Gorbatschow die positive Einstellung überwiegt.

Nunmehr sind den alten Bundesbürgern nicht nur die Franzosen, sondern auch die Österreicher und die US-Amerikaner lieber als die eigenen Landsleute in der einstigen DDR.

Die Zahlen: Auf der Skala mit Werten von +5 bis -5 gingen die westdeutschen Sympathien für die Ostdeutschen von + 2.0 auf + 1.1 Punkte zurück. Die Vergleichsdaten: Franzosen + 2.0, US-Amerikaner + 1.9, Österreicher + 1.7 und Russen + 1.2 Punkte.

Einen Sympathieverlust dieser Größenordnung, noch dazu binnen weniger Monate, stellen die Meinungsforscher selten fest, wenn sie die Popularität von Politikern messen, und noch seltener, wenn es um Gruppen oder Völker geht.

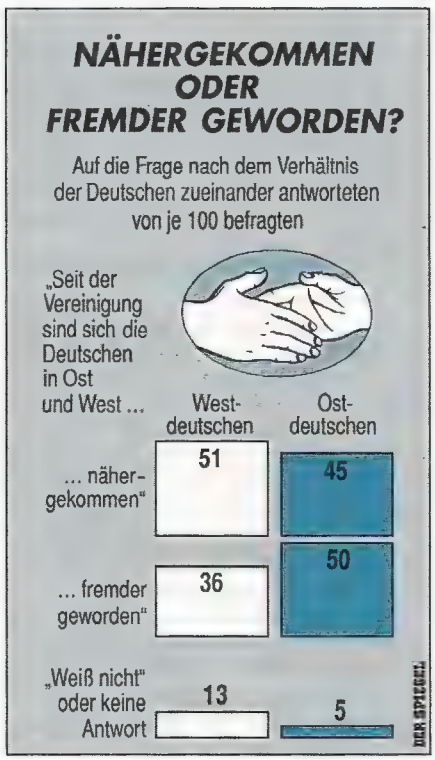
Auch in den neuen Bundesländern haben sich die Sympathien für die Deutschen im anderen Teil der Bundesrepublik vermindert, etwa im gleichen Maße: Der Durchschnittswert sank von + 2.7 auf + 1.7 Punkte.

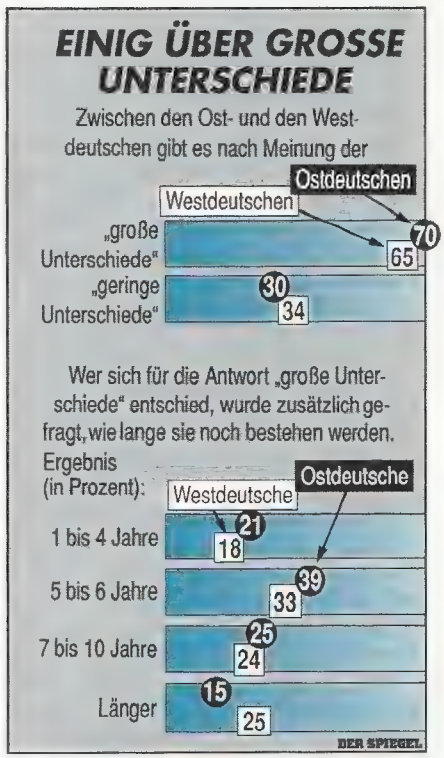
Diese Daten stammen aus zwei Untersuchungen des Bielefelder Emnid-Instituts, die der SPIEGEL in Auftrag gegeben hat. Im September/Oktober vorigen Jahres zog das Institut gemeinsam mit dem Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung den bislang umfassendsten deutsch-deutschen Vergleich – gewissermaßen als Eröffnungsbilanz der gesamtdeutschen Bundesrepublik, die seit dem 3. Oktober neben ihren alten 63 Millionen Bürgern 16 Millionen neue hat.

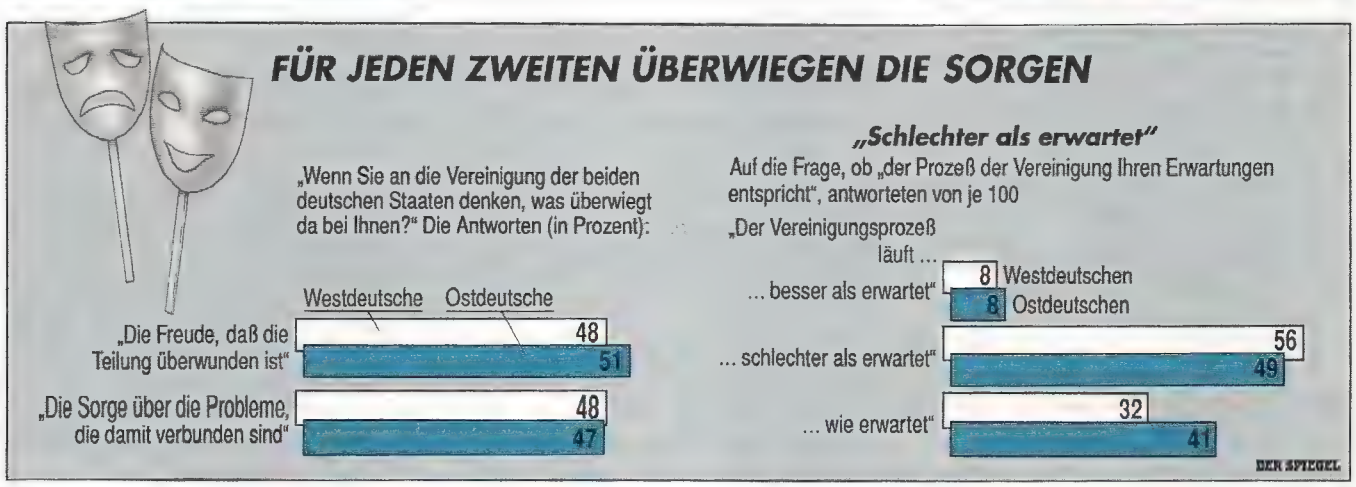
Neun Monate später, im Juni/Juli 1991, ging es bei der zweiten Untersuchung vor allem darum, wie sich die Einstellung der Deutschen zueinander verändert hat und wie sie über die Vereinigung und ihre Folgen denken.

Jede Frage wurde doppelt gestellt, wortgleich oder analog in Ost und West. Erforscht wurde die Meinung über die Eigenschaften der Deutschen im eigenen und im anderen Teil der Bundesrepublik. Gefragt wurde, ob die Vereinigung sich so vollzog, wie es den eigenen Erwartungen entsprach, und ob die Ostdeutschen „Bürger zweiter Klasse" sind und einige Zeit bleiben werden (siehe Grafiken).

Auch die Kernfrage, um die es in der Untersuchung geht, sollten die je 1000







repräsentativ ausgewählten Befragten in Ost und West beantworten: ob sich die 40 Jahre lang getrennten Deutschen seit der Vereinigung nähergekommen oder fremder geworden sind.

Die Antworten ergaben keine deutlichen Mehrheiten und brachten, für sich genommen, keine Klarheit. Die eine Meinung („nähergekommen") ist im Westen, die andere Meinung („fremder geworden") im Osten populärer. Im Westen konnten oder wollten ungewöhnlich viele – 13 Prozent – die Frage nicht beantworten.

Schon dieses Ergebnis zeigt, daß die schwarzrotgoldene Begeisterung längst erloschen ist, die in den Tagen nach der Öffnung der Mauer einige Zeit über die Deutschen gekommen war und die danach noch ein paarmal aufflackerte.

Nur anhand der Emnid-Ergebnisse insgesamt läßt sich die Frage eindeutig beantworten, und zwar negativ: Seit die Deutschen vereint sind, sind sie sich nicht nähergekommen, sondern fremder geworden. Und viel spricht dafür, daß sich diese Entwicklung noch fortsetzt.

„Erst nach der Vereinigung ist deutlich geworden, wie verschieden Ost- und Westdeutsche eigentlich sind." Große Mehrheiten in West und Ost stimmten dieser Meinung zu (69 und 77 Prozent).

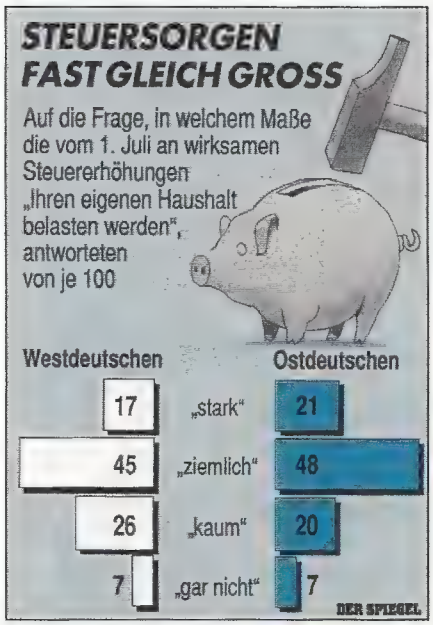
Und die meisten sind sich auch darüber einig, daß die Unterschiede groß sind und noch längere Zeit bestehen bleiben werden. Daß zehn Jahre nicht reichen, um sie abzubauen, ist eine keineswegs seltene Meinung. Am häufigsten wird mit „fünf bis sechs Jahren" gerechnet.

Bei der ersten deutsch-deutschen Untersuchung im vorigen Herbst hatten die meisten Ost- und Westdeutschen in vielen Punkten übereingestimmt, obwohl sie jahrzehntelang in zwei Welten gelebt hatten.

Nun aber bot sich ein anderes Meinungsbild. Welche Frage Emnid auch stellte, in der Regel war die Mehrheit im Westen anderer Meinung als die Mehrheit im Osten. Dazu Klaus-Peter Schöppner, der bei Emnid die SPIEGEL-Umfragen leitet: „Viele Ergebnisse waren so konträr, als würden nicht Teile eines Volkes, sondern verschiedene Völker befragt." Und: „Es scheint sich in den alten und in den neuen Bundesländern eine Mentalität auszubreiten: Erst denken wir an uns und dann, wenn überhaupt, an euch."

Bei einigen Themen unterschieden sich die Meinungen zwischen den Deutschen in Ost und West stärker als zwischen Anhängern der CDU/CSU und der SPD. Das zeigte sich auch bei Fragen nach der künftigen Hauptstadt und nach dem nächsten Bundespräsidenten.

Die Entscheidung des Bundestages für Berlin hält eine große Mehrheit im Osten für richtig, eine knappe Mehrheit im Westen für falsch. Als Emnid – si-



cher ist sicher – nachfragte, wie man denn wohl selbst abstimmen würde, wenn noch nichts entschieden wäre und man im Bundestag säße, gab es eine westdeutsche Mehrheit für Bonn, eine ostdeutsche für Berlin (53 gegenüber 76 Prozent).

Zur Nachfolge des 1994 aus dem Amt scheidenden Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker nahm Emnid eine Frage auf, die in einigen Zeitungen erörtert wurde: ob denn, wenn ein SPD-Politiker zum Nachfolger gewählt werden solle, Johannes Rau, Regierungschef von Nordrhein-Westfalen, oder Manfred Stolpe, Regierungschef von Brandenburg, dafür besser tauge.

In der Ex-DDR sind 60 Prozent der erwachsenen Bundesbürger für Stolpe, in der Alt-BRD 60 Prozent für Rau. Da 60 Prozent im Westen mehr sind als 60 Prozent im Osten (29,5 gegenüber 6,8 Millionen), ergibt dies, gesamtdeutsch gerechnet, 54 Prozent für Rau und 37 Prozent für Stolpe.

Diese Mehrheiten hüben und drüben haben sogar den Emnid-Meinungsforscher Schöppner überrascht. Denn bei der vorigen SPIEGEL-Umfrage im Mai hatten die meisten Westdeutschen nicht nur Rau, sondern auch Stolpe eine „wichtige Rolle" gewünscht. In der Emnid-Reihe der 20 führenden Politiker kam der Düsseldorfer auf Platz 6, der Potsdamer auf Platz 8.

Schöppner: „Im Mai ging es um ein Sowohl-Als-auch, nun um ein Entweder-Oder, und da gaben die meisten in Ost und West dem ‚eigenen' Mann den Vorzug."

Stärker noch wirkt sich die deutsch-deutsche Entfremdung bei den Themen aus, die unmittelbar mit der Vereinigung und ihren Folgen zu tun haben.

Von 75 auf 84 Prozent gestiegen ist seit Herbst 1990 die Mehrheit der Ostdeutschen, die sich als Bundesbürger zweiter Klasse empfinden. Die meisten Westdeutschen wollen diesen Klassen-Unterschied nicht wahrhaben.

Als Emnid eine Art Vertrauensfrage stellte, trat zutage, daß nur eine Minderheit der Ostdeutschen (35 Prozent) glaubt, man könne „den meisten Menschen in Westdeutschland vertrauen". Und umgekehrt sind auch nur 42 Prozent der Westdeutschen frei von Mißtrauen gegenüber den Ostdeutschen.

Wie wenig die Deutschen voneinander halten, offenbarten ihre Antworten auf die Frage nach den Eigenschaften der alten und der neuen Bundesbürger. 16 Eigenschaftspaare („fleißig – faul" zum Beispiel) wurden genannt, und die Ost- und Westdeutschen sollten erst sich selbst, dann die anderen Bundesbürger einschätzen.

Die Frage hatte Emnid schon im vorigen Herbst gestellt, und der Vergleich der damaligen und der neuen Ergebnisse zeigt, daß die Konturen und Kontraste noch schärfer geworden sind.

Mehr noch als vor neun Monaten sind die alten Bundesbürger davon überzeugt, daß sie in nahezu jeder Hinsicht die besseren Deutschen sind.

Sie sind nach eigener Einschätzung selbständiger, weltoffener, selbstbewußter, entschlußkräftiger, geschäftstüchtiger, flexibler, ideenreicher, fleißiger, gründlicher, zuverlässiger, vertrauensvoller, stärker aufs Geld bedacht (was wohl von fast allen als positive Eigenschaft gewertet wird) und disziplinierter.

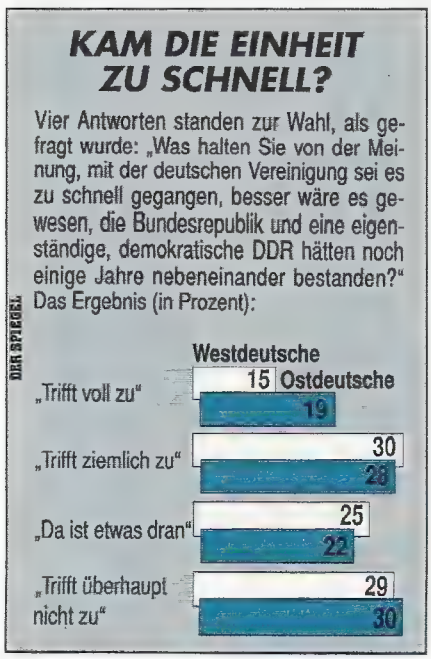
Nur in 3 der 16 Eigenschaften stufen sie die früheren DDR-Bürger höher ein als sich selbst, aber gerade diese Eigenschaften gelten in einer Leistungsgesellschaft nicht viel: Die anderen Deutschen seien bescheidener, rücksichtsvoller und kinderfreundlicher.

In den meisten Punkten ist das Urteil über die Ostdeutschen noch kritischer als vor neun Monaten. Vor allem gelten sie nunmehr als noch unselbständiger, ideenärmer und entschlußschwächer.

Auch die Ostdeutschen ihrerseits denken kritischer über die Westdeutschen als im vorigen Herbst. In ihren Augen sind sie insbesondere noch überheblicher und rücksichtsloser geworden.

Das Bild, das die Ostdeutschen von sich selbst haben, ist weit positiver als das Bild, das sich die Westdeutschen von ihnen machen (siehe Grafik Seite 27).

Am stärksten unterscheiden sich die Meinungen, ob die neuen Bundesbürger fleißig oder faul sind. Und am stärksten stimmen die Meinungen darin überein,



daß es den einstigen Honecker-Untertanen an Selbstbewußtsein fehlt. An diesem Manko haben die Ostdeutschen selbst kaum Zweifel, wie sich schon im Herbst 1990 zeigte und Mitte 1991 bestätigte.

In anderer Hinsicht schätzen sich die neuen Bundesbürger höher ein als vor neun Monaten. Damals glaubten sie in 12 der 16 Eigenschaften den Westdeutschen unterlegen zu sein, nun sind es noch 9.

Ob es den Ostdeutschen am Leistungswillen fehlt und ob sich westdeutsches Selbstbewußtsein zur Überheblichkeit ausgewachsen hat – das sind Themen, die zwischen Ost und West kontrovers erörtert werden und die Deutschen auseinandertreiben.

In welchem Maße sich da schon kritische und sogar feindselige Meinungen verbreitet haben, wurde deutlich, als Emnid eine sogenannte offene Frage stellte.

Den Fragebögen lagen Zettel bei, auf denen nach dem negativsten Eindruck „von den Bürgern im ehemals anderen Teil Deutschlands" gefragt wurde. Die 2000 Teilnehmer der Untersuchung sollten ihn mit eigenen Stichworten skizzieren.

675 befragte Ostdeutsche kamen dem Wunsch nach, und knapp die Hälfte hatte das gleiche Thema: die Überheblichkeit der Westdeutschen. Zitate:

Arrogant wie Besatzer – Sind oft überheblich und wollen uns für dumm verkaufen – Sehen in uns ehemaligen DDR-Bürgern die Deppen der Nation – Fühlen sich als Sieger – Wissen alles besser – Denken, sie sind die Größten, lassen keine andere Meinung gelten – Behandeln uns Ossis geringschätzig – Arrogant, gehen über Leichen – Überheblich, gönnerhaft – Sie können sich nicht in unsere Lage versetzen, sondern reden überheblich über unsere Köpfe weg – Halten sich für oberschlau.

Auch 670 westdeutsche Befragte brachten ihren negativsten Eindruck von den anderen Deutschen zu Papier. 91 warfen ihnen eine falsche Einstellung zur Arbeit vor. Zitate:

Es ist ein faules Volk – Noch etwas faul – Wollen nur bedient werden – Sie sind nicht so fleißig wie wir Deutsche – Arbeiten haben die nicht gelernt – Übergroße Faulheit und Aggressivität – Wenn man Faulheit übertreffen wollte, brauchte man nur Leute aus der DDR zum Arbeiten einstellen.

Weitere 144 wandelten die Meinung ab, die Ostdeutschen bauten zu wenig auf die eigene Kraft und zu sehr auf die Hilfe des Westens. Zitate:

Die meinen, es kommen gebratene Tauben in den Mund, Deutschland ein Paradies – Wollen schnell Weststandard erreichen, alles auf Kredit von uns – Nur haben und haben und selber nichts tun –

WIE FAUL ODER FLEISSIG SIND DIE OSTDEUTSCHEN?

Anhand von 16 Eigenschaftspaaren (Beispiel: „bescheiden - überheblich") sollten die alten und neuen Bundesbürger sich selbst und die anderen Deutschen einschätzen. Sie konnten ihr Kreuz in eines von sieben Kästchen setzen und so differenzieren. Wichtigstes Ergebnis: Die Westdeutschen denken über die Ostdeutschen weit kritischer als diese über sich selbst, insbesondere in puncto „fleißig - faul". Die Mittelwerte (links von 4.0 überwiegt die positive, rechts von 4.0 die negative Eigenschaft):

Wollen nicht arbeiten wie wir, warten auf ein Wunder.

Festgefügt sind, wie es scheint, die Fronten, wenn es um den ostdeutschen Leistungswillen geht, ganz gleich, ob die Zeit vor oder nach der Wende gemeint ist. Stabile Mehrheiten stehen sich gegenüber.

81 Prozent der Westdeutschen stimmten einem Statement zu, dem 73 Prozent der Ostdeutschen widersprachen: „Die Arbeiter und Angestellten in der Ex-DDR sind westlichem Leistungsdruck nicht gewachsen."

73 Prozent der Westdeutschen billigten, 60 Prozent der Ostdeutschen mißbilligten die Meinung: „Viele frühere DDR-Bürger machen es sich zu einfach, sie wollen leben wie im Westen und nur so arbeiten wie früher im Osten."

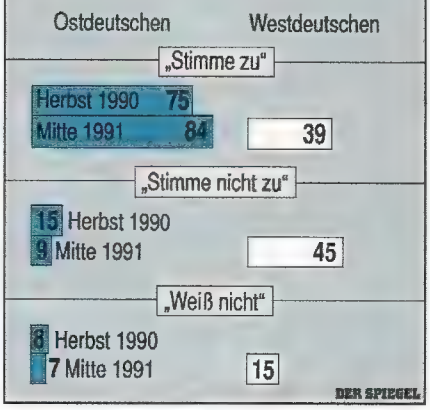
75 Prozent der Ostdeutschen führen die geringe Arbeitsproduktivität in Honeckers DDR „nur auf die schlechten Arbeitsbedingungen" zurück, lediglich 21 Prozent meinten, es habe „auch daran gelegen, daß vielen der Wille fehlte, etwas zu leisten". Die entsprechenden Zahlen der Westdeutschen: 49 und 50 Prozent.

Eine Ausnahme von der Regel, daß bei diesem Thema Mehrheit gegen Mehrheit steht, gab es nur, als die gegenwärtige Ost-Misere in ein Statement einbezogen wurde: „Fast alle Deutschen in der Ex-DDR würden gern mehr und besser arbeiten, aber die derzeitige Lage läßt es nicht zu." 91 Prozent der Ostdeutschen und immerhin 53 Prozent der Westdeutschen stimmten dieser Meinung zu.

Nur bei einem einzigen anderen Thema prallten die kontroversen Meinungen derart aufeinander: wenn es um das Geld aus dem Westen geht, mit dem aus dem derzeitigen Trümmerfeld in Ostdeutschland ein blühendes Land gemacht werden soll.

„WIR SIND BÜRGER ZWEITER KLASSE"

„Die früheren DDR-Bürger werden im vereinigten Deutschland noch einige Zeit Bürger zweiter Klasse sein." Als sich die Befragten zu dieser Meinung äußern sollten, antworteten von je 100



Wie knallhart da die einen und die anderen Deutschen ihre Interessen im Blick haben, trat zutage, als die Emnid-Interviewer eine Liste mit diversen Aufgaben vorlegten und sie nach ihrer Bedeutung einstufen ließen.

„Besonders wichtig" ist es für eine Mehrheit von 72 Prozent der Ostdeutschen, aber nur für eine Minderheit von 41 Prozent der Westdeutschen, „die Gleichheit der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland herzustellen".

Umgekehrt hielt es nur eine Minderheit der Ostdeutschen (29 Prozent), aber eine Mehrheit der Westdeutschen (51 Prozent) für „besonders wichtig", daß „die Staatsschulden in Grenzen gehalten werden".

Und sogar ein Thema, das derzeit die Gemüter im Westen wie kein anderes erhitzt, läßt die meisten Deutschen im Osten kalt. 58 Prozent der alten Bundesbürger bejahten, 84 Prozent der neuen Bundesbürger verneinten die Frage:

> Milliardenbeträge gehen aus Westdeutschland in die ehemalige DDR, um dort den Rückstand gegenüber dem Westen zu beseitigen und die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Besteht die Gefahr, daß durch die Milliardenhilfe für Ostdeutschland die Wirtschaft und der Wohlstand in Westdeutschland geschwächt werden?

Viele Westdeutsche sind gegen den Transfer zumindest im angekündigten Umfang, obwohl sie sich über die katastrophale wirtschaftliche Situation im Osten durchaus im klaren sind.

76 Prozent der westdeutschen Befragten nannten die wirtschaftliche Lage in ihrem Teil Deutschlands „sehr gut" oder „gut", 64 Prozent die Lage im anderen Teil „schlecht" oder „sehr schlecht". In diesem Urteil stimmen sie mit den dortigen Deutschen überein.

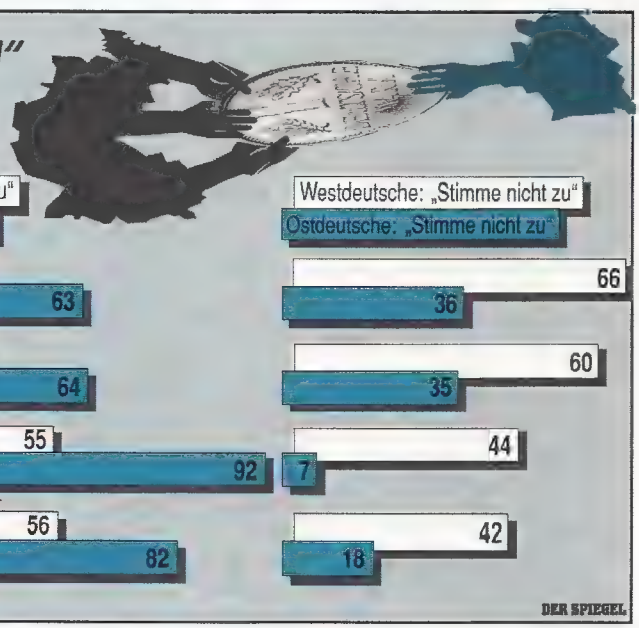
Ihren Arbeitsplatz halten im Westen 90 Prozent der Berufstätigen für sicher, im Osten 50 Prozent für unsicher. Die Zahl hat sich gegenüber Herbst 1990 kaum vermindert, obwohl schon mehr als zweieinhalb Millionen ihren Arbeitsplatz verloren oder auf „Kurzarbeit Null" gesetzt wurden. Weitere Plätze sind mittlerweile gefährdet, die noch vor einigen Monaten als sicher galten.

Bei etwa gleichen Preisen haben im Osten 30, im Westen 12 Prozent der Familien ein Nettoeinkommen von weniger als 1500 Mark. Bezüge von mehr als 4000 Mark gaben im Westen 34, im Osten 1 (in Worten: ein) Prozent der Befragten an.

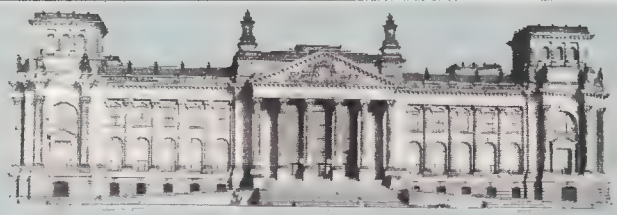
„Schlechter als erwartet" verläuft der Prozeß der Vereinigung, meinen gut die

„SIE HABEN NICHT GELERNT ZU TEILEN"

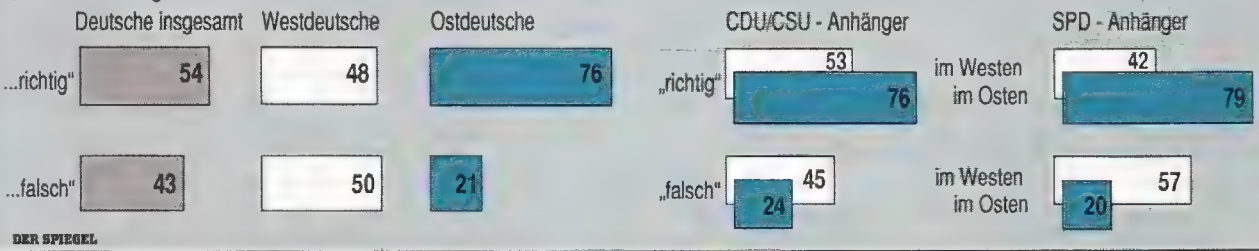
Denken alte und neue Bundesbürger kritisch darüber, wie Ostdeutschland mit Westdeutschland vereint wird? Emnid stellte vier Ansichten zur Diskussion. Die Antworten (in Prozent):



MEHRHEIT IM WESTEN: „BERLIN-ENTSCHEIDUNG WAR FALSCH"



Ende Juni/Anfang Juli fragte Emnid, was die Deutschen in Ost und West von der Entscheidung des Bundestages für Berlin als künftigen Regierungs- und Parlamentssitz halten. Das Ergebnis (in Prozent):



Die Anhänger der großen Parteien denken verschieden:

Hälfte der Westdeutschen und knapp die Hälfte der Ostdeutschen. „Besser als erwartet", sagen je 8 Prozent. Der Rest erklärt, er habe die Entwicklung so kommen sehen.

Als gefragt wurde, wie viele Ostdeutsche denn wohl die Vereinigung bedauern, war die vorherrschende Meinung, daß es nur „einige wenige" oder sogar „fast niemanden" gebe.

Relativ weit verbreitet (40 Prozent im Osten, 38 Prozent im Westen) ist die Meinung, daß es sich „um eine größere Anzahl" handle. Dazu Schöppner: „Wir würden unsere Befragten überfordern und unsere Möglichkeiten überschätzen, wollten wir zu klären versuchen, ob es 5 oder 15 Prozent sind." Zumal ohnehin kaum jemand die Mauer und den Mangel, die SED und die Stasi zurückwünscht.

Immerhin: Ein längeres Nebeneinander zweier deutscher Staaten, der Bundesrepublik und einer „eigenständigen, demokratischen DDR", hätten sich im nachhinein knapp die Hälfte der Deutschen in West und Ost (45 und 47 Prozent) vorstellen können. Dazu Schöppner: „Diese Zahlen besagen nichts über verpaßte Chancen, aber viel über die Stimmung. Die Frage, ob denn wirklich alles so hätte kommen müssen, stellen sich viele, ohne sie beantworten zu können."

Trotz allem gibt es im Osten mehr Hoffnung als Sorge. Und als nach den Folgen der Vereinigung gefragt wurde, unterschied man dort deutlich zwischen der Gegenwart und der Zukunft: Derzeit würden sich Vor- und Nachteile die Waage halten, künftig die Vorteile überwiegen.

Die Zeit, die nach ostdeutscher Meinung vergehen wird, bis in den neuen Bundesländern der gleiche Wohlstand wie in den alten erreicht sein wird, hat sich nach ostdeutscher Meinung um ein Jahr verlängert. Im Herbst rechnete man im Schnitt mit sieben, nun mit acht Jahren. Das ist eine doppelt so lange Zeit, wie der Bundeskanzler Ende vorigen Jahres landauf, landab angekündigt hatte.

Diese Prognose half Kohl, die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 zu gewinnen. Nun kostete sie ihn ein Drittel seiner Anhänger in den neuen Bundesländern. Von 41,8 Prozent bei der Wahl im Dezember auf 29 Prozent im Juli ist die CDU abgerutscht. Die SPD ist die stärkste Partei in Ostdeutschland seit Anfang März, gesamtdeutsch seit Mitte März, in Westdeutschland seit Anfang Juli.

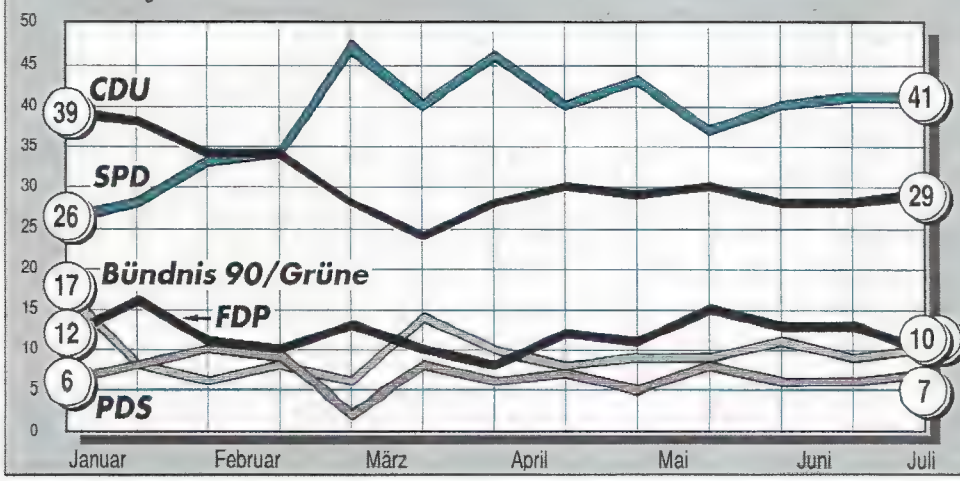
Bliebe die CDU/CSU so schwach, würde es bei der nächsten Bundestagswahl womöglich nicht mal mehr rechnerisch zu einer Mehrheit zusammen mit der FDP reichen.

Im nächsten Heft

Was war früher besser? Frauen als Opfer der Einheit – Wer will in den Westen? Ost-Mehrheit für null Promille

OSTDEUTSCHLAND: SPD SEIT MÄRZ STÄRKSTE PARTEI

Regelmäßig stellt Emnid in Ost- und Westdeutschland die Sonntagsfrage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?" Zu einem Erdrutsch kam es in der Ex-DDR in den ersten Monaten dieses Jahres. Seit Anfang März ist dort nicht mehr die CDU, sondern die SPD stärkste Partei. Die Zahlen aus Ostdeutschland vom Januar bis Anfang Juli:



Juli-Ergebnisse in	Westdeutschland	Bundesrepublik insgesamt
CDU/CSU	40	38
SPD	41	41
FDP	10	10
Grüne	6	7
PDS	1	2

Berlin/Bonn

Aufbäumen der Seele

Was meinte der Bundestag mit dem historischen Beschluß, Parlament und Regierung nach Berlin zu verlegen? Die Interpreten streiten.

In der Hauptstadtdebatte des Bundestages am 20. Juni wunderte sich der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch, „mit welcher Intensität wirtschaftliche Gedanken in den Vordergrund gestellt worden sind". Das erschien dem Berlin-Befürworter geradezu popelig angesichts der anstehenden Entscheidung über doch immerhin „die Frage der historischen Identität und der Wahrheit, nach der wir selbst angetreten sind".

Wenigstens räumte Hirsch ein, daß der Bundestag für die „wirtschaftliche Zukunft" der Bürger am Rhein „verantwortlich" sei: „Das ist der Dank, den wir Bonn schulden."

Inzwischen schlägt der Freidemokrat ganz andere Töne an. Die Forderung der unterlegenen Bonn-Fraktion, den Umzug an die Spree nebst Kompensation für die Rhein-Region per Gesetz zu regeln, nannte der sonst so penible Rechtsexperte Anfang vergangener Woche einen „unverhüllten Aufruf, die Bundeskasse zu plündern". Hirsch: „Die Umzugsgegner sagen sich, jetzt ist die Gelegenheit günstig, nun stellen wir Maximalforderungen."

Über soviel „Dreistigkeit" wundert sich Bonns Oberstadtdirektor Dieter Diekmann. Mit einer „jährlichen Bundesdotation von 100 Millionen Mark seit 1990, davor weit weniger", sei Bonn doch „wirklich eine preiswerte Hauptstadt" gewesen; Berlin werde unvergleichlich teurer – „man kann schon beinahe Lichtjahre sagen". Diekmann: „Herr Hirsch kommt mir vor wie ein Räuber, der ‚Haltet den Dieb' ruft."

Nur einen Monat nach dem knappen Berlin-Votum wird die Diskussion über die Auslegung des Beschlusses, über Modalitäten und Dauer des Umzugs immer hitziger. FDP-Hirsch sieht nicht nur Plünderer am Werk, er argwöhnt auch schon den Versuch der Bonn-Lobby, „die Entscheidung für Berlin wieder umzudrehen oder zumindest Hindernisse aufzubauen".

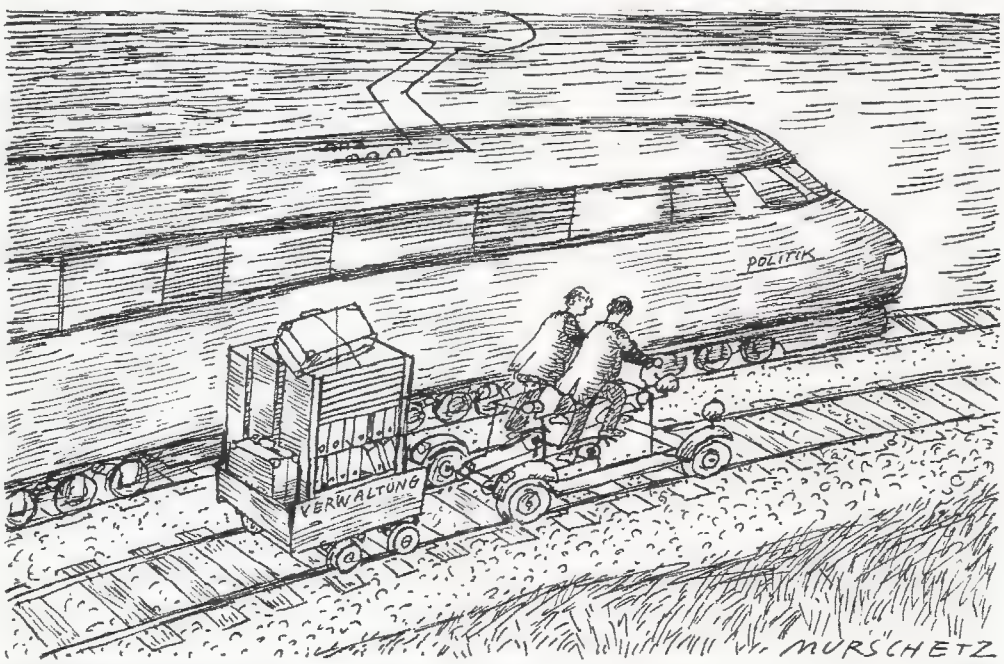
In die gleiche Kerbe hieb CDU-MdB Otto Hauser. Den Schwaben störte die Mitteilung der Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, sie sei sich mit den Fraktionsvorsitzenden einig, daß in Berlin nicht erneut „Provisorien" entstehen sollten, das Parlament mithin erst umziehen solle, „wenn die volle Arbeitsfähigkeit in einem umfassenden Sinne – nach mindestens acht Jahren – hergestellt ist". Hauser an seine Parteifreundin: „Ich protestiere gegen die Relativierung des Mehrheitsbeschlusses", in dem von „Arbeitsfähigkeit" schon in vier in Jahren die Rede ist.

Die *Süddeutsche Zeitung* („Nach Berlin im Schneckentempo") legte Rita Süssmuth gar den Rücktritt nahe, müsse sie doch in ihrem Amt „auf Jahre hinaus" eine „Hauptaufgabe" bewältigen, „wogegen sie sich innerlich sträubt".

Offenbar zeigte die Kritik Wirkung. Am vergangenen Donnerstag sprach die Präsidentin in Berlin von einem dreistufigen Bundestagsumzug. Dabei könnten die Abgeordneten vorübergehend geeignete Regierungsgebäude der Ex-DDR nutzen, bis schließlich der Reichstag umgebaut und der Neubaukomplex des Parlaments fertig ist.

So hätte es wohl auch SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel gern, den Genossen ob seines rastlosen Berlin-Einsatzes als „Ein-Mann-Drückerkolonne" verspötteln und der nach dem Parlamentsbeschluß ein Umzugsgesetz auf einmal für juristisch nicht zwingend erklärte. Björn Engholm, Vogels Nachfolger im Amt des SPD-Chefs, sekundierte. „Es wäre nicht gut, wenn nochmals für Mehrheiten gekämpft würde". „Es gebe dann ein Aufbäumen der Seelen", zumal in einem Gesetz „ja auch die Frage der Alternativen und Kosten erwogen wird". Und das könnte, sagt hämisch Rhein-Sieg-Landrat und CDU-MdB Franz Möller, schon „zu einem Umdenken mancher Berlin-Befürworter führen".

Dabei beteuern die Unterlegenen – von Nordrhein-Westfalens SPD-Ministerpräsident Johannes Rau bis zu Bonns CDU-Oberbürgermeister Hans Daniels – bei jeder Gelegenheit, daß sie den Berlin-Beschluß akzeptieren. Auf eine gesetzliche Konkretisierung aber pochen sie aus Gründen der „Klarheit und Verbindlichkeit", so SPD-Fraktionsvizin Ingrid Matthäus-Maier: „Sonst heißt es nach zwei Jahren, für Ausgleichsmaßnahmen in Bonn ist leider kein Pfennig mehr übrig."



Zeitschiene nach Berlin

Die Zeit

Zwar ist es unter Staatsrechtlern umstritten – insoweit hat der Jurist Vogel recht –, ob ein Gesetz vonnöten sei. Der Bundestagsbeschluß selbst aber legt diesen Weg nahe.

In ihrem Bemühen, den Bonnern die alte deutsche Hauptstadt schmackhaft zu machen, hatten die Berlin-Fans in ihren Antrag weitreichende Zugeständnisse hineingeschreiben:

- Ihr ursprüngliches Begehren nach Komplettumzug auch der Bundesregierung reduzierten sie auf die Erwartung, daß der „Kernbereich der Regierungsfunktionen" in Berlin angesiedelt wird.
- In „fairer Arbeitsteilung" soll Bonn „Verwaltungszentrum der Bundesrepublik" bleiben und den „größten Teil der Arbeitsplätze, insbesondere

die Abteilungen der Ministerien und die Teile der Regierung, die „primär verwaltenden Charakter haben", behalten.

Was das im einzelnen heißt, hätten die Bonner gern legalisiert. Und sie haben einen mächtigen Mitstreiter: Kanzler Helmut Kohl, der für Berlin stimmte und nun versuchen muß, den schweren Vertrauenseinbruch seiner CDU am Rhein halbwegs abzufangen, macht sich energisch für Berlin-Bonn-Gesetze stark.

Politkämpe Kohl hat dafür genaue Zeitvorstellungen: Weil 1994 als reines Wahlkampfjahr für die politische Arbeit ausfalle, müsse die Gesetzgebung spätestens 1993 erledigt sein.

Drängelnde Berlin-Freaks bremst der Regierungschef, er halte es für ausgeschlossen, „daß wir unterhalb von zehn bis zwölf Jahren bleiben" mit dem Umzug. Denn für Kohl wäre es ein „völlig sinnloses Tun", von Bonn „wegzugehen in ein Provisorium" Berlin. Ein internationaler Architektenwettbewerb müsse her, schließlich wolle er sich „später nicht nachsagen lassen, der war bei dem Pfusch dabei".

Sachverständige sollen prüfen, ob nicht auch ganze Ministerien in Bonn bleiben können. Als Beispiel fällt dem Kanzler das Wehrressort ein, für das gegebenenfalls eine „Kopfstelle" an der Spree reiche.

Die Bonner haben noch mehr im Sinn: Eingedenk des Bundestags-Versprechens, der Verliererstadt als Ausgleich zu „Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung" auch aus dem „wissenschaftlichen" Bereich zu verhelfen, bietet sich an, daß die beiden Ministerien für Bildung und Wissenschaft sowie für Forschung und Technologie dort bleiben, wo sie sind – am Rhein.

Feiern

Eingeknickte Nase

Kanzler Kohl ist Ehrengast, wenn der Leichnam Friedrichs des Großen nach Potsdam umgebettet wird.

Wenn der Geschichte Mantel weht, ist Kanzler Helmut Kohl nicht weit. So war es schon vor fünf Jahren, als Kohl zum Gedenken an den 200. Todestag des Alten Fritz auf die Zollernburg nach Hechingen bei Stuttgart fuhr. Bald wird der Historiker auf dem Kanzlerstuhl dem toten König erneut die Reverenz erweisen: auf Schloß Sanssouci in Potsdam. Dorthin wird der einbalsamierte Leichnam Friedrichs II. am 17. August per Sonderzug übergeführt und mitternächtlich beigesetzt, auf Wunsch des amtierenden Hohenzollern-Chefs Prinz Louis Ferdinand von Preußen.

Sarkophag Friedrichs des Großen, Besucher*: Lustvolles Mitmachen

Das Kanzleramt dementiert irgendwelche schnöden politischen Absichten hinter der Teilnahme Kohls und beteuert treuherzig, der Regierungschef fahre als „Privatmann". Job Ferdinand von Strantz, Koordinator der Feierlichkeiten: „Dem Kanzler konnte man den Wunsch nicht abschlagen." Bloß: Seit der Kanzler eingriff, wird der Umzug des Verblichenen bis zur Landesgrenze Brandenburgs vom Bundesverteidigungsministerium organisiert; das Ost-Fernsehen (DFF) hat eine Live-Schaltung von der Show in Sanssouci angekündigt.

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl orientierungsloser Konservativer in den neuen Ländern ergreift der Privatmann aus Oggersheim mit seinem Auftritt die Gelegenheit, sich nicht nur als Enkel des Alten von Rhöndorf, sondern auch als Nachfahre des Alten von Potsdam darzustellen.

Entsprechend kritisch fallen manche Würdigungen aus. „Umtopfung" heißt die Aktion bei Spöttern im Kanzleramt. Sie sei ein Ereignis, „nach dem wirklich keiner gefragt hat und bei dem der Kanzler lustvoll mitmacht", so Burkhard Hirsch von der FDP. Weniger Lust als vielmehr Kalkül sieht Historiker Hans-Ulrich Wehler hinter des Kanzlers Teilnahme: „Der Kohl kriegt doch keinen höheren Pulsschlag wegen Friedrich" – es gehe darum, mit dem Bekenntnis zur preußischen Tradition rechte Stimmen binden zu wollen.

Die Rückkehr des Sarkophages ruft längst Totgesagtes wach. Der Traditionsverein „Vereinigung Freistaat Brandenburg Preußen" will mit 400 Leuten die Wiederauferstehung hohenzollernschen Gedankengutes feiern; für die Wiedereinrichtung der Monarchie plädiert der Royalistenklub „Tradition und Leben"; der Soldatenkönig-Fanklub „Lange Kerls" übt in Uniform marschieren; und in der Potsdamer Verwaltung gehen stapelweise Briefe von Soldatenvereinen ein. Manche Absender drohen, sogar von Kanada kommen zu wollen.

Kohls Verneigung vor Friedrichs Sarkophag erinnert fatal an ein historisches Ereignis – den Tag von Potsdam 1933. Am 21. März jenes Jahres inszenierte Josef Goebbels dort den Tag der „nationalen Erhebung". Sich am Grabe Friedrichs tief vor dem greisen Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten Hindenburg verbeugend, schlug Hitler die Brücke zwischen dem zweiten Kaiserreich und dem neuen Dritten Reich.

Friedrichs Umzug in die Heimat ist eine Spätfolge jener Verbrüderung und des Zweiten Weltkriegs. Aus Furcht vor dem anglo-amerikanischen Bombenkrieg und den herannahenden Sowjetsoldaten waren die Särge Friedrichs II. und seines Vaters Friedrich-Wilhelm I. gegen Ende des Krieges bei Nacht aus Potsdam nach Westen geschafft worden.

Amerikanische Besatzer fanden sie 1945 auf 563 Meter Tiefe in einem Kalibergwerk bei Bernterode im Eichsfeld und verfrachteten sie bei der Räumung Thüringens nach Marburg, wo sie in der Elisabethkirche beigesetzt wurden. Die

* Auf Burg Hohenzollern in Hechingen, Baden-Württemberg.

Barbarossas Knochen gesucht

Wie mit der Überführung von Särgen Politik gemacht wird

Friedrich II. von Preußen ist nicht der einzige, dessen Leichnam in einer Zeit historischer Umbrüche auf Wanderschaft geht. Häufig in der Vergangenheit wurden die sterblichen Überreste wichtiger Personen über große Distanzen umgebettet.

Anfang Mai dieses Jahres war der 1975 im Alter von 83 Jahren im Wiener Exil verstorbene ungarische Primas und Kommunistenhasser József Kardinal Mindszenty auf testamentarischen Wunsch hin aus seinem Grabort Mariazell in Österreich nach Esztergom in Ungarn übergeführt worden. Dort befinden sich der traditionelle Sitz, die Kathedrale und die Gruft der ungarischen Kirchenfürsten.

Heimholung des toten Napoleon von St. Helena 1840: Nationale Begeisterung

Die von den Ungarn „Heimholung" genannte Aktion hatte politische Bedeutung und sollte Ungarns Rückkehr zur Demokratie symbolisieren. Um die Überführung dieses Toten rankte sich groteskes Beiwerk. In den Augen ideologischer Eiferer waren die Bedingungen des Kardinals für seine Überführung nicht zur Gänze erfüllt. Mindszenty hatte verfügt, erst dann umgebettet zu werden, „wenn kein sowjetischer Soldat mehr auf dem Boden Ungarns stehe".

Anfang Mai jedoch war der Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn noch nicht abgeschlossen. Dementsprechend wollte der Vertraute und ehemalige Sekretär des Kardinals, Monsignore Tibor Mészáros, 74, den Leichentransport verhindern. Aus Protest kettete er sich an das schmiedeeiserne Tor der Gruft.

Doch Mészáros ging es dabei weniger um die Erfüllung des Willens seines Herrn als um die rachsüchtige Durchsetzung eigener Machtpolitik. Erst, so wetterte er, müsse Mindszentys Amtsnachfolger, László Kardinal Paskai, aus Ungarn verschwinden. Paskai habe „kommunistische Spitzeldienste" geleistet und gegen den geliebten Mindszenty agitiert.

Auch Napoleons Leiche wurde – legitimiert durch eine testamentarische Verfügung – ausgegraben, um ein nationales Zeichen zu setzen. Der gefürchtete Feldherr, 1821 in britischer Gefangenschaft auf der Atlantikinsel St. Helena verstorben, durfte erst heimkehren, als seine Überbleibsel zur Abwehr revolutionärer Gefahren in Frankreich dienen konnten.

Bürgerliche Unruhen, nationale Begeisterung und florierende Napoleon-Legenden unter der Bevölkerung ließen es Bürgerkönig Louis-Philippe 1840 geraten scheinen, sich an die Spitze der unbequemen Volksbewegung zu setzen. Mit Zustimmung der grabeshütenden Briten schickte er einen seiner Söhne zur Heimholung des Leichnams über den Äquator. In einem gigantischen Festzug wurde Napoleon nach Hause geholt.

Genau 100 Jahre später versuchte Hitler in Frankreich mit einer napoleonischen Leiche Politik zu machen. Die Überführung des einzigen Kaisersprosses Napoleon-François-Charles-Joseph aus der Kapuzinergruft in Wien nach Paris in den Invalidendom sollte die durch militärische Niederlage und Besetzung gedemütigten Franzosen mit den Nazis versöhnen. Doch die ließen sich nicht beeindrucken. Erst nach dem Krieg wurde der mißbrauchte Leichnam auf Weisung Charles de Gaulles in würdigem Rahmen im Dom beigesetzt.

Fehl schlug auch die politisch begründete Ausgrabungsexpedition zweier deutscher Gelehrter im Jahre 1874 ins Osmanische Reich. Um die wegen des Ausschlusses Österreichs umstrittene kleindeutsche Reichseinigung von 1871 zu feiern und durch die Erfüllung einer alten Sage zu legitimieren, hatten sie sich auf den Weg zum Heiligen Land gemacht.

Sie wollten die Gebeine Kaiser Barbarossas finden, der auf dem dritten Kreuzzug beim Übergang über den Saleph ertrunken und dessen Leiche verschollen war. Wenn Kaiser Rotbart wiedergekehrt sei, so die Sage, sei auch die Einigung des teutschen Reiches da.

Doch auch dieser Versuch einer „Translation" (Historiker-Latein) mißlang. Die Forscher scheiterten an den Sitten des Mittelalters. Dem Kaiser waren nämlich nach seinem Tode, wie es sich für hochgestellte Personen gebührte, zunächst die Eingeweide entfernt, der Leichnam danach in Stücke geteilt und gekocht worden. Das Fleisch wurde von den Knochen gelöst, diese wurden gesäubert und in einem Koffer reisefertig gemacht. Während der Rest in Antiochien vergraben wurde, sollten die Knochen das Heilige Land erreichen, um dort am Jüngsten Tag aufzuerstehen und in den Himmel einzugehen.

Der Weitertransport der Knochen fand aufgrund der Kreuzzugswirren nicht mehr statt. Die deutschen Nachforschungen in Tyrus und Akkon blieben erfolglos, der Knochenkoffer blieb verloren. Die Sitte des Leichenkochens wurde durch Papst Bonifazius VIII. 1299 verboten.

Der Reichseinigung – wen wundert's – war kein Glück beschieden.

Reste der Preußenkönige ließ Prinz Louis Ferdinand 1952 in aller Stille auf die Burg Hohenzollern bringen. Dort kamen die Sarkophage nach dem Transport in den engen Schachtaufzügen des Kalibergwerkes beschädigt an; Soldaten hatten sie hochkant stellen müssen.

Der notwendigen Reparatur verdanken die Hohenzollern Gewißheit: Wo „Friedrich der Große" draufsteht, ist auch Friedrich der Große drin. Adolf Rudolph, Flaschner (Klempner) von Hechingen, öffnete den Sarg. Er erinnert sich: Der König habe dagelegen wie gerade erst hineingelegt, mit Stulpstiefeln bis zum Schenkel, ordentlich gelockter Perücke und perfekt einbalsamiert. „Nur die Nase war eingeknickt", bedauert der heute 80jährige.

In Potsdam versuchen Bürger und Landesregierung, die Heimsuchung durch die königlichen Ahnen mit Fassung zu tragen. Während der vergangenen 40 Jahre hatte sich in der alten Garnisonsstadt „Preußens Gloria" nur noch als Schnaps gehalten, der in einem Glas mit dem Antlitz des Alten Fritz serviert wurde. Noch hofft Regierungssprecher Erhard Thomas, die Feier werde in aller Stille, ohne Volksfest, ablaufen.

Das wird der Kanzler bei seiner Vorliebe für Symbolik und für Friedhöfe zu verhindern wissen. Aus Besuchen bei Konrad Adenauer auf dem Rhöndorfer Waldfriedhof macht er gern eine PR-Wallfahrt. Mit Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand und dem greisen Ernst Jünger gefiel er sich vor den Kriegsgräbern Verduns. Amerikas Präsident Ronald Reagan ließ er vor die SS-Gräber von Bitburg treten.

Eher säuerlich hieß Brandenburgs Landesvater Manfred Stolpe (SPD) den „Urlauber Helmut Kohl" in Potsdam willkommen. Stolpe selbst sagte eine Teilnahme an der Preußen-Party ab.

Und nur mühsam gelang es ihm, die geplante Zeremonie von martialischem Aufwand zu befreien. Ohne Absprache mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten hatte der Protokollchef der Bonner Verteidiger, Oberst von Rekum, militärisches Gepränge angekündigt. Das konnte Stolpe erst unter vier Augen mit Hardthöhen-Chef Gerhard Stoltenberg abwenden.

Im baden-württembergischen Hechingen sieht man derweil den Fortzug des großen Friedrich mit Gelassenheit. Zwar gehe dort eine Touristenattraktion verloren, sagen die Einwohner, aber die Burg Hohenzollern bleibe ja am Ort. Und außerdem werde sich schon Ersatz finden.

Die findigen Schwaben haben schon jemanden ausgeguckt: DDR-Geheimdienstchef Markus Wolf und Bundesjustizminister Klaus Kinkel, als BND-Chef ehemals Wolfs Gegenspieler. Beide sind Hechinger. Die beiden hätten später auf der Zollernburg Platz.

Urteile

Schwer verträglich

Im Bundestag wird die PDS kurzgehalten – die Verfassungsrichter sicherten ihr jetzt minimale Rechte zu.

Wenn ein PDS-Abgeordneter das Rednerpult im Bundestag betritt, hat die Höflichkeit Pause. Ungeniert rücken Parlamentarier aller anderen Fraktionen ihre Stühle über den Boden, rascheln mit Tageszeitungen und reden laut miteinander, als ob es den Vortrag der PDS nicht gäbe.

Genau das ist auch der Sinn des Ganzen. Den parlamentarischen Schmuddelkindern von der SED-Nachfolgepartei wird damit klargemacht, daß auf ihre Anwesenheit kein Wert gelegt wird. Die einzigen, die ihnen zuhören, so beklagen sich die Neulinge, seien die „notorischen Zwischenrufer". Die Abgeordnete Ulla Jelpke: „Denen reicht schon der kleinste Versprecher, um über uns herzufallen."

Die offene Mißachtung, mit der die PDS behandelt wird, findet beinahe unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Ein seltsamer Zufall will es, so beklagte sich die Parlamentarische Geschäftsführerin der Partei, Ursula Fischer, daß ihre Redner meist erst dann ans Pult dürfen, „wenn die Fernsehkameras ausgeschaltet sind".

Mittlerweile wittern die 17 Abgeordneten überall Schikane: Zunächst waren sie mitten im Regierungsviertel untergebracht, doch die Räume in der Heinrich-Brüning-Straße waren klein und unzweckmäßig. Als die Bundestagsverwaltung den Umzug ins größere Bonn-Center anbot, griff die Gruppe dankbar zu. Jetzt fühlen sie sich wieder ausgeschlossen: Das Bonn-Center liegt zehn Minuten Fußmarsch außerhalb der Machtzentrale, und obendrein prangt von der Spitze des Gebäudes das Symbol des Kapitalismus, der Mercedesstern.

Die fortwährenden Attacken hätten immerhin bewirkt, meint Parteichef Gregor Gysi, daß seine zerstrittene Bundestagsgruppe enger zusammenrückt: „So werden wir eine richtige Fraktion. Alleine hätten wir das nie geschafft."

Doch eine Fraktion bilden die PDSler nicht, auch wenn sie sich standhaft selber so bezeichnen. Das Parlament hat der PDS – wie auch dem Bündnis 90 – lediglich Gruppenstatus gewährt. Die Gruppe erhält neben einigen Rechten monatlich 245 113 Mark – halb soviel, wie einer Fraktion zusteht.

Das Bündnis 90 war mit dieser Regelung zufrieden, die PDS nicht. Sie zog vor das Bundesverfassungsgericht.

Politischer Stil jedoch läßt sich nicht einklagen, noch weniger höchstrichterlich definieren. Nur für einen minimalen Minderheitenschutz dürfen die Richter in den roten Roben sorgen – und das haben sie zumindest versucht.

Sie konnten sich zwar nicht dazu durchringen, der PDS den begehrten

PDS-Abgeordnete im Bundestag: Zugeständnisse an versprengte Minderheiten

Fraktionsstatus einzuräumen. Dafür hielten sie aber erstmals unverrückbar fest, auf welche Mitwirkungsrechte eine Gruppe von Parlamentariern pochen kann, die nicht die festgelegte Fraktionsstärke von fünf Prozent der Abgeordneten erreicht:

- ▷ Der „Gruppenstatus umfaßt mit der stimmberechtigten Mitgliedschaft in allen Fachausschüssen und dem Recht zu Vorlagen die Schwerpunkte parlamentarischer Arbeit".
- ▷ Ausschüsse, die einen „wesentlichen Teil der Informations-, Kontroll- und Untersuchungsaufgaben des Bundestages" erfüllen, müssen „ein verkleinertes Abbild des Plenums" darstellen und dessen Zusammensetzung „widerspiegeln".
- ▷ Gruppen wie die PDS haben, was ihnen bisher verweigert wurde, den Status einer „Fraktion im Ausschuß", mit allen Rechten aus der Geschäftsordnung des Bundestages; sie dürfen, anders als die Parlamentsmehrheit glaubte, auch Vertreter in die 13 Unterausschüsse entsenden.

Die Verfassungsrichter brachten sogar das Kunststück fertig, ein paar Ermahnungen zum politischen Stil in ihr Urteil zu schmuggeln. Sie nahmen den Scharfmacher Friedrich Bohl (CDU), der für die mündliche Verhandlung in Karlsruhe Kreide gefressen und Harmoniebereitschaft signalisiert hatte, beim Wort.

„Im übrigen gilt hier wie allgemein", heißt es in der Begründung, daß die Geschäftsordnung „fair und loyal gegenüber den Abgeordneten, Gruppen und Fraktionen anzuwenden ist". Hierzu habe Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, „ausdrücklich erklärt, daß Sinn der Handhabung der Geschäftsordnung sei, die im Deutschen Bundestag vertretenen Gruppen zu integrieren und nicht auszugrenzen".

Mit diesen mageren Zugeständnissen an versprengte Minderheiten endete die Großzügigkeit des Gerichts. Der PDS bleibt nahezu jede Aktivität versagt, mit der eine Opposition die Regierenden in die Enge treiben kann. Weder kann sie namentliche Abstimmung fordern noch ein Votum über den sofortigen Eintritt in die zweite Beratung. Vor allem bleibt ihr ein zentrales Mittel der politischen Disziplinierung vorenthalten: das Recht, „die Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundesregierung" zu beantragen.

Schwer wiegt auch die Verbannung aus dem Vermittlungsausschuß, der über die endgültige Fassung umstrittener Gesetze diskutiert, sowie aus Untersuchungsausschüssen.

Dieses schärfste Instrument zur Kontrolle der Regierung bleibt der PDS weitgehend verschlossen. Ob sie reinkommen oder nicht, hängt ab von der „Anzahl der Mitglieder des Bundestages in den genannten Gremien". Wenn es weniger als 19 sind, kommt die PDS nicht zum Zuge. In der Regel sind knapp halb soviel Abgeordnete in einem Untersuchungsausschuß vertreten.

Bei der Kernfrage, ob die PDS Sitz und Stimme im „Notparlament" (Gemeinsamer Ausschuß) beanspruchen kann, kam es zum offenen Dissens unter den Richtern: Stimmengleichheit, vier gegen vier. Damit gilt der Antrag als abgelehnt.

Beim „Notparlament", so die vier konservativen Nein-Sager, habe der Gesetzgeber bewußt auf die „spiegelbildliche" Vertretung des Plenums verzichtet und auf das „Stärkeverhältnis der Fraktionen" abgestellt.

Die vier liberalen Richter halten es dagegen für untragbar, wenn Minderheiten aus dem Notparlament, das über nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse verfügt, ausgegrenzt werden. Sie befürchten, daß die Zusammensetzung des Notparlaments „in Abhängigkeit von wechselnden Zweckmäßigkeitserwägungen" geraten könne.

Tatsächlich darf der Bundestag die Fraktionsstärke beliebig festsetzen. Damit eröffneten sich, meinen die Opponenten im Gericht, „Manipulationsmöglichkeiten, die mit dem demokratischen Prinzip schwer verträglich sind".

PDS-Chef Gysi: Endloses Gezerre ums Vermögen

Finanzen

Letztes Gefecht

In der Rolle der verfolgten Unschuld wehrt sich die PDS gegen die Treuhand.

Das Karl-Liebknecht-Haus an der Kleinen Alexanderstraße in Berlin-Mitte galt unter Kommunisten schon immer als etwas Besonderes. 1926 als KPD-Zentrale mitten in einem Arbeiterbezirk der Hauptstadt angeschafft, wurde die unscheinbare Immobilie schon bald zur Reliquie der Arbeiterbewegung – heißumkämpft zwischen Genossen, Berliner Schupos und Nazis.

Bei den Scharmützeln um das Parteihaus gingen auch die KPDler nicht immer zimperlich vor. So starben am 9. August 1931 unweit des Karl-Liebknecht-Hauses der Polizeihauptmann Paul Anlauf und sein Kollege Franz Lenk im Feuer des „Parteiselbstschutzes". Einer der Täter: der damals 23jährige Erich Mielke, inzwischen als Ex-Stasi-Chef in Untersuchungshaft.

60 Jahre nach den Schüssen an der KPD-Zentrale ruft die Partei erneut zum letzten Gefecht. Per Anzeige bat die PDS, Erbin von KPD und SED, „die Genossinnen und Genossen" vorige Woche um ihre Telefonnummer. Der Parteivorstand um Gregor Gysi wollte die Getreuen „so schnell wie möglich zum Schutz der Gebäude der Partei, insbesondere des Karl-Liebknecht-Hauses, zusammenrufen können".

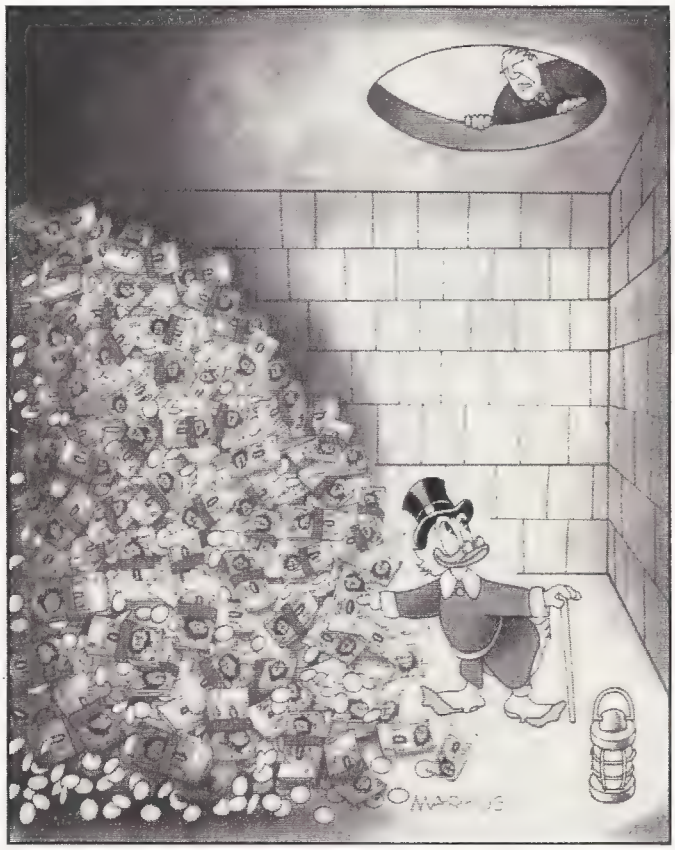
Rüttelten wieder braune Horden am Gitter? Wollte eine parteiliche Staatsmacht eine unbequeme Links-Opposition ausschalten wie weiland am Ende der Weimarer Republik? Nichts davon. Der Gysi-Aufruf ist Teil eines endlosen Gezerres um das einstmals milliardenschwere Vermögen der SED.

Seit Monaten versuchen Treuhand und Unabhängige

Kommission zur Überprüfung des DDR-Parteivermögens, Licht in das Dickicht der Finanzen zu bringen. Vergebens. In einem Wust von Parteikonten und einigen hundert Firmen im PDS-Dunstkreis hat noch niemand einen Überblick, was rechtmäßiges Eigentum der SED-Nachfolger, was zu DDR-Zeiten unrechtmäßig zusammengerafft oder nach Ende des SED-Regimes verschoben wurde.

Nur eines steht fest: Die PDS lebt auf Kosten des alten SED-Vermögens über ihre Verhältnisse. In diesem Jahr will sie 88 Millionen Mark mehr ausgeben, als sie einnimmt. Das geht nur, weil sie sich seit der Wende gegen eine saubere Trennung von Alt- und Neuvermögen sperrt.

Weil Gysis Mannen auf Zeit spielten, griff die Anstalt Ende Juni durch: Kontenbewegungen dürfen nur noch mit Genehmigung stattfinden, auch ihre Immobilien darf die Partei bis zur Klärung der Eigentumsverhältnisse nicht mehr selbst verwalten. Gleichzeitig übernahm die Treuhand beim PDS-eigenen Verlag Neues Deutschland die Kontrolle.



Stern

„Na, immer noch bei der Bestandsaufnahme, Herr Gysi?"

Auch im Karl-Liebknecht-Haus ging nach der Wende nicht alles mit rechten Dingen zu. Unmittelbar nach dem Treuhand-Schlag klagte Gysi, nun sei die PDS „nur noch Mieter im eigenen Haus". Späte Einsicht oder bewußte Täuschung? Denn schon vor gut einem Jahr hat die PDS das Haus einer in ihrem Auftrag von Alt-Genossen gegründeten Treuveg GmbH zur Verwaltung übergeben.

Seitdem zahlt die „Mieterin" PDS brav die deftige Miete: nach Treuhand-Angaben 350 000 Mark im Vierteljahr, dazu noch die Renovierungskosten für das marode Gebäude. Wenig Grund also für die Gysi-Leute, die verfolgte Unschuld zu spielen.

Wirtschaftsprüfer der Firma Arthur Anderson, die im Auftrag von Treuhand und Kommission die Konten und Bilanzen der Partei durchforsten, forderten Anfang Juni, die Notbremse zu ziehen. Es bestehe „dringender Handlungsbedarf", warnten sie in einem Schreiben an die Treuhand. Bei einigen PDS-Firmen herrsche „reines Chaos", Gewinne „in mehrfacher Millionenhöhe" drohten beiseite geschafft zu werden.

Besonders dick ist der Finanzdschungel bei den Immobilienfirmen im Umfeld der PDS. Dort sei „ein eigener Geldkreislauf entstanden", sagt Treuhand-Direktor Josef Dierdorf, „der an uns vorbeigeht". Dabei ist das Grundprinzip dieser Geldströme denkbar einfach: Die Moneten werden von oben nach unten durchgereicht.

Die parteieigene Firma Fundament, Eigentümerin oder Rechtsträgerin von insgesamt 549 Grundstücken, ließ die meisten davon durch die Treuveg verwalten, die ihrerseits fünf Tochtergesellschaften in den neuen Bundesländern einrichtete. Von dort aus wurde weiter vermietet oder verpachtet.

Die Nutznießer dieser Konstruktion saßen am Ende der Kette. Während die Fundament ihre Immobilien zu Vorzugspreisen verwalten ließ, zockten Treuveg und ihre Landesgesellschaften ab.

Dennoch weigerte sich die PDS, alle Immobilien-Verträge für nichtig zu erklären. Zudem, so Finanzchef Bartsch, sei der Partei-Einfluß auf eine Firma wie die Treuveg „gleich Null".

Dagegen hatte in der PDS-Familie noch ein Jahr vorher herzliche Einigkeit geherrscht. Damit die Treuveg, eine Eigengründung der PDS mit Alt-Kadern, laufen lernte, griff ihr die Parteiführung kräftig unter die Arme: Für den Firmenaufbau spendierte Gysi rund 65 Millionen Mark.

Insgesamt überschütteten die Kassenwarte der Partei noch vor der Währungsunion verdiente Alt-Genossen und befreundete Firmen mit mehr als 366 Millionen Mark. Ohne nach Sicherheiten zu fragen, reichten sie 209 Darlehen aus – viele in Millionenhöhe, fast alle langfristig festgelegt, mit oft lächerlich niedrigen Zinssätzen.

Die Aktion erfolge „zur Sicherung des Parteivermögens", vermerkt der PDS-Präsidiumsbeschluß vom 1. Februar 1990. Viele Gesellschafter wurden insgeheim verpflichtet, das Kapital nur treuhänderisch zu verwalten. Ganz offensichtlich so lange, bis das Geld in ruhigeren Zeiten wieder der Partei zugute kommen sollte.

Davon will die PDS heute nichts mehr wissen. Viele der Treuhänderverträge für die Firmengründer, beteuert der heutige Schatzmeister Bartsch, seien zwar geplant, aber nie abgeschlossen worden.

Im Klartext: Würde die Treuhandanstalt nicht ihre Finger auf die Firmen legen, wäre dieses Kapital zu großen Teilen weg. Merkwürdig auch, daß sich die Partei trotz der Distanzierung vom Gebaren ihrer früheren Kassenverwalter gegen die Aufforderung wehrte, die 209 Darlehensverträge nachzubessern.

Seit Monaten kämpft die PDS verzweifelt gegen einen rapiden Mitgliederschwund an. Längst gilt als sicher, daß die PDS nach den nächsten Bundestagswahlen nicht mehr ins Bonner Parlament einziehen wird.

Befördert durch den Generalangriff der Treuhand, gewinnen die Hardliner in der PDS die Oberhand. Bei der Sondersitzung des Präsidiums am Sonntag vorletzter Woche trimmten sie die Parteiführung auf Konfrontationskurs – von Gregor Gysi ausdrücklich unterstützt. Trotzig verkündete PDS-Schatzmeister Bartsch anschließend, bis zur Entscheidung der Gerichte werde Treuhand wie Kommission jeder weitere Einblick in die Partei-Unterlagen verwehrt.

Erst am Freitag danach wurde der Finanzchef kleinlauter. Einstimmig schmetterte das Bundesverfassungsgericht die PDS-Klage gegen die Treuhand-Aktionen ab. Die scharfe Kontrolle sei durch den Einigungsvertrag gesetzlich abgesichert, „ohne Prüfung der Erwerbsgründe" dürfe die PDS nicht über altes SED-Vermögen verfügen. „In der ehemaligen DDR", so das Gericht, habe die SED/PDS „die Stellung einer Staatspartei innegehabt, die gerade auf der Verleugnung der Grundsätze der Staatsfreiheit und der Chancengleichheit der Parteien beruht habe". ◄

CSU

Hilfloses Herumirren

Bei Bayerns Ministerpräsident Max Streibl häufen sich Ausfälle und Entgleisungen. Über mögliche Nachfolger wird bei den Christsozialen offen spekuliert.

Darauf kann man schon fast wetten, wenn Max Streibl, 59, spricht: In den Reden des bayerischen Ministerpräsidenten kommt neuerdings, immer wieder und wortwörtlich, die „Gemütsverfassung" vor.

Der christsoziale Regierungschef äußert sich da allerdings nicht über die eigene Befindlichkeit, sondern über das „Klima unseres Gemeinwesens". Daran, sagt er, könne „etwas nicht in Ordnung sein", wenn sich viele Deutsche von linken Ideologen, etwa Abtreibungsbefürwortern, in eine „gesellschaftliche Katastrophe" locken ließen.

Leicht kriegt es Streibl dabei hin, „Liberalismus, Sozialismus und Sozialdarwinismus" zusammenzuwerfen. Alle drei hätten, schwadronierte er jüngst bei der Verleihung von Verdienstorden, „der sozialen Gemütsverfassung des alten Kontinents in zwei Jahrhunderten schwerste Schäden zugefügt".

Das war besonders mißlich, weil Liberale zu den Ordensempfängern gehörten. Mit der „unglaublichen und unverzeihlichen Entgleisung" habe sich Streibl, kommentierte die FDP-Fraktion, „als ernst zu nehmender Gesprächspartner aus der gesellschaftspolitischen Diskussion verabschiedet".

Der liberale Fraktionschef Jürgen Doebelin empfahl der CSU, „das hilflose Herumirren ihres obersten Repräsentanten im für ihn zu großen Schatten von Franz Josef Strauß zu beenden". Schon sei, so Doebelin, die Gemütsverfassung des bayerischen Ministerpräsidenten zum „Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit" geworden.

Damit spielte der Freidemokrat auf die seit langem umlaufenden Mutmaßungen über die angeschlagene Gesundheit des Ober-Bayern an.

Der Ministerpräsident ist zuckerkrank, woraus er, erstaunlicherweise, ein Staatsgeheimnis macht. In einem Bulletin ließ er gar verkünden, er sei „kerngesund" und könne es beim Bergsteigen noch mit jedem 20jährigen aufnehmen. Aber die Ausfälle und Ausrutscher des Diabetikers, der vom Alkohol nicht lassen mag, häufen sich bedenklich.

Bayern-Premier Streibl
„Schaden für die Gemütsverfassung"

Zu einem Schmankerl für die Opposition geriet zum Beispiel Streibls Lob auf den rechtslastigen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, 41. Als der Österreicher Ende April auf Einladung der Christsozialen München besuchte, begrüßte ihn der Ministerpräsident als politischen „Hoffnungsträger", der „genausogut in der CSU" sein könnte.

Selbst als Haider kurz darauf, wegen eines Lobes für die Nazi-Wirtschaft, sein Amt als Kärntner Regierungschef abgeben mußte, wollte sich Streibl nicht distanzieren. „Sie haben doch", versuchte sich Streibl als Opfer darzustellen, „das Verhalten eines Politikers von heute auf morgen nicht in der Hand."

Aberwitzig nahmen sich bislang Streibls Versuche aus, gleich seinem Vorgänger Strauß in der Weltpolitik mitzumischen. Nach einer USA-Visite im Juni überraschte Streibl die Parlamentarier daheim mit einem Erfolgsbericht im Stil einer Regierungserklärung: Er habe, meldete Streibl, dazu beigetragen, daß sich die Amerikaner bei der Einschätzung des Jugoslawien-Konflikts „unserer Auffassung annähern". Er meinte allen Ernstes: der bayerischen.

Den US-Präsidenten George Bush, so Streibls Reiseerzählungen, habe er auch darüber aufgeklärt, welche Gefahr für die deutsch-amerikanischen Beziehungen von der SPD ausgehe. Streibls Vorgänger Strauß, lästerte die *Süddeutsche Zeitung* daraufhin, wäre es niemals eingefallen, den politischen Gegner „im Ausland anzuschwärzen", Strauß werde wohl nun „auf Wolke 7 vor lauter Kummer ein paar Tage lang kein Manna zu sich nehmen". Nachfolger Streibl sollte sich, meinen selbst Christsoziale, besser mit der „kleinen Diplomatie" daheim begnügen.

Freunden und Gegnern Streibls fallen nun auch wieder ein paar ältere Geschichten ein: wie er beim – später rückgängig gemachten – Kauf eines Baugrundstücks von der Caritas für 1,3 Millionen Mark die katholische Moral vermissen ließ, weil die Immobilie mindestens eine halbe Million Mark mehr wert gewesen wäre; oder wie er sich in der Hauptstadt-Diskussion blamierte.

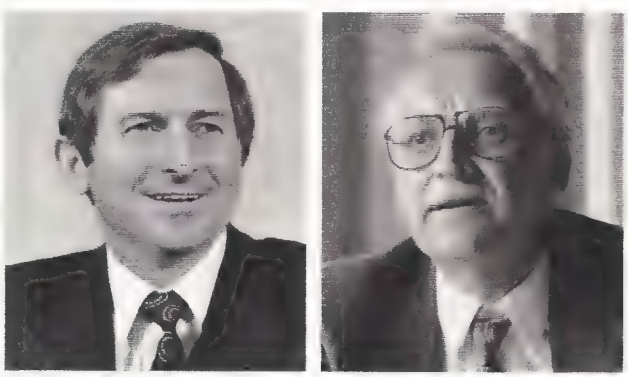
Streibl war nicht nur mit dem schäbigen Anti-Berlin-Argument zur Hand, in einer „Hauptstadt Kreuzberg" würde der Mob mitregieren. Aus seiner Staatskanzlei kamen auch ernstgemeinte Vorschläge, München oder die alten Reichsstädte Augsburg und Regensburg in Erwägung zu ziehen.

Mittlerweile hat die Staatskanzlei damit zu tun, die angeblich nur von „Linksorganen" verbreiteten „hinterhältigen" Spekulationen abzuwehren, der Chef werde womöglich die laufende Legislaturperiode nicht durchstehen.

Streibl selber hält sich zurück und läßt sich nur noch selten im Landtag blicken. Es sei „fast erschreckend", fand SPD-Fraktionschef Karl-Heinz Hiersemann, „wie sich Herr Streibl samt seiner Entourage immer mehr in der Staatskanzlei einbunkert und an wilden Verschwörungstheorien bastelt".

Dabei wird auch unter CSU-Abgeordneten schon laut darüber nachgedacht, wer Streibls Nachfolger werden könnte. Sollte die Ablösung noch vor der nächsten Landtagswahl im Herbst 1994 erforderlich sein, werden dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück, 51, die größten Chancen eingeräumt.

Der Umweltexperte gilt als Repräsentant des progressiven Flügels der CSU und hat der Fraktion zu neuem Selbstbewußtsein gegenüber der Partei-



Streibl-Nachfolgekandidaten Glück, Stoiber
„Nach der Steuergeschichte außer Tritt"

zentrale verholfen. Gibt Streibl sein Amt aber erst nach der Wahl auf, wird bei entsprechendem Ergebnis mit Innenminister Edmund Stoiber, 49, gerechnet.

Die CSU unter dem Vorsitzenden Theo Waigel, deren Einfluß in Bonn ebenso schwindet wie das Ansehen im Freistaat, läßt offiziell vorerst nur verbreiten, sie könne auf die Popularität des Ministerpräsidenten Streibl nicht verzichten. Aber auch massive Bedenken werden in der Parteispitze laut.

Auf heftige Kritik stieß Streibls Fehleinschätzung, die CSU habe derzeit „alles im Griff", besonders bei Parteivize Stoiber. Das Gegenteil sei richtig, sagte Stoiber in der Kabinettssitzung am Dienstag voriger Woche, die CSU sei nach der Bonner „Steuergeschichte" außer Tritt geraten. Parteiintern wurde ein Mitglied des Landesvorstands noch deutlicher: Die Analysen des Ministerpräsidenten bewiesen ein „Ausmaß an Realitätsverlust", über das man „nur noch entsetzt" sein könne.

Polizei

Besserer Kunde

Durch die Stuttgarter Kasino-Affäre gerät nun auch der christdemokratische Landesinnenminister Dietmar Schlee unter Druck.

Mit einem Lehrbeispiel aus der Welt der Mafia begann der Referent seinen Vortrag und kam dabei auf den „Bürgermeister von Palermo" zu sprechen. Im Saal brach schallendes Gelächter aus.

Unwissentlich hatte der Redner, bei einer Anhörung vor der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion, ausgerechnet den Spitznamen des obersten Polizeichefs im Land erwischt: des christdemokratischen Innenministers Dietmar Schlee, 53.

Als „Bürgermeister von Palermo" wird Schlee bespöttelt, weil er seine Karriere in einem schwarzen oberschwäbischen Politklüngel begonnen hat. Nun sieht er sich erneut attackiert, weil er, im Entwurf eines neuen Polizeigesetzes, eine ausgeprägte Vorliebe für den Einsatz von V-Leuten und Undercover-Agenten zeigt.

Das Gesetz, so zeichnet sich ab, wird das Parlament vorerst nicht passieren: Seit den Enthüllungen über die Stuttgarter Kasino-Affäre, bei der sich eine beispiellose Verstrickung von Mitarbeitern des Landeskriminalamts (LKA) mit einem illegalen Glücksspielring zeigte (SPIEGEL 28/1991), herrscht bei allen Parteien Entsetzen über die Arbeitsmethoden der verdeckten Ermittler.

Nach Ansicht des SPD-Fraktionschefs Dieter Spöri hat sich das LKA zum „Handlanger eines Straftäters" machen lassen. Und auch die CDU, so der Landtagsabgeordnete Robert Maus, kündigte eine Überprüfung der Affäre an: „Das muß alles neu auf den Tisch".

Schon jetzt zeigt sich, daß Minister Schlee seinen Polizeiapparat nicht mehr im Griff hat. Von dem skandalösen Deal im Zockermilieu war der verantwortliche Innenminister nicht einmal informiert. Über vier Jahre hinweg waren verdeckte Ermittler, mit Wissen des LKA-Präsidiums, dem griechischen Zockerboß und V-Mann Mihail Sainidis, 43, behilflich, einen illegalen Glücksspielring aufzubauen.

Polizeiminister Schlee
Bürgermeister von Palermo

Die schummrigen Lasterhöhlen sollten es dem LKA erleichtern, verdeckte Ermittler ins Milieu einzuschleusen. Im Gegenzug erlaubte die Polizei dem zwielichtigen V-Mann Sainidis, sich mit illegalen Machenschaften ein zweistelliges Millionenvermögen zu verschaffen.

Daß die Polizei mit dem „exzessiven Einsatz" verdeckter Ermittler, so LKA-Kriminaldirektor Klaus Mellenthin, auch in anderen Bereichen die Kriminalität fördert, argwöhnen Strafverteidiger schon lange. Ehemalige V-Leute berichten nun, sie seien von LKA-Beamten „ständig gedrängt" worden, Kokain-Geschäfte mit jeweils großen Kilomengen zu vermitteln.

Kleine Hasch-Dealer wurden von V-Leuten mit Lockangeboten, sie könnten auf einen Schlag 200 000 Mark verdienen, dazu verleitet, sich in Amsterdam mit Koks einzudecken. Nach der Rückkehr wanderten sie dann in den Knast – so polierte die Kripo ihre Drogenfahndungs-Bilanz auf. Für jeden derartigen Coup hatte das LKA sogar eine Provisionszahlung ausgesetzt. Ein früherer V-Mann, der sich „Klaus" nennt, bestätigt: „Mir versprach der LKA-Mann eine Erfolgsprämie von 8000 Mark pro Kilo Koks."

Solche Methoden ließen in der Rauschgiftszene offenbar eigenständige Drogenkreisläufe entstehen. Der Freiburger Strafverteidiger Ferdinand Gillmeister sieht die Gefahr, „daß der Markt dadurch erst richtig angeheizt wird".

Die Operationen der verdeckten Ermittler, die in Baden-Württemberg seit 1973 als „bundesweites Muster" (Innenministerium) arbeiten, sind bisher gesetzlich nicht abgedeckt. In einem neuen Landespolizeigesetz sollen die Undercover-Ermittler künftig mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet werden. So soll den Dunkelmännern der Polizei schon bei Vorermittlungen erlaubt sein, Wanzen zu installieren, Urkunden zu fälschen oder unter falscher Identität in Wohnungen vorzudringen.

Polizei-Zuträger Sainidis
CDU-Helfer als Berater

Dabei dürfen die Polizisten dann nicht nur gegen dringend Tatverdächtige vorgehen, sondern auch gegen Personen, „bei denen tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, daß sie künftig Straftaten begehen".

Auch die Justiz ist wegen der Affäre um die Glücksspielmafia ins Gerede gekommen. Sie hat bislang nicht einmal einen Haftbefehl gegen den untergetauchten V-Mann Sainidis beantragt. Sozialdemokrat Spöri stichelte, die Justiz lasse den Zockerboß wohl laufen, damit er nicht zuviel auspacken könne.

Zum Beispiel über den baden-württembergischen Wirtschaftsminister Her-

mann Schaufler, 44. Anfang der achtziger Jahre hatte Rechtsanwalt Schaufler, damals CDU-Stadtrat in Reutlingen und Landtagsabgeordneter, den Glücksspielmann nicht nur rechtlich beraten und dabei Honorare von mindestens 25 000 Mark verlangt. Um die Geschäfte des Griechen voranzubringen, verschaffte er ihm sogar einen Mitarbeiter mit besten Verbindungen, berichtete vorige Woche der ehemalige CDU-Wahlkampfhelfer Wolfgang Nesch.

Er sei, sagte Nesch, von Hermann Schaufler als Berater an Sainidis vermittelt worden. Er habe für die Sainidis-Kasinos die „Behördenkontakte" hergestellt, so etwa in Reutlingen oder Esslingen. 2000 Mark monatlich habe er dafür vom Zockerboß erhalten. „Hermann machte", so erinnert sich der frühere Schaufler-Spezi Nesch, „dann das Juristische, wenn alles vorbereitet war."

Schaufler wies die neuen Vorwürfe zunächst als „absurd" zurück. Der Wirtschaftsminister mußte jedoch inzwischen einräumen, daß Glücksspielboß Sainidis nicht nur ein Zufallsklient in seiner Kanzlei gewesen war: Der Kasino-Boß habe, so Schaufler, „damals zu den besseren Kunden" gezählt.

Militär

Kloß im Hals

Im ehemaligen deutsch-deutschen Todesstreifen liegen immer noch 30 000 hochgefährliche Landminen.

Am Tag, als die Mauer fiel, witterte Siegfried Kummetat ein Bombengeschäft. Eilends zimmerte er eine Imbißstube zusammen, und bald mischte sich der Geruch von heißem Fett in die Wiedervereinigungsfreude zwischen Andenhausen (Ost) und Tann (West).

Kummetats Kurzgebratenes fand reißenden Absatz. Doch nun explodiert der Umsatz geradezu: Grenztouristen wollen miterleben, wie unmittelbar neben seinem „Rhöngrill" immer mehr jener Minen gefunden werden, mit denen das Honecker-Regime seinen Bürgern einst den Weg aus dem Arbeiter-und-Bauern-Paradies versperrte.

Die scharfen Relikte aus dem real existierenden Sozialismus sind beileibe keine Spezialität der Imbißbude an der Rhön. Fußgänger und Schulklassen auf Abenteuerausflug, Landwirte, die das jahrzehntelang unberührte Niemandsland als willkommenen Zuwachs an Ackerfläche betrachten, stoßen auf dem 1393 Kilometer langen ehemaligen Todesstreifen immer wieder auf intakte Minen.

DDR-Minenleger (1975), DDR-Minensprengung (1985) im Grenzstreifen: Scharfe

Erst seit Ende Mai wird von Staats wegen und systematisch nach der tödlichen Hinterlassenschaft gesucht. In den Minensuchtrupps, die zu den zwei sogenannten Auflösungs- und Rekultivierungskommandos (Nord und Süd) der Bundeswehr gehören, dienen ausgesprochene Experten: ehemalige DDR-Grenzer.

Gegen das tödliche Risiko schlecht versichert, ausgerüstet mit veraltetem und zum Teil ungeeignetem Gerät, wühlen sich die ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen in Einheiten von je 23 Mann durch die trügerische Idylle saftiger Wiesen. Die Himmelfahrtskommandos, so Joachim Mühle, 38, Ex-Oberstleutnant der DDR und nun Chef der Minensucher im ehemaligen Grenzkreis Meiningen, blieben bisher nur mit viel Glück von Schaden an Leib und Leben verschont.

Mühles Männer leben in täglicher Angst vor den Überbleibseln ihres alten Staates. Die SED-Führung hatte durch Beschluß des Ministerrats und Befehl Nummer 85/61 des Ministeriums für Nationale Verteidigung im Oktober 1961 mit der gründlichen Verminung der Grenze begonnen:

- Zuerst wurden 4526 sowjetische Splitterminen vom Typ POMS-2 verlegt und mit Stolperdrähten verbunden.
- Es folgten im Jahr 1962 rund 449 000 sowjetische Sprengminen vom Typ PMD-6, die aus einem Holzkasten mit Deckel bestanden.
- Im Jahr 1963 kamen etwa 364 000 Sprengminen vom Typ PMN, produziert in Bulgarien und der UdSSR, hinzu – runde Plastikbehälter, die auf Druck reagieren und, wegen der geringen Metallanteile, von Minensuchgeräten nur schwer aufzuspüren sind.
- Acht Jahre später begann die DDR mit der Mineneigenproduktion: 99 000 runde Hartplastkörper vom Typ PMP-71 wurden im Todesstreifen verbuddelt.
- Noch einmal rund 400 000 Infanterieminen vom Typ PPM-2, produziert im VEB Chemiewerk Kapen, wurden von 1977 an installiert.

Zusammen mit den rund 40 000 Splitterminen SM-70 am Grenzzaun, die als „Selbstschußanlagen" in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingegangen sind, bildete das millionenfach eingesetzte Sprenggerät einen fast undurchdringlichen Sperrgürtel.

Die Pioniertruppen, die bei der Verlegung der Minen 112 Verletzte und einen Toten zu beklagen hatten, mußten 1984 und 1985 ein zweites Mal in den Todesstreifen ausrücken: Die DDR-Staatsführung, um internationale Anerkennung und wenigstens formale Einhaltung der KSZE-Regeln bemüht, ließ die Minen und Selbstschußanlagen räumen – längst war die Grenze durch ein ausgeklügeltes System von Schutz- und Sicherheitszäunen tief ins Hinterland besser gesichert als je zuvor.

Rund 40 Kilometer Grenze im Thüringischen allerdings konnten, wegen schwierigen Geländes, nur unzureichend geräumt werden. Und auch sonst, so stellte sich nach der Wende heraus, war nicht immer gewissenhaft gearbeitet worden. Als Experten per Computer die

Relikte aus dem real existierenden Sozialismus

Verlege- und Räumprotokolle miteinander verglichen, stellten sie einen Fehlbestand von über 30 000 Minen fest.

Es wird Jahre dauern, diese Sprengsätze zu finden. Die Lageskizzen der DDR-Grenztruppen sind bei der Suche von nur begrenztem Nutzen, weil die Minen im Laufe der Jahrzehnte durch Bodenerosion, Ausschwemmungen und Erschütterungen weit verstreut liegen.

Kein Wunder, daß sich für diese Altlast niemand zuständig fühlt. Die ehemaligen DDR-Grenzer sind vom Verteidigungsministerium nicht in die Bundeswehr übernommen worden. Die Truppen wurden Ende 1990 aufgelöst, viele Soldaten hatten schon vorher den Dienst für 7000 Mark Abfindung quittiert.

Nach einigem Gezerre gab Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) rund 2000 Mann der ehemaligen DDR-Grenztruppen einen „Status besonderer Art", so die Anordnung. Ohne Uniform wurden sie in den beiden Auflösungs- und Rekultivierungskommandos zusammengefaßt – unter Leitung von West-Beratern der Bundeswehr.

Aufgabe der Kommandos ist der Abbau der Grenzbefestigung, die Übergabe der Liegenschaften der ehemaligen Grenztruppen und, seit Ende Mai, die Räumung der Minenfelder.

Minenräumer-Chef Mühle*
„Es muß ein paar Dumme geben"

Ende September werden auch diese Kommandos aufgelöst. Übrig bleiben dann lediglich 150 Mann zum Minensuchen. Seit geraumer Zeit schon versuchen Verteidigungs- und Bundesinnenministerium, sich die künftige Zuständigkeit für die Ex-Grenzer zuzuschieben – niemand will für sie aufkommen.

Lediglich Minimallösungen wurden den Minensuchern bisher zugebilligt. So genießen sie bloß den Versicherungsschutz, wie er für normale Bundeswehrsoldaten gilt. Um die Abdeckung des höheren Risikos, geschätzte Kosten: rund 240 Mark Jahresbeitrag pro Mann, wird seit Monaten gefeilscht – dem Verteidigungsministerium sind die Prämien zu teuer.

Joachim Mühle, als Chef der 23 Minenräumer im thüringischen Kreis Meiningen zuständig für 108 Kilometer Todesstreifen, verliert seit Monaten zusehends den Boden unter den Füßen. Trotz anderer Angebote hat er sich zum Schleifen der Grenze gemeldet, „weil es doch ein paar Dumme geben muß, die das hier wengistens geordnet übergeben".

Nur zögernd kommt ihm das Wort „Skandal" über die Lippen, wenn er über die Arbeit seiner Leute spricht, „die jeden Tag ins Minenfeld gehen und für 1200 Mark ihren Hals riskieren". Mühle: „Die Männer wären allemal besser bedient, wenn sie eine Stelle aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm annehmen würden und für 14 Mark die Stunde im Stadtpark den Rasen mähen."

Doch Rasenmähen möchte keiner der 23 Mann im Mineneinsatz. Werner Heidrich, 43, ehemals Major, will sich einen Rest von Würde bewahren: „Mich bekommt keiner dazu, irgendwo Kisten zu stapeln." Zur Würde gehört auch, daß er nicht Angst nennen mag, was ihm morgens, wenn er seinen Dienst antritt, „wie ein Kloß im Hals sitzt".

Heidrich hatte, wie die meisten seiner Kollegen, vorher nie mit Minen zu tun. Für den Job im Todesstreifen war gerade eine Woche Schulung befohlen. „Da wurden uns die verschiedenen Minentypen erklärt", erinnert sich Ex-Hauptmann Olaf Tönjes, 30, „dazu ein bißchen Sanitätsausbildung und Arbeit mit der Sonde."

Die Minensuchgeräte können die ausgemusterten Grenzer allerdings bis heute nicht verwenden. Die Handapparate dürfen nur eingesetzt werden, wenn für die Suchtrupps erhöhter Versicherungsschutz besteht – sie sind, bei der Suche zu Fuß, besonders gefährdet.

Die tägliche Arbeit mit marodem Gerät allerdings gilt den Bürokraten nicht als zu gefährlich. Die Trupps müssen in den jeweiligen Abschnitten mit zwei russischen Raupen und drei Traktoren aus DDR-Produktion auskommen – die Oldtimer sind nicht gepanzert. Modernes Gerät der Nationalen Volksarmee, erfuhr Mühle, sei längst verkauft und nicht mehr verfügbar.

So zieht als erstes eine antike Raupe mit angehängter Walze ihre Runden übers Minenfeld. Oberflächlich liegende Minen sollen so durch Druck ausgelöst werden. Anschließend folgt ein Trecker mit Egge, der den Acker aufharkt.

Beim letzten Arbeitsgang fährt ein Trecker mit Arbeitsbühne durchs Feld,

* Mit einem Sprengsatz vom Typ PPM-2.

So weit wie bei uns kann man in Europa nirgendwo sehen.

Telekom-Glasfasernetz.

Glasfasernetze ermöglichen Telekommunikation in völlig neuer Qualität.

Sie setzen einen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungssprung in Gang, der praktisch alle Bereiche beeinflussen wird – Wissenschaft und Technik, Verkehr und Wirtschaft, das Gesundheits- und Ausbildungswesen und nicht zuletzt unsere Freizeit.

Das Glasfasernetz der Telekom ist das größte Europas. Es ist selbstwahlfähig und ermöglicht die gleichzeitige Übertragung von Bildern, Daten, Texten und Sprache in riesigem Umfang und ungeheuer schnell. Viele der fortschrittlichsten

Unternehmen unseres Landes, aber auch wissenschaftliche Institute und Behörden haben bereits einen Anschluß. Aus gutem Grund. Denn die Anwendungen sind so vielfältig wie die Perspektiven: nahezu unbegrenzt. Telekom hat deshalb schon sehr früh in diese zukunftweisende Technologie investiert.
Eine Investition, die nachhaltig die wirtschaftliche Entwicklung und damit den Wohlstand in unserem Land positiv beeinflussen wird.

Wie weit die Perspektiven der Glasfasertechnik reichen, sollen einige Beispiele zeigen. In der Medizin etwa können Computertomographien zu Analysezwecken mit Bildern aus Archiven verglichen werden, die weit entfernt zentral gelagert sind.

Oder: Bilder von Gewebeproben können noch während einer Operation an einem anderen Ort von einem Spezialisten begutachtet werden. Diagnosen sind so sicherer und schneller zu stellen.

Beispiel Videokonferenzen – sie ersetzen so manche Reise. Der Verkehr wird entlastet, die Umwelt geschont, die Zeit effektiver genutzt.

So wird deutlich, wie über die Glasfasertechnik der gesellschaftliche Fortschritt vorangetrieben wird. Zum Nutzen von uns allen.

Deutschlands Kommunikationsgesellschaft.

Telekom

Minenräumkommando in Thüringen: „Unglaublichen Dusel gehabt"

auf der Bühne stehen drei Männer in schweren, halbwegs schußsicheren Anzügen und versuchen per Sichtkontrolle, Minen zwischen den Erdschollen auszumachen. Fast täglich gibt es Zwangspausen, weil eins der 20 Jahre alten Vehikel ausfällt.

Die drei Arbeitsgänge werden viermal wiederholt. Wird beim vierten Mal eine Mine gefunden, folgen vier weitere Durchgänge. Ein Fund legt erst einmal alles lahm, weil es bei den Räumkommandos keine Sprengstoffexperten gibt. Also muß der Munitionsbergungsdienst in Erfurt alarmiert werden. Der aber ist zur Zeit am Autobahnkreuz Hermsdorf, rund 200 Kilometer entfernt, im Einsatz. Bis zu einem Tag kann es dauern, bis Fachleute kommen, um eine Mine zu sprengen.

„Jeder Feuerwerker", kritisiert Rolf Diedrich, Fachmann für Kampfmittelbeseitigung bei der international erfahrenen Dr. Koehler GmbH in Munster, „würde die Hände über dem Kopf zusammenschlagen." Diedrich, lange Jahre selbst in Diensten der Bundeswehr, hält den Einsatz von Spezialfahrzeugen für unverzichtbar: „Fast jede Armee der Welt verfügt heute über Minenräumpanzer." Da allerdings macht die Bundeswehr eine Ausnahme: Ihr Minenräumpanzer „Keiler" ist noch in der Erprobung.

„Wir tun das Menschenmögliche", sagt Bundeswehr-Oberstleutnant Otto Wenisch, „um modernstes Gerät zu bekommen." Doch das, so muß der Chef des Auflösungs- und Rekultivierungskommandos Süd zugeben, war bislang nicht genug: Wann das veraltete Gerät ausgetauscht wird, kann er nicht sagen. Sicher ist für den Offizier nur, daß er mit der Auflösung des Kommandos Ende September zurück in den Westen geht.

Wer die Gesundheit der Mitarbeiter nicht aufs Spiel setzen wolle, kritisiert Diedrich die verantwortlichen Offiziere, würde niemals Fahrzeuge ohne Druckkabine und Panzerglas aufs Feld schikken: „Die Trupps haben unglaublichen Dusel gehabt, daß bis heute nichts passiert ist."

Zum Alltag der Minenräumer gehört auch der Ärger mit Ausflüglern und Umweltschützern. Ökologen protestieren gegen die Zerstörung von seltenen Biotopen, Laich- und Brutplätzen, die sich in den Jahrzehnten der Totenstille entwickelt haben. Und Tagestouristen, klagt Mühle, „betrachten das Gebiet jetzt als eine Art riesigen Abenteuerspielplatz".

Zwar warnen Tausende von Schildern, beliebte Souvenirs, vor der Lebensgefahr. Doch abschreckend wirken sie kaum. Mühle: „Wir haben schon ganze Schulklassen samt Lehrer auf den Minenfeldern getroffen." Bauern treiben ihr Vieh auf die explosiven Wiesen und liefern völlig ungerührt Minen bei Mühles Männern ab. Ein Ex-Fähnrich resigniert: „Die meisten nehmen uns nicht ernst und beschimpfen uns noch als Honecker-Knechte."

Dabei stehen im Ernstfall die Chancen für Mühles Männer und leichtsinnige Grenztouristen nicht gut. Zwar gehören zum Minentrupp eine Krankenschwester und ein ausgedienter Sanitätswagen der Nationalen Volksarmee. Doch bis ein Arzt in die Wildnis kommen kann, vergeht mindestens eine halbe Stunde.

Zunächst mußten die Minenräumer sogar mit einer provisorischen Feldleitung zur nächsten Telefonzelle auskommen. Dort stand ein Mann in Bereitschaft, der dann über den Münzfernsprecher Hilfe auftreiben sollte. Nach „wochenlangem Betteln" hat Mühle ein Funksprechgerät organisiert, mit dem er die Rettungsleitstelle in Schweinfurt erreichen kann.

Das Bonner Verteidigungsministerium rechnet damit, daß die Minensuche mindestens vier Jahre dauern wird. Für ein Feld von 204 mal 70 Meter braucht der Mühle-Trupp einen Monat. Im Bereich des gesamten Kommandos Süd wurden bisher knapp 20 der dort insgesamt 16 000 vermißten Minen gefunden.

Ex-Oberstleutnant Mühle, der 19 Jahre Dienst am Todesstreifen hinter sich hat, fürchtet, daß die Routine seine Leute mit der Zeit nachlässig macht und die Touristen leichtfertiger werden: „Verstehen Sie mich nicht falsch, aber eigentlich ist die Grenze heute gefährlicher als früher."

Gegendarstellung

In der Zeitschrift DER SPIEGEL Nr. 20 / 45. Jahrgang, 13. Mai 1991, werden in dem Artikel „SED-Kohle retten" auf Seite 53 Behauptungen über mich aufgestellt, zu denen ich mich wie folgt äußere:

1. Es heißt, der Genex-Geschäftsführer habe mich in sein Unternehmen geholt. Ich hätte das Genex-Haus überstürzt verlassen, als ruchbar wurde, daß gegen mich ein Betrugsverfahren anhängig sei. Soweit hierdurch der Eindruck erweckt wird, der Fa. Genex sei das anhängige Verfahren vor Beginn der Zusammenarbeit mit mir nicht bekannt gewesen, stelle ich fest:
Tatsächlich war der Geschäftsführung der Fa. Genex die Existenz eines Ermittlungsverfahrens von Beginn der Zusammenarbeit an bekannt.
2. Behauptet wird, ich würde mein Beraterhonorar in Höhe von 3 Millionen Deutsche Mark einklagen.
Richtig ist, daß ich lediglich einen Teilbetrag von 50 000 Mark meines Honorars einklage.

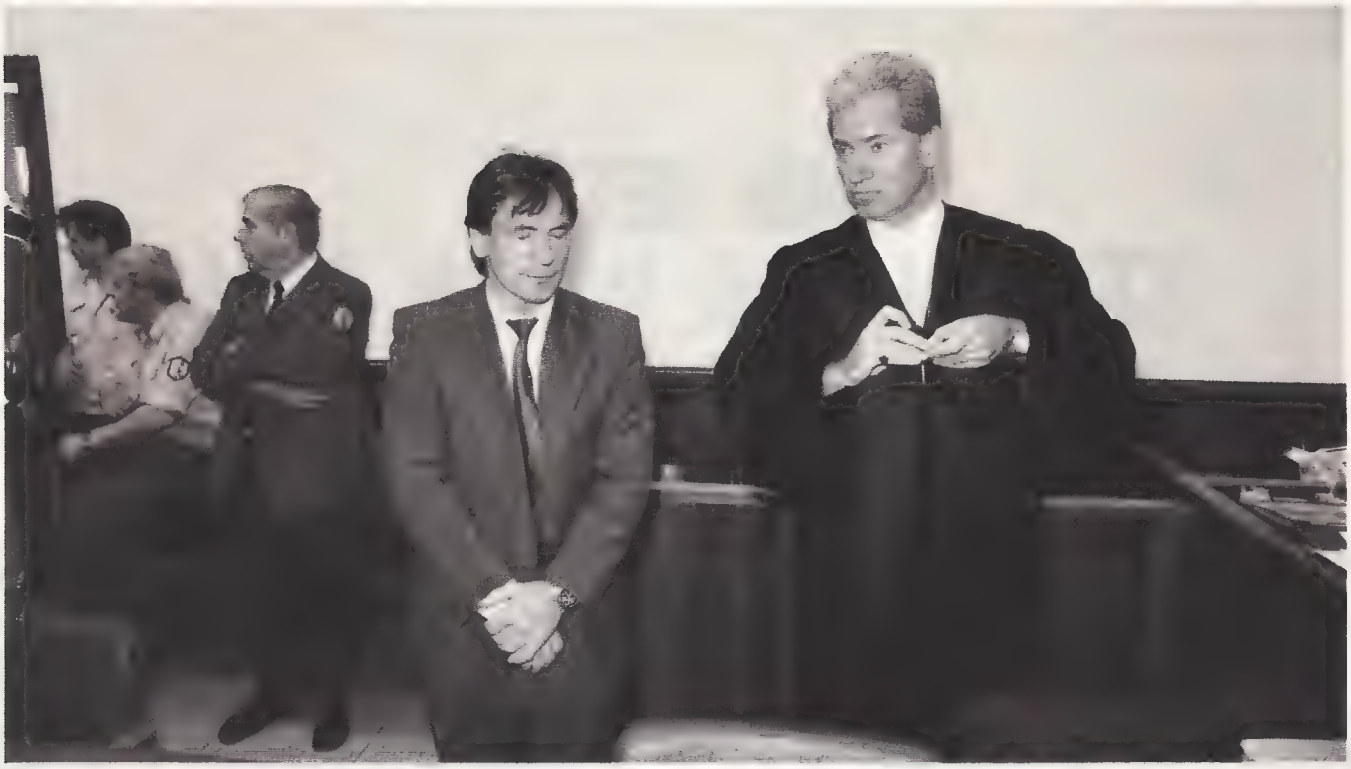
Eckernförde, den 28. Juni 1991

Jens-Peter G. Batliner

Nach dem hamburgischen Pressegesetz ist der SPIEGEL ohne Rücksicht auf die inhaltliche Richtigkeit zum Abdruck dieser Gegendarstellung verpflichtet. –Red.

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,3 mg Nikotin und 4 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

König Pilsener
König-Pilsener
DAS KÖNIGLICHE VERGNÜGEN



Verurteilter Hentschel, Verteidiger Lösche: „Aha, Sie wollten positiv auffallen"

„Waren da auch Schädelbrüche?"

SPIEGEL-Reporterin Gisela Friedrichsen über den Prozeß gegen den ehemaligen Staatsanwalt Udo Hentschel

Drei Worte hätten genügt: „Ich schäme mich." Oder allenfalls noch: „Ich bitte meine ehemaligen Kollegen und Vorgesetzten um Verzeihung."

Aber nein. Und der Angeklagte wird vom Vorsitzenden noch ermuntert: „Sie sollen das loswerden, was Sie loswerden wollen." Er wird nicht mehr zurückgehalten, nicht mehr gebremst von seinem Verteidiger. Er darf sich überströmendem Mitleid mit sich selbst überlassen. So schwindet im Schlußwort unter Schluchzen und Schneuzen der Rest an Haltung.

Man gewährt ihm eine Pause. Noch einmal darf er ansetzen und sich auch als Opfer darstellen. Er unterbreitet dem Gericht die hypothetische Frage, was wohl geschehen wäre, was alles nicht geschehen wäre, „wenn man mir dieses Dezernat nicht angetragen hätte". Niemals wäre er gestrauchelt, will er damit sagen. Hätte man ihn nicht falsch eingesetzt, hätte man ihn nicht der Gefahr, der Versuchung ausgesetzt, nicht in Aufgaben hineingezwungen, für die er nicht geeignet war. Er weint: „Nachher ist man immer schlauer."

Der Angeklagte ist nicht ein gewöhnlicher Angeklagter. Denn er war, bis er im vorigen Jahr den Dienst quittierte, Staatsanwalt. Doch auf der Anklagebank verhält sich der ehemalige Staatsanwalt nicht anders als der gewöhnliche Angeklagte. Er verhält sich wie der Arzt, der als Patient schweißnaß auf dem Operationstisch liegt. Das Schlußwort mißrät ihm, es mißrät das Bild, das er während der zweitägigen Verhandlung von sich abzugeben versucht.

Er kann, wie der gewöhnliche Angeklagte allzuoft, nicht erklären, warum er gestrauchelt ist. Er erkennt zwar an, Geld genommen zu haben – doch daß er sich bestechen ließ, das kann er nicht zugeben. Da redet er hin und her und flüchtet sich in wolkige Formulierungen wie: „Das mag in der einen oder anderen Weise so gewesen sein." Er sagt auch: „Es ist oft gar nicht so einfach zu beurteilen, warum man etwas macht."

Udo Hentschel, 45, ein schmaler Mann mit hochgezogenen Schultern, der mit einem dünnen Lächeln und häufig geschlossenen Augen wie ein Geprügelter Wehrlosigkeit signalisiert, hat sich kaufen lassen. Er hat sich seinen kriminellen Geldgebern dienstbar gemacht. Es wurden ihm Bestechlichkeit, Strafvereitelung im Amt, Rechtsbeugung, Geheimnisverrat, Beihilfe zum illegalen Glücksspiel und sogar Unterstützung einer kriminellen Vereinigung und obendrein ein Verstoß gegen das Waffengesetz zur Last gelegt.

Nicht alle Anklagepunkte hatten bis zum Ende des Verfahrens Bestand. Doch wegen fortgesetzter Bestechlichkeit, Beihilfe zum unerlaubten Glücksspiel, der Strafvereitelung und des Geheimnisverrats ist Hentschel am Donnerstag vergangener Woche von der 11. Strafkammer des Landgerichts Dortmund als Staatsschutzkammer zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt worden.

Müßte nicht schon von Berufs wegen ein Staatsanwalt gerade gegen solche Versuchungen gefeit, ja immun sein? Ist er nicht von den Gedanken an General- und Spezialprävention geradezu imprägniert? Ein Staatsanwalt kann sich über die Risiken und Folgen solchen Verhaltens keinen Illusionen hingeben. Er kann nicht sagen: Hätte ich bloß geahnt, wie hoch der Preis von Schmiergeld ist! Er kann nicht sagen: Einmal ist keinmal.

Hentschel hatte 1988 in Essen das Dezernat für illegales Glücksspiel, Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz und Geldfälschung übernommen. Vorausgegangen war dem ein Disziplinarverfahren. „Ich hatte da Schwierigkeiten, das ist eine lange Geschichte, das steht in

UND JETZT ZEIGEN WIR IHNEN DEN DREIFACHEN SALTO ...

Sequenz aus Serienüberprüfung eines BMW 735i.

... MIT ANSCHLIESSENDEM TÜRÖFFNER.

Nein, dies ist kein Filmausschnitt eines spektakulären Action-Streifens. Dies ist eine der schwierigsten Übungen bei der Entwicklung eines Automobils: Unfallforschung und Unfallsimulation.

Wie gut wir diese Disziplinen beherrschen, möchten wir Ihnen am Beispiel des BMW 7er verdeutlichen.

In den 7 Entwicklungsjahren des BMW 7er wurde eine Vielzahl von Prototypen den Crashtests geopfert. So lange, bis feststand: dieses Automobil ist sicherer, als es die strengsten Gesetzesauflagen, nämlich die der USA, verlangen.

Die Karosserie des BMW 7er wurde so extrem stabil ausgelegt, daß selbst nach einem mehrmaligen Überschlag die Fahrgastzelle in ihrer Form erhalten bleibt. Und daß sich die Türen ohne Anstrengung öffnen lassen.

Für Automobile mit serienmäßiger Zentralverriegelung erfanden wir außerdem den Crash-Sensor. Eine innovative Technik, die unmittelbar nach einem Unfall die Türverriegelung öffnet und so freien Zugang und Hilfe von außen ermöglicht.

Sie sehen, mit der Freude am Fahren meinen wir es ganz und gar ernst.

Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner. BMW in Btx * 20900 #

Freude am Fahren

Zusammenhang mit meinen persönlichen Schwierigkeiten, ich hatte mich damals von meiner Frau getrennt . . .", sagt er und weint. Es wird eine Pause gemacht. Man fragt nicht weiter.

Erst habe er sich einen Überblick über die gesamte Branche verschaffen müssen, fährt er fort. Er habe die Rechtsprechung und die gesetzlichen Vorschriften durchgelesen und dann auch „vor Ort" recherchiert. Zum Beispiel Automaten ausprobiert, „50 Mark eingeschmissen". Er habe einem Mann zugeschaut, wie der 40 000 Mark in einer halben Stunde bis auf 1000 Mark verspielte, dann wieder gewann und schließlich alles verlor.

Er begann, Spielkasinos wie etwa das „CAT" in Essen zu überprüfen. „Ich war mir nicht sicher, was ich da verfolgen soll. Es wurden viele Ordnungswidrigkeiten festgestellt, zum Beispiel fehlte das Kassenschild, so Kleinigkeiten. Ich überlegte, was passiert, wenn man den Geschäftsführer darauf anspricht . . ." Dieser, Hans-Jürgen Conrad („Dackel-Hansi" im Milieu-Jargon), Statthalter des gesuchten Rigobert Taubert, des „Paten" einer von Baden-Württemberg ins Ruhrgebiet abgewanderten Glücksspielmafia, war nicht da. Hentschel hinterließ seine Telefonnummer.

Es ist anzunehmen, daß Conrad, als er am 5. September 1988 erstmals im Dienstzimmer des Staatsanwalts erschien, bereits wußte, daß er es nicht mit einem Profi zu tun haben würde, sondern mit einem Neuling, einem schwachen Mann, der noch wenig Ahnung von den Tricks im illegalen Glücksspiel hatte. Er versprach, ein Kassenschild anzubringen.

Hentschel kontrollierte nach einiger Zeit von neuem, ob das Kassenschild noch immer fehle. Es fehlte. Am 20. Oktober erschien Conrad wieder auf der Dienststelle. „Wir sprachen darüber, daß das Verfahren gegen eine Geldbuße eingestellt werden könnte, und einigten uns auf 10 000 Mark zugunsten der Staatskasse. Dann sollte er eigentlich gehen", sagt der Angeklagte vor Gericht.

Conrad aber sei nicht gegangen, sondern habe einen Briefumschlag aus der Jacke geholt. Er wolle die Buße gleich bezahlen. „Aber die Gerichtskasse war schon zu, und ich darf ja Geld nicht in Verwahrung nehmen", erklärt Hentschel dem Gericht. „Ist der Briefumschlag dann in Ihren persönlichen Besitz gelangt? Da kann man ja nun nicht mehr herumreden", drängt der Vorsitzende Richter. Conrad, fährt Hentschel fort, habe geantwortet: „Dann nehmen Sie's doch. Da hab' ich es halt genommen."

Vorsitzender Eikelmann (M.), Beisitzer: „Wir müssen da jetzt durch"

Von da an, so ergaben es die Nachforschungen, hat der Angeklagte zwar kontrolliert und ermittelt und Bußgelder verhängt, er hat auch Verfahren eingeleitet – aber regelmäßig eingestellt, selbst wenn dies vom Ermessen eines Staatsanwalts nicht mehr gedeckt war oder die gesetzlichen Voraussetzungen fehlten, sofern es sich nur um die Etablissements seiner Geldgeber handelte. Er hat Aktenvermerke geändert, Vorgänge manipuliert, damit bei flüchtiger Durchsicht nichts auffalle. Doch es fiel auf, monatelang sucht man nach der undichten Stelle. Schließlich wurden Hentschels Telefongespräche auf richterliche Anordnung abgehört, seine Treffen mit Zockern observiert.

Er hat Tips gegeben, wann mit einer Durchsuchung zu rechnen sei, so daß die Betreiber der Spielkasinos manipulierte Spielgeräte gegen unverdächtige austauschen konnten. Er kassierte zwischen 50 000 und 70 000 Mark, fuhr einen auffallend großen Wagen. Er trug bisweilen eine Waffe bei sich, wozu er nicht berechtigt war, angeblich, um einem Videotheken-Besitzer, der einen Überfall befürchtete und von der Polizei keinen Personenschutz erhielt, behilflich zu sein. „Als eine Art Bodyguard?" fragt etwas mokant der Vorsitzende. „Vielleicht hätte ich den Täter ja dingfest machen können", meint Hentschel, „ich wollte eine spektakuläre Aktion." „Aha", antwortet der Vorsitzende, „Sie wollten positiv auffallen."

Juristen, die über einen aus ihren Reihen zu Gericht sitzen müssen, wollen nicht ohne Verständnis sein für dessen Not und Last, die sie selbst oft nur zu gut kennen. Sie wollen ihm das Mitgefühl angedeihen lassen, das ihnen in vergleichbarer Lage wahrscheinlich auch gut tun würde. Der im Dienst gestrauchelte Jurist ist ihnen näher als der Totschläger oder der Kindesentführer oder der Ladendieb.

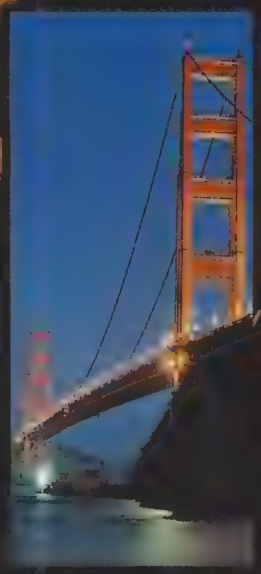
Andererseits werden sie darauf achten, daß seine Verfehlungen mit seinem Charakter und höchstens noch in mißlichen familiären Umständen zu begründen sein werden. Auch nur der Anschein einer Einschränkung der Einsichts- oder Steuerungsfähigkeit eines Staatsanwalts wird sorgfältig vermieden werden.

So ist Hentschel von dem Psychiater und Psychologen Professor Paul Bresser, 70, begutachtet worden. „Warum hat er sich bestechen lassen? Weil er bestechlich ist." Von seinem Naturell her sei der Angeklagte nicht der geeignete Mann für den Posten eines Staatsanwalts gewesen. „Auf dem Felde des Charakters", pflichtet ihm der Vorsitzende bei, „wohl nicht der Stärkste".

Hentschel hat nach acht Jahren Volksschule zunächst eine Lehre bei der Post absolviert. Der Vater war Briefträger gewesen und hatte sich bis in die Betriebssicherung hinaufgearbeitet, der Junge erwarb über den zweiten Bildungsweg die Hochschulreife und absolvierte in neun Semestern das Jurastudium. Er galt als „sehr aktiv" in seiner Arbeit, immer bestrebt, unkonventionell und unbürokratisch ans nächste Ziel zu gelangen. Hat er durch seine bisweilen forsche Art Schwächen, Ängste, Minderwertigkeitsgefühle überspielt?

Finanziell ging es gut, die Ehefrau arbeitete als Friseurmeisterin. Drei Eigentumswohnungen konnten im Lauf der Zeit angeschafft werden. „Sie haben Ihre Einkommen ja vernünftig angelegt und nicht nur für die Steuer gearbeitet", lobt der Vorsitzende und setzt zu einem

WENN ZEIT GESCHICHTE MACHT



Kultur-Preisträger unter den Uhren-Manufakturen.

Zahllos sind die Ehrungen und Auszeichnungen, die Omega zuteil wurden. Nur ein Beispiel von vielen: Omega wurde mit dem „Grand Prix Triomphe de l'Excellence Européenne", dem wohl begehrtesten europäischen Kulturpreis, ausgezeichnet.

Ω OMEGA

VOULEZ-VOUS
COINTREAU AVEC MOI ?
COINTREAU
SPÉCIALITÉ
DE
FRANCE
Maison fondée en 1849
LIQUEUR
40 % vol. 0,7 L

Gespräch mit dem Angeklagten über die Geldanlage in Immobilien an.

Das Gericht ersparte dem Angeklagten vieles („Darf ich es einmal umreißen – und es damit auch ein Bewenden haben lassen", sagt der Vorsitzende einmal). Es verzichtete auf die Konfrontation mit Zeugen aus dem Zocker-Milieu. Nicht einmal Conrad, mit dem er den engsten Kontakt unterhielt, war als Zeuge geladen. In Conrad sah er nach eigenen Angaben eine Art Vaterfigur, einen Gesprächspartner, mit dem man über alles reden konnte („Das war sehr angenehm, weil er auch sehr zurückhaltend war"). Conrad faszinierte ihn offenbar. Hatte da ein erfahrener Krimineller ein schwaches Opfer am Haken? Oder kapitulierte Hentschel vor Gewalt? Selbst wenn Conrad als Zeuge geschwiegen hätte – er ist noch nicht verurteilt worden – einen Eindruck hätte man schon gewonnen.

Einmal entfährt es dem Vorsitzenden Richter Josef Eikelmann, 52, widerwillig: „Ich kann Ihnen doch nicht alles vorsagen." Aber auffallend oft sagt er: „Wir müssen da jetzt durch, wir können hier nicht länger herumreden, je schneller, desto besser, auch wenn es weh tut . . ." Dann fährt er wieder fort mit seinem kursorischen Durchgang durch die Akten. Zum Lebenslauf muß der Angeklagte kaum mehr beitragen als Nicken. In einem Überschwang an Entgegenkommen wiederum fragt der Richter den Angeklagten, der als Kind von einem Auto angefahren wurde: „Waren da auch Schädelbrüche?"

Von „privater Streß-Situation" ist so oft und geheimnisvoll die Rede, bis jedermann im Saale schaudernd zumindest Krebs oder Aids vermutet. Schließlich stellt sich heraus, daß es in der Ehe wegen der kranken Schwiegermutter gekriselt hatte, die die Ehefrau übermäßig beanspruchte. „Ja, das ging so nicht, wenn man die jeden Tag zum Arzt bugsieren muß", sinniert der Vorsitzende. „Von Ihrer Frau hatten Sie ja gar nichts mehr." Und Verteidiger Helge Lösche stimmt ein in frohem Graus: „Rund um die Uhr, rund um die Uhr!"

Vom Verteidiger und von Oberstaatsanwalt Wolfgang Rahmer, 40, der sich als Spezialist für organisierte Kriminalität einen Namen gemacht hat, wurde das Verfahren gleichermaßen als „Harmoniemodell" gepriesen. Da herrschte auf allen Seiten Verständnis für die oft fruchtlose Arbeit eines Staatsanwalts auf dem Glücksspiel-Sektor. Da nahm man dem Angeklagten das ungeschickte Wort aus dem Mund, bewahrte ihn vor indiskreten, bohrenden Fragen.

Was den „auf dem Felde des Charakters" gefallenen Staatsanwalt wirklich zu seiner Tat veranlaßt hat – was interessiert das schon angesichts des Umstandes, daß er durch sein unverzügliches Ausscheiden aus dem Dienst den Schaden an der Justiz und der Staatskasse in Grenzen gehalten hat.

In der Urteilsbegründung regte das Gericht an, dem besonders haftempfindlichen ehemaligen Staatsanwalt „offenen Vollzug" zu gewähren. Hat er doch in den vier Monaten Untersuchungshaft, danach wurde er von der Haft verschont, schon allerlei Schikanen von Mitgefangenen erleben müssen. Udo Hentschel, dem im Augenblick das ganze Leben verpfuscht erscheint, sei es gegönnt. Man möchte ihm die Erkenntnis wünschen, daß das Ausscheiden aus dem Staatsdienst nicht das größte aller vorstellbaren Übel ist.

Nur: Es gibt viele haftempfindliche Menschen. Es gibt unzählige Eingesperrte, die leiden, bis sie innerlich tot sind. Es wird immer wieder Angeklagte geben, die aus viel größerer Not als der ehemalige Staatsanwalt Hentschel schuldig geworden sind.

Spielkasino in Essen*
„50 Mark eingeschmissen"

* Hier wurde bis 1990 illegales Glücksspiel betrieben.

Wein

Lieblicher Essig

Über zwei Millionen Liter rheinland-pfälzischer Wein wurden umetikettiert, mit DDR-Wein gepanscht und illegal in Ostdeutschland verhökert.

Herbert Bermeitinger, Regierungssprecher in Rheinland-Pfalz, war sichtlich erstaunt. Im Leipziger Hotel „Merkur" genoß der ausgewiesene Weinkenner das erste Mal „so richtig einen DDR-Tropfen". Doch dann kamen ihm Zweifel. „Bei einer Blindprobe", resümierte er später, „hätte ich auf einen Pfälzer Riesling getippt."

Da könnte er recht haben. Seit der Währungsunion im Juli 1990 hat sich der äußerst trockene und stark säurehaltige DDR-Wein auf wundersame Weise vermehrt. Das knappe Gut, gerade mal 2,7 Millionen Liter 1989 (Bundesrepublik: 1,4 Milliarden Liter) von den rund 660 Hektar Anbaufläche an Saale, Unstrut und im Elbtal bei Meißen, ist plötzlich fast überall zu haben.

Fachleute wie der Vorsitzende des Bundesverbandes der Weinkommissionäre, Hans Jung, wundern sich schon länger über das reichhaltige Angebot. Als Jung im Frühjahr vergangenen Jahres in Thüringen „Weine zu normalen Marktpreisen" aus den Altbundesländern anbot, so berichtete er verärgert, winkten seine Geschäftspartner jedesmal ab. Jung: „Da waren andere wohl viel billiger."

Mit der Vermutung lag Jung wohl richtig. Wegen des Verdachts, daß rund 2,75 Millionen Liter Wein, sogenannte Übermengen des Jahrgangs 1989, aus Rheinland-Pfalz illegal in die damalige DDR verschoben wurden, ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach gegen fünf Personen. Reibach bei dem Geschäft: wahrscheinlich mehrere Millionen Mark.

Die Ermittler vermuten, daß der liebliche Riesling aus Rheinland-Pfalz mit sauren Rebensäften aus den Ost-Ländern vermischt und als Original DDR-Wein verhökert worden ist.

Bei drei Weinkellereien kaufte damals die Kölner Handelsfirma Steiner Trade GmbH 2 763 537 Liter Übermengen-Wein, genauso viel wie die gesamte Jahresproduktion 1989 der alten DDR. Nach dem Weingesetz dürfen Erntemengen, die aufgrund der europäischen Mengenregulierung über dem zulässigen Hektarertrag liegen, nur noch für die Destillation, für Weinessig oder als Traubensaft abgegeben werden. Der Preis, maximal 50 bis 60 Pfennig pro Li-

WER REITET SO SPÄT DURCH NAC

Beim Zeus – wenn das Wetter tobt, als ob einem gleich der Himmel auf den Kopf fällt, fühlt man sich im Opel Vectra CD sicher aufgehoben. Dann merkt man, daß sein fortschrittliches Design dem Wind nur wenig Angriffsfläche bietet. Dann merkt man, daß seine Motoren besonders drehfreudig und leistungsstark sind. Dann merkt man, daß sein modernes Fahrwerk auch zu nassen Straßen sicheren Kontakt hält und er genauso spurstabil bremst – durch serienmäßiges ABS. Und damit man nicht nur sicher,

VORBILD SEINER KLASSE

HT UND WIND? NA, WER WOHL?

Leichtmetallräder und Metalliclackierung auf Wunsch.

sondern auch komfortabel ans Ziel kommt, bietet der Vectra CD z. B. Servolenkung, einen höhenverstellbaren Fahrersitz und ein Stereo-Cassetten-Radio. Voraussage für die Zukunft: Wetter unberechenbar, Vectra weiterhin beständig. Probefahrt bei jeder Witterung, beim freundlichen Opel Händler. OPEL

DER OPEL VECTRA. TECHNIK, DIE BEGEISTERT.

ter, liegt weit unter den Herstellungskosten.

Die Lieferung des Übermengen-Weines in die DDR organisierte die Ost-Berliner „Genußmittel Import – Export", ein volkseigener Betrieb, der dem damaligen Außenhandelsminister Gerhard Beil unterstand.

Bei ihrem Weg vom rheinhessischen Saulheim über Bebra nach Weimar wurden die westdeutschen Übermengen erst einmal in französischen Wein verwandelt. Der Transportzettel des Wagons (Nr. 255 073 510 49-7) wies plötzlich als Absender des lieblichen Essigs die Firma „Raymond Huet S. A. 33820 St. Ciers/Gironde/France" aus.

Dann verteilte das DDR-Außenhandelsministerium die Übermengen weiter, zum Beispiel an die Firma „Weimar-Getränke". Das Unternehmen besaß jedoch weder eine Technologie zur Destillation, noch zur Essigbereitung oder zur Herstellung von Traubensaft. Auch über Devisen verfügte der Betrieb nicht. Die Rechnungen beglich deshalb das „Kombinat Sekt, Wein, Spirituosen Berlin", Friedensstraße 89, Berlin 1017.

Weinvermittler Sebastian
„Ohne Bezug zum Ministerium"

Angeblich wurde in dem Weimarer Ostbetrieb ein Teil des Weines, der eigentlich zu Essig werden sollte, für die Herstellung der Sektsorte „Schloß Molsdorf" verarbeitet. Doch genaue Mengenangaben lassen sich nicht mehr ermitteln: Die Verschnittbücher und Unterlagen seien verbrannt, teilte der Magistrat der Stadt Weimar dem Chemischen Untersuchungsamt in Mainz mit.

Unklar ist für die Ermittler zudem, welche Rolle der damalige Weinbauminister Dieter Ziegler (CDU) bei dem zwielichtigen Geschäft gespielt hat. So besaß sein Ministerium bereits Ende 1989 erste Hinweise darauf, daß Übermengen aus Rheinland-Pfalz illegal in die damalige DDR verkauft würden. Zwar schaltete das Ministerium die Weinkontroll-Behörde ein. Doch die Staatsanwaltschaft wurde erst im März informiert.

Eingefädelt hatte den Verkauf der heutige Geschäftsführer der landeseigenen Agrar-Marketing-Gesellschaft, Richard Sebastian. Ziegler, in dessen Heimatort Maikammer eine der beschuldigten Kellereien liegt, habe ihn „privat und ohne Bezug zum Ministerium" um die „Vermittlungsbemühungen" gebeten, berichtete Sebastian vorletzte Woche seinem neuen Chef, dem sozialdemokratischen Weinbauminister Karl Schneider.

Daß die Weine aus Rheinland-Pfalz mit den raren DDR-Sorten verschnitten worden sind, will nicht einmal Ziegler ausschließen. „Unter der Hand", räumte der Ex-Minister ein, seien da Andeutungen gemacht worden. Auch Hermann Hillebrand, Leitender Oberstaatsanwalt in Bad Kreuznach, ist sicher: „Nach dem jetzigen Kenntnisstand wird der Wein dort vertrieben."

Merkwürdig ist auch, daß der Coup erst nach dem SPD-Wahlsieg vor drei Monaten bekannt wurde und die Ermittlungen forciert wurden. „Eigentlich", schimpft ein Schneider-Vertrauter auf die alte CDU-Regierung, „hätten die Behörden viel früher schalten müssen."

Als Ende Oktober und Anfang November 1989 eine DDR-Kommission in Gau-Bickelheim, Maikammer und Saulheim die Übermengen angeblich für die Essig-Produktion erwerben wollte, wurde erst einmal eine ausgiebige Weinprobe zelebriert.

Und Ziegler lud die Delegation eigens zu einem Essen ein. Ein Ministerialer wunderte sich: „Das gibt's doch nicht, daß einer den Wein probiert, den er zu Essig verarbeiten will."

Weinbauminister Ziegler (1986)*
Frühe Hinweise auf illegalen Verkauf

Ost-Berliner Außenhandelsfirma*: Plötzlich ein Absender aus Frankreich

* Oben: mit Nahe-Weinkönigin Jutta Steyer auf der Grünen Woche in Berlin; unten: Sitz der inzwischen aufgelösten „Genußmittel Import – Export".

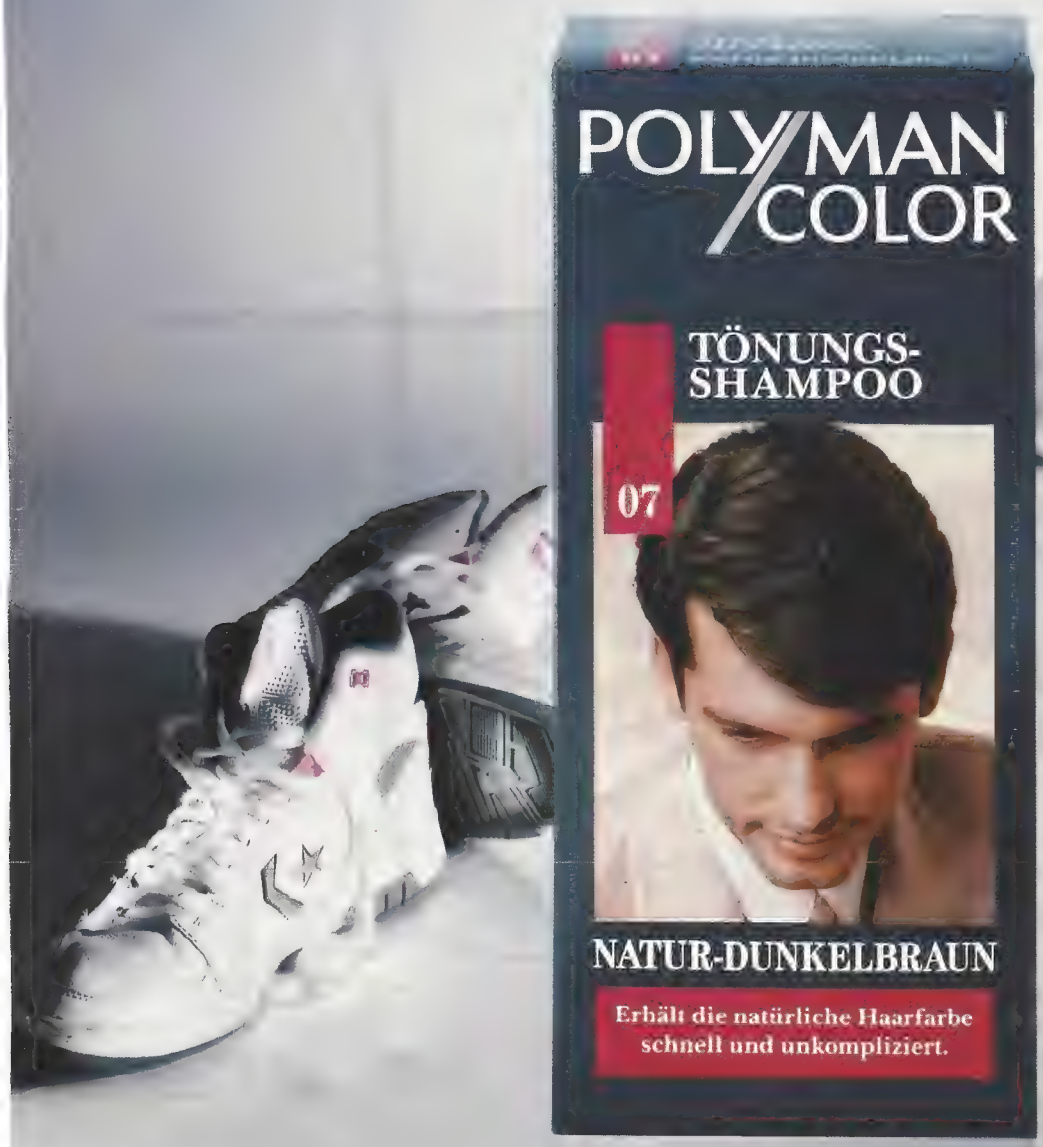
HILDMANN, SIMON, REMPEN & SCHMITZ/SMS

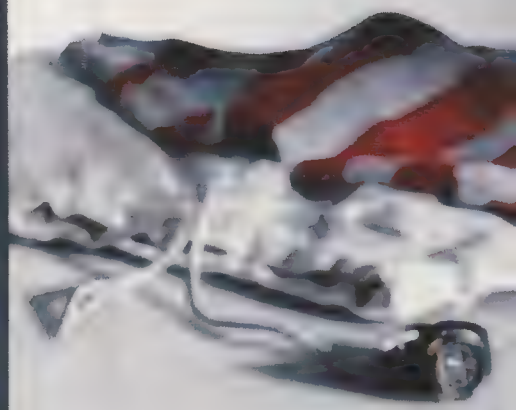
Männer wollen immer nur das Eine. Frisches Veltins.

VELTINS
PILSENER

Brauerei C. & A. Veltins GmbH & Co.,
5778 Meschede-Grevenstein,
Hochsauerland,
Telefon 0 29 34/7 10,
Telefax 0 29 34/7 12 34

Auch diese Anzeige kann Ihnen nicht helfen, überflüssige Pfunde loszuwerden. Aber erste graue Haare.





Erste graue Haare können Sie jetzt viel einfacher verschwinden lassen als überflüssige Pfunde. Mit Poly Man Color, dem ersten Tönungs-Shampoo speziell für den Mann. Und das in nur 10 Minuten, ohne dabei Ihre natürliche Haarfarbe zu verändern. 6 Naturnuancen stehen zur Auswahl. Grau oder nicht – entscheiden Sie selbst.

Poly Man Color. Sie bleiben, wie Sie sind.

Stasi

Häufig zum Tee

Eine Spezial-Abteilung des einstigen DDR-Spionagechefs Wolf narrte westdeutsche Politiker und Geheimdienstler. Ex-Stasi-Offiziere schildern ihre schmutzigen Tricks.

Als zwei ehemalige Offiziere des früheren DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) vergangene Woche im SPIEGEL aufdeckten, wie sie in den siebziger Jahren die spektakulären Telefonabhöraffären um Helmut Kohl und Franz Josef Strauß inszeniert hatten, reagierten Bonner Politiker zunächst zurückhaltend.

Das Bundeskanzleramt bewertete die Aussagen über die Stasi-Beteiligung an den Lauschaktionen, die 1975 und 1978 innenpolitische Beben ausgelöst hatten, als „möglicherweise zutreffend". Und Regierungssprecher Dieter Vogel kommentierte: „Ich erwarte aufgrund meiner Lebenserfahrung, daß in nächster Zeit noch weitere Stasi-Schweinereien enthüllt werden."

Eine zweite Offenbarung der beiden Oberstleutnants Günter Bohnsack, 51, und Herbert Brehmer, 56, die jahrzehntelang in der Abteilung X des DDR-Spionageapparats Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) unter Markus Wolf gedient hatten, stieß auf wütenden Protest eines Betroffenen. Bohnsack und Brehmer hatten bekundet, die HVA habe 1972, vor dem gescheiterten Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt, auf Wolfs Weisung versucht, den CDU-Bundestagsabgeordneten Erich Mende, vormals FDP, zum Votum für Brandt zu bewegen.

Mende, 74, dessen Dementi („Dieses Märchen habe noch nicht einmal ich gehört") bereits im SPIEGEL (29/1991) ausführlich zitiert wurde, erkannte nach Veröffentlichung des Berichts eine „einzige große Schmiere" und „freie Erfindung konspirativen Charakters". Gegen Bohnsack und Brehmer, grollte der Ritterkreuzträger und frühere Vizekanzler sogleich, werde er Strafantrag wegen Verleumdung stellen.

Ende vergangener Woche mochte Mende auf Rat „vieler Freunde" den Strafantrag dann doch nicht stellen: „Die Vorwürfe sind zu abstrus und zu widersinnig." Durch eine Anzeige würden die „Funktionäre der kriminellen Stasi des kommunistischen Zwangsstaates" nur aufgewertet. Mende zum SPIEGEL: „Niedriger

Ex-Politiker Mende
„Der Verachtung anheimgeben"

hängen und der Verachtung anheimgeben."

Ob und welche Beziehungen es womöglich zwischen dem MfS und Mende gegeben hat, dürfte kaum noch mit letzter Sicherheit zu klären sein. Gewiß aber ist mittlerweile, daß Wolfs Agenten beim Mißtrauensvotum gegen Brandt und bei vielen anderen bundesdeutschen Polit-Spektakeln mitgemischt haben.

Eine Sonderrolle spielte dabei Wolfs Abteilung X (A X) unter Oberst Rolf Wagenbreth, 62, die seit 1966 systematisch den Klassenfeind im Westen desinformieren und destabilisieren sollte.

Bohnsack leitete in der A X das Referat 7 (Wirtschaft, Handel), Brehmer arbeitete im Referat 5 (Geheimdienste). Die beiden und mit ihnen rund fünf Dutzend Stasi-Spezialisten waren darauf gedrillt, vor allem Politiker und Geheimdienste in der Bundesrepublik mit allerlei Finten und gezielten Täuschungen in die Irre zu führen (siehe Seite 58).

Mit ihren dirty tricks, im Geheimdienstler-Deutsch „aktive Maßnahmen" genannt, verfolgte Wolfs Lieblingsabteilung mehrere Ziele:

- ▷ Bloßstellung und Diffamierung anderer Staaten, Regierungen, politischer Gruppen oder Einzelpersonen;
- ▷ Aufwiegeln der Bevölkerung gegen staatliche Institutionen sowie Störung und Beeinflussung der politischen Willensbildung in einzelnen Staaten;
- ▷ Störung der Beziehungen nichtkommunistischer Staaten untereinander, vor allem zwischen Ländern der sogenannten Ersten und Dritten Welt;
- ▷ Verunsicherung und Diskreditierung westlicher Nachrichtendienste.

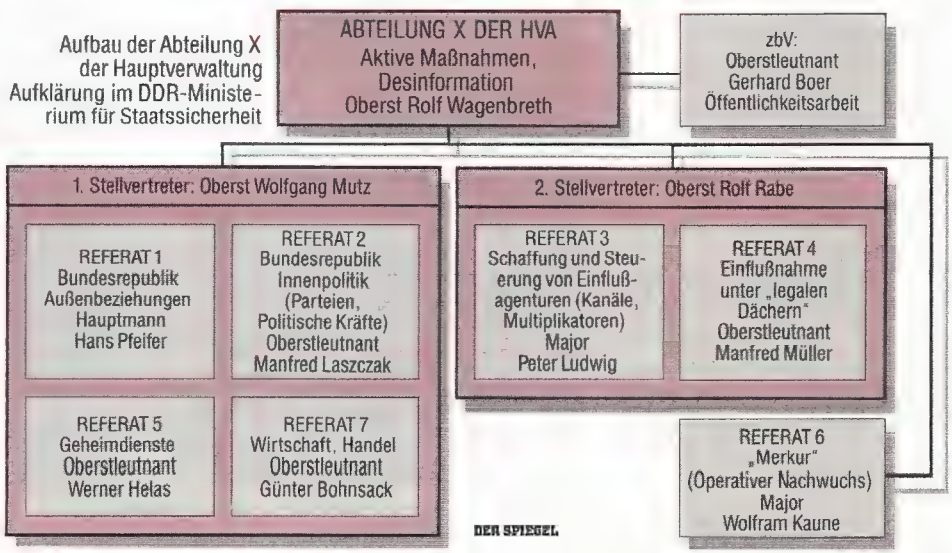
Viele der abgefeimten Methoden, mit denen der Gegner verwirrt und mit sich selbst beschäftigt werden sollte, haben die Spionage-Profis Wolf und Wagenbreth in der Ost-Berliner Normannenstraße gemeinsam ausgeheckt.

Da fingierten unter falscher Flagge Aktivisten der A X Briefe, Informationsdienste und amtliche westdeutsche Dokumente. Die schickten sie auf Schleichwegen über die Grenze, danach per Post an ausgewählte Adressaten. Es wurden Studien, Bücher verfaßt und sogar Witze wie Gerüchte gestreut, denn, so Wagenbreth, „zuweilen bewirkt ein guter Witz mehr als zehn Leitartikel".

Stasi-Materialien wurden an wißbegierige Politiker und Journalisten auch direkt in der DDR übergeben. So spickte beispielsweise Brehmer als

AUFTRAG: IRREFÜHRUNG

Aufbau der Abteilung X der Hauptverwaltung Aufklärung im DDR-Ministerium für Staatssicherheit



„MfS-Offizier Buchner“ mehrfach Redakteure der Illustrierten *Stern* bei deren Besuchen mit vielfältigen Informationen. Diese Vorgänge werden von betroffenen Journalisten bestätigt.

Ein anderer Weg, Stasi-Papiere zu lancieren, führte über sogenannte legale Dächer in der DDR, deren MfS-Background im dunkeln blieb. Zu diesen Dächern zählten etwa das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats, die Presseabteilung des Außenministeriums, der DDR-Journalistenverband und verschiedene Archive. Dort bedienten „Inoffizielle Mitarbeiter“ oder „Offiziere im besonderen Einsatz“ die westliche Klientel.

So holten die Nazi-Jäger Beate und Serge Klarsfeld nach Stasi- und eigenen Angaben „mehrfach Akten aus Potsdam“, um etwa die NS-Vergangenheit des einstigen CDU-Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger zu belegen. NS-Unterlagen aus dem Osten belasteten zudem den früheren Bundespräsidenten Heinrich Lübke wie den ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten Hubert Schrübbers.

Gelegentlich war die Ost-West-Connection noch enger. So erhielten die Linksblätter *Berliner Extradienst* und *Konkret*, behaupten Bohnsack und Brehmer, außer Texten mitunter auch Geld von der Stasi.

Konkret-Gründer Klaus Rainer Röhl, der von 1955 bis 1973 das Blatt herausgab, kassierte laut Eigenbekenntnis unbefangen „Geldspenden“ von befreundeten Genossen, „ohne die der Druck der Zeitung nicht hätte finanziert werden können“. Röhl in seinem Buch „Fünf Finger sind keine Faust“: „Sehr bald erfuhr ich, daß diese Gelder direkt aus der DDR kamen. Eine Gegenleistung für diese Hilfe wurde von der Partei nicht gefordert.“

Während der SPIEGEL-Recherchen, ob diese Ost-Hilfe auch noch in der Nach-Röhl-Ära gewährt wurde, wie Bohnsack und Brehmer ohne Belege behaupten, ließ der jetzige *Konkret*-Herausgeber Hermann Gremliza über die „ungeheuerlichen Vorwürfe“ letzte Woche via seinen Anwalt mitteilen: „Die Darstellungen Ihrer Informanten sind falsch.“

Einen außergewöhnlichen Clou landete die A X, so Bohnsack und Brehmer, 1973 gemeinsam mit dem *Stern*. Buchner alias Brehmer steckte einem Redakteur der Illustrierten zahlreiche Dokumente, die belegen sollten, daß der damalige Redaktionsdirektor des Konkurrenzblattes *Quick*, Heinz van Nouhuys, in den fünfziger Jahren für das MfS gearbeitet habe.

Der *Stern*, mit Zusatzinformationen aus Bonn und West-Geheimdiensten versehen, berichtete über den „Doppelagenten“ Nouhuys, der außer für die Stasi auch für den Bundesnachrichtendienst (BND) tätig gewesen sei. Der folgende Rechtsstreit zwischen Nouhuys und *Stern* dauerte 14 Jahre, ohne daß die Richter der letzten Instanz die Wahrheit fanden.

Die Fronten sind unverändert. Bohnsack, Brehmer und der *Stern* bleiben bei ihrer Version; Nouhuys dementiert.

Nouhuys will zwar bei seiner journalistischen Arbeit beispielsweise einen Stasi-„Oberst Wagner“ kennengelernt haben. Bei dem handele es sich, so Brehmer, „um den General Horst Jänicke, der den Fall geführt“ habe. Doch eine Spionagetätigkeit für das MfS, sagt Nouhuys, habe es „nie gegeben“, das sei „absoluter Quatsch“.

Auch für den BND und dessen damaligen Chef Reinhard Gehlen will Nouhuys nicht nachrichtendienstlich tätig geworden sein. Allerdings, sagt Nouhuys, habe er den geheimnisumwitterten Spionageboß „sehr gut gekannt“. Nouhuys: „Ich war häufig beim alten Gehlen zum Tee.“

„Treffen auf der Parkbank“

Die Ex-Stasi-Offiziere Günter Bohnsack und Herbert Brehmer über ihre Tricks gegen Geheimdienste und Medien (II)

Alle Journalisten, die häufig mit der DDR direkt zu tun hatten, also länger dort wirkten, wurden soweit wie möglich vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ausgeleuchtet. Wir haben ihre Lebensläufe abgeklopft, und ihre Daten waren selbstverständlich bei uns registriert. Alle in der DDR akkreditierten und tätigen westdeutschen Journalisten wurden überwacht und abgehört.

Auch sämtliche westlichen Journalisten, die sich in der Bundesrepublik mit Geheimdienstthemen befaßten, wurden in unserer Zentrale registriert. Wir wußten beispielsweise genau, wer zu Pressegesprächen beim Bundesnachrichtendienst eingeladen wurde. Sogar unsere tschechischen Kollegen haben uns mal eine Liste mit Namen von bundesrepublikanischen Journalisten übergeben, die angeblich geheimdienstliche Verbindungen hatten.

Autoren Brehmer, Bohnsack in Ost-Berlin*
„So wirbt man keinen Arsch“

Der frühere Berliner SPIEGEL-Korrespondent Karlheinz Vater sollte einmal vom MfS angeworben werden. Da hatte so ein schlauer Werbefachmann aus unserem Laden, der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), in seiner schlesischen Einfachheit vorgeschlagen: Der Journalist Vater wird von uns unter einem Vorwand zum Berliner Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße bestellt. Daraufhin wird er in die konspirative Wohnung soundso geführt.

Auf der schriftlichen Vorlage hat der Chef – ratsch, ratsch – alles durchgestrichen und raufgeschrieben: „So wirbt man keinen Arsch.“ Damit war der Fall erledigt.

Jahrelang haben wir den fiktiven Pressedienst *SPD intern* herausgegeben, ein Monatsblättchen, fünf, sechs Seiten stark, das in weißer Schrift auf

* Auf dem Gelände des Stasi-Ministeriums in der Normannenstraße.

orangefarbenem Grund erschien. Die Auflage betrug circa 250 Exemplare.

Die gingen an lokale Parteigrößen, an einzelne Funktionäre und Abgeordnete auf Länder- und Bundesebene und auch an die Bundesgeschäftsstelle der SPD in Bonn. In Postkästen im Westen geworfen wurde der Dienst von Kurieren. Jeder von ihnen packte bei uns 60 bis 80 Stück ein, und dann ab in die Bundesrepublik.

Das Traktat war eine Mischung aus Fakten und frei ersonnenen Hintergrundinformationen sowie politischen Kommentaren. Wir gaben vor, Sprachrohr der innerparteilichen Opposition in der SPD zu sein. Damit begründeten wir, daß keine Kontaktadresse angegeben war.

Das Gegenstück, auf die Unionsparteien zugeschnitten, konzipierten wir im Rahmen einer Aktion „Schwarz". Die lief gut 20 Jahre und sollte reaktionäre, rechtsextreme Kräfte, eben alles Schwarze in Landsmannschaften, der NPD und im Untergrund bloßstellen. Mit dieser Zielrichtung verbreiteten wir den Dienst *Die Mitte*, nach dem gleichen Strickmuster wie beim SPD-Blatt: vertrauliche Substanz, gezielter Versand.

Ein weiterer Dienst sollte Opposition im Stabsoffizierskorps vortäuschen. Dieses Blättchen hieß *Der Bund*, Unterzeile „atlantisch-europäisch-kameradschaftlich". *Der Bund* wurde ebenfalls anonym an ausgewählte Offiziere der Bundeswehr verschickt.

Unsere Dienste unterschieden sich von spontanen Flugblättern dadurch, daß sie über einen längeren Zeitraum hinweg vortäuschten, politische Strömungen zu repräsentieren. Das setzte eine gute Informationsbasis voraus. Grundsätzlich haben wir bei solchen Maßnahmen die Erfahrungen Sefton Delmers, des britischen Propagandisten im Zweiten Weltkrieg, verinnerlicht.

Von ihm haben wir übernommen, daß vorgetäuschte Meinungen und Gruppenbildungen immer nur glaubhaft sind, wenn man Quellen erschließt, die direkt im Umfeld der Adressaten liegen. Die Wirkung beruht stets darauf, daß Leser die angebotenen Informationen aus eigenem Erleben bestätigen können.

★

Zu Beginn der siebziger Jahre veröffentlichte die Illustrierte *Quick* vertrauliche Papiere aus den Verhandlungen über die Ostverträge. Das waren gezielte Indiskretionen. Und die sorgten für erhebliche Irritationen in Moskau, Warschau und bei uns in der DDR. Wir überlegten daraufhin, wie wir künftig solche Entspannungstorpedos verhindern könnten.

Die Generalität kam auf eine Idee, die sonst bei Geheimdiensten verpönt ist. Der damalige *Quick*-Redaktionsdirektor Heinz van Nouhuys hatte in den fünfziger Jahren für das MfS gearbeitet. Bei uns hieß er „Nante". Seine Akten wurden aus dem Archiv geholt.

Es handelte sich um viele Bände mit Treffberichten und Informationen, die Nouhuys als Journalist im Westen abgeschöpft hatte. Über den Wert seiner Informationen konnte man sich natürlich streiten. Wir beschlossen, „Nante" zu enttarnen.

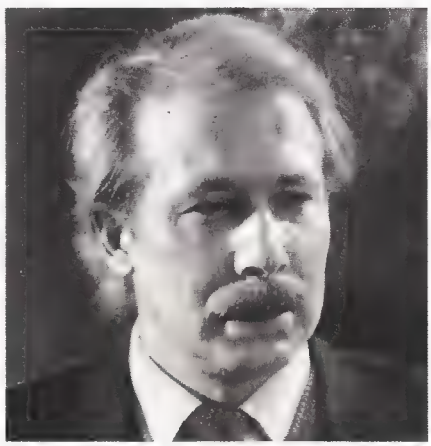
Die Unterlagen gaben auch Auskunft über seine Person und über seine zahlreichen damaligen Verbindungen. In den Akten fanden wir zudem Angaben über die Geldbeträge, die er von uns für seine Informationen bekommen hatte, einschließlich der teilweise mit Klarnamen abgezeichneten Quittungen.

Im Verlauf der Entlarvungsaktion des *Quick*-Redaktionsdirektors stellte sich heraus, daß Nouhuys beim Pullacher Bundesnachrichtendienst (BND) unter dem Decknamen „Handwerker" geführt wurde. Bei uns lief der Enttarnungsvorgang unter dem Begriff „Dschungel", den wir für Geheimdienstvorgänge hatten. Nouhuys wurde, wie früher schon, weiterhin „Nante" genannt.

Für die Enttarnungsaktion wählten wir das *Quick*-Konkurrenzblatt *Stern*, weil das politisch eine andere Richtung vertrat. Wir stellten einen Kontakt zum *Stern* her – Kodename „Pegasus". Damals recherchierte gerade *Stern*-Reporter Sepp Ebelseder in der DDR den Tod eines Geschäftsmannes, der auf einer Autobahn in der DDR unter angeblich mysteriösen Umständen tödlich verunglückt war. Ebelseder, der bei uns „Ebert" hieß, wurde nach Abschluß seiner Arbeit über das Außenministerium von uns angesprochen.

Er wurde gefragt, ob er nicht an einem wirklich spannenden Fall Interesse habe. So kam es zu einem direkten Kontakt zwischen uns und dem Journalisten. Ebelseder wurden von mir, Herbert Brehmer, Kopien der Akten über Nouhuys vorgelegt in der richtigen Annahme, daß der *Stern* auf eine solche Sensation

van Nouhuys, Limbach (1973)



Walde (1985)

Heidemann (1983)

Stasi-Zielpersonen: Aktionen „Dschungel" und „Pegasus"

sofort springen würde. Es gab mehrere Treffen allein in dieser Sache.

Tatsächlich brachte die Illustrierte im Oktober 1973 eine große Geschichte über den „Doppelagenten" Heinz van Nouhuys. Die Aktion hatte einen angemessenen Erfolg, Nouhuys verließ schließlich die *Quick*. Heute arbeitet Nouhuys, der gegen den *Stern*-Bericht geklagt hat und gegen die Illustrierte letztlich unterlegen ist, für das ostdeutsche Boulevardblatt *Super*.

Wir haben damals auch versucht, den Bonner Korrespondenten der *Quick*, Paul Limbach, zu belasten. Eine Agentin von uns pflegte als „Schwester Christa" Limbachs kranke Mutter und lebte mit ihm im gleichen Haus: Bonn, Wiesenweg 3. „Schwester Christa" hatte zahlreiche Informationen über Limbach zusammengetragen. Teile davon gingen auch an den *Stern*, aber die Aktion blieb wirkungslos.

Die Verbindung zum *Stern* lief über viele Jahre – von der Nouhuys-Enttarnung 1973 bis zu den sogenannten Hitler-Tagebüchern 1983. Ich habe den Kontakt zu den Journalisten gehalten.

Bundeskanzler Kiesinger*: „Stapelweise Dokumente . . .

. . . für linke Bedarfsträger": **Serge, Beate Klarsfeld**

Das erste Treffen fand 1973 mit dem Reporter Ebelseder im Ost-Berliner Hotel „Johannishof" statt. Ich stellte mich vor als „Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit, Buchner". Später kamen die Redakteure Rolf Gillhausen, Thomas Walde und Gerd Heidemann mit unterschiedlichen Wünschen zu mir. Geld ist bei diesen Kontakten nie geflossen.

Heidemann war Anfang der fünfziger Jahre, als er bereits gelegentlich für den *Stern* arbeitete, schon einmal an das MfS angebunden gewesen. Beispielsweise hatte er für uns 1953 bei den Weltjugendfestspielen in Bukarest fotografiert. Wir hatten da eine alte Akte, die ich einmal durchgesehen habe.

Walde hatte bei uns amtsintern den Decknamen „Kiefer". Heidemann nannten wir „Rose". Mit Walde habe ich mich so 12- bis 15mal getroffen. Das begann am Pfingstsamstag 1980 in Weißenfels, also zwischen Berlin und Erfurt, wo er Verwandte besuchen wollte, nach telefonischer Absprache. Wir haben uns im Freien unterhalten. Walde nannte das ein „Treffen auf der Parkbank".

Danach erschien an Waldes Stelle am 30. Juni 1980 Heidemann im Ost-Berliner „Palast-Hotel". Am 2. Juli 1980 kamen Walde und Heidemann, ebenso eine Woche später. Bei diesen Treffen war auch mein Kollege Peter Zabel anwesend. Da habe ich eine 28 Seiten starke Liste über Gliederung, Finanzierung und Postanschriften des Bundesnachrichtendienstes übergeben.

Woher die BND-Liste stammte, auf der auf jeder Seite 10 bis 15 Namen standen, weiß ich nicht. Ich gehe davon aus, daß wir die von drüben besorgt und unsere Leute dann entscheidende Namen herausgenommen haben, um unsere eigenen Quellen dort nicht zu gefährden.

Die Liste landete erwartungsgemäß in Bonner Ministerien und bei den Geheimdiensten. Dort löste sie die erhoffte Verunsicherung aus und säte Mißtrauen zwischen den verschiedenen Ämtern. Die beschäftigten sich wieder mit sich selbst, unser Ziel war erreicht.

Danach, am 27. August 1980, kam es zu einem erneuten Treffen mit Walde und Heidemann. Am 12. Dezember reiste Heidemann allein an. Da ging es nur noch um die sogenannten Hitler-Tagebücher. Das meiste über diese Geschichte hat Heidemann später selbst für ein Buch zu Protokoll gegeben**.

Daß wir in der Hitler-Geschichte jahrelang zugeschaut haben, den *Stern* in der DDR fast frei recherchieren ließen und sich die Legende so verfestigen konnte, war ein Fehler von uns. Wir waren damals aber auch gespannt, was der Heidemann alles rausbekommt.

Ich war zwischendurch natürlich auch daran interessiert, von den Journalisten der Illustrierten Erkenntnisse über die westdeutsche Seite zu gewinnen. Aber da schwieg Heidemann weitgehend, und auch Walde war ziemlich verschlossen. Walde sagte, wenn ich mal nach seinen Kontakten zum Verfassungsschutz oder zum BND fragte, er wäre doch nicht verrückt, uns etwas darüber zu erzählen.

★

Den *Berliner Extradienst*, der Ende der sechziger Jahre und auch noch in den Siebzigern als ein Zentralorgan der außerparlamentarischen Opposition galt, haben wir massiv gefördert. Dessen Gründer Carl Guggomos, Deckname „Gustav", der beim SPD-*Vorwärts* gearbeitet hatte, geriet alsbald redaktionell wie materiell in Nöte.

Über zahlreiche ohnehin vorhandene Ostkontakte lief Guggomos dann beim DDR-Verband der Journalisten und damit auch bei uns auf. Guggomos und sein *Extradienst* hätten ohne unsere redaktionellen Beiträge und ohne unser Geld gar nicht leben können.

* Nach einer Ohrfeige von Beate Klarsfeld am 7. November 1968 auf dem CDU-Parteitag in Berlin.

** Peter-Ferdinand Koch: „Der Fund. Die Skandale des Stern". Verlag Facta Oblita, Hamburg; 832 Seiten; 56 Mark.

Die Journalistin Beate Klarsfeld war regelmäßig Kontaktfrau einer legalisierten Außenstelle des MfS. Frau Klarsfeld hat das belastende Material gegen den damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger bei uns abgeholt, mit dem sie dann seit 1967 Kiesingers NS-Vergangenheit anprangerte. Auch ihr Mann Serge war mehrfach bei uns. Die beiden haben stapelweise Dokumente von uns bekommen.

Ich erinnere mich gut, daß die Frau ein sehr antiautoritär erzogenes Kind mitbrachte, das immer in den Hotels randaliert hat. Alle Kollegen waren froh, wenn die Klarsfeld wieder abgereist war. Solche linken Bedarfsträger haben bei uns reihenweise vorgesprochen und, wenn möglich, auch immer Material bekommen.

★

Die Beeinflussung politischer Entwicklungen und Tendenzen durch uns hatte auch eine internationale Dimension.

So haben wir beispielsweise auf den Dauerstreit zwischen den Nato-Staaten Griechenland und Türkei eingewirkt. Bei uns landeten regelmäßig die Fernschreiben zwischen den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik in Ankara und Athen sowie dem Bonner Außenministerium. In denen wurde laufend über die politische Lage berichtet. Durch geringfügige Verfälschung dieser Texte und Verbreitung der Neufassungen versuchten wir, die Konflikte zwischen der Türkei und Griechenland zuzuspitzen.

Zahlreiche Informationen über den griechisch-türkischen Raum erhielten wir auch vom bulgarischen Geheimdienst. Die wurden mit anderen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Erkenntnissen zu einem fiktiven Bericht eines erfundenen BND-Residenten mit dem Namen „Sokrates" verarbeitet und in griechische Regierungskreise lanciert.

Unser Ziel war, eine konspirative Zusammenarbeit zwischen dem BND und rechten griechischen Offizieren der damaligen Diktatur, der Junta, vorzutäuschen; auf diese Weise wollten wir Mißtrauen gegenüber der Bundesrepublik wecken.

Eine andere Aktion unter dem Kodenamen „Flanke" richtete sich gegen strategische und rüstungspolitische Bestrebungen der Nato unter besonderer Berücksichtigung der Nord- und Südflanken. Durch Veröffentlichungen gelang es uns immer wieder, kleine Nato-Staaten gegen die USA aufzubringen.

In Dänemark und Norwegen etwa wurden kritische Parlamentsfragen initiiert. In Belgien benutzte und verbreitete die Antikriegsbewegung unser Material.

Etliche Aktenbände füllten Expertisen, Buchmanuskripte und Presseartikel, die wir im Zuge einer Aktion „Vorwärts" erarbeitet hatten. In typischen Krisengebieten wie Nahost, Südafrika, Lateinamerika, im asiatischen Raum machten wir gegen die wirtschaftliche Vorherrschaft westlicher Industrieländer Stimmung. Das entsprechende Material wurde über die Stützpunkte des Ostens verbreitet, also über Angola, Äthiopien, Mosambik, Ghana, Guinea, die Volksrepublik Kongo und Simbabwe, aber auch über nicht paktgebundene Staaten wie Kuba, Indien und Jugoslawien.

Ein äußerst langwieriges Projekt war die Aktion „Trojanisches Pferd", mit der die schwedische Monarchie wegen ihrer früheren Zusammenarbeit mit den Nazis in Verruf gebracht werden sollte.

Zur Ausarbeitung stand uns ein Kenner der nordeuropäischen Geschichte und Politik zur Verfügung, der Hunderte von Akten des Zentralarchivs Potsdam ausgewertet hat – der Altkommunist Kurt Vieweg. Weil er am Nordeuropa-Institut in Greifswald als Professor lehrte, brauchte er nicht einmal eine Legende.

Er hat ein Buch für uns geschrieben und das Manuskript Mitte der siebziger Jahre vorgelegt. Zu spät. Die Meinung in der politischen Führung der DDR war umgeschlagen. Nun hieß es, eigentlich sei das schwedische Königshaus doch recht progressiv eingestellt und solle – im Interesse künftiger Kontakte – besser nicht mit unrühmlicher Vergangenheit belastet werden. Deswegen ist das von uns initiierte Werk nie erschienen.

Autor Vieweg, während der Nazi-Zeit als Antifaschist in Dänemark eingesperrt, 1957 als Revisionist aus der SED ausgeschlossen und abermals inhaftiert, hat trotzdem Zeitgeschichte mitgeprägt. Er war es, der in den siebziger Jahren zu ersten Sondierungsgesprächen mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, auf die Reise geschickt wurde und den Boden für Wehners Besuch 1973 bei Erich Honecker bereitet hat.

Wehner-Kontaktmann Vieweg
Aktion „Trojanisches Pferd"

Gesprächspartner Wehner, Honecker*
„Zeitgeschichte mitgeprägt"

* Bei ihrem Treffen am 31. Mai 1973 in der DDR.

★

Über Innenleben und Aktivitäten der westdeutschen Nachrichtendienste waren wir, jedenfalls punktuell, gut im Bilde, speziell über den Bundesnachrichtendienst in Pullach unter General a. D. Reinhard Gehlen, der von 1955 bis 1968 amtierte.

Wir besaßen beispielsweise Informationen über Waffenverkäufe des BND in den arabischen Raum. Eine kleine spezialisierte Arbeitsgruppe einer anderen Abteilung in der HVA hatte eine rund 1000 Seiten starke Übersicht erarbeitet. Darin waren die Lebenswege untergetauchter SS- und Geheimdienstleute nach 1945

Ex-Geheimdienstchef Gehlen (1975): Politisches und Privates von „Wanda"

aufgezeichnet, ihre Tarn- und Decknamen sowie ihre Aktivitäten in Wirtschaft, Politik und Spionage. Dieser Leute hat sich der BND bei seinen obskuren Geschäften bedient.

Auch die BND-internen „Hausmitteilungen" erhielten wir regelmäßig, zuvor übrigens abgezeichnet von unserem jetzt in München angeklagten Ex-Kollegen Generalmajor Harry Schütt, Leiter der HVA-Abteilung IX (Gegenspionage). Und wir verfügten auch über einen internen Verteiler, aus dem hervorging, welche Bundespolitiker vom BND bevorzugt informiert, nur oberflächlich informiert oder so gut wie gar nicht unterrichtet wurden.

Gehlen selbst war militanter Antikommunist. Sogar den Eurokommunismus begriff er nur als fünfte Kolonne Moskaus. So hatte er Mitte der sechziger Jahre in Italien Gespräche zwischen der SPD und der italienischen KP abhören lassen, die der Vorbereitung von Kontakten zwischen SPD und SED dienen sollten.

Von Gehlens Grundeinstellung und Denkweise erfuhren wir einiges über seine Tochter Katharina. Sie studierte in Portugal und lernte dort eine gleichaltrige Studienkollegin kennen, die bei uns angebunden war.

Diese Freundin, Deckname „Wanda", verkehrte in den Ferien und aus etlichen anderen Anlässen im Hause Gehlens am Starnberger See und hat dann Technik benutzt – Mikrofon am Körper oder auch wo rangeklebt. Jedenfalls wurden Privatgespräche daheim und beim Segeln aufgezeichnet, in denen natürlich auch Politik eine Rolle spielte. Gehlens Abneigung gegenüber den USA beispielsweise war nicht zu überhören.

Diese Aktion hat sich immerhin über einige Jahre hingezogen. So lernten wir die ganze Gehlen-Verwandtschaft kennen, die ja auch von den SPIEGEL-Redakteuren Heinz Höhne und Hermann Zolling in ihrer Serie „Pullach intern" 1971 beschrieben worden ist.

1967 wurde entschieden, unsere Abteilung X, später dort speziell das Referat 5, solle die bundesdeutschen Geheimdienste gezielter angehen. So eröffneten wir den Objektvorgang „Dschungel" XV/2139/67. Er betraf die bundesdeutschen Dienste insgesamt und war der übergeordnete Deckname für alle Maßnahmen gegen sie.

Ganz oben auf dem Index aber stand wiederum der damals bereits 65jährige Gehlen, mit dessen Pensionierung der BND zwangsläufig ins Schleudern geraten mußte. Die meisten der leitenden Mitarbeiter im BND waren Gehlens Weggefährten aus der Wehrmacht, oder sie kamen aus der Abwehr-Abteilung in Hitlers Reichskriegsministerium unter Admiral Wilhelm Canaris. Mit der Reformierung des Dienstes durch einen neuen Chef schienen Konflikte unvermeidbar. Die wollten wir nutzen.

Nach Gehlens Abgang Ende April 1968 reagierten wir sofort mit Informationen an vermutlich interessierte Adressaten mit unterschiedlichem politischen Standort. Die meisten waren offensichtlich froh, qualifizierte Ausarbeitungen über die Zustände im BND auf den Tisch zu bekommen, und fragten nicht lange und laut nach dem Absender.

Wir argumentierten „um die Ecke", kritisierten die Reformpolitik der Sozialdemokraten und die lasche Haltung des neuen BND-Präsidenten Gerhard Wessel. Der habe sich zu schnell angepaßt und es sogar hingenommen, daß der ehemalige Geschäftsführer der SPD in Hamburg, Dieter Blötz, Vizepräsident wurde. Wir bezeichneten Wessel als Versager und zogen Analogien zur Entmachtung des Canaris-Dienstes unter Hitler.

Die Aufmerksamkeit für die Infos erhöhte sich schlagartig durch eine aufsehenerregende Selbstmord-Serie im Herbst 1968.

Am 8. Oktober, gut fünf Monate nach Wessels Amtsantritt, erschoß sich General Horst Wendland in seinem Dienstzimmer. Nur drei Stunden später tötete sich der Flottillen-Admiral Hermann Lüdke in der Eifel mit einem Jagdgewehr. Die Ermittlungen ergaben, daß er heimlich Nato-Dokumente fotografiert hatte.

Am 15. Oktober erhängte sich Regierungsdirektor Hans-Heinrich Schenk aus dem Bundes-

SPIEGEL-Titel 11/1971, 12/1984: „Wir argumentierten um die Ecke"

wirtschaftsministerium. Und am 18. Oktober wurde die Leiche des Oberstleutnants Johannes Grimm vom Führungsstab der Bundeswehr gefunden. Auch ein türkischer Militär bei der Nato beging Selbstmord. Alles reiner Zufall?

Natürlich kam die Version auf, daß diese Leute Spione des Ostens gewesen seien. Dagegen machten wir massiv Front, weil es nicht stimmte. In unseren Analysen stellten wir deutlich den Verdacht heraus, daß die Männer für die amerikanische CIA beziehungsweise für einen anderen westlichen oder den israelischen Geheimdienst Mossad gearbeitet hätten.

Lüdke jedenfalls, von dem bis heute offiziell niemand wissen will, wem er gedient hat, war offensichtlich beim französischen Geheimdienst angesiedelt. Für ihn sollen insgeheim Honorare auf eine französische Bank überwiesen worden sein.

Mit solchen Informationen versorgten wir auch den dann gebildeten parlamentarischen Untersuchungsausschuß, in dem alle Bundestagsparteien wohl nur das Interesse verfolgten, die Hintergründe der Affären möglichst ohne Presserummel zu bewältigen. Unsere Materialien haben die Herren wahrscheinlich darin noch bestärkt.

Weil Israel verständlicherweise seit jeher empfindlich auf bundesdeutsche Waffengeschäfte mit Arabern reagierte, haben wir 1969 eine Operation in Italien eingefädelt, um israelisches Mißtrauen gegen Bonn zu verschärfen. Wir täuschten in Mailand die Flucht eines deutschen Agenten vor, der im BND für die Israelis spioniert habe.

Unser Mann erhielt von uns vorbereitete geheime Dokumente aus dem BND und der Bundeswehrführung über Waffengeschäfte. Er mietete sich in einem exklusiven Hotel in Mailand ein und benahm sich betont auffällig konspirativ. Er führte zahlreiche Telefonate, nach Frankfurt am Main und mit Pullach beispielsweise, um beim Hotelpersonal in Erinnerung zu bleiben.

Danach verließ er fluchtartig das Hotel und hinterließ in seinem unaufgeräumten Zimmer die von uns gefertigten Papiere. Auch seine Schreibmaschine blieb zurück. Die italienischen Sicherheitsbeamten beschlagnahmten das gesamte Material und registrierten aufmerksam auch die Spuren dafür, daß der Agent im Badezimmer Papiere vernichtet hatte.

In ihrem Bericht hieß es, der Mann sei nach einem Anruf sehr nervös Hals über Kopf aus dem Hotel getürmt und seither nicht mehr gesehen worden. Wir rechneten damit, daß die italienischen Sicherheitsbehörden den BND unterrichten würden und daß auch der israelische Geheimdienst Wind von der Sache bekäme. Die Aktion hat tatsächlich, wie wir feststellen konnten, lange Zeit in unserem Sinne nachgewirkt.

Bunte

„Diese Dinger kosten zwar Milliarden, aber dafür bieten sie halt absolute Sicherheit!"

Üblicherweise haben wir unsere Papiere bei Treffs in der Bundesrepublik und Westeuropa an den Mann gebracht. Sie wurden auch anonym verschiedenen deutschsprachigen Presseorganen und Politikern zugeschickt, von denen wir wußten, daß sie sich mit Geheimdiensten beschäftigten. Am liebsten hätten wir ja auch den SPIEGEL regelmäßig bedacht. Aber dort wären unsere Produkte wohl kaum ohne gründliche Prüfung verwertet worden, und womöglich wären wir noch aufgeflogen.

Ende

Kriminalität

Regelmäßig abgeschmiert

Jugoslawische Banden, die mit dem betrügerischen Hütchenspiel Passanten ausnehmen, liefern sich blutige Fehden um ihre Reviere.

Diesmal war die Frankfurter Gang am Zug. Drei Jugoslawen vom Main stürmten die Kneipe „Zum Troll" im Berliner Bezirk Kreuzberg. Einer hielt mit einer Pistole die Gäste in Schach, die beiden Komplizen droschen mit Eisenstangen auf ihren 18 Jahre alten Landsmann Gajur ein und zerschmetterten ihm die Schädeldecke.

Der Jugendliche wurde, Ende Juni, Opfer eines Vergeltungsschlages. Im März dieses Jahres war Gajur dabeigewesen, als eine Berliner Jugoslawen-Clique am hellichten Tage auf dem Kurfürstendamm mit Messern auf angereiste Rivalen aus dem Frankfurter Bahnhofsviertel losging und einem von ihnen dreimal in den Bauch stach.

Und am Donnerstag voriger Woche, kurz nach Mitternacht, verbluteten vor einem Peep-Show-Lokal in Frankfurt zwei Kosovo-Albaner. Auf sie waren ein halbes Dutzend Pistolenschüsse aus einem vorbeifahrenden VW Golf abgefeuert worden. Drei weitere Männer, Angehörige einer 15köpfigen Jugoslawen-Gruppe, und ein zufällig vorbeilaufender Chinese wurden schwer verletzt.

Die brutalen Kämpfe zwischen den jugoslawischen Banden – auf der einen Seite der Berliner Trupp mazedonischer Herkunft, auf der anderen die Frankfurter Horde aus der Provinz Kosovo – haben einen Hintergrund, der frei von politischen Motiven ist und harmlos klingt: Es geht ums Hütchenspielen.

Als vergnüglicher Zeitvertreib hat das Spiel eine lange Tradition. Schon im Mittelalter unterhielten fingerfertige Gaukler damit Neugierige auf Märkten und am Hofe.

Die Regeln sind bis heute gleich geblieben. Der Veranstalter stülpt einen von drei Fingerhüten – neuerdings auch Streichholzschachteln oder Flaschenverschlüsse – über eine Erbse oder eine Stanniolkugel und schiebt die Behältnisse verwirrend schnell hin und her. Der Spieler muß am Ende auf das Hütchen zeigen, unter dem er das Kügelchen vermutet. Tippt er richtig, kassiert er das Doppelte seines Einsatzes. Liegt er daneben, ist das Setzgeld weg.

Aus der Volksbelustigung ist ein lukrativer Erwerbszweig für brutal operierende jugoslawische Banden geworden, die einen erbitterten Krieg um die günstigsten Standorte im vereinigten

Hütchenspieler in Leipzig: „Schnelle Schiebe- und Wechselakte"

Deutschland führen. Da sind, klagt der Berliner Polizeihauptkommissar Peter Glaser, „keine freischaffenden Künstler am Werk, die sind alle straff organisiert".

Die Bosse des einträglichen Gewerbes schicken meist Dreier-Teams los, die auf dem Balkan für ihre Einsätze geschult wurden. Der Straßen-Croupier muß gelernt haben, die Kugel unter dem Hütchen schnell verschwinden zu lassen, wenn der Spieler richtig gedeutet hat.

Zur Seite steht ihm nach Kripo-Erkenntnissen ein Lockvogel, der anfangs gewinnt, so den Passanten Vertrauen einflößt und ihre Spiellust weckt. Außerdem muß er den Wettenden notfalls ablenken, damit der Hütchenspieler bei einem Treffer die Kugel noch rechtzeitig entfernen kann. Ein Dritter steht Schmiere, um Polizeikontrollen oder anrückende Rollkommandos konkurrierender Unternehmer zu melden.

Die Gaunerkolonnen suchen und finden ihre Kundschaft in den Amüsier- und Einkaufszentren westdeutscher Großstädte. Mittlerweile nehmen sie aber auch, vor dem Leipziger Hauptbahnhof etwa, gutgläubige Ossis aus.

Beliebte Standorte der Straßenzocker sind Gebrauchtwagenmärkte sowie „alle Plätze", so der Frankfurter Kriminaloberrat Klaus Rudolph, „wo Leute mit viel Bargeld in der Tasche rumlaufen". Ein 51jähriger Familienvater aus dem oberhessischen Schwalm-Eder-Kreis beispielsweise ließ sich in Frankfurt insgesamt 10 200 Mark abluchsen, die er für eine Wohnungseinrichtung für seinen Sohn hatte ausgeben wollen.

Wer gegen betrügerische Manipulationen aufmuckt oder nur seinen Einsatz zurückzieht, muß damit rechnen, schwer mißhandelt zu werden. Im Frankfurter Bahnhofsviertel hielt Mitte Juni ein milieukundiger Taxifahrer seinen Fahrgast in letzter Sekunde davon ab, sich auf ein Spielchen einzulassen. Die drei jugoslawischen Veranstalter schlugen beide nieder und zogen dem Fremden sodann 2000 Mark aus der Tasche.

Rabiat geht es vor allem in der Berliner Hütchen-Szene zu. Ein kräftiger Grieche stellte in der Budapester Straße seinen Fuß auf die Streichholzschachtel, unter der er das Kügelchen vermutete, und wollte zehn Hunderter setzen – da traf ihn von hinten ein Schlag auf den Kopf.

Anfang Mai lieferten sich auf dem Breitscheidplatz mit Messern und Morgensternen bewaffnete Jugoslawen und Araber eine Straßenschlacht. Der Anlaß: Ein 14jähriger Araberjunge fühlte sich von einem Hütchenspieler betrogen, wollte sein Geld wiederhaben und wurde kurzerhand von einem Jugoslawen niedergestochen. In Berlin zählt die Kripo mittlerweile rund 300 Straßenzocker, vor denen sie über Lautsprecher und per Handzettel warnt.

Das Räuberspiel mit den Hütchen und die eskalierende Gewalt drumherum werden durch eine unsichere Rechtslage begünstigt. Verfolgt kann gemäß Paragraph 284 des Strafgesetzbuches nur werden, wer ohne behördliche Erlaubnis öffentlich ein Glücksspiel betreibt. Wird ein Spiel dagegen durch reine Geschicklichkeit der Teilnehmer entschieden, kann es frei angeboten werden.

Zum Hütchenspiel hat der Bundesgerichtshof (BGH) im Januar 1989 ein verblüffendes Urteil gefällt: Es könne sowohl auf Glück als auch auf Geschicklichkeit basieren. Um ihre Es-kommt-drauf-an-Entscheidung zu begründen,

Phone Center - Partner für Sie.

W-1000 Berlin 27, Spernau Büro-Markt, Wittestr. 16–18 · **O-1099** Berlin, Kaste Computer Software GmbH, Oranienburger Str. 39 · **W-2000** Hamburg 26, Weis Büro- u. Informationstechnik, Ausschläger Weg 68 · **W-2000** Hamburg 70, Kaste Computer Software GmbH, Wandsbeker Zollstr. 98 · **W-2120** Lüneburg, Sannemann Bürotechnik GmbH, Am Springintgut 26 · **W-2160** Stade, Bergau GmbH, Neue Str. 3–5 · **W-2300** Kiel 1, Hugo Hamann Bürofachgeschäft, Holtenauer Str. 10–12 · **W-2352** Brügge, Delfs Büromaschinen, Birkenweg 15 · **O-2500** Rostock, Hanseatic Computer GmbH, Rosa-Luxemburg-Straße 8, Kaste u. Hameister GmbH, Grubenstraße 19–23 · **W-2800** Bremen 1, Perfeks Software GmbH, Alter Postweg 173 C/D · **O-2830** Boizenburg, Ressel Büromaschinen, Klara-Zetkin-Str. 10 · **O-3014** Magdeburg, OKM Büroorganisation GmbH, Leipziger Str. 63 · **O-3018** Magdeburg, FANDREY-Büroorganisation, Ankerstraße 10 · **O-3250** Staßfurt, Staßfurter Bürocenter, Lange Str. 1 · **O-3270** Burg bei Magdeburg, Pierre Kubin GmbH & Co. KG, Jacobistr. 16 · **W-3330** Helmstedt, AEG Olympia Bürosysteme Gerd Waldau, Magdeburger Str. 8a · **W-4050** Mönchengladbach, Vitz GmbH, Mühlenstraße 19 · **W-4190** Kleve, Derksen Büroorganisation GmbH, Stechbahn 5 · **W-4400** Münster, IBS Isfort GmbH & Co. KG, Schuckertstraße 23 · **W-4690** Herne 2, Lucke GmbH, Gelsenkircher Str. 15 · **W-4970** Bad Oeynhausen, Hanke Büro-Service, Weserstraße 8 · **O-5020** Erfurt, Büro Modern, Meyferthstr. 10 · **W-5160** Düren, Stolz Büromaschinen Vertriebs GmbH, Aachener Str. 48 u. 21 · **O-5320** Apolda, Dietrich Vock, Schulbergstr. 26 · **W-5350** Euskirchen, Weimbs Computer + Datentechnik Vertr. GmbH, Kommerner Str. 21 · **W-5400** Koblenz, H. Alex Büroorganisation, Emil-Schüller-Str. 2 · **W-5500** Trier, Molter Bürosysteme, Lindenstraße 8 · **W-5900** Siegen 1, OBS Büromaschinen, Spandauer Str. 32–34 · **W-6000** Frankfurt/M. 1, Zwilling GmbH, Danziger Platz 2–4 · **W-6100** Darmstadt, Büromaschinen Hauptfleisch GmbH, Adelungstr. 32 · **W-6250** Limburg, Müller & Höhler GmbH & Co. KG, Industriegebiet · **W-6370** Oberursel, Peschel & Dunger, Holzweg 9a · **W-6374** Steinbach/Ts., NEDO Bürotechnik, Feldbergstr. 75 · **W-6720** Speyer, Theile Büromaschinen, Gilgenstr. 4 · **W-6800** Mannheim 1, Sommer Büromaschinen, Friedrichsring 40 · **W-6930** Eberbach, Schenk, Bahnhofstr. 40 · **W-7000** Stuttgart 1, Wolber GmbH, Tübinger Str. 77 · **W-7030** Böblingen, Zeile büro actuell, Sindelfinger Str. 3 · **W-7300** Esslingen/Neckar, Baier Bürotechnik, Plochinger Str. 7 · **W-7320** Göppingen, Schmidt Funktechnik, Heilbronner Str. 25 · **W-7410** Reutlingen, Haug Bürotechnik, Kanzleistr. 14 · **O-7500** Cottbus, AEG Olympia System-Center Bürodata Cottbus, Lieberosastr. 12 · **W-7800** Freiburg, Bürohaus Schemmer, Stefan-Meier-Str. 30 · **W-8000** München, Kaut-Bullinger & Co. GmbH, Nockherstr. 2 und Rosenstr. 5 · **O-8020** Dresden, Kleinert Büromaschinen, Münzteichweg 29 · **O-8021** Dresden, Alm Bürotechnik, Papsdorfer Str. 9 · **W-8090** Wasserburg am Inn, Ferdinand Schwenk, Tegernau 15 · **W-8300** Ergolding, Sneganas Büromaschinen, Landshuter Str. 64 · **W-8346** Simbach, Neuburger Bürotechnik, Münchner Str. 16 · **W-8360** Deggendorf, Jarkovsky Büroorganisation GmbH, Weidenstr. 2 · **W-8420** Kelheim/Abensberg, Hirsch Bürotechnik u. Computer-Center GmbH · **W-8440** Straubing, A & P Gebrüder Steuer OHG, Kolbstr. 12 · **W-8490** Cham, A & P Gebrüder Steuer OHG, Auf der Schanze 4 · **W-8580** Bayreuth, Bürohaus Pegnitz GmbH, Karl-Schiller-Str. 8 · **W-8590** Marktredwitz, Josef Greulich Betriebs-GmbH, Thölauer Str. 11 · **W-8670** Hof, Hauptmann Bürotechnik, Wörthstr. 17 · **W-8700** Würzburg, Hofmann J.A. Nachfolger, Alfred-Nobel-Str. 8 · **W-8730** Bad Kissingen, Langer Bürocenter GmbH, Ludwigstr. 17 · **W-8750** Aschaffenburg, Copy Tip GmbH & Co. KG, Deschstr. 3 · **W-8940** Memmingen/Allgäu, Rothermel Büroorganisation, Kramerstraße 4–6 · **O-9900** Plauen i. Vogtl., Orlamünder & Kunad Bürocenter, August-Bebel-Straße 83.

DIE NEUE

VERSTÄNDIGUNG

Die neue Freiheit – von Telefon bis Telefax – gibt Ihnen mehr Lebensqualität. AEG Olympia bietet hierzu Geräte in hervorragendem Design und technischer Perfektion.

Phone Center.
Mehr Spaß am Telefonieren.

Im Phone Center – eingerichtet von AEG Olympia, dem Komplettanbieter für Bürokommunikation, und seinen kompetenten Fachhändlern – erhalten Sie höchste Qualität. Ein durchdachtes Angebot von Kompakt-, Komfort- und schnurlosen Telefonen, Telefonanlagen und -zubehör, Anrufbeantwortern, Telefaxgeräten und Cityrufempfängern.

Wir bieten Ihnen ein umfangreiches und differenziertes Programm „rund ums Telefon". Sie haben die Wahl: Sprechen Sie mit Ihrem Fachhändler oder rufen Sie 01 30/78 00.

AEG
OLYMPIA

DAMM

haben die Karlsruher Richter eine juristische Verrenkung vollführt.

Die Geschicklichkeit sei maßgebend, wägten sie ab, wenn die Hütchen „relativ langsam bewegt werden“ und „an die Konzentrations- und Merkfähigkeit des Mitspielers erfüllbare Anforderungen gestellt werden“. Nehme aber ein „über besondere Fingerfertigkeit verfügender Veranstalter“ die „Schiebe- und Wechselakte derart schnell“ vor, daß „ein durchschnittlicher Mitspieler“ die Positionen der Kugel nur noch raten könne, dann könne es sich um Glücksspiel handeln.

Der richtigen Einordnung – Geschick oder Glück – seien, erläuterte der BGH, „die Spielverhältnisse zugrundezulegen, unter denen das Spiel eröffnet ist und gewöhnlich betrieben wird“.

Das Orakel aus Karlsruhe stellt die Fahnder nun vor die schier unlösbare Aufgabe, in jedem einzelnen Fall den Beweis zu führen, daß ein Hütchenspieler mit den Fingern zu flink ist. Das Urteil, klagen Polizeipraktiker wie der Frankfurter Kriminalrat Karl-Heinz Reinstädt, führe dazu, daß Strafverfahren gegen die Gaukler wegen verbotenen Glücksspiels „regelmäßig abgeschmiert werden“.

Um die Zocker-Szene zumindest ein wenig zu verunsichern, weichen die Ermittler auf mäßig einschneidende Sanktionen aus. Sie melden festgenommene Profispieler vom Balkan den Ordnungsbehörden, die wegen unbefugter Straßennutzung Bußgelder verhängen und die sichergestellten Gewinne einziehen.

Um den Zockerbanden ihr Handwerk zu legen, fordern Politiker bereits eine Strafrechtsänderung. Der Berlin-Charlottenburger Wirtschaftsstadtrat Helmut Heinrich etwa kämpft dafür, auch öffentlich betriebene Geschicklichkeitsspiele wie das Hütchenschieben unter Strafe zu stellen.

Der Christdemokrat sieht darin auch eine soziale Verpflichtung des Gesetzgebers. Denn der Staat, mahnt Heinrich, habe eine Schutzfunktion gerade auch „für die Dümmeren, die sich auf solche Spielchen einlassen“.

Rechtsextremisten

Große Schlacht

Die Allianz hat der Deutschen Allianz verbieten lassen, sich Allianz zu nennen.

Wolfgang Heilmann, 44, sah sich zu Anfang des Golfkrieges irrtümlich zum Sympathisanten des Irakers Saddam Hussein ernannt.

In Kölner Lokalblättern stand zu lesen: „Mitglieder der ‚Allianz‘ fordern: Bagdad soll Partnerstadt von Köln werden.“ Heilmann, Sprecher der Allianz-Versicherung, dementierte sofort: „Natürlich stammt der Blödsinn nicht aus unserem Haus.“

Den Blödsinn hatte die rechtsextreme Deutsche Allianz (DA) verzapft. Der Verein, Mitte Januar in München gegründet, hat sich vorgenommen, die zersplitterte Rechte zu sammeln und zu neuen Wahlerfolgen zu führen.

Daraus wurde bislang nichts: Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz vor drei Monaten konnte eine Gruppierung der DA gerade 4889 Wähler (0,2 Prozent) hinter sich versammeln – „vorwiegend Leute, die alles wählen, was rechts ist“, so der Vereins-Vorsitzende Harald Neubauer, 39.

Daß es die Deutsche Allianz auch in Zukunft nicht leicht haben wird, dafür hat jetzt der finanzkräftige Namensvetter, die Allianz Versicherungs-AG, gesorgt. Der Versicherungsriese klagte auf Unterlassung der Namensführung „Allianz“ und setzte als Streitwert fünf Millionen Mark an.

Schließlich gehe es nicht an, so die Rechtsabteilung des Konzerns, daß die Kundschaft Forderungen der rechtsextremen Truppe mit „unserer Gesellschaft in Verbindung“ bringe. Die DA konterte: „Sollte sich jemand bei uns versichern wollen – was bisher noch nicht vorgekommen ist –, werden wir ihn gerne an Sie verweisen.“

Vereinschef Neubauer
„Ab da gibt's Wahlkampfkosten“

In erster Instanz lehnte das Kölner Landgericht den Antrag des Konzerns ab, Begründung: Die beiden Allianzen arbeiteten in völlig verschiedenen Bereichen, eine Verwechslung sei auszuschließen. Doch die Versicherer klagten sich mit Erfolg durch. Anfang letzter Woche tauften sich die Rechtsausleger um: Vom vollständigen Titel „Deutsche Allianz – Vereinigte Rechte“ bleibt nur der Nachsatz übrig.

Damit gibt die jetzige Vereinigte Rechte, die sich vorwiegend aus abtrünnigen Republikanern und NPD-Leuten rekrutiert, ihren werbewirksamsten Joker aus der Hand. Noch im Frühjahr hatte der Kölner Vereins-Chef Markus Beisicht, 27, frohlockt, die „große Schlacht“ mit dem Versicherungskonzern werde „nette Publicity bringen“.

Damit sei es wohl jetzt aus, sagt Neubauer, früher NPD-Funktionär und dann Zögling des Republikaner-Chefs Franz Schönhuber. Nun will er einen werbewirksamen Namen für seine 1200 Mitglieder schwache Organisation finden – „Vereinigte Rechte“, das sei schließlich „nicht der Weisheit letzter Schluß“. Neubauers jüngster Gedankenblitz: „Demokratische Rechte“.

Offizieller Tauftermin ist der 3. Oktober. „Am Wiedervereinigungstag“, so Neubauer, soll der Verein in eine Partei umgewandelt werden. Ihr Wahl-Debüt plant die Mini-Gruppe nächstes Frühjahr in Baden-Württemberg – mit Abtrünnigen der NPD und der Republikaner auf der Landesliste. Ziel sei es, die Ein-Prozent-Hürde zu überwinden, Neubauer: „Ab da gibt's Wahlkampfkostenerstattung vom Land.“

Mord-Tatort in Frankfurt: „Die sind alle straff organisiert“

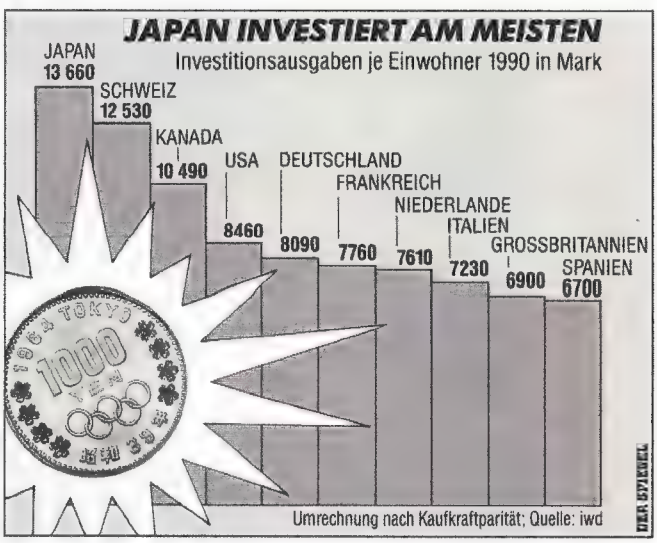
Grüner Punkt: ein Superkartell?

Umweltminister Klaus Töpfer bekommt mit seinem Paradeplan zur Entsorgung von Verpackungen Ärger mit den Kartellämtern. Das Bundeskartellamt in Berlin und die Brüsseler EG-Behörde argwöhnen in der bereits gegründeten Duales System Deutschland GmbH (DSD) ein Superkartell. Rund 400 Verpackungshersteller, Konsumgüter-Firmen und Handelskonzerne haben sich in der DSD zusammengeschlossen, um gemeinsam den Verpackungsmüll zu verringern. Wer mitmacht, bekommt auf seine Produkte und für die Werbung den eigens dafür kreierten „Grünen Punkt" verliehen. Die deutsche Wettbewerbsbehörde befürchtet, daß Firmen mit eigenen Entsorgungskonzepten – beispielsweise mit eßbaren Materialien – ausgeschlossen werden. Außerdem behindere DSD den Wettbewerb um neue Entsorgungstechniken. Brüssel will den rein deutschen Müll-Verbund verbieten, weil er ausländische Hersteller ohne „Grünen Punkt" diskriminiere. Sie hätten keine Chance, in die Regale deutscher Händler zu kommen.

Telekom-Werbung

Rohrpost-Klage gegen Telekom

Die Post-Tochter Telekom muß sich womöglich schon bald einen neuen Namen einfallen lassen. Bis vor kurzem firmierte der Fernmeldeableger der Bundespost unter „Deutschlands Kommunikationsgesellschaft Telekom". Auf den ersten Namensbestandteil, mit dem sie gern wirbt, muß die Telekom neuerdings verzichten. Ein Mönchengladbacher Mittelständler hatte dem Monopolbetrieb kürzlich vorgeworfen, er erwecke den irreführenden Eindruck, nur er biete Kommunikationsdienste in der Bundesrepublik an. Die Post-Tochter verpflichtete sich daraufhin, den Zusatz „Deutschlands Kommunikationsgesellschaft" künftig nicht mehr zu verwenden. Nun droht der Fernmeldefirma auch noch der Verlust der Bezeichnung „Telekom". Ende September entscheidet das Landgericht Düsseldorf über die Klage eines Düsseldorfer Rohrpostherstellers gleichen Namens. Die Firma besitzt ältere Rechte an dem postmodernen Kürzel und will die Post-Tochter zwingen, ihren Titel zu ändern.



Investitionen in neue Fabriken, Anlagen und Maschinen sind der Wohlstandsmotor einer Nation. So investierte die westdeutsche Wirtschaft 1990 soviel wie seit zehn Jahren nicht mehr – die Konjunktur läuft jetzt auf Hochtouren. Doch gemessen an den Ausgaben je Kopf der Bevölkerung erreichte die Bundesrepublik nur einen guten Mittelplatz.

Warenbörse in Chicago

Handel mit der Ware Umwelt

Sojabohnen, Kakao oder auch Schweinehälften zählten bislang zu den gängigen Erzeugnissen, die an den internationalen Warenbörsen gehandelt werden. An der größten Warenbörse der Welt, dem Chicago Board of Trade, haben findige Händler nun ein ganz neues Gut entdeckt: staatlich verbriefte Rechte, die Umwelt in einem bestimmten Ausmaß verschmutzen zu dürfen. Die Methode ist einfach: Washingtons Umweltbehörde vergibt beispielsweise an die Stromerzeuger des Landes die Erlaubnis, eine genau festgelegte Menge des Umweltgifts Schwefeldioxid ausstoßen zu dürfen. Energieproduzenten, die ihr Limit nicht ausschöpfen – etwa weil sie kostspielige Umweltinvestitionen vornehmen –, können nun mit ihrer restlichen Giftstoff-Lizenz an der Börse handeln. Die Zustimmung der US-Regierung zu solchen Deals gilt als sicher. Immerhin würde auf diese Weise ein marktwirtschaftliches Element wirksam: Der „Verbrauch" von Umwelt bekommt einen Preis.

Service bringt Devisen

Der Export von Dienstleistungen gewinnt für die Industriestaaten eine immer größere Bedeutung. Der Austausch von Dienstleistungen – beispielsweise im Reiseverkehr, im Banken- und Versicherungsgeschäft oder bei Lizenzvergaben – ist weltweit schon nahezu halb so groß wie der klassische Warenhandel. Im vergangenen Jahrzehnt wuchs der internationale Dienstleistungsaustausch mit jährlich knapp elf Prozent gut doppelt so schnell wie die Güterausfuhr. Die USA standen 1990 an der Spitze: Sie exportierten Dienstleistungen im Wert von 258 Milliarden Dollar; Deutschland lag weit abgeschlagen hinter Großbritannien (201 Milliarden) und Japan (168 Milliarden) gemeinsam mit Frankreich auf Platz vier (jeweils 117 Milliarden) der Weltrangliste.

„Die haben das Chaos im Kopf“

Staatsanwälte und Steuerfahnder wurden aktiv: Die Affäre um zweifelhafte Wertpapiergeschäfte in Frankfurt wird zu einem Finanzkrimi. Ein ganzer Ring von Börsenhändlern und Maklern soll gegen die Spielregeln des seriösen Wertpapierhandels verstoßen haben. Die Kontrollen sind zu lasch, ein wirksames Gesetz gibt es nicht.

Das Geschäft an der Frankfurter Börse hatte am Donnerstag vergangener Woche gerade begonnen, als fünf Steuerfahnder Einlaß forderten. Die Beamten gingen allerdings diskret vor – niemand im Saal merkte, daß jemand abgeführt wurde.

Ein Fahnder meldete sich bei Rüdiger von Rosen, dem Chef der Frankfurter Börse, und schilderte sein Anliegen. Von Rosen ging in den Börsensaal, nahm einen Angestellten der Maklerfirma Spütz & Partner beiseite und schlenderte mit ihm zum Ausgang.

Dort warteten die Fahnder: Sie hatten einige dringende Fragen, die Wertpapiergeschäfte und Konten des Börsianers betrafen.

Der Mann von Spütz & Partner war nicht der einzige, um den sich in der vergangenen Woche Staatsanwaltschaft und Steuerfahndung kümmerten. Zwei Tage zuvor war Georg Carl, der Chef des Optionsscheinhandels bei der Commerzbank, aus der Börsensitzung geholt worden.

Es knisterte seit Monaten am Bankenplatz Frankfurt, und nun hat es gekracht. Der Frankfurter Oberstaatsanwalt Hubert Hardt ermittelt gegen 25 Personen, die sich mit zumindest zweifelhaften Geschäften bereichert haben sollen. „Einen Fall dieser Dimension“, sagt Hardt, „hat es an der Börse noch nicht gegeben.“

Wenn auch nur ein Teil dessen stimmt, was ein anonymer Denunziant den Staatsanwälten zu berichten weiß, dann sind an der Frankfurter Börse Zocker am Werk, die ihren beruflich begründeten Informationsvorsprung für die private Vermögensbildung nutzen. Ein ganzer Ring von Börsianern – Händler angesehener Banken und Wertpapiermakler insbesondere – hat offenbar gegen die Spielregeln des seriösen Börsenhandels verstoßen.

Erst waren es nur Gerüchte, dann prüften einzelne Banken die Geschäftspraktiken ihrer Händler, einer wurde schon gefeuert. Nun wird ein Finanzkrimi draus, der den Banken peinlich ist, eine Affäre, die schließlich zu der Frage drängt: Ist denn wirklich an den deutschen Börsen alles bestens geregelt?

Honorige Herren sind wegen verbotener Insider-Geschäfte unter Verdacht geraten. Der anonyme Informant der Staatsanwaltschaft beschuldigt insbesondere leitende Mitarbeiter der Deutschen Bank – darunter auch Vorstandsmitglied Rolf Breuer und den Chef der Börsenabteilung, Barthold von Ribbentrop –, sich an unerlaubten Insider-Geschäften beteiligt zu haben. Aber auch Händler und Manager von Morgan Stanley oder der Commerzbank sowie etliche Makler werden in dem Schreiben an die Staatsanwälte aufgezählt.

Im vergangenen Monat war, durch eine anonyme Anzeige, bereits Friedhelm Busch, Moderator der „Telebörse“ von

Börsensaal in Frankfurt: „Einen Fall dieser Dimension hat es noch nicht

„Telebörse"-Moderator Busch, Gesprächspartner*: Vorwürfe vom Anonymus

gegeben"

Optionsscheine

sind an die Ausgabe von Anleihen gekoppelt, können aber unabhängig von der Anleihe über die Börse gehandelt werden. Optionsscheine geben dem Inhaber das Recht, eine bestimmte Zahl von Aktien jenes Unternehmens, das die Optionsanleihe ausgegeben hat, während der Laufzeit der Anleihe zu einem festgesetzten Preis zu erwerben. Beim Bayer-Optionsschein von 1985 etwa kann dessen Inhaber bis 1995 die Auslieferung einer Bayer-Aktie zum Kurs von 168 Mark verlangen.

Steigt der Kurs der Aktien, die mit dem Optionsschein zum Fixpreis gekauft werden können, wird der Optionsschein attraktiver. Sein Kurs steigt ebenfalls. Da der Optionsschein billiger als die Aktie ist, sind bei steigenden Kursen die prozentualen Wertzuwächse beim Optionsschein größer als bei der Aktie. Mit einem bestimmten Kapitaleinsatz lassen sich also durch den Kauf von Optionsscheinen sehr viel höhere Gewinne erzielen als durch den Kauf der Aktien selbst. Diese höhere Gewinnchance wird die „Hebelwirkung" des Optionsscheins genannt. Allerdings wirkt der Hebel auch bei fallenden Kursen: Das Verlustrisiko ist beim Optionsschein ebenfalls sehr viel höher als bei der Aktie selbst.

Sat 1, ins Zwielicht geraten – „zu Unrecht", versicherte Busch. Er soll wie viele andere beim Handel mit Optionsscheinen gegen geltende Regeln verstoßen haben. Diese Scheine, besonders spekulative Papiere, berechtigen zum Kauf von Aktien (siehe Kasten). Busch soll durch zweifelhafte Praktiken daran verdient haben.

Immer mittwochs nämlich, so behauptet der anonyme Neider und Denunziant, habe der Händler Manfred Mertens von der Deutschen Bank mit Busch vor der Kamera bestimmte Scheine für Kauf oder Verkauf empfehlen dürfen. Die Papiere habe er vorher für sich, Busch und Mitarbeiter seiner Bank entsprechend vorgekauft oder abgestoßen.

In einem Schreiben an die Insider-Prüfungskommission bei der Frankfurter Wertpapierbörse weist Busch die Vorwürfe zurück. Für seine privaten Vermögensdispositionen habe er Empfehlungen von Mertens „nicht mehr oder nicht weniger berücksichtigt als Anlageempfehlungen anderer Händler, Makler oder Gesprächspartner".

Mertens wurde inzwischen entlassen. Beim Vergleich der Video-Bänder der Telebörse mit seinen Kontenbewegungen war die Revision der Deutschen Bank auf Vorgänge gestoßen, die nicht den Regeln des Hauses entsprachen. Die Börsenkommission prüft noch, ob und von wem gegen die Insider-Regeln verstoßen wurde.

Nun hat der Anonymus abermals zugeschlagen. In einem fünfseitigen Schreiben an Oberstaatsanwalt Hardt beschuldigt er die Deutsche Bank, sie habe die Börsengeschäfte ihrer Leute nicht hinreichend überwacht. Der inzwischen entlassene Mertens habe insbesondere das „Frontrunning" mit solcher „Kaltschnäuzigkeit" betrieben, daß es hätte auffallen müssen.

Frontrunning ist Jobber-Jargon für einen schlichten Trick: Ehe der Insider den Anlegern eine bestimmte Aktie oder einen Optionsschein zum Kauf empfiehlt, besorgt er für sich die Papiere. Er verkauft sie, wenn die – von ihm verstärkte – Nachfrage den Kurs in die Höhe treibt. Oder aber der Händler hat einen Großauftrag auszuführen und kauft schnell selbst die Papiere, ehe er den Großauftrag abwickelt. Dann stößt er wenig später seine Aktien zu dem angestiegenen Kurs ab.

Solche Geschäfte sind nahezu risikolos und garantieren stattliche Gewinne. Einige zehntausend Mark sind da an einem Tag leicht nebenher zu verdienen.

Im Prinzip sind derartige Geschäfte, die auf dem speziellen Wissen der Eingeweihten beruhen, jedem, der an der Börse tätig ist, durchaus möglich. Im-

* Börsenhändler Manfred Mertens.

mer wieder auch wird von Kritikern der bestehenden Spielregeln behauptet, daß diese tagtäglich und vielfach durchbrochen würden. Wenn es so wäre, müßten Jahr für Jahr mehrstellige Millionenbeträge ergaunert werden.

Unwahrscheinlich ist das nicht. Die Versuchung ist groß: Der Händler an der Börse sieht jeden Tag, wie leicht sich Geld vermehren läßt. Es ist, als stünde er ständig vor einer offenen Tresortür und bräuchte nur hineinzulangen.

Die Händler bekommen oft schon beim Einstellungsgespräch in den Banken den Hinweis, sie könnten ja zum Gehalt noch etwas dazu verdienen. In guten Zeiten, bei steigenden Kursen, verdienen die Händler für ihre Firma viel Geld; sie werden gehätschelt und im Hause bewundert.

Die Händler sind die Paradiesvögel, die selbst oft mit Verachtung auf die anderen Angestellten der Bank sehen. Sie haben in der Regel eine Banklehre, den scharfen Schliff bekommen sie durch ein paar Jahre Praxis.

Jung müssen sie sein und harte Belastungen aushalten. Sie jonglieren ständig mit Millionensummen. Im Börsensaal tigern sie angespannt übers Parkett, das drahtlose Telefon am linken Ohr. Geschrien wird nicht mehr viel, seit das meiste über Computer läuft, aber der Streß ist geblieben.

Sie müssen absolut selbstsicher sein, Zweifel behindern das schnelle Geschäft. Die Börse zieht eine ganz bestimmte Spezies an – den Spieler.

Der Betriebswirt und Psychologe Peter Maas, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Sankt Gallen, hat auffallend viele Zocker unter den deutschen Börsianern entdeckt, als er zusammen mit seinem Kollegen Jürgen Weibler an einer Studie über „Börse und Psychologie" arbeitete. „Risikolust und sensation seeking" hat Maas in diesem Berufsstand beobachtet und zur Sensationsgier auch noch „eine Lust an der Katastrophe".

Das führt dann oft dazu, daß die schnellen Jungs etwas die Bodenhaftung verlieren. Psychologen nennen das eine „leichte kognitive Überforderung". Maas formuliert es plastischer: „Die haben das Chaos im Kopf."

Wer zu oft die falschen Tageskurse erwischt – zu teuer kauft, zu billig abstößt –, bleibt nicht lange im Geschäft. Manche halten den Streß nur mit chemischen Aufputschern durch, die Captagon-Schachtel in der Hosentasche ist bei einigen in dem Job so selbstverständlich wie das teure Hemd von Otto Kern und die Krawatte von Boss.

Für Entspannung sorgen eine Valium oder ein paar Bierchen nach Börsenschluß, runtergekippt im „Weihenstephan" oder „Zum Bitburger" nahe der Frankfurter Börse. Das Selbstbewußtsein ist stark ausgeprägt, mit „den Beamtenköppen in der Zentrale", wie einer sagt, mag niemand etwas zu tun haben.

Mit 25 Jahren verdient ein Händler ein Jahresgrundgehalt von etwa 100 000 Mark, dazu kommt noch einiges an Tantiemen, Sonderzahlungen und Boni. Bei den riesigen Summen, die die Händler innerhalb von drei Stunden bewegen, mutet das Gehalt freilich wie ein Taschengeld an.

Börsenchef von Rosen: „Sauber wie eh und je"

So geht vielen, wie Psychologe Maas beobachtet hat, „der Überblick über die Dimensionen verloren". In seinem Wall-Street-Roman „Fegefeuer der Eitelkeiten" beschreibt Tom Wolfe sehr lebensnah einen Händler, der sich mit seinen milliardenschweren Transaktionen als „Master of the universe" fühlt.

Da reicht das Gehalt eben nicht. Die Versuchung, bei den Millionenumsätzen ein paar eigene Geschäftchen mitlaufen zu lassen, wird bei manchen übermächtig.

„Kunden abfischen" heißt eine beliebte Methode. Sie läßt erahnen, warum so viele Kunden der Bank immer den höchsten Tageskurs erwischen, wenn sie Aktien kaufen, und den niedrigsten, wenn sie ihre Papiere verkaufen.

Der Kurs einer Aktie schwankt während der Börsensitzung oft um einige Mark. Der Händler kauft für sich Aktien und für einige Kunden ebenfalls. Zu welchem Kurs er die Aktien für sich und zu welchem Kurs er die Aktien für die Kunden erworben hat, ist nicht feststellbar – und so bekommt der Kunde die höheren Kurse „reingedrückt".

Die Banken lassen ihre Händler zumeist gewähren – sie brauchen sie. Klar ist auch, daß die Börsenjobber sehr schnell ihr Geld verdienen müssen: Mit 30, 35 Jahren sind viele ausgebrannt. Der Übergang ins normale Bankgeschäft ist dann sehr schwierig. Einige Banken haben bereits Umschulungskurse für Börsenhändler eingeführt.

Nur selten gehen die Banken so rigoros mit ihren Händlern um wie die Deutsche mit ihrem Mertens. Über Verfehlungen wird nicht geredet, was die Innenrevision entdeckt hat, bleibt innen.

Die Entlassenen fangen häufig – die Fluktuation in der Branche ist hoch – bei einer anderen Firma an. So verabschiedeten sich im vergangenen Jahr still und leise zwei Börsenhändler von der Dresdner Bank – und gingen zu Stanley Morgan.

Strafrechtlich verfolgt werden die Delikte – Insider-Geschäfte, Frontrunning oder Kundenabfischen – nicht. Daß jetzt die Staatsanwaltschaft 25 Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, erklärt sich aus einem Folge-Delikt der Börsenschiebereien: der Steuerhinterziehung.

Kursgewinne nämlich sind zu versteuern, wenn zwischen An- und Verkauf der Papiere weniger als sechs Monate liegen. Die Spekulationssteuer, so steht zu vermuten, haben die aufgeflogenen Händler schlicht vergessen – das schöne Geld, das sie nebenbei verdient haben, hätte sich dadurch ja auch glatt halbiert.

Da gebe es nur „einige schwarze Schafe, die möglicherweise ihre Steuern nicht entrichtet haben", wiegelte der Frankfurter Börsenchef von Rosen denn auch am Freitag vergangener Woche ab. Nichts über die Zocker-Mentalität auf dem Parkett, kein Wort über die Spielchen mit den ahnungslosen Kunden. „Die Börse", so von Rosen, „ist so sauber und so ordentlich wie eh und je."

Das allerdings erstaunt den Outsider. Mehr als ein Alibi sind die soge-

Börse in Wall Street: Selbst Taxifahrer sind Insider

nannten Insider-Regeln nicht. Der Ehrenkodex, nach dem sich an den deutschen Börsen alles sauber und ordentlich abspielen soll, kann echte Zocker nicht schrecken.

Gesetze, wie in den meisten Ländern, gibt es gar nicht, ein ganz eng gefaßter Kreis von Beteiligten unterwirft sich vielmehr einigen laschen Regeln – oder auch nicht. Insider dürfen, das besagen die Regeln, nicht Kapital schlagen aus Informationen, die der Öffentlichkeit noch nicht bekannt sind und den Aktienkurs beeinflussen.

Börsenspekulanten Boesky, Levine
Fünf Prozent für Tips

Ein Übernahmeangebot läßt den Aktienkurs in die Höhe schnellen, ein plötzlicher Verlust führt zu einem Einbruch. Wer das vor der Masse der Anleger weiß, kann viel verdienen.

Aber wer ist ein Insider, wer muß sich den Regeln unterwerfen? In Deutschland sind es hauptsächlich Großaktionäre, Vorstände und Aufsichtsräte – in den USA ist es jeder, der eine Information vor der Allgemeinheit erhält.

Auch Firmenberater und Bankenvertreter zählen zum Kreis der Insider. Die Börsenhändler müssen sich zudem eigenen Richtlinien ihres Arbeitgebers unterwerfen. Wer sie nicht einhält, wie der Optionsscheinhändler Mertens, fliegt. Wer gegen Insider-Richtlinien verstößt – dem passiert gar nichts. Wo kein Gesetz ist, da ist auch kein Kläger.

Manche Unternehmen wollen sich nicht einmal freiwillig verpflichten, die Spielregeln einzuhalten. Der Herrenausstatter Boss etwa erkennt, wie andere kleine Aktiengesellschaften auch, die Regeln nicht an.

Die Insider-Prüfungskommissionen der deutschen Börsen, die im Verdachtsfalle tätig werden, zeichnen sich zudem nicht durch übermäßige Aktivität aus. Sie prüfen selten – fündig werden sie so gut wie nie.

Geradezu lächerlich wirken die Insider-Verstöße, die bislang ruchbar wurden. Gemessen an der Zahl der bekannten Fälle, ist die deutsche Börse ein Hort der Redlichkeit.

Einer der wenigen spektakulären Fälle datiert aus dem Jahre 1988. Die Brüder Franz und Frieder Burda gaben unmittelbar nach Börsenschluß bekannt, sie würden aus dem Vertrag mit dem Filmhändler Leo Kirch aussteigen und ihren Anteil von 26 Prozent am Pressekonzern Springer an die Erben Axel Springers verkaufen.

Die meisten Anleger traf die Nachricht völlig überraschend. Sie hatten damit gerechnet, daß der Einfluß von Kirch im Hause Springer weiter steigen würde. Nun verloren sie das Interesse an der Verlagsaktie. Wer das Papier in den folgenden 14 Tagen loswerden wollte, mußte Kursverluste von bis zu 100 Mark hinnehmen.

Einige Anleger allerdings waren offensichtlich besser informiert: Sie waren rechtzeitig ausgestiegen.

Was hätte die Prüfungskommission auch prüfen sollen? Ihre Kompetenz ist sehr begrenzt. Sie ist bei Recherchen auf die Mitarbeit der Insider angewiesen, sie kann zum Beispiel nur hoffen, daß die Verdächtigen alle ihre Wertpapierdepots angeben.

Kein Wunder, daß bislang erst ein einziger Fall, bei dem es noch dazu um eine lächerliche Summe ging, auch Folgen gehabt hat. Im September 1985 kaufte der damalige AEG-Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Kuhn 700 Aktien des angeschlagenen Elektrokonzerns. Er hatte erfahren, daß Daimler-Benz die Firma übernehmen wollte.

Das Insider-Geschäft brachte Kuhn 16 000 Mark. Das Geld zahlte er wieder zurück, als ihm die Frankfurter Prüfungskommission im Juli 1986 einen „leichten Verstoß" gegen die Insider-Regeln vorwarf.

Ein leichter Verstoß – das war's. War's das?

Für reichlich blauäugig hält Harro Otto diese offizielle Sicht der Dinge. Der Juraprofessor aus Bayreuth beschäftigt sich seit Jahren mit den krummen Geschäften an der Börse. Das Ergebnis seiner Forschung: Es gibt kaum eine größere Transaktion ohne Insider-Geschäfte.

Zwei bis vier Wochen, bevor wichtige Informationen publik wurden, so hat der Professor beobachtet, finden gezielte Aktienkäufe und -verkäufe statt. Die Insider verdienen immer mit.

Die Dummen sind die kleinen Anleger. Bevor die Informationen sie erreichen und sie zur Bank eilen, um einen Wertpapierauftrag zu geben, ist das eigentliche Geschäft bereits gelaufen. Gut verdient wurde vorher, von den Wissenden.

Insider-Vergehen dürften nicht als Kavaliersdelikt verstanden werden,

mahnt deshalb Hilmar Kopper, der Chef der Deutschen Bank. Die Täter müßten in den Knast.

Da sitzen manche schon, die Stars unter den Börsen-Zockern – allerdings in den USA. Dort werden Insider-Geschäfte verfolgt und geahndet als das, was sie sind: als Verbrechen.

Rigoros haben Staatsanwaltschaft und Börsenaufsichtsbehörde die Machenschaften der Wall-Street-Mafia aufgedeckt. Die Zocker-Branche hat sich von diesem Schlag bis heute nicht erholt.

Nichts ist mehr wie in den achtziger Jahren, der Zeit des schnellen Geldes. Firmenjäger kauften Unternehmen auf und schlachteten sie aus. Die Kurse explodierten. Wer von den Transaktionen rechtzeitig wußte, konnte sich zu niedrigen Kursen eindecken und in kurzer Zeit Millionen machen.

Aber das genügte ihm offensichtlich nicht: Durch Insider-Geschäfte verdiente er sich 12,6 Millionen Dollar dazu.

Das lukrative Neben-Geschäft kam erst richtig in Schwung, als Levine Ivan Boesky kennenlernte. Fortan arbeiteten beide zusammen: Levine sollte von seinem neuen Freund fünf Prozent aller Gewinne erhalten, die der durch seine Tips einstrich.

Ein anonymer Brief brachte die SEC auf Levines Spur. Im Mai 1986 ließ sie den feinen Dennis ins New Yorker Untersuchungsgefängnis stecken.

Levine packte aus. Boesky flog auf. Die Wall Street hatte ihren größten Skandal.

Die juristische Aufarbeitung des Skandals dauert noch immer an. Vor kurzem erst hob das Bundesberufungsgericht von New York ein Urteil gegen Rechtsanwaltsfirma, absitzen. Levine bekam zwei, Boesky drei Jahre Haft.

Mit einer Strafe muß in den USA jeder rechnen, der eine Information aufschnappt und dieses Wissen ausnutzt. Insider ist selbst der Taxifahrer, der das Gespräch seiner Fahrgäste mithört. Ein Investmentbanker namens Golenberg wurde verurteilt, weil er Bekannten einen Insider-Tip gegeben hatte. Er selbst hatte keine Geschäfte gemacht.

Die amerikanische SEC verfolgt Insider, wo immer sie diese aufspürt. Sie ist mit allen Kompetenzen ausgestattet. Die SEC-Fahnder können von den Betroffenen Auskünfte verlangen, und sie dürfen alle Unterlagen einsehen.

Um den strengen Kontrollen zu entgehen, weichen die amerikanischen Insider oft ins Ausland aus. Und als Basis für ihre krummen Geschäfte wählen sie auch gern die Bundesrepublik.

Time

Einer war immer ganz besonders gut im Bilde: Ivan Boesky, genannt „Ivan der Schreckliche". Der Sohn eines russischen Einwanderers kaufte billig Getty-Aktien, wenig später wurde Getty Oil von einem anderen Unternehmen übernommen, Boesky kassierte 100 Millionen Dollar. Bei der Übernahme von Gulf Oil durch Chevron verdiente er 65 Millionen.

Wann immer eine Firma verkauft wurde, Boesky schien es zu ahnen. Woher er sein Wissen tatsächlich bezog, zeigte sich erst, als die Fahnder der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde SEC Dennis Levine näher untersuchten.

Levine arbeitete als Investment-Banker bei der Wall-Street-Firma Drexel Burnham Lambert und gehörte bald zu den Großen der Szene, sein Jahreseinkommen betrug eine Million Dollar.

den Börsenmakler John Mulheren auf. Er war vor einem Jahr als Partner Boeskys zu einer Haftstrafe von einem Jahr und einer Geldbuße in Höhe von 1,6 Millionen Dollar verurteilt worden.

Es war nicht die erste Niederlage der Strafverfolger in der Insider-Affäre, kaum ein Urteil hält in der Berufungsinstanz stand. Längst verblaßt ist deshalb der Ruhm des früheren New Yorker Staatsanwaltes Rudolph Giuliani. Der einstige Held, der die Größen der Wall Street zu Fall brachte, muß sich nun den Vorwurf gefallen lassen, schlampig ermittelt zu haben.

Das langwierige juristische Nachspiel zeigt, wie schwer es auch in den USA ist, Insider dingfest zu machen. Doch wenn der Nachweis unsauberer Geschäfte gelingt, drohen harte Strafen. Die Höchststrafe, fünf Jahre, muß Alfred Elliott, früher Partner einer

Anfang 1988 verfolgte SEC-Direktor Gary Lynch eine heiße Spur nach Deutschland. Ein Kunde der Westdeutschen Landesbank hatte im Dezember 1987 Aktien der US-Pharmafirma Sterling Drug gekauft. Am 1. Januar beschloß der Schweizer Pharmakonzern Hoffmann-La Roche, ein Übernahmeangebot für Sterling Drug abzugeben.

Für Lynch war das ein klarer Fall. Er beobachtete schon seit längerem auffällige Aktienkäufe aus Deutschland, viele angesehene Banken waren daran beteiligt.

Die Bundesrepublik ist eines der letzten Paradiese für Insider. Die Schweiz hat, auf Drängen der Amerikaner, längst ihre lasche Haltung aufgegeben.

Lange, so wird immer wieder prophezeit, werden die goldenen Zeiten für

Börsen-Zocker auch in Deutschland wohl nicht mehr dauern. Bonn muß, das verlangt der EG-Ministerrat, ein Insider-Gesetz vorlegen.

Rüdiger von Rosen fordert zusätzlich ein Aufsichtsamt, das „zentral über die Börsen in der Bundesrepublik wacht". Eine schlagkräftige Truppe von 20 Mann soll mit Zugriff auf den Börsencomputer verdächtigen Kursausschlägen nachgehen. Sie müßte auch das Recht haben, in die Bücher der Makler zu schauen. Dort ist jeder abgewickelte Handel mit Kurs und Vertragspartnern notiert.

Doch solche forschen Äußerungen könnten schnell vergessen sein, wenn die jüngste Affäre wieder aus den Schlagzeilen ist. Denn eigentlich waren Banker und Börsianer mit ihrer freiwilligen Selbstkontrolle immer ganz zufrieden.

Überdies können sich die Finanzprofis auf ihre Bonner wie stets verlassen. Bereits mehrfach wurde ein Gesetz zur Verhinderung von Insider-Geschäften angekündigt. In der zuständigen Abteilung Geld und Kredit des Finanzministeriums gibt es jedoch noch nicht einmal einen Referenten-Entwurf – niemand in Bonn weiß, was drinstehen soll.

Banken

Starker Herdentrieb

Amerikas Großbanken wollen ihren Niedergang durch Fusionen stoppen.

Der Notenbank-Chef war ungewöhnlich freimütig. Unverblümt erklärte Gerald Corrigan, Präsident der Federal Reserve Bank von New York, einer Gruppe von Bankiers im Hotel Waldorf-Astoria, daß er beim nächsten Treffen nicht alle wiedersehen wolle.

Es würde ihn überraschen oder sogar enttäuschen, so der Chef der größten amerikanischen Notenbank-Niederlassung, „wenn wir hier nächstes Jahr zusammenkommen und nicht eine oder mehr Fusionen zwischen den größten Banken in den USA bereits Realität sind".

Schon ein halbes Jahr nach dem Banker-Treffen vom Januar wurde Corrigans Wunsch erfüllt. Vergangene Woche gaben die New Yorker Chemical Bank und die ebenfalls in New York beheimatete Großbank Manufacturers Hanover bekannt, daß sie sich bis Ende dieses Jahres zu einem Institut vereinigen wollen.

Die Firmenfusion ist die größte, zu der sich jemals amerikanische Banken

Summerdreams mit Gipsy Kings

Lassen Sie sich verführen. Von den heißen, feurigen Rhythmen der Gipsy Kings. Mit dem neuen Album „Este Mundo" sind die „Zigeunerkönige" auf dem besten Weg in die Top Ten der deutschen Hitparade. Denn dieser Sound bringt die Hitze des Südens in unsere Breiten. Mitreißende Klänge, Leidenschaft und Zärtlichkeit vermitteln ihre Alben „Allegria" und „Luna de Fuego", von NICE PRICE, dem Katalog der Superstars. Natürlich supergünstig.

NICE PRICE
Wir sind Pop und Rock

NICE PRICE von Sony Music

Anrufbeantworter?

... ein endlos klingelndes Telefon ist nicht mehr nötig und unbemerkt gehen oft die wichtigsten Anrufe verloren! Unser Modell 2760 informiert Ihre Anrufer und nimmt deren Nachrichten entgegen, die Sie dann von jedem Telefon auch ***fernabfragen*** *können. Ein postzugelassenes Profigerät. Einfach einstekken und die neue Freiheit genießen!*

Deutschlands meistverkauftes Gerät, denn kein anderes *bietet bei diesem günstigen Preis einen solchen Leistungsumfang* **+ 12 Monate Garantie!**

unverbindliche Preisempfehlung ohne Taschencoder (DM 38,-)

nur 198,-

Lange Zeit ausverkauft - jetzt wieder erhältlich im preisbewußten Fachhandel oder z.B. bei Karstadt, Quelle, STINNES Baumarkt, PHOTO PORST, METRO, Kaufhof, Allkauf, Hertie, Massa, A-Z, Wegert, Völkner, PC-Computer, Brinkmann, Schaulandt, Wertkauf **und TELEFONPALAST, Hauptstr.30, W - 1000 Berlin 62, 030-784 30 62** oder **Schnellversand** mit 10 Tagen Umtauschrecht - einfach anrufen: 04154-807533!

CODE-A-PHONE

Kompetenz durch über 14 Millionen Anrufbeantworter seit 1957!

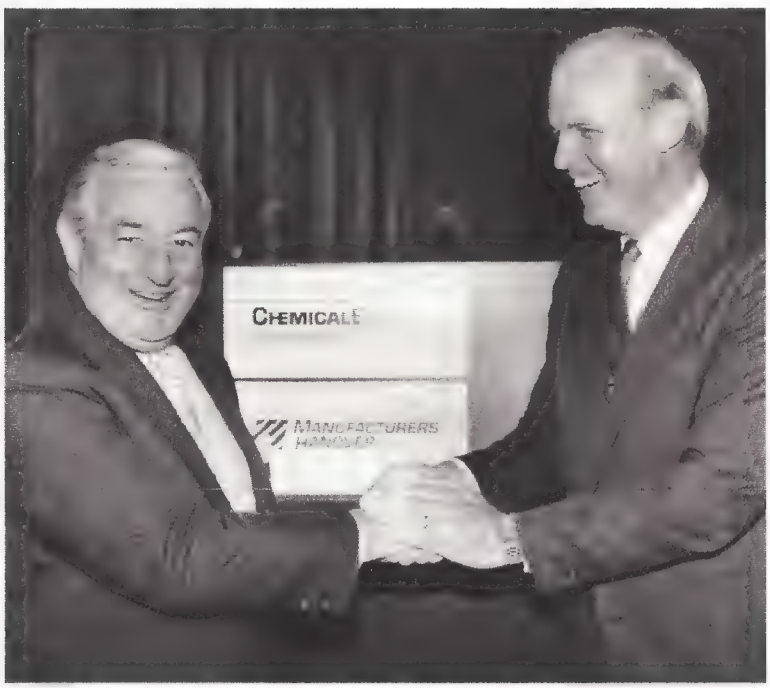
zusammenfanden. Die Chemical Bank ist das sechstgrößte amerikanische Kreditinstitut, Manufacturers Hanover („Manny Hanny") liegt an neunter Stelle; zusammen rücken sie auf Platz zwei der amerikanischen Rangliste vor.

Mit einer Bilanzsumme von insgesamt 135,5 Milliarden Dollar wird der neue Riese nur noch vom New Yorker Bank-Konzern Citicorp übertroffen. Amerikas Branchenführer hat ein Bilanzvolumen von fast 217 Milliarden Dollar.

In die Spitzengruppe der weltgrößten Banken dringt Chemical, wie das Institut weiterhin heißen wird, allerdings auch durch die Fusion mit Manny Hanny nicht vor. Klar vorn liegen die japanischen Geldhäuser, selbst Citicorp rangiert nicht einmal mehr unter den 20 größten Banken der Welt.

Das war in den siebziger Jahren noch ganz anders. Wie es sich für die Finanzelite der stärksten Wirtschaftsmacht gehörte, waren Kreditinstitute wie New Yorks Citibank (heute: Citicorp), Chase Manhattan, Morgan und Manufacturers Hanover sowie die kalifornische Bank of America nicht nur die größten ihres Landes, sondern auch weltweit die stärksten Geldkonzerne.

Die Ölländer, die damals viele Milliarden überschüssiger Petro-Dollar anzulegen hatten, schaufelten diese zumeist auf die Konten der führenden US-Banken. Diese leiteten die Mittel vornehmlich an devisenhungrige Entwicklungsländer weiter und strichen dabei Riesengewinne ein.



Fusionspartner McGillicuddy, Shipley: Wer ordnet sich wem unter?

In den achtziger Jahren endete dieses höchst einträgliche Geschäft jedoch sehr abrupt. Ein Drittweltland nach dem anderen erwies sich als überschuldet, die Schuldner zahlten ihre Zinsen nur noch gelegentlich oder überhaupt nicht mehr.

Die europäischen und japanischen Banken, die sich im riskanten Geldverleih an die Dritte Welt nicht so weit vorgewagt hatten, steckten ihre Verluste weit leichter als die US-Institute weg. Amerikas Großbanken – das bestens geführte Haus J.P. Morgan ausgenommen – galten in der internationalen Finanzwelt fortan nicht mehr als erste Adressen.

Durch zu leichtsinnige Kreditvergabe an einheimische Kunden schwächten die US-Banken in den vergangenen Jahren zusätzlich ihre Position. Die Kredit-Profis bedachten nicht, daß jeder Boom einmal ein Ende hat: Im ungewöhnlich langen Konjunkturaufschwung der achtziger Jahre liehen sie viel zuviel Geld für den Bau von Büros, Läden und anderen Gewerbe-Immobilien aus. Gleichzeitig mischten sie allzu forsch bei sogenannten Management-Buy-Outs mit: Sie pumpten Managern, die von Angestellten zu Eigentümern aufsteigen wollten, Geld für den Kauf der Firma.

Als Ende der achtziger Jahre die US-Konjunktur erschlaffte, rutschten einstige Immobilien-Könige wie Donald Trump und etliche Buy-Out-Artisten an den Rand der Pleite. Die Banken hatten, wie zuvor schon bei den Geschäften mit der Dritten Welt, schwere Gewinneinbußen hinzunehmen.

So mußte Manny Hanny in den vergangenen fünf Jahren insgesamt über 5,6 Milliarden Dollar Rückstellungen für wahrscheinlich uneinbringliche Forderungen bilden. Chemicals Bilanzen in diesen Jahren wurden durch Rückstellungen für faule Kunden in Höhe von insgesamt fast vier Milliarden Dollar verunziert.

Weltweit verloren die US-Häuser zudem durch eine Entwicklung an Gewicht, die ihnen selbst nicht anzulasten ist. Seit den siebziger Jahren rutschten die USA durch die zu laxe Finanzpolitik der Regierungen in Washington und durch die nachlassende Wettbewerbskraft der heimischen Industrie vom größten Gläubigerland der Welt zum größten Schuldner ab.

Gegenüber Mark und Yen schrumpfte der Wert des Dollar. Der Kursverfall der US-Währung trug dazu bei, daß die in Dollar umgerechneten Bilanzsummen deutscher oder japanischer Banken weitaus schneller wuchsen als die der Amerikaner.

Die Expansion amerikanischer Banken wurde zudem durch besonders strenge gesetzliche Vorschriften gehemmt. US-Kreditinstitute dürfen beispielsweise nur in ihrem Heimat-Bundesstaat Filialen haben, keinen Wertpapierhandel betreiben und keine Unternehmensanteile besitzen. Einige dieser Beschränkungen – so das Verbot, Filialen in mehreren Bundesstaaten zu eröffnen – sollen durch ein neues Bankengesetz aufgehoben werden, das zur Zeit im Kongreß beraten wird.

Schon seit einiger Zeit hatten Kenner der amerikanischen Bankenszene wie Notenbanker Corrigan erwartet, daß Amerikas Großbanken versuchen würden, ihren Niedergang durch Fusionen zu beenden. Durch geschicktes Verschmelzen zweier ehemaliger Konkurrenten entsteht nämlich nicht einfach nur ein größeres, sondern auch ein sehr viel kostengünstiger arbeitendes Unternehmen.

Das jedenfalls hoffen Fusionsfreunde wie Manny-Hanny-Chef John McGillicuddy und Chemical-Chef Walter Shipley. Das Filialnetz wird gestrafft, Hauptverwaltungen und EDV-Systeme werden zusammengelegt, jeder siebte Arbeitsplatz in den beiden Banken soll eingespart werden. Die Kosten sollen so um mindestens 650 Millionen Dollar im Jahr gesenkt werden. Das ist immerhin das Anderthalbfache dessen, was die beiden Banken im vergangenen Jahr insgesamt als Gewinn auswiesen.

Andere Großbanken, das gilt unter Amerikas Börsianern als ausgemacht, werden sich nun ebenfalls zusammenschließen. In keiner anderen Branche ist der Herdentrieb so stark wie bei den Bankern. Was die einen vorexerzieren, machen bald fast alle anderen nach.

Wohl nur selten allerdings wird eines der Hauptprobleme bei Fusionen so elegant zu lösen sein wie bei den fast gleich starken Banken Chemical und Manufacturers: Wer ordnet sich wem unter? Da Manufacturers-Chef McGillicuddy, 60, fünf Jahre älter als Chemicals Shipley ist, übernimmt bis Ende 1993 der Manny-Hanny-Mann die Führung. Danach rückt Shipley an die Spitze.

„Sie kriegen hier nur Prügel“

In den Postämtern der neuen Länder ging zeitweise nichts mehr, die Ost-Post war der Flut der Briefe und Pakete nicht gewachsen. Das schlimmste Chaos scheint inzwischen überwunden zu sein, doch die eigentliche Aufgabe steht erst noch bevor: ein Dienstleistungsunternehmen nach westlichem Standard aufzubauen.

Briefträger im Trabi: Angst vor dem Umstieg aufs Fahrrad

Die Mitarbeiter des Postamts Dresden 12 sind Besucher gewöhnt. Sie fühlen sich, klagt eine Beschäftigte, manchmal wie im Zoo.

Den graumelierten Herrn im dunklen Anzug, der an diesem Tag die alten Baracken besichtigt, kennt die Zustellerin nicht. „Hier“, ruft die Frau, „versuchen Sie, den mal zu tragen.“ Sie schleppt einen Sack herbei. Er greift artig zu. „Der ist für uns Frauen doch viel zu schwer“, sagt sie triumphierend. Er nickt.

Andere Frauen haben sich hinzugesellt. Sie klagen über gestiegene Anforderungen und unzumutbare Arbeitsbedingungen.

Klaus Zumwinkel hört sich alles an, freundlich, aber unverbindlich. Dann mahnt er zur Eile. Er muß dem Aufsichtsrat Bericht erstatten über seine Bemühungen, die Post in den alten und in den neuen Ländern zu sanieren.

Zumwinkel, 48, ist seit knapp zwei Jahren Chef der größten deutschen Beschäftigungsgesellschaft. Sie hat als Brief- und Paketpost im Westen über 300 000 Mitarbeiter, ein Monopol und ein Image, das verbesserungsbedürftig ist. „Schneckenpost“ nennen sie ihre Kritiker.

Die deutsche Einheit brachte Zumwinkel über 75 000 neue Mitarbeiter und eine Menge zusätzlicher Probleme.

Zunächst machten die neuen Herren Kassensturz. Sie fanden, statt der offiziell angegebenen Gewinne, einen Verlust von 800 Millionen Mark. Die Postämter im Osten sind heruntergekommen, ihre Räumlichkeiten für die neuen Aufgaben viel zu klein, ihre Einrichtungen veraltet und untauglich, die Mitarbeiter verunsichert.

„Höllisch schwer“ werde seine Aufgabe – das hat Zumwinkel von Anfang an gewußt. Da war von der deutschen Einheit nicht mal die Rede.

Zumwinkel kommt aus der privaten Wirtschaft. Er will aus der gelben Post „ein normales Unternehmen machen“ – mit richtigen Gewinnen. Das Sanieren hat er bei der Beratungsfirma McKinsey gelernt und bei Quelle, als Chef der Versand-Firma, in der Praxis erprobt. Das Ergebnis ist umstritten.

Bei der Post kann der Sanierer erste Erfolge vorweisen. Der Aufsichtsrat, der samt Anhang eigens nach Dresden eingeflogen ist, quittiert Zumwinkels Zahlen mit Lob. Der Verlust des vergangenen Jahres lag mit 1,5 Milliarden Mark 200 Millionen unter dem Plan, in diesem Jahr soll er auf 1,3 Milliarden sinken.

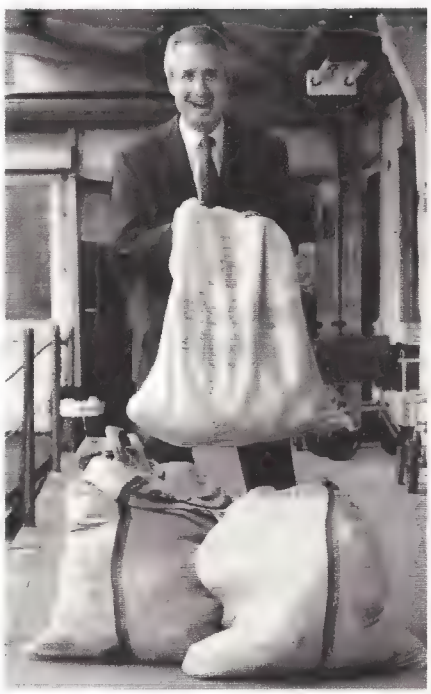
In fünf Jahren will der Postchef die Verluste wegsaniert haben. Er muß, um sein ehrgeiziges Ziel zu erreichen, den Behördenapparat völlig umkrempeln; er muß ein Dienstleistungsunternehmen formen, das sich am Kunden orientiert und das sich mit privaten Konkurrenten messen kann.

Zu alledem kommt, Zumwinkel sagt es ganz emotionslos, „diese Ost-Geschichte hinzu“.

„Eine Mammutfusion, wie es sie in Deutschland noch nie gegeben hat“, muß der Postler nun bewerkstelligen. Die beiden Unternehmen, die er vereinigen soll, haben außer dem Namen und der Geschichte wenig gemein.

Die Post war in der alten DDR ein Teil des Überwachungsapparats. Briefe wurden geöffnet, West-Pakete ausgeplündert.

Die Beförderung von Paketen und Päckchen schien eher Nebensache. Geschäftspost, die im Westen 80 Prozent



Postchef Zumwinkel*
„Die Aufgabe ist höllisch schwer“

* Im Dresdner Postamt 12.

Faulsein will gelernt sein. Urlaubstips

bei Ihrer AOK.

Aktion: Urlaub entspannt.

Abschalten, sich hängenlassen und entspannen – Urlaub wie aus dem Bilderbuch. Doch auch Faulsein will gelernt sein. Die AOK sagt Ihnen wie. Mit Informationen, die eine gesunde Erholung im Urlaub garantieren. Von Anfang an, ohne Streß und zuviel des Guten. Holen Sie sich die Tips bei Ihrer AOK.

Für Ihre Gesundheit machen wir uns stark.

AOK
Die Gesundheitskasse.

„Die werfen die Post einfach weg“

Chaos im Zustelldienst: Zuwenig Briefträger, zu viele Aushilfskräfte

Eigentlich wollte Otto Ernst Rock Ende Juni nach Rom reisen, um dort einen Literatur-Kongreß vorzubereiten. Doch auf die Tagungsunterlagen, die ihm die Marburger Universität per Post schicken sollte, wartete der Münchner Publizist vergebens – der Brief kam nie an.

Arbeitspapiere, Hotelreservierung und Einladungskarte landeten allesamt in einem unbekannten Münchner Gully – heimlich entsorgt von einem Aushilfs-Postboten, dem die Arbeit zuviel wurde. Auf das Konto des Jobbers geht außerdem das Verschwinden von einigen hundert Päckchen und Briefen, vermuten die Münchner Postler. Die genaue Zahl weiß niemand, nicht mal der Bote selbst.

Die Geschichte ist den Münchnern „überaus unangenehm“, so ein Postsprecher. Schließlich hatte der oberste Dienstherr, Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU), gerade erst eine „Qualitätsoffensive in Sachen Postzustellung“ versprochen. Seine Formel für Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit bei der Briefzustellung lautet „E + 1“ – heute eingeworfen, morgen angekommen.

Doch das Ziel, daß 90 Prozent der Briefe nur einen Wochentag Laufzeit haben sollen, ist in weite Ferne gerückt: Schwarz-Schilling hat nicht genug Personal. „Es fehlt überall an Mitarbeitern“, klagt Walter Scheuerle von der Deutschen Postgewerkschaft, „mindestens 16 000 Stellen werden derzeit durch Aushilfskräfte ersetzt.“

Grund für das Personal-Chaos: Die Postler fühlen sich zu schlecht bezahlt. 1700 Mark netto bekommt ein Beamter im einfachen Dienst. Dafür lassen sich, vor allem in teuren Ballungsräumen, kaum noch Arbeitskräfte anwerben. Deshalb versucht es die Post, die vor allem eine wachsende Flut von Sendungen in die neuen Bundesländer zu bewältigen hat, mit Anfängern: 22 000 Studenten und Hilfsarbeiter finden jedes Jahr einen Kurzzeit-Job beim gelben Dienst der Bundespost.

Darunter müssen besonders die Kunden leiden. Beispiele für miesen Briefservice häufen sich vor allem in der Urlaubszeit:

- ▷ So überwand ein Einladungsschreiben des Stuttgarter Landtags die 400 Meter bis zum dortigen SPIEGEL-Büro erst nach einigen Tagen – genau 48 Stunden nach dem Veranstaltungstermin. Die Redakteure erfuhren von der Einladung immerhin per Telex.
- ▷ Info-Broschüren zu einer Hannover-Messe erreichten ihre Adressaten erst, als die Messe vorbei war.
- ▷ Der Fußball-Klub Eintracht Frankfurt verschickte an einige Mitglieder Eintrittskarten per Eilboten; als die Umschläge eintrafen, war der Schlußpfiff längst verhallt.

Um den Service halbwegs aufrechtzuerhalten, heuern die Ämter seit kurzem billige Postler aus dem Osten an. Die besonders überlasteten Postämter München, Köln, Frankfurt, Stuttgart bieten den Ossi-Kollegen in bundesweit verbreiteten Schreiben bis zu 600 Mark Trennungszulage und kostenloses Wohnen im Post-Heim zusätzlich zum Nettogehalt von 800 Mark im Schalterdienst.

Mit der Anleihe im Osten wird sich das Problem allerdings nur verlagern. Zwar behauptet der Chef des Stuttgarter Postdienstes, Dieter Mais, in den neuen Bundesländern sitze „eher zuviel Personal“. Doch auch in der Ex-DDR sind die Postämter überlastet.

So wurde im Juni ein Postbote aus Ost-Berlin zu 800 Mark Geldbuße verurteilt, weil er Hunderte von Briefen und Geldzustellungen bündelweise in abgelegenen Briefkästen deponiert hatte. Der Zusteller rechtfertigte sich: „Mir war das alles zuviel.“

Eine Ost-Berliner Amtsleiterin bestätigt, daß immer mehr Briefe verschwinden: „Die Leute sind überlastet und werfen Post einfach weg.“ Über ähnliches Chaos berichten auch Mitarbeiter der Dresdner Post. Rund 10 000 überfällige Briefe und Päckchen, so ihre Zählung, lagerten in den Amtsstuben. Ein Postler: „Mitte Mai haben wir noch Osterpakete ausgetragen.“

Die Altlast wurde sogar, ganz wie in alten DDR-Zeiten, eigens in den Kellern des Postamtes zwischengelagert – wegen eines Besuchs des Postministers: Schwarz-Schilling sollte nicht mit dem

Postzusteller (in Hamburg): „Die Leute sind überlastet“

wahren Zustand seiner Qualitätsoffensive konfrontiert werden. So greift der Verband der Postbenutzer, dessen einziger Vereinszweck die Kritik an der Post ist, zu drastischen Superlativen: „Seit dem Kriegsende", behauptet der Vorsitzende der Organisation, Wilhelm Hübner, „sind die Brieflaufzeiten noch nie so schlecht gewesen wie heute."

Richtig jedenfalls ist, daß das Vertrauen in den staatlichen Brief- und Paketdienst drastisch gesunken ist. Großunternehmen wie die Deutsche Bank, so ihr Pressesprecher Bernhard Schmaltz, ersetzen „angesichts vieler Pannen" den normalen Geschäftsbrief immer häufiger durch Faxsendungen.

Und der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) in München hält sich bereits ein Heer von Mitarbeitern quer durch die Republik, die regelmäßig melden, mit wie vielen Tagen Verspätung die Verbandszeitschrift angekommen ist. ADAC-Vertriebsleiter Franz Kratzer: „Bis zu anderthalb Monaten haben wir schon registriert. Jetzt im Sommer geht's noch langsamer voran."

Wegen der erheblichen Verzögerungen bei der Postzustellung haben die Handelskammern in Frankfurt und Stuttgart eine Umfrage bei den Firmen begonnen: „Im Interesse der Wirtschaft" soll dort nun geklärt werden, weshalb die Post ihre eigene Vorgabe „E + 1" nicht einhalte.

Der Münchner Elektrokonzern Siemens mag auf solche Erklärungen nicht mehr warten: Das Unternehmen verschickt Briefe und Päckchen in die neuen Bundesländer inzwischen mit einem eigenen Kurierdienst via Berlin. Auch der Frankfurter Schallplatten- und Buchversand Zweitausendeins würde seine Pakete am liebsten mit privaten Zustellern verschicken; Sprecherin Cornelia Bilek: „Für die Post spricht eigentlich nur noch der geringere Preis."

Den Schlampereien will die Post seit kurzem mit einem neuen Belohnungssystem begegnen: Zuverlässige und besonders fixe Postler sollen, befristet bis Ende August, eine Leistungszulage bekommen. Bis zu 300 Mark monatlich hat der Postminister bei seinen Mitarbeitern ausgelobt – bundesweit stehen 60 Millionen Mark für die neue Qualitätsoffensive zur Verfügung.

Bis die allerdings bei den Postkunden ankommt, dürfte eher der jüngste Vorstoß der Oberpostdirektion Freiburg zur Regel werden: Dort sollten vier Postämter für fast zwei Monate dichtgemacht werden. Erst Bürgerproteste verhinderten den einstweiligen Totalabbau der Serviceleistungen – nun sollen nur noch, sagt ein Postmanager, „einige Schalter" geschlossen werden.

Wohnungspostamt in Berlin (Ost): „Keine Orientierung, wie's weitergeht"

des Briefverkehrs ausmacht, gab es ohnehin kaum. Die eigentliche Aufgabe der DDR-Post war eine ganz andere: die Zustellung von Zeitungen.

Alle Zeitungen mußten über die Post. Sie hatte das Vertriebsmonopol, sie verwaltete die Abonnentenkartei, sie kassierte das Geld ein. Die erste Zustellung, morgens um halb sechs, brachte nur die Zeitungen, die richtige Post kam erst am späten Vormittag.

Zeitungen waren wichtig, sie verbreiteten die offizielle Denkungsart über das Land. Zeitungen waren aber auch gefährlich. Deshalb machte ihr zentraler Vertrieb Sinn: Erschien in irgendeinem Blatt ein mißliebiger Artikel, wurde die Ausgabe erst gar nicht ausgeliefert.

450 Beschäftigte arbeiten noch beim Zeitungsvertriebsamt in Berlin, ihre Zukunft ist ungewiß. Insgesamt sind ein Drittel aller Postmitarbeiter mit dem Zeitungsvertrieb beschäftigt. Was soll aus ihnen werden?

Die Post würde die Zeitungszustellung „am liebsten morgen loswerden", sagt Franz-Josef Neuhoff. Der ehemalige Kölner Postpräsident, nach seinen eigenen Worten „ein Auslaufmodell", sitzt jetzt als Liquidator des Postzeitungsdienstes im ehemaligen Reichspostministerium in der Berliner Mauerstraße.

„Die Organisation paßt nicht in unser Schema", sagt Neuhoff, und die Führungsspitze des Amtes hört ihm schweigend zu, „am 31. 12. ist Schluß."

Der Termin wird sich nicht halten lassen, das ist dem Liquidator klar. Das festgefügte System läßt sich nur allmählich ändern. Die Verlage müssen zunächst einen eigenen Vertrieb aufbauen, und sie müssen sich zuallererst die Daten ihrer Abonnenten erarbeiten.

„Echte Horrorzahlen" (Neuhoff) über die unumgänglichen Entlassungen hat die Beratungsfirma McKinsey vorgelegt, sie werden vorsichtshalber unter Verschluß gehalten. Neuhoff schätzt den „Überbestand" derer, die nicht in anderen, expandierenden Postbereichen untergebracht werden können, auf 8000, mindestens. Für wahrscheinlich hält er eher mehr. „Im Westen würde das nicht so ruhig ablaufen", sagt er.

Vor dem Dresdner Haus der Kirche, in dem der Aufsichtsrat tagt, hat sich eine dreiköpfige Protestdelegation versammelt: zwei Postler aus Dresden und ein Vertreter der Postgewerkschaft aus Stuttgart. „Sind Sie Herr Zumwinkel?" fragt die Wortführerin und überreicht dem Chef aus dem Westen eine Petition. Es geht um die Einstufung der Ost-Mitarbeiter und um die Sicherung der Arbeitsplätze. „Wir haben sehr, sehr Angst", sagt sie.

Zumwinkel nickt verständnisvoll. Er verweist auf politische Zwänge und auf das Poststrukturgesetz. Das würde er auch gern ändern, sagt er. Dann bittet er um Entschuldigung. Er muß nun wirklich gehen, der Aufsichtsrat wartet.

„Wir müssen dramatisch mit den Menschen runter", meint der Postchef, aber das sagt er natürlich nicht auf der Straße. Offiziell werden in diesem Jahr 8100 Stellen abgebaut, 1500 in der aufgeblähten Verwaltung, 6600 im bald überflüssigen Zeitungsgeschäft. Das ist die aktuelle Beschlußlage. „Längerfristige Planungen auf dem Personalsektor gibt es nicht", versichert Zumwinkel.

Viele Leute wechseln, vom Zeitungsdienst in die Briefzustellung, von der Verwaltung in die Produktion. Denn das Geschäft mit Briefen, Päckchen und

MC&LB1104 041/91

Fiat Tempra. 1.6 i.e. mit 57 kW (78 PS) und 2.0 i.e. mit 83 kW (113 PS). Geregelter 3-Wege-Kat, klassenbester c_W-Wert (= 0,28), 70%

**532 KM
IM RÜCKSPIEGEL.
2 LITER
UNTER DER HAUBE.
2 TASCHEN
IM KOFFERRAUM.
83 KW (113 PS)
IM RECHTEN FUSS.
EINE IDEE IM KOPF.**

Verzinkung. Servolenkung, höhenverstellbares Lenkrad serienmäßig. Abb.: Fiat Tempra 2.0 i.e. SX, LM-Felgen und Radio Sonderausstattung.

MACHEN

FIAT TEMPRA

FIAT

Paketen, das eigentliche Geschäft der gelben Post, hat seit der Währungsunion sprunghaft zugenommen. Es wird noch weiter wachsen.

Das vier- bis fünffache Aufkommen hat Jürgen Schwabe, Amtsvorsteher beim Paketpostamt Dresden, seither zu verkraften – „mit mittelalterlichen Arbeitsprinzipien", wie er klagt. Ein altes Förderband ist das einzige technische Hilfsmittel. Junge Frauen verteilen die anrollenden Päckchen und Pakete mit der Hand weiter.

Das Bahnpostamt Berlin ist das älteste der Stadt, es erstreckt sich auf 35 000 Quadratmeter. Hier steht immerhin eine polnische Paketsortieranlage, die einzige im Osten der Stadt. Wenn die Waggons ausgeladen werden, sind die Bänder voll von blauen Quelle-Paketen.

Auf solche Mengen an Versandhaus-Paketen war niemand vorbereitet, es fehlt an allem – an Lagerhallen, Sortieranlagen, Fahrzeugen, Zustellern. Eine Zeitlang herrschte Chaos, nichts ging mehr.

Päckchen-Sortierung in Berlin (Ost): „Mittelalterliche Arbeitsprinzipien"

Amtsvorsteherin Braun-Dürig
Gestandene Männer weinen

Ein Berg von 10 000 Paketen türmte sich im Postamt von Marzahn, der Trabantenstadt am Rande von Berlin-Ost. Angelika Weimann, die stellvertretende Amtsvorsteherin, heuerte sogenannte Pauschkräfte an und mietete Fahrzeuge. Die fahren in zwei Schichten. Eine neue Halle wurde bezogen, heizbar ist sie allerdings nicht.

Frau Weimann wird unterstützt von Jörn Peter von Ahn, der zuvor in Neukölln für die Briefzustellung zuständig war. Der vollbärtige Postler ist ein Hüne, er sieht so aus, als könne ihn so leicht nichts umwerfen. „Am Anfang war es ein Schock", sagt er über seine Erlebnisse im Osten, „es ist überall furchtbar."

120 West-Beamte hat die Post in die neuen Bundesländer geschickt. Westler leiten die Direktionen und deren Abteilungen. Die Amtsvorsteher kommen zur Hälfte aus den alten Ländern. Die übrigen Führungspositionen werden in West und Ost ausgeschrieben.

Armin Stoffleth hatte in Hamburg als Personalchef einen ruhigen Job. Doch weitergekommen wäre er wohl nie. Jetzt ist er Präsident der Post in Sachsen und Herr über 27 000 Postler. Er hat seine Entscheidung nach einer Woche bereut. „Du bist ein Vollidiot", sagte er sich. „Heillos" sei die Situation gewesen, „das totale Chaos".

Nach der Währungsunion hatten die Postler zum ersten Mal Geld, doch es fehlte die Orientierung. Ein Leiter stellte kurzerhand 20 Leute ein, mit denen sollte sein Amt leistungsfähiger werden. In Chemnitz schloß ein anderer einen Generalvertrag mit einem West-Architekten. Der sollte, für 700 000 Mark, die Schalterhallen renovieren. Das Geld ist weg, die Hallen sehen aus wie zuvor.

Aus dem Chaos, meint Stoffleth, führt nur ein Weg: „Wir müssen zwangsläufig unser System implantieren. Wir müssen sagen, wo's langgeht."

Das macht, im Postamt Dresden 1, Irmtraud Braun-Dürig, ehedem Leiterin des Postamts Aachen, eine Postlerin in der dritten Generation. Sie ist, ganz offensichtlich, eine energische Person, temperamentvoll und wortgewaltig – eine der Besten, wie es bei der Post heißt. Aber auch sie fühlt sich überfordert.

Die Motivation der Belegschaft macht ihr zu schaffen. „Ja, wissen Sie, ich bin eben etwas faul", entschuldigte sich eine Frau, die einfach die Post nicht ausgetragen hatte. Gestandene Männer weinen, weil sie als Paketzusteller arbeiten sollen. Die Bedingungen sind „menschenunwürdig", so die West-Beamtin, und dazu kommt die ständige Kritik.

„Sie kriegen hier nur Prügel", sagt die Dresdner Postamtschefin. Die Medien, so sehen es jedenfalls die Postler, hauen ständig auf sie ein. Und auch die Kunden sind kritischer geworden, seit die Gebühren auf West-Niveau angehoben wurden. Die Stimmung in den Postämtern ist bisweilen aggressiv.

Das Gröbste scheint jedoch überstanden. „Rückstandsfrei" melden die meisten Amtsleiter ihre Hallen, was soviel heißt wie: Man ist auf dem laufenden. Doch jetzt beginnt erst die eigentliche Arbeit, das Postsystem muß nach westlichem Maßstab aufgebaut werden.

Viele Dienstleistungen gibt es in der ehemaligen DDR noch immer nicht, Nachnahme ist nur wenigen Ost-Postlern ein Begriff. Und auch die Zustellung ins Haus des Kunden ist nicht überall üblich.

In Berlin-Mahlsdorf laden die Zusteller ihre Trabis voll bis unters Dach. Selbst auf und vor dem Beifahrersitz stapeln sich die Auto-Atlanten des ADAC und die vielen Werbesendungen.

Ein Trabi-Postler deckt mit seiner Ladung eine große Fläche ab. Die Fahrt führt ihn von Fachanlage zu Fachanlage. Dort wird, in grauen Kästen, die Post für einen Umkreis von etwa 100 Metern deponiert, die Empfänger müssen sich die Briefe selbst abholen.

Im nächsten Jahr sollen die letzten dieser Anlagen verschwinden. Dann werden, wie im Westen, Briefe und Pakete auch in Mahlsdorf ins Haus gebracht. „Die sagen immer, wir seien unproduktiv", empört sich ein Zusteller, „das hier ist doch viel produktiver."

Die Beschäftigten haben Angst, daß sie bald vom Trabi aufs Fahrrad umstei-

Es gibt Musik, die Sie verzaubert - und entführt in eine heitere, unbeschwerte Welt: In die Welt des Galestro. Ein Wein, so lebhaft und leicht,

wie er wohl nur an den Hügeln der Toskana zur Reife gelangt. Ein Wein, dessen harmonisches Zusammenspiel von Würze und Bukett dazu

GALESTRO. ALLEGRO CON BRIO.

geschaffen ist, besondere Stunden zu verschönern.

Geniessen Sie seine Gesellschaft in den fröhlichen

Augenblicken des Lebens. Lauschen Sie seiner Musik und

entdecken Sie seinen lebhaften Charakter: Allegro con brio.

VON DEN HÜGELN AUS DEM HERZEN DER TOSKANA.

GALESTRO

ARS VIVENDI VINO

MM1

Die EUROCARD sagt mehr über Sie als das Hotel, in dem Sie Stammgast sind.

Wenn Sie Ihre Hotelrechnung mit der EUROCARD bezahlen, zeigen Sie, daß Sie mit Geld gut umgehen können. Und das Vertrauen *Ihrer Bank oder Sparkasse* besitzen. Mit der EUROCARD kann man in Deutschland bei mehr als 180.000 Stellen optimal bezahlen. Weltweit bei über 9 Millionen (im Verbund mit MasterCard). Fragen Sie Ihre Bank oder Sparkasse!

EUROCARD

MasterCard

EUROCARD. Für Leute, die auch sonst gute Karten haben.

gen müssen. Sie fürchten die weiten Wege und die schweren Briefträgertaschen.

In Berlin-Hellersorf, einer Trabantenstadt mit 109 000 Einwohnern, hat ein Zusteller 1000 Haushalte zu versorgen. Das war schon vor der Wende so, nur gab es damals nicht die Briefe-Stapel aus dem Westen.

In einem der gesichtslosen Beton-Kästen ist, auf 65 Quadratmetern, ein Postamt untergebracht, zuständig für immerhin 30 000 Bürger. Zwölf Zustellerinnen bereiten in einem Zimmer dieses Wohnungspostamts ihre Tour vor. Sie haben die Säcke vor sich ausgeschüttet.

Die Situation in Hellersdorf hat sich ein wenig entspannt, seit die Post eine zweite Drei-Raum-Wohnung gegenüber anmietete. Das geplante Postamt wurde gestrichen. „Wir haben keine Orientierung, wie's weitergeht", sagt Angelika Weimann, die auch für Hellersdorf zuständig ist. „Vielleicht müssen wir uns noch ein, zwei Jahre gedulden."

Rund vier Milliarden Mark will die Post in den nächsten fünf Jahren im Osten investieren. Neue Postämter werden gebaut, alte renoviert, viele ersatzlos geschlossen.

Riesige Frachtzentren entstehen. In Zwickau hat die Post schon 100 000 Quadratmeter gekauft; sieben weitere, ebenso große Grundstücke werden in der ehemaligen DDR gesucht.

33 dieser hochautomatisierten Verteilungsanlagen sollen in den alten und in den neuen Ländern gebaut werden; sie sind Teil eines Konzepts, mit dem die Post die private Konkurrenz abwehren will. An jedem Paket verliert das Staatsunternehmen 6,31 Mark, die privaten Dienste machen dicke Gewinne. Die Gegenoffensive beginnt im Osten. „Ost hat Priorität", sagt Zumwinkel.

Beim Briefverkehr ist der Druck nicht so groß, da gilt noch das alte Postmonopol. Doch vom selbstgesteckten Ziel „E + 1" – Zustellung des Briefes am Tag nach der Einlieferung – ist die Ost-Post noch weit entfernt.

Das Postamt in Schwerin besitzt immerhin eine der wenigen halbautomatischen Sortieranlagen, darauf sind die Mitarbeiter besonders stolz. Das Ungetüm, eine aufwendige Entwicklung, sortiert, bedient von zwei Mitarbeitern, 7000 Briefe in der Stunde. Eine moderne West-Maschine leistet, vollautomatisch, 40 000.

Die Produktivität ist gering, die einfachsten Hilfsmittel fehlen. In einem Berliner Verteilamt werden die Briefe mit einem Aldi-Einkaufswagen transportiert. Der sei so schön leicht und beweglich, sagt der Leiter. Der Wagen sei „weggefunden worden", ergänzt ein Mitarbeiter.

Die Mitarbeiter sind überlastet, doch neue Kräfte dürfen nicht eingestellt werden. Es müssen ja bald die freiwerdenden Kollegen vom Postzeitungsdienst übernommen werden, teilweise zumindest.

Im Herbst wird entschieden, wer von der alten Post bei der neuen fest eingestellt wird. Seit Anfang Juli gibt es 60 Prozent der West-Gehälter, bisher waren es 40. Von beiden Maßnahmen versprechen sich die West-Kräfte einen Motivationsschub ihrer orientierungslosen Ost-Mitarbeiter.

Langfristig aber, soviel ist sicher, werden bei der Post in den neuen Ländern sehr viel weniger Leute arbeiten. 60 000 könnten bleiben, wenn im Osten die gleiche Postmenge pro Einwohner mit der gleichen Produktivität wie im Westen bearbeitet würde. Noch allerdings ist beides viel geringer.

Aber selbst dieses Niveau kann kein Maßstab für die Zukunft sein. „Im Westen", sagt Zumwinkel, der Sanierer, „steht es mit der Produktivität auch nicht zum besten."

Der Service der gelben Post im Westen hat durch die neuen Aufgaben im Osten zusätzlich gelitten. Die Klagen über lange Laufzeiten häufen sich, vom Ziel „E + 1" hat sich die Post weit entfernt.

„Wenn wir nicht sofort eine Wende zur Verbesserung der Qualität erreichen", heißt es in einer internen Information für Führungskräfte, „ist zu befürchten, daß für den Postdienst dauerhaft negative Folgen entstehen."

Durch die „Ost-Geschichte" will sich Zumwinkel jedenfalls nicht von seinen ehrgeizigen Plänen abbringen lassen. „Wir haben eine Strategie entwickelt, wie wir die West-Post umdrehen", sagt er. „Die Programme laufen."

Unternehmen

Nach unten korrigiert

Hat Boss sich zuviel vorgenommen? Die Holy-Brüder, nur noch Minderheitsaktionäre in ihrer Firma, haben mit Aufräumarbeiten reichlich zu tun.

Anerkennend streicht Jochen Holy über seine elegante Freizeit-Hose. „Feiner Stoff", sagt der Chef der Konfektionsfirma Boss, „doch zu teuer" – nicht für Holy, aber für Boss.

Lange galten Jochen Holy und sein Bruder Uwe als das dynamische Duo ihres Gewerbes. In nur wenigen Jahren brachten sie das vom Vater übernommene Unternehmen, eine Uniformschneiderei, an die Spitze der deutschen Herrenbekleidungs-Branche. Doch im weltweiten Wettbewerb war Boss in der Oberklasse, in der sich Marken wie Armani oder Zegna teuer verkaufen, noch längst nicht angelangt.

Daran wird sich nun vorerst wohl auch nichts ändern. Zwar gilt der Boss-Anzug noch immer als selbstverständliche Berufskleidung modebewußter Führungskräfte, aber die Zeiten stürmischen Wachstums scheinen vorerst vorbei.

Im vergangenen Jahr setzten die Modemacher aus dem schwäbischen Metzingen, die jahrelang mit zweistelligen Zuwachsraten glänzten, gerade noch

Boss-Manager Uwe, Jochen Holy: „Wir können uns noch sehen lassen"

Vamos amigos! Mit dem Mag

TROOPER-Testfahrer für faszinierende Pisten gesucht.

Die Trooper-World-Tour geht weiter: Vamos amigos! Wenn Sie als Gewinner mit dem Magic II starten, können Sie die faszinierende Welt der Baja California in Mexiko entdecken. Berge, traumhafte Strände, aber vor allem faszinierende Off-road-Pisten durch die endlose Kakteen-Wüste warten auf Sie.

Erleben Sie die starke Allradtechnik und den kraftvollen Turbo-Diesel-Motor des Trooper Magic II. Dieses besonders attraktive Trooper-Sondermodell kommt in jeder Hinsicht gut an: Mit den serienmäßigen Breitreifen auf Leichtmetallrädern, dem markanten Frontschutzbügel und den Kotflügelverbreiterungen, den Aluminiumtrittbrettern und dem komfortablen, ganz in Schwarz gestylten Innenraum liegt er voll im Trend.

Interessiert, den Trooper Magic II in der Baja California zu testen? Vamos, holen Sie sich die Trooper-World-Tour-

E R - **W** O R L D - **T** O U R

ic II durch die Baja California.

Broschüre der 3. Etappe mit Tips und Infos über die Mexiko-Tour sowie eine Teilnahmekarte* bei Ihrem Opel/Isuzu-Händler. Mit etwas Glück gewinnen Sie die Testfahrt inklusive Nebenkosten für 2 Personen.

Fahren Sie den Trooper Magic II bei Ihrem Opel/Isuzu-Händler einmal zur Probe. Dort erfahren Sie auch alles über günstige Leasing- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Die 3. Ausgabe der Trooper-World-Tour-Broschüre „Die schönsten Off-road-Strecken der Welt" gibt's jetzt kostenlos beim freundlichen Opel/Isuzu-Händler.

* Natürlich können Sie Ihre Teilnahmekarte auch direkt per Post anfordern. Schreiben Sie an: Trooper-World-Tour, Postfach, 4150 Krefeld 500.

ISUZU OPEL GM

Exklusiv beim freundlichen Opel/Isuzu-Händler.

vier Prozent mehr um. Erstmals seit langem schrumpfte auch der Gewinn – um fast 8 Millionen auf 28 Millionen Mark.

Insider des Modegewerbes wußten auch gleich eine wichtige personelle Veränderung im Hause Boss präzise zu deuten. Daß der langjährige Chefdesigner der Holy-Brüder, der Österreicher Werner Baldessarini, seine bisherigen Arbeitgeber verläßt und mit der Hamburger Unternehmerin Jil Sander eine Männermodefirma gründen will, heißt für böse Zungen: Der will sich absetzen, ehe es zu spät ist.

Vielleicht war Baldessarini auch nur enttäuscht. Tatsache ist, daß den Modemachern aus Metzingen der große Wurf, den sie vor allem in Übersee planten, mißlang.

Als der Dollar von Tag zu Tag an Wert verlor, wollten die Holys, die auch in den USA Anzüge und Hemden verkaufen, ihr Unternehmen vor weiteren Kursverlusten schützen. So übernahmen sie Anfang 1989 den amerikanischen Bekleidungshersteller Joseph & Feiss in Cleveland, um im Lande produzieren zu können. Doch die Firma entpuppte sich sehr schnell als Sanierungsfall. Die Maschinen waren zum Teil 40 Jahre alt.

Noch größere Probleme bereiten den Boss-Brüdern andere Altlasten ihrer amerikanischen Tochter. Die Holys mußten die maroden Einzelhandelsgeschäfte ihres Wunschpartners übernehmen, und die machen zum größten Teil nur Verluste.

Allein im vergangenen Jahr korrigierten die Schwaben den Wert ihrer amerikanischen Erwerbung um rund 30 Millionen Mark nach unten. „Wenn man ein Unternehmen kauft", gesteht Boss-Manager Holy ein, „muß man am Anfang eben erst mal bluten."

Mit harter Hand wollen die Boss-Brüder ihre US-Ableger nun sanieren. Viele Filialen werden mit neuen Managern besetzt. Andere Geschäfte müssen Lager abbauen und Leute entlassen. Niederlassungen, die dann immer noch rote Zahlen schreiben, sollen abgestoßen werden.

Dem Unternehmen, das die Holys so zügig und erfolgreich aufgebaut hatten, scheint überdies der Eigentümerwechsel nicht bekommen zu sein. Ende 1989 hatten die beiden Brüder die Mehrheit ihrer Firma an den japanischen Konzernchef Akira Akagi verkauft. Seitdem kommt der einstige Vorzeigebetrieb nicht mehr zur Ruhe.

Erboste Boss-Aktionäre bemängeln, daß sich der gebürtige Koreaner fast nie im Aufsichtsrat oder in der Hauptversammlung sehen läßt. Zusätzlich verunsichert fühlen sich Arbeitnehmer und Anteilseigner durch Gerüchte, der neue Eigner wolle sich bereits wieder von seinen Boss-Aktien trennen.

Die früheren Alleineigentümer jedenfalls, noch immer Vorstände der Firma, werden weiterhin reichlich zu tun haben. Ehe er sich Mitte Juli in den Urlaub verabschiedete, um mit dem Mountainbike die Schweizer Berge unsicher zu machen, mußte Jochen Holy noch eine Nachtschicht einlegen.

Wie skeptisch Experten die Zukunftsaussichten der Firma Boss einschätzen, läßt sich am Börsenkurs des Unternehmens ablesen. Die Vorzugsaktie kostete 1986 auf ihrem Höchststand 2850 Mark; sie war vergangene Woche für 620 Mark zu haben. Selbst die Commerzbank mochte das Papier zeitweise nicht empfehlen. Ihr Vorstandsmitglied Jürgen Terrahe sitzt bei Boss im Aufsichtsrat.

Maschinenbau

Ein paar klappen weg

Deutschlands größter Industriezweig leidet unter Auftragsschwund. Droht eine Rezession?

Die Firma weist, fast, alle Vorzüge eines schwäbischen Musterbetriebs auf. Die Maschinen, die sie herstellt, sind weltweit anerkannt, die Produktionstechnik ist auf dem neuesten Stand.

Nur der Verlust, den die Emag Maschinenfabrik GmbH macht, paßt nicht ganz ins Bild: 100 Millionen Mark bei 150 Millionen Umsatz. Der High-Tech-Betrieb mußte Vergleich anmelden.

Produktion bei Emag: Der High-Tech-Betrieb ist so gut wie pleite

Die Vorstandsbosse spielen die Probleme natürlich herunter. „Mit unseren Zahlen", sagt Jochen Holy, „können wir uns noch immer sehen lassen."

Sein auch sehr ansehnliches Jahresgehalt von rund zwei Millionen Mark wird Jochen Holy, der Ende dieses Jahres 50 wird, noch bis spätestens Mitte 1994 beziehen. Dann wollen auch die Brüder aus dem Vorstand ausscheiden – ihre Verträge mit dem neuen Mehrheitseigner Akagi laufen aus.

Die Holys könnten sich dann – mit der dreiviertel Milliarde Mark, die sie für ihre Firma erzielten – in den Ruhestand zurückziehen. Viel lieber aber würden sie in den Aufsichtsrat ihrer Firma aufrücken – wenn der Mehrheitseigner sie dort haben will.

Ein Sonderfall, gewiß. Die Emag lieferte ihre Drehmaschinen zu über 50 Prozent in die Sowjetunion, und die kann nicht mehr zahlen. Bereits bestellte und produzierte Maschinen nimmt sie gar nicht mehr ab.

Aber ein wenig symptomatisch ist die Beinahe-Pleite des High-Tech-Betriebs doch. „Unser stolzer Werkzeugmaschinenbau", sagt Emag-Vergleichsverwalter Hans Ringwald, „steht unter Druck."

Und nicht nur er. Der gesamte Maschinenbau, Deutschlands größter Industriezweig, leidet unter Auftragsschwund. Die schlechten Nachrichten häufen sich: Emag so gut wie pleite, Schlafhorst verkauft, Kurzarbeit und

Wissen Sie, was hinter diesem Zeichen steht?

Bitte wenden.

Rechtsschutz-Versicherung

Schutzbrief

Kfz-Haftpflicht-Versicherung

Teil- und Vollkasko-Versicherung

Insassen-Unfall-Versicherung

Haftpflicht-Versicherung

Unfall-Versicherung

Hausrat-Versicherung

Sach-Versicherungen

Mehr über die Versicherungen der D.A.S. sagt Ihnen gern der D.A.S.-Fachmann in Ihrer Nachbarschaft. Anruf genügt.

Personalabbau bei Traub und Gildemeister.

Die Namen der Betriebe kennen meist nur Fachleute, doch Firmen wie diese bilden das Rückgrat der deutschen Industrie. Keine Branche beschäftigt mehr Mitarbeiter (1,1 Millionen), keine, nicht einmal der Fahrzeugbau, macht mehr Umsatz (216 Milliarden Mark).

Über 4000 Maschinenbaufirmen gibt es in der alten Bundesrepublik, sie beschäftigen im Durchschnitt nur 250 Mitarbeiter. Die meisten Unternehmen sind hochspezialisiert, viele von ihnen sind Weltmarktführer in ihrem jeweiligen Bereich. Rund die Hälfte ihrer Produkte verkaufen sie im Ausland.

Daß es gerade in diesem Wirtschaftszweig bergab geht, verheißt wenig Gutes. Der Maschinenbau gilt als Frühindikator der konjunkturellen Entwicklung. Maschinen werden gekauft, wenn die Unternehmer hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Geht die Nachfrage zurück, dann rechnet die Wirtschaft mit einer Rezession.

Die Flaute trifft die Maschinenbauer nach einem Boom ohnegleichen. Um über 20 Prozent stiegen in den vergangenen drei Jahren die Umsätze.

In diesem Tempo sollte es auch weitergehen. Die deutsche Einheit, so kalkulierte die Branche, würde in Ost wie West zu gewaltigen Investitionen führen. Und wo investiert wird, werden Maschinen gebraucht – und Maschinen, mit denen diese Maschinen gebaut werden.

Es kam ganz anders. Die wichtigsten Abnehmerländer, die USA voran, rutschten in eine Rezession und bestellten weniger. Die Ostmärkte brachen weg. Sie hatten zwar nur einen Anteil von sechs Prozent am deutschen Maschinenexport, aber sie waren wegen ihrer „guten Preise", wie ein Produzent sagt, besonders beliebt. Auf den Weltmärkten machten den Deutschen die Wechselkurse zu schaffen, die Japaner hatten zeitweise einen Preisvorteil von 20 Prozent.

„Die jetzige Konjunkturschwäche ist eine Exportschwäche", sagt Berthold Leibinger, der Präsident des Verbandes deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Bisher verhinderten die Aufträge aus dem Inland die große Krise. Doch seit Mai gehen auch sie zurück (siehe Grafik).

Im Werkzeugmaschinenbau, „der Königin des Maschinenbaus" (Leibinger), sinken die Bestellungen aus dem Inland schon länger, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres betrug das Minus 24 Prozent. Das ist auch für eine Branche dramatisch, die mit starken zyklischen Schwankungen zu leben gelernt hat.

Die deutschen Firmen, klagen Verbandsvertreter wie Leibinger, hätten in den guten Jahren zu wenig Fett angesetzt, von dem sie jetzt zehren könnten. Die Löhne seien zu hoch, die Preise zu niedrig – und die Erträge deshalb zu gering. „Wenn die Luft dünner wird", sagt ein Maschinenbau-Manager, „klappen gleich ein paar weg."

Die dünne Luft ist nicht nur der vergleichsweise kleinen Emag GmbH schlecht bekommen. Selbst eine so renommierte Firma wie die Mönchengladbacher Schlafhorst AG & Co., der größte deutsche Hersteller von Textilmaschinen, leidet unter akuter Atemnot.

Der Umsatz, im vergangenen Jahr 987 Millionen Mark, ist bis Mai im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 44 Prozent geschrumpft. Für 3580 der 5033 Mitarbeiter wurde Kurzarbeit angemeldet.

Maschinenbau-Präsident Leibinger
„Die Konkurrenz vor Ort stellen"

Die Krise, in der sich das Unternehmen und große Teile der Branche befänden, sagt Schlafhorst-Chef Frank Pätzold, sei die schwerste, die er in den vergangenen 40 Jahren erlebt habe. Das Ende sei noch nicht abzusehen.

„Um den Fortbestand des Unternehmens zu sichern", wie es offiziell heißt, verkauften die Eigentümer ihre Firma an die schweizerische Saurer-Gruppe. Die stellt ebenfalls Textilmaschinen her und ist kleiner als das Unternehmen, das sie nun geschluckt hat.

Der Chef des neuen Verbundes, der Tessiner Unternehmer und Unternehmenskäufer Tito Tettamanti, hat eine Vision. Er will alle großen europäischen Hersteller von Textilmaschinen zusammenfassen. Sein Ziel: eine Allianz gegen die, wie er sagt, „japanische Herausforderung".

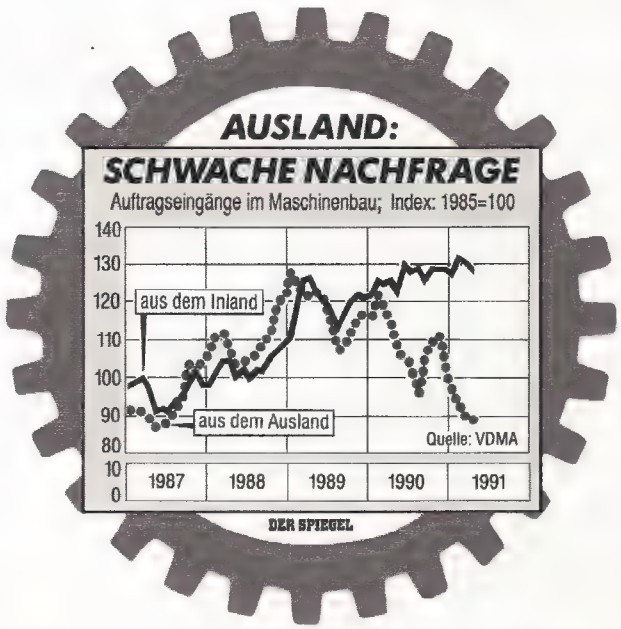
Die Japaner, da hat der Tessiner Visionär recht, sind die schärfsten Konkurrenten der europäischen Maschinenbauer. Und richtig ist auch, daß diese Konkurrenten teils große Konzerne, teils Bestandteile großer Konglomerate sind.

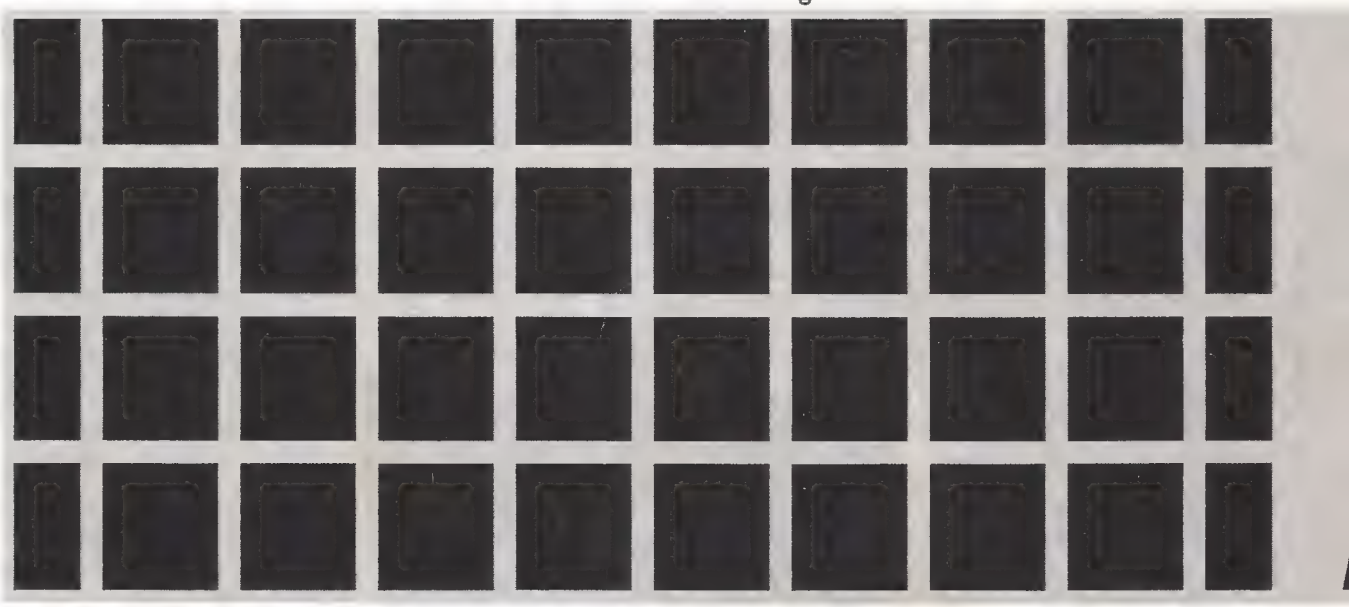
Der Vorteil der Deutschen war bisher gerade ihre mittelständische Struktur. Die kleinen Betriebe reagieren flexibel auf jede Veränderung des Marktes, sie bieten für jede Nische die richtige Maschine. Aber ist diese Struktur auch den Anforderungen der Zukunft gewachsen?

Noch halten die Deutschen an der Maschinenausfuhr der westlichen Industrieländer einen Anteil von über 20 Prozent – mehr als die Japaner (18,9 Prozent, siehe Grafik). Doch das muß nicht so bleiben, die Japaner holen auf.

Besonders in Ostasien, klagt VDMA-Präsident Leibinger, „sind wir vollkommen unzureichend präsent". Die Hälfte dieses Wachstumsmarktes besetzten die Japaner, die Exportweltmeister aus Deutschland sind nur mit neun Prozent dabei.

Den deutschen Firmen, das ist der Nachteil der mittelständischen Struktur, fehlt meist ein weltweites Service- und Vertriebsnetz. Die Japaner haben da gewaltige Vorteile, Leibinger will ihnen auf diesen Märkten mit Kooperationen begegnen. Die Firma Trumpf, die ihm



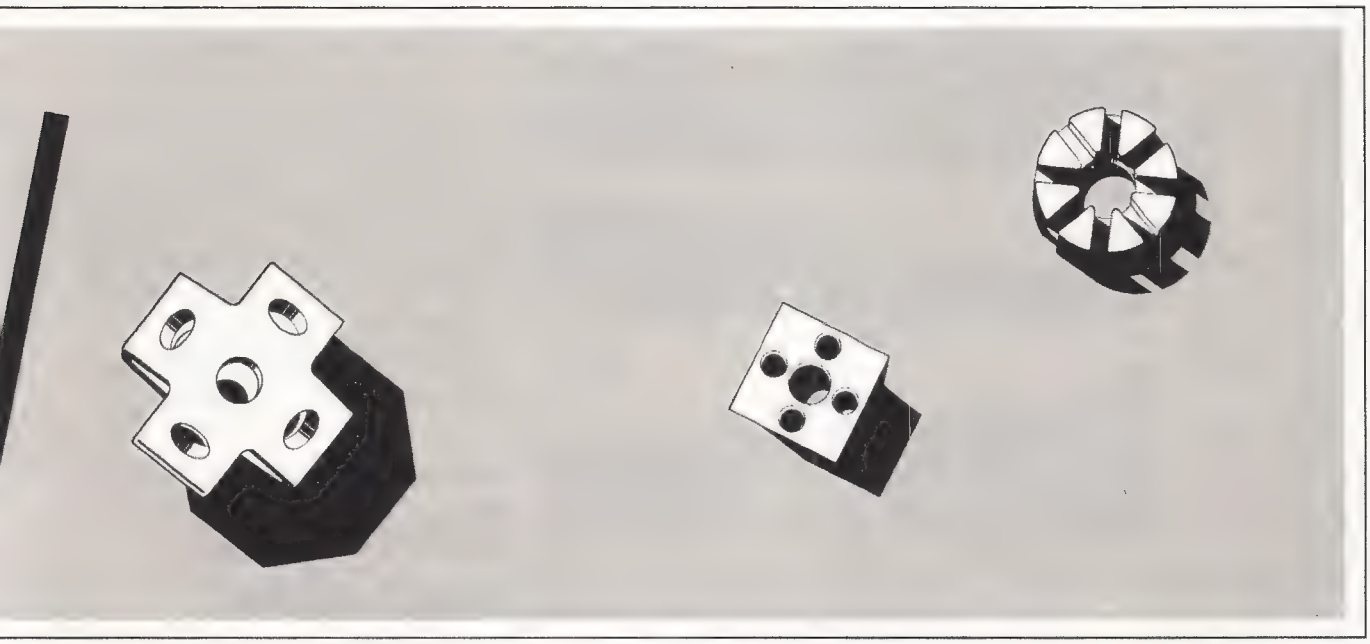


Französische Impressionisten ins Gefängnis!

Nach dem Motto »Schwere Jungs raus, schöne Kunst rein« hat man kürzlich das Luxemburger Gefängnis umgebaut. Von dem alten Gemäuer wurde dieses und jenes erhalten und in die neue, moderne Architektur integriert.

Im »Tutesall«, dem Tütensaal, in dem vor Monaten noch Tüten geklebt wurden, kann man jetzt Ausstellungen besuchen. Dies war der Grund, warum man Leitner ins Kittchen holte. Denn Leitner stand auf der Fahndungsliste ganz oben, als man nach einem passenden Ausstellungssystem suchte.

Leitner Systeme sind aus Prinzip einfach, sensibel und anpassungsfähig. Sie sind pur – von der Idee bis zur Form. Sie sind auf das Wesentliche reduziert, um das Exponat in den Vordergrund zu rücken und so zum Hauptdarsteller zu



Leonhardt & Kern

machen. Die Funktionalität beweist sich im einfachen Handling. Die Variabilität entwickelt sich aus der Konzentration auf wenige Bausteine.

Mit Leitner Ausstellungssystemen können Sie französische Impressionisten aufhängen, interessante Nachrichten übermitteln, heiße Sportwagen präsentieren, neue Produkte vorstellen, über internationales Design informieren.

Wenn Sie weniger über Kittchen und mehr über uns wissen wollen, dann schreiben Sie uns kurz. Oder rufen Sie einfach an.

Leitner GmbH, Düsseldorfer Straße 14,
7050 Waiblingen, Telefon 0 71 51/17 06-0.

Leitner

Ausstellungssysteme

zu 75 Prozent gehört, plant in Singapur einen gemeinsamen Stützpunkt mit einem anderen schwäbischen Werkzeugmaschinenbauer.

Leibinger, Sohn eines Ostasiatika-Händlers, drängt die deutschen Maschinenbauer, in Japan selbst aktiv zu werden. „Wir müssen", sagt er, „die Konkurrenz vor Ort stellen." Der Markt ist zweieinhalbmal so groß wie der deutsche, er wird von den einheimischen Produzenten bisher fast allein bedient.

Trumpf, ein Spezialist für Maschinen zur Blechbearbeitung, betreibt in Japan eine Tochtergesellschaft und, gemeinsam mit einem einheimischen Partner, eine Laser-Produktion.

Bei so viel Engagement rund um den Globus bleibt wenig Raum für Aktivitäten im Osten. Trumpf unterhält ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem Berliner Maschinenbauer Niles. Doch dahinter verbirgt sich nicht mehr als eine fünfköpfige Konstruktionsgruppe. Und bei einem Betrieb des ehemaligen Kombinats Fortschritt Landmaschinen lassen die Schwaben ein paar Teile fertigen.

Der Anreiz, in den neuen Ländern zu investieren, das räumt der VDMA-Präsident ein, ist gering. Und er ist durch die Krise im Maschinenbau nicht eben größer geworden. „Zuerst", sagt Leibinger, „muß ich mich um meinen Betrieb kümmern."

Auch in der DDR war der Maschinenbau mit 550 000 Beschäftigten einmal die größte Branche. 250 000 Menschen können, nach einer VDMA-Prognose, vielleicht ihren Job behalten.

Ohne Westinvestoren geht das nicht, und die halten sich, wie Trumpf, zurück. Die großen Maschinenbaubetriebe liegen, teils in Einzelteile zerlegt, teils unter dem Dach einer Holding zusammengefaßt, noch immer bei der Treuhand.

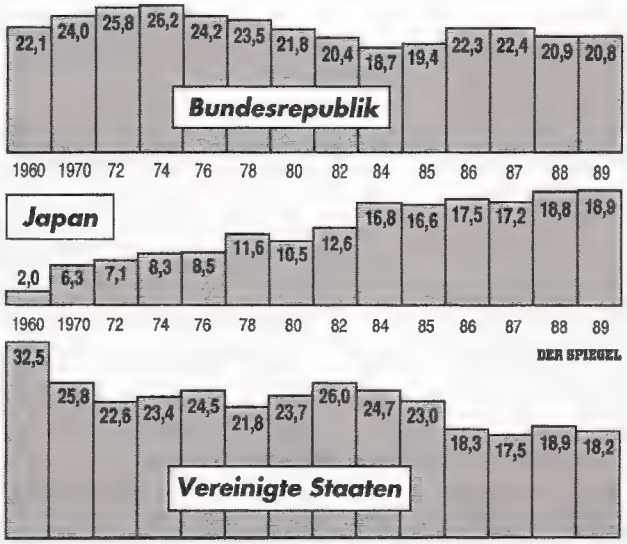
In größerem Umfang sind nur wenige im Osten aktiv. Die Allgäuer Maho AG hat am Tag der deutschen Einheit Gebäude und Anlagen der Maschinenfabrik Seebach für 25 Millionen Mark übernommen. 50 Millionen sollen investiert, 500 Mitarbeiter beschäftigt werden.

Doch kaum wurde in Seebach produziert, zweifelten die Maho-Manager, ob überhaupt neue Kapazitäten gebraucht werden. Die Aufträge blieben aus, die Umsatzprognose mußte drastisch zurückgenommen werden. Für die Werke in Ost und West mußte Kurzarbeit angemeldet werden.

Noch schlimmer hat es die Firma FAG Kugelfischer erwischt. Sie übernahm die acht ostdeutschen Werke der Deutschen Kugellagerfabriken, dann brach der Markt weg. Die neuen, alten Fabriken sollen nun alle geschlossen werden.

So ist die Krise für den Maschinenbau im Westen hart – für den Maschinenbau im Osten kann sie tödlich sein.

Die Bundesrepublik und ihre größten Konkurrenten in der Maschinenausfuhr; Anteile unter den westlichen Industrienationen in Prozent



Beamte

Großzügig nach oben

Der Staat spart – nur nicht an seinen Dienern: Kinderreiche Beamte sollen künftig mehr Geld bekommen.

Wohltaten verteilen Politiker immer gern, an den Öffentlichen Dienst ganz besonders. Rund 1,8 Millionen Beamte und 2,8 Millionen Arbeiter und Angestellte samt ihren Familien sind – in den alten Bundesländern – ein zu verlockendes Wählerreservoir.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble macht da keine Ausnahme. Im September wird er kinderreiche Beamte mit einem happigen Zuschlag beglücken. Die Gabe gewährt er rückwirkend vom 1. Januar 1990 an, so daß auch noch eine beachtliche Nachzahlung von reichlich 1000 Mark herausspringt.

Doch seltsam – keine Ankündigung dringt aus den Arbeitszellen der Besoldungsexperten, im Innenministerium wird die Wohltat als geheime Verschlußsache behandelt.

Dem Politiker Schäuble kann nicht lieb sein, daß sein Name mit diesem neuen Beamtenprivileg verknüpft wird: Zur gleichen Zeit, da Finanzminister Theo Waigel Kindergeld und Freibeträge für Normalbürger aus Geldmangel auf das Existenzminimum beschränkt, legt Schäuble bei den Beamtenkindern 15 bis 20 Prozent zu. Das muß, nach einem Sommer mit Solidarzuschlag, Benzinverteuerung und angekündigter Mehrwertsteuererhöhung,

Unternehmenskäufer Tettamanti: „Japanische Herausforderung"

Was trauen Sie uns zu?

Die Elpro AG ist ein dynamisches und leistungsfähiges Unternehmen.

Mit einem großen Sprung stellen wir uns der Herausforderung, mit 3000 qualifizierten Mitarbeitern unsere Leistungsfähigkeit in den Märkten der Zukunft zum Einsatz zu bringen.

Sie können uns zutrauen, daß wir komplexe Aufgabenstellungen mit Intelligenz und Technik umsetzen. Dann sehen Sie auch, daß wir wichtig füreinander sind und bald den Weg zueinander finden sollten.

Die Elpro AG ist ein modernes Großunternehmen. Über 100 Jahre Erfahrung und ausgeprägtes technologisches Know-how haben eine schnelle Orientierung am Markt möglich gemacht.

In vier Kernbereichen verwirklichen wir den Anspruch, Mensch und Technik zusammenzuführen:

- Energietechnik
- Automatisierungstechnik
- Informations- und Kommunikationstechnik
- Umwelttechnik

Trauen Sie uns viel zu.
Fragen Sie uns.
Alles weitere zum Ortstarif.

0130 – 83 87 87

Unternehmensbroschüre auf Abruf.

Elpro AG

Rhinstraße 100 · O-1140 Berlin

SISYPHOS

Kinderreiche Familie: Für Beamte gelten andere Regeln

zusätzlich für Ärger bei den Wählern sorgen.

Ganz freiwillig verteilt Schäuble das Geschenk allerdings nicht. Es waren acht Richter des Bundesverfassungsgerichts, die in einem Beschluß vom 22. März 1990 einmal mehr den Beamten den ganz besonderen Schutz des Grundgesetzes angedeihen ließen. Schäuble mußte handeln.

Die Wurzel des Übels ist Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes. „Das Recht des Öffentlichen Dienstes ist", heißt es da harmlos, „unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln."

Einer dieser verfassungsrechtlich geschützten Grundsätze, von quasi beamteten Richtern in einer gefestigten Rechtsprechung fein ausgestaltet, ist der Beamtenanspruch auf eine „amtsangemessene Alimentation". Das heißt: Der Beamte hat, unabhängig von seiner Leistung, Anspruch auf eine Besoldung, die von seinem Rang, seinem Amt abhängt.

1978 fiel einem nordrhein-westfälischen Steueramtmann mit fünf Kindern auf, daß er sich trotz staatlicher Kinderzuschläge und bereits bewilligter beamtenrechtlicher Zugaben mit einem niedrigeren Lebensstandard zufriedengeben mußte als ein Kollege gleichen Ranges ohne oder mit nur einem Kind. Dieses Schicksal teilen Millionen kinderreiche Familien außerhalb des Staatsdienstes mit dem fünffachen beamteten Vater, sie müssen damit leben.

Nicht so der Steuerbeamte. Wenn die Besoldung des kinderlosen Amtmannes diesem das grundgesetzlich garantierte amtsangemessene Leben ermögliche, dachte der Düsseldorfer, dann könne seine Bezahlung nicht amtsangemessen sein. Denn er müsse, obwohl ranggleich, auf niedrigerem Niveau leben.

Der Staatsdiener ging durch die Instanzen, nach zwölf langen Jahren erhielt er 1990 in Karlsruhe recht. Beamte gleicher Amtsstellung, dekretierten die Verfassungsrichter, müßten sich „für ihre Familie ohne Rücksicht auf deren Größe annähernd das gleiche leisten können".

Zwar sei den Beamten zuzumuten, für zusätzliche Kinder in engen Grenzen auf ihr familienneutrales Einkommen zurückzugreifen, so die Verfassungshüter. Bei Beamten mit mehr als zwei Kindern aber sahen die Richter eine verfassungswidrige Unterversorgung als gegeben. Der Staat habe diesen Zustand vom Jahr der Karlsruher Entscheidung an zu beheben.

Für Kinder normaler Bürger, das hatte der Erste Senat des Verfassungsgerichts etwa zur gleichen Zeit festgelegt, muß das Existenzminimum steuerfrei bleiben. Dieses am „äußersten Mindestbedarf" eines Kindes orientierte Maß, befand nun der Zweite Senat, habe jedoch für Beamte keine Geltung, „die Alimentation eines Beamten und seiner Familie ist etwas qualitativ anderes".

Die Beamtenrechtler im Innenministerium schlossen aus dem Richterspruch, der Kinderzuschuß für Staatsdiener müsse vom dritten Kind an angehoben werden. Zusätzlich zu Kindergeld und Kinderfreibetrag, zusätzlich zum „kinderbezogenen" Teil des Ortszuschlags von 143 Mark stehe Beamten ein weiterer Betrag zu, ungefähr 60 Mark pro Monat und Kind für die unteren Chargen, 120 Mark für die Ober-Ministerialen.

Schäuble muß über diese Vorlage bald nach der Sommerpause entscheiden. Der Sondervorteil für die Beamten ist politisch heikel. Zündstoff birgt aber auch die vorgeschlagene Lösung, ohnehin besser besoldete Ränge großzügiger zu bedienen als kleine Polizisten oder Postler.

Das allerdings liegt in der verqueren Logik der Beamtenbesoldung. Ein Ministerialdirektor hat einen höheren Lebensstandard als ein Hauptsekretär. Also muß er für seine Kinder mehr aufwenden, also hat er Anspruch auf einen höheren Staatszuschuß. Außerdem zahlt er mehr Steuern. Schon deshalb muß, ganz klar, der Staat von vornherein mehr drauflegen.

Vorsichtshalber schlagen die Fachleute Schäuble als eine Alternative auch eine für alle gleiche Pauschale vor. Mit Nachdruck aber weisen sie ihren Chef auf die mit dieser „Nivellierung" verbundenen Verfassungsrisiken hin.

Kein Verfassungsrisiko wäre es, die von Karlsruhe verordneten Wohltaten auf die Beamten zu beschränken. Aber Schäuble kann es dabei nicht belassen. Die Experten im Innenministerium wissen: Was den Beamten gewährt wird, holen sich die Müllmänner in der nächsten Tarifrunde auch. Der künftige Kostenschub ist bereits einkalkuliert.

Besondere Freude wird bei etwa 10 000 Männern und Frauen aufkommen. Diese kinderreichen Staatsdiener hatten seit 1981 nach dem Vorbild des nordrhein-westfälischen Steueramtmannes Einspruch gegen ihre Besoldung eingelegt.

Um eine Prozeßflut zu vermeiden, hatten die Behördenleiter ihre Untergebenen überredet, den Einspruch ohne Entscheid bis zum Karlsruher Urteil ruhen zu lassen. Doch ausdrücklich legten die Verfassungsrichter fest, nur jene Staatsdiener hätten Anspruch auf Nachleistung, die ihre Forderung „gerichtlich" geltend gemacht hätten. Strenggenommen wären damit dieser Gruppe Nachzahlungen zwischen 6000 und 12 000 Mark entgangen.

Zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums gehört jedoch auch das „Fürsorgeprinzip". Und ganz besonders fürsorglich wollen sich die Verfassungsrechtler im Bonner Innenministerium zeigen, der gerichtliche Einspruch soll einer Klage gleichgestellt werden – die Nachzahlungen werden ausbezahlt. Jede andere Auslegung, so ein Schäuble-Helfer, wäre „ein Vertrauensbruch". ◄

Wir denken an morgen. Der Kinder wegen. BHW-Gruppe.

Kinderfreundliches Wohnen ist keine Frage neuer Vorschriften und Normen. Vielmehr müssen Familien die Möglichkeit erhalten, Wohnungen und Wohnumfeld nach ihren individuellen Bedürfnissen zu gestalten und zu verändern. Das erfordert mehr Flexibilität bei Stadtplanung und Wohnungsbau. Diese These vertraten Experten beim 10.Workshop des BHW FORUM zum Thema „Mit Kindern wohnen – Wege zu einem kinderfreundlichen Wohnungsbau". Wir haben dort Ideen diskutiert, die richtungweisend sind für unser zukünftiges Wohnen. Denn die Philosophie der BHW-Gruppe strebt nach Lösungen, die ihren 2,5 Mio. Kunden auch morgen Lebensqualität und Sicherheit garantieren. Lösungen für die Fragen des Bauens, Finanzierens, Sparens und der Vorsorge – und das für alle. Für BHW und AHW Bausparkasse, BHW Bank, BHW Lebensversicherung und BHW Immobilien gilt: Die Zukunft kann nur planen, wer sich heute mit den Anforderungen von morgen befaßt. Wenn Sie mehr über das BHW FORUM oder die BHW-Gruppe wissen wollen, schreiben Sie an BHW, Öffentlichkeitsarbeit, Postfach, 3250 Hameln. Bei Interesse liegen für Sie bereit:

☐ BHW FORUM-Info, ☐ BHW-Gruppe-Info, ☐ Broschüre „Mehr Platz für Kinder", ☐ Dokumentation 10.Workshop, DM 5,– (bitte in Briefmarken)

BHW
Bank · Bausparkasse · Versicherung

Die Unternehmen der BHW-Gruppe: BHW Bausparkasse AG als Partner für den öffentlichen Dienst. Und für alle: AHW Bausparkasse AG, BHW Bank AG, BHW Lebensversicherung AG, BHW Immobilien GmbH.

„Im Eiltempo, aber blind“

In 15 Jahren soll das menschliche Genom, das komplette Erbgut des Homo sapiens, entschlüsselt sein. Dann sollen Krebs und Dutzende anderer schwerer Krankheiten heilbar werden oder erst gar nicht entstehen können. Das drei Milliarden Dollar teure Mammutprojekt macht rasche Fortschritte, sein Nutzen ist umstritten.

Zu Lebzeiten wurde er verhöhnt wie kaum einer seiner Vorgänger oder Nachfolger im Amt. Seine hagere Gestalt, sein dürrer Hals und seine überlangen Arme und Finger trugen ihm hämische Beinamen ein wie „Pavian“ oder „Marabu“.

Doch als der Sohn eines Farmers aus Kentucky am 15. April 1865 an den Folgen eines Pistolenattentats starb, wurde er betrauert wie seither kaum ein anderer Staatsmann in der Neuen Welt: Abraham Lincoln, Sklavenbefreier und Bewahrer der staatlichen Einheit der Vereinigten Staaten, wurde zu einer amerikanischen Legende. Nun, 126 Jahre nach seinem Tod, wollen US-Forscher eine Frage klären, die unter Historikern, Medizinern und Lincoln-Verehrern schon seit Jahrzehnten diskutiert wird: Litt der 16. Präsident der Vereinigten Staaten tatsächlich, wie es seine äußere Erscheinung nahelegt, unter jenem Mißbildungssyndrom, das sich in „grazilem Hochwuchs“ und einer „Trichterbrust“, in „engen Gehörgängen“ oder auch in „Intelligenzdefekten“ manifestiert?

Dieses sogenannte Marfan-Syndrom ist vererbbar und müßte daher, so die These der US-Forscher, in Lincolns Erbmaterial nachweisbar sein. Teile davon haben die Ärzte, die den Ermordeten autopsierten, der Nachwelt erhalten. Unter Glas und hinter Schloß und Riegel werden im National Museum of Health and Medicine zu Washington Gewebeproben und Blutreste, zwei Haarlocken und sieben kleine Knochensplitter des Präsidenten aufbewahrt.

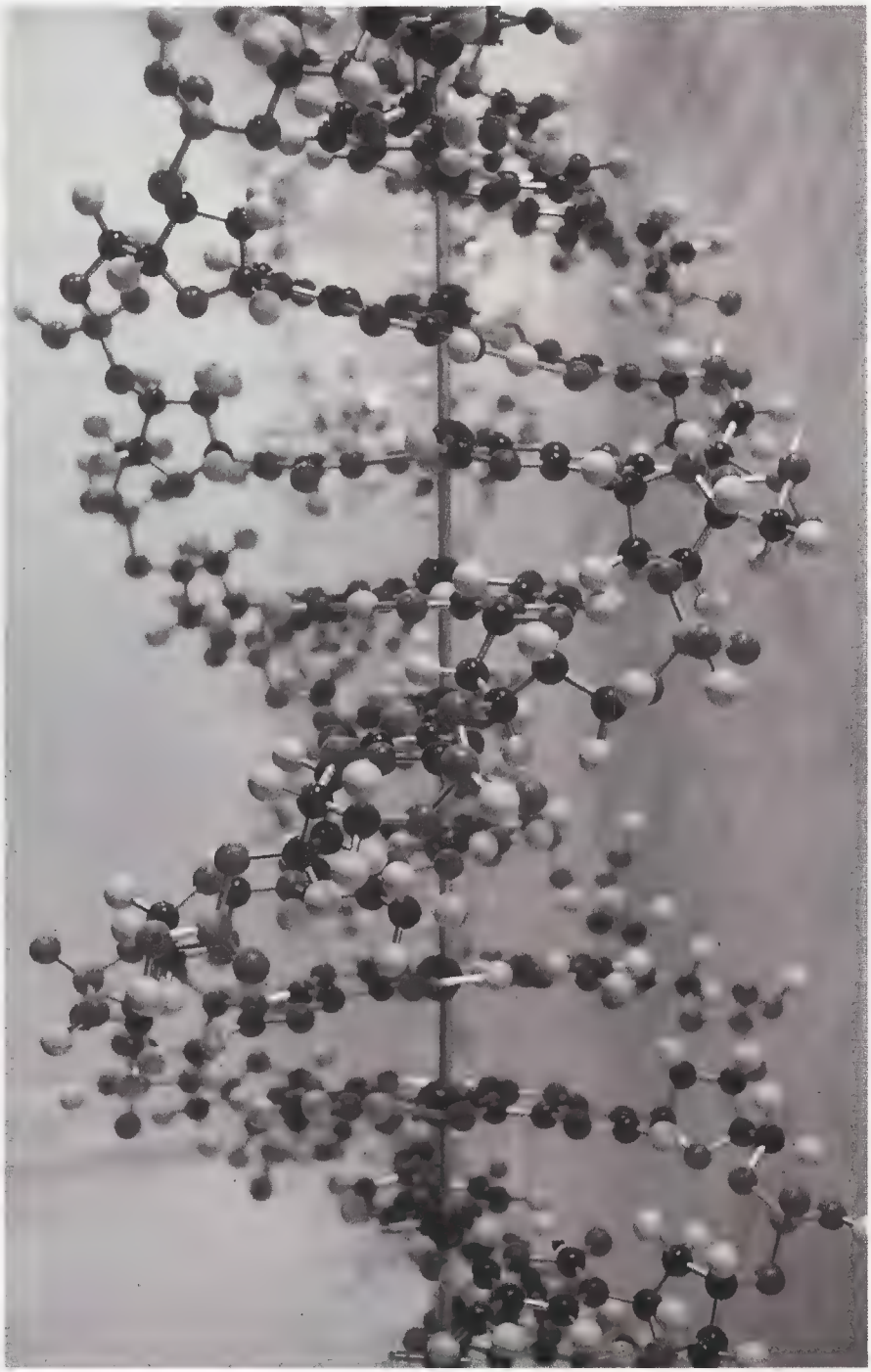
Zehn billionstel Gramm von Lincolns (insgesamt gut zehn Gramm) übriggebliebener Knochenmasse genügen, um daraus eine winzige Menge der Erbsubstanz DNA zu isolieren. Sie könnte im Labor mit Hilfe eines neuen Verfahrens, der sogenannten Polymerase-Kettenreaktion, in kurzer Zeit millionenfach kopiert und an genetische Untersuchungslabors zur Analyse verschickt werden.

Da die Genforscher, wie der US-Biochemiker Darwin Prockop es ausdrückt, „ungefähr wissen“, an welchem Ort im Erbmaterial sie nach dem Marfan-Faktor suchen müssen, könnte „in etwa zwei Jahren das krankheitsauslösende Merkmal identifiziert“ und geklärt sein, ob der 56jährige Lincoln womöglich „jederzeit hätte tot umfallen können, selbst wenn sein Attentäter John Wilkes Booth ihn verfehlt hätte“ – so beschrieb die *New York Times* das Risiko von Marfan-Patienten, an den Folgen einer geborstenen Aorta plötzlich zu sterben.

Wie überflüssig die postume Diagnose auch sein mag – das Marfan-Projekt, das acht namhafte US-Wissenschaftler im Februar dieses Jahres anschoben, illustriert die Bandbreite der noch jungen wissenschaftlichen Disziplin der molekularen Genetik.

Ihre Vertreter und Verfechter sind auf einem beispiellosen Parforceritt: Mit bravourösem Tempo dringen sie in das verzweigte Labyrinth der menschlichen Erbinformationen vor. Fast täglich, und das nun schon seit Jahren, melden sie neue Fortschritte beim Entziffern der „Geheimschrift des Lebens“ – mal sind

Genmanipulation an einer Maus: Planvoll modellierte Nachkommenschaft



Präsident Lincoln, Lincoln-Knochensplitter, DNA-Modell: Diagnose nach 126 Jahren

es komplette Erbanlagen (Gene), die sie entschlüsseln, mal genetische Textfehler, die für Erbkrankheiten oder Krebsleiden verantwortlich sind.

Gestartet haben die Genforscher inzwischen auch das Superprojekt ihres Fachgebiets: Seit gut drei Jahren arbeiten Wissenschaftler in fast allen Industrieländern an dem Vorhaben, einen Lageplan aller menschlichen Gene herzustellen – es handelt sich, nach derzeitiger Schätzung, um etwa 100 000 Erbanlagen, die auf den 46 Chromosomen im Kern jeder Körperzelle angeordnet sind (siehe Grafik Seite 102).

Parallel zu dieser Kartierungsarbeit, die nach bisheriger Planung etwa zwei Jahrzehnte beanspruchen wird, wollen die Forscher in fünf Jahren damit beginnen, die genaue chemische Struktur sämtlicher Einzelgene aufzuklären, die aus jeweils bis zu 300 000 Bausteinen (Nukleotiden) zusammengesetzt sind.

Aus je zwei der insgesamt vier verschiedenen Nukleotide bestehen die Sprossen der strickleiterförmigen und spiralig gewundenen Riesenmoleküle in den Zellkernen: Die Nukleotid- oder Basenpaare der Desoxiribonukleinsäure (DNA) sind gleichsam die Buchstaben im genetischen Text, der alle Anweisungen für den Bau und die Funktionen des Organismus enthält.

Rund drei Milliarden DNA-Buchstaben umfaßt der Text des menschlichen Genoms. Der Versuch, dieses enzyklopädische Lebensbuch zu dechiffrieren, es in Sätze und Kapitel zu ordnen, ist nach dem Bekenntnis des US-Biologen Robert A. Weinberg ein Unterfangen, ebenso „entmutigend schwierig" wie die Aufgabe, „eine neu entdeckte babylonische Bibliothek zu entziffern". „Man stelle sich Zehntausende von verstreu-

BMZ

DER MR 2: UNSERE IDEE DER PERFEKTEN VERBINDUNG VON FASZINATION UND REALITÄTSSINN.

Ein konsequenter 2-Sitzer mit 2,0-Liter-Mittelmotor: 115 kW (156 PS) bei 6.600 min-¹.
T-Bar-Roof mit herausnehmbaren Glasdachhälften.

EIN NEUES ZEICHEN FÜR KREATIVITÄT IM AUTOMOBILBAU.

Die Idee: Es müßte einen Sportwagen geben mit der Faszination eines Exoten und der Alltagstauglichkeit und Zuverlässigkeit der Großserie. Das Ergebnis: der MR 2. Mit einem 16 V-Triebwerk, das da sitzt, wo es auch bei Rennwagen seinen idealen Platz gefunden hat: in der Mitte. Ein paar schnelle, enge Kurven, und Sie wissen, wovon wir sprechen. Für Sicherheit dabei sorgt die exzellente Straßenlage, zusammen mit vier innenbelüfteten Scheibenbremsen.

Sie sehen: Exotische Träume sind realisierbar. Was Sie auch als einen Hinweis auf den Preis des MR 2 sehen können. Der MR 2 ist nur ein Beispiel für Kreativität bei Toyota. Der Celica ist ein anderes. Innovative Autotechnik also nur für Sportwagenfans? Keineswegs. Die Idee der Kreativität fährt in jedem Toyota mit. Auf allen Straßen der Welt, wo immer Sie unsere Marke sehen.

Die abgebildeten Modelle können von der Serienausstattung abweichen.

TOYOTA

ten Tontäfelchen vor, die jeweils mit Tausenden von durchweg unbekannten Keilschriftzeichen bedeckt sind" – ein ähnlich chaotisches Bild biete die Erbsubstanz, wenn sie aus dem Zellkern geborgen und zu Analysezwekken ins Reagenzglas transferiert werde.

Bislang, schätzt Weinberg, Professor am Whitehead Institute for Biomedical Research in Cambridge (Massachusetts), sei es den Forschern erst gelungen, etwa ein Prozent der durcheinandergewürfelten DNA-Täfelchen zu sichten; jedes enthält den Text für ein vollständiges Gen. Die darauf verzeichneten Buchstaben wurden der Reihenfolge nach ermittelt („sequenziert") und können nun mit den Basenpaaren auf anderen Gentafeln verglichen werden.

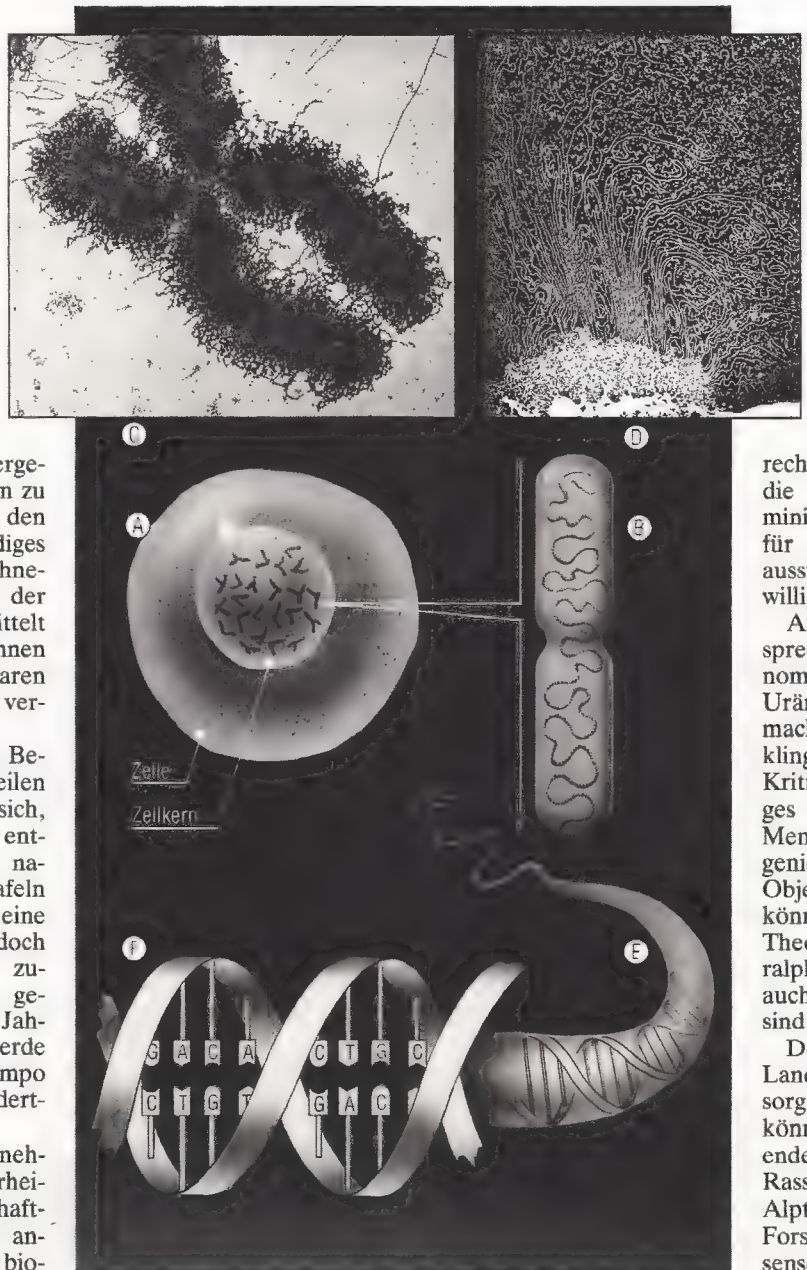
Allerdings: Die „volle Bedeutung" der Endloszeilen im Genom-Text wird sich, laut Weinberg, erst entschlüsseln lassen, wenn nahezu alle DNA-Schrifttafeln durchgemustert sind – eine Sisyphusarbeit, die jedoch dank neuer Techniken zunehmend an Dynamik gewinnt. In den nächsten Jahren, taxiert Weinberg, werde sich das Fortschrittstempo „möglicherweise verhundertfachen".

Am Ende des Unternehmens wird, nach den Verheißungen der Genwissenschaftler, ein neues Zeitalter anbrechen – ein Reich der biologischen Freiheit, in dem der Homo sapiens sich aller ernsten Gebresten wird entledigen können; der Mensch, so wird versprochen, werde fortan imstande sein, seine Nachkommenschaft planvoll zu modellieren, nach Idealvorstellungen, die von der Haarfarbe bis zum Talent zur Musik oder Mathematik reichen: Menschen nach Maß.

Der Preis für ein solches Herrschaftswissen läßt sich berechnen: Rund drei Milliarden Dollar soll das Genom-Projekt kosten, jedenfalls nach Kalkulationen

INFO-SPEICHER DES LEBENS

Der Aufbau des menschlichen Genoms (schematische Darstellung)



Die meisten Zellen im menschlichen Körper enthalten in ihrem Zellkern je 23 Chromosomenpaare (A), in denen die gesamte genetische Information eines Menschen gespeichert ist. Jedes Chromosom (B) besteht aus einem einzigen Molekül der sogenannten Desoxyribonukleinsäure (DNA). Die elektronenmikroskopische Aufnahme eines Chromosoms (C) zeigt, wie dicht die Abschnitte dieses langen Kettenmoleküls in jedem Chromosom beieinanderliegen. Die noch stärkere Vergrößerung eines Chromosomenabschnitts (D) zeigt Dutzende von DNA-Schleifen, die aus dem Gerüstkörper des Chromosoms herausquellen. In der noch stärker vergrößerten Zeichnung (E) wird die Doppelwendelstruktur des Kettenmoleküls deutlich. Die einzelnen Sprossen der Doppelwendel bestehen aus gepaarten chemischen Basen (F), wobei der gesamte genetische Code nur aus der paarweisen Kombination der vier Basen Adenin und Thymin sowie Guanin und Cytosin besteht.

Jedes einzelne Gen besteht aus einer Kombination von Tausenden bis Millionen von Basenpaaren. Insgesamt enthalten die menschlichen Chromosomen zwischen 50 000 und 100 000 Gene mit insgesamt drei Milliarden Basenpaaren. Das Ziel des Genom-Projekts ist es, all diese Gene zu kartographieren und die Abfolge der Basenpaare zu erkunden.

DER SPIEGEL

des Nobelpreisträgers James Watson, der in den USA die Forschungsarbeiten koordiniert und leitet (siehe Interview Seite 112).

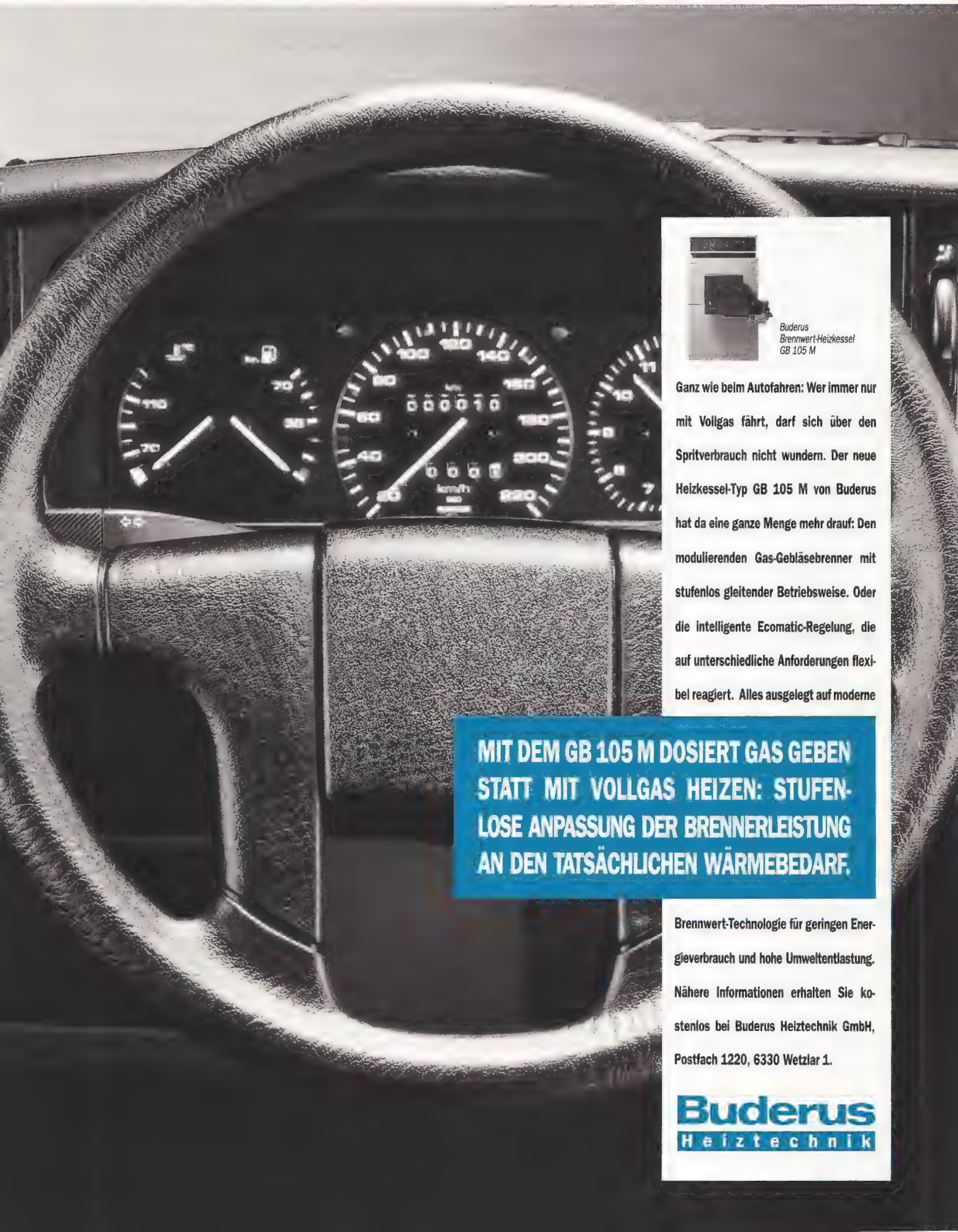
Allein in diesem Jahr geben die USA rund 150 Millionen Dollar für das epochale Unternehmen aus – „das biologische Pendant zur Apollo-Mondlandung", wie Watson erklärt. Europas Genforscher verfügen 1991 über ein Genom-Budget in Höhe von 50 Millionen Dollar; darin enthalten sind umgerechnet 18 Millionen Dollar, die der Bonner Forschungsminister Heinz Riesenhuber für das „faszinierende und aussichtsreiche Gebiet" bewilligt hat.

Angesichts der Heilsversprechen, mit denen die Genom-Forscher menschliche Urängste beruhigen und Allmachtsträume evozieren, klingen die Einwände der Kritiker fast wie ohnmächtiges Gemurmel. Daß der Mensch durch die Genom-Ingenieure „vom Subjekt zum Objekt degradiert" werden könnte, wird nicht nur von Theologen, Juristen oder Moralphilosophen befürchtet; auch kritische Bioforscher sind alarmiert.

Der Aufbruch ins gelobte Land der Genom-Pioniere, sorgt sich Biologe Weinberg, könne mit einer „Tragödie" enden: mit dem Rückfall in Rassismus und eugenische Alpträume, für die das neue Forschungsgebiet „eine wissenschaftliche Grundlage" liefern würde. Bislang fehle es an der besonnenen Abwägung solcher Risiken, klagt Weinberg: „Kaum abzusehen, wohin uns die zunehmende Abdankung der Verantwortlichkeit noch führen wird."

Doch weder Weinberg noch andere Warner geben sich der Illusion hin, der vehemente Fortschritt der Gentechnik sei aufzuhalten oder auch nur zu steuern. Nie zuvor hat sich ein neuer Wissenschaftszweig so schnell entwickelt wie die Molekulargenetik, die für den Sprung von der Grundlagenforschung zur

GRÜNE WELLE STATT BLEIFUSS.



Buderus Brennwert-Heizkessel GB 105 M

Ganz wie beim Autofahren: Wer immer nur mit Vollgas fährt, darf sich über den Spritverbrauch nicht wundern. Der neue Heizkessel-Typ GB 105 M von Buderus hat da eine ganze Menge mehr drauf: Den modulierenden Gas-Gebläsebrenner mit stufenlos gleitender Betriebsweise. Oder die intelligente Ecomatic-Regelung, die auf unterschiedliche Anforderungen flexibel reagiert. Alles ausgelegt auf moderne

MIT DEM GB 105 M DOSIERT GAS GEBEN STATT MIT VOLLGAS HEIZEN: STUFENLOSE ANPASSUNG DER BRENNERLEISTUNG AN DEN TATSÄCHLICHEN WÄRMEBEDARF.

Brennwert-Technologie für geringen Energieverbrauch und hohe Umweltentlastung. Nähere Informationen erhalten Sie kostenlos bei Buderus Heiztechnik GmbH, Postfach 1220, 6330 Wetzlar 1.

Buderus
Heiztechnik

Spuren im Stammbuch

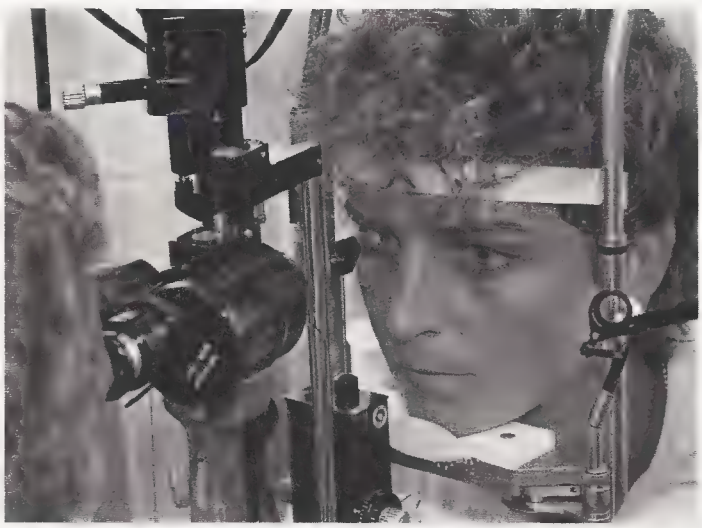
Ausbreitung einer Erbkrankheit durch fünf Jahrhunderte

In den Computern des französischen Nationalinstituts für demographische Studien (INED) sind in verschlüsselter Form die Akten von 30 000 Französinnen und Franzosen gespeichert, die durch einen Fehler in ihrem Erbgut in Gefahr sind, plötzlich zu erblinden. Ein frühzeitiges Erkennen könnte ihnen dieses Schicksal ersparen.

„Ich kenne die Namen dieser häufig jungen Menschen", sagt INED-Direktor André Chaventré, „und kenne auch ihr Risiko, schon morgen blind zu werden, aber ich darf sie nicht warnen."

Chaventré, Direktor der INED-Abteilung für Anthropologie und genetische Demographie, ist von Rechts wegen zum Schweigen gezwungen. Ein französisches Datenschutzgesetz aus dem Jahre 1978 untersagt die Weitergabe personenbezogener Informationen, weil dies „in bestimmten Fällen, schweren Krankheiten etwa, die jeweilige Person benachteiligen könnte", beispielsweise bei Versicherungsabschlüssen oder am Arbeitsplatz.

So maßgeschneidert das Gesetz für die Wahrung bürgerlicher Freiheiten erscheint, so hinderlich erweist es sich bei der Nutzung der Forschungsergebnisse, über die Chaventré verfügt.



Messung des Augeninnendrucks
„Wir kennen das Risiko, aber wir dürfen nicht warnen"

Gemeinsam mit dem Psychiater Edouard Zarifian hatte Chaventré vor drei Jahren mit einer Studie über bestimmte vererbbare Leidensformen der manisch-depressiven Krankheit (MD) begonnen. Schon im Anfangsstadium ihrer Untersuchung hatten die beiden Forscher bemerkt, daß die von ihnen untersuchten MD-Varianten häufig im Zusammenhang mit einem zweiten Erbleiden auftraten, dem sogenannten Weitwinkelglaukom.

Bei dem Augenleiden kommt es, oft schon in jungen Jahren, zu einer allmählichen Erhöhung des Augeninnendrucks, häufig unmerklich für den Patienten. Auch dem Arzt bleibt dies meist verborgen, wenn er nicht zufällig den Augeninnendruck mißt (was bei jungen Patienten kaum üblich ist). Der langsame, über Monate oder Jahre ansteigende Druck greift beständig den Sehnerv und die Netzhaut an, Erblindung ist die mögliche Folge.

Bei Durchsicht der medizinischen Literatur stieß Chaventré auf eine Doktorarbeit aus dem Jahre 1979, wonach die jugendliche Glaukom-Erkrankung offenbar besonders häufig in der Region Nord-Pas-de-Calais, einem Landstrich zwischen der Normandie und der belgisch-französischen Grenze, auftritt. Die Belegdaten zeigten ein eigentümliches Verteilungsmuster. Es legte den Verdacht nahe, daß die Glaukom-Patienten weitläufig miteinander verwandt waren.

Mit Unterstützung von Augenärzten in Lille und Paris entwarf Chaventré ein Umfrageprotokoll, das helfen sollte, die Häufigkeit und die Vererbungswege von manischer Depression, Weitwinkelglaukom und Zuckerkrankheit, die häufig zusammen mit dem Augenleiden auftritt, unter den Bewohnern des Nord-Pas-de-Calais zu ermitteln.

Die INED-Befrager suchten Glaukom-Kranke, blinde und manisch-depressive Bewohner auf, verzeichneten ihre Krankheitsgeschichte und befragten sie nach ihren Verwandten und Vorfahren. Zudem forschten die Untersucher in Kirchen- und Gemeindeakten nach weiteren Ahnen und notierten, soweit noch feststellbar, Angaben über deren Gesundheit.

Mit der Datensammlung wurde ein Computerprogramm gefüttert. Als Ergebnis der Analyse erhielten die Forscher einen meterlangen Stammbaum. Er belegte zweifelsfrei, daß die heute lebenden Glaukom-Kranken alle von einem Ehepaar abstammten, das in einer Ansiedlung nahe dem Städtchen Wierre-Effroy gelebt hatte.

„Nicht zufällig" war dies der Wohnort des ersten, 1495 verstorbenen Glaukom-Paares, glaubt Chaventré. In Wierre-Effroy steht eine der Heiligen Godeleine geweihte Kapelle, die alljährlich Wallfahrtsziel blinder Pilger ist. Sie beten um Heilung und benetzen ihre Augen mit dem Wasser aus einer nahen Zisterne, dem im Mittelalter Heilkraft gegen die Blindheit zugeschrieben wurde.

Chaventrés Studie liefert die verblüffende Erkenntnis, daß eine Krankheit, die 30 000 Franzosen bedroht, von nur zwei Menschen herrührt, die vor 500 Jahren ein krankhaftes Gen auf den Weg gebracht hatten. „So etwas kann sehr schnell gehen, wir fanden Familienstammbücher glaukomkranker Eltern, die bis zu 18 Kinder hatten", berichtet der Demograph.

Den 30 000 Franzosen, in deren Erbgut das fehlerhafte Gen schlummert, könnte geholfen werden. Wird die Glaukom-Erblast frühzeitig erkannt und der Zustand regelmäßig überprüft, kann der langsam steigende Druck im Augeninneren mit Medikamenten oder durch eine Operation in Schach gehalten und eine irreversible Erblindung vermieden werden.

Voraussetzung wäre allerdings, daß die Betroffenen von ihrem erhöhten Risiko erführen. Doch das verhindert das französische Datenschutzgesetz.

Die zuständige Überwachungsbehörde, die Commission Nationale d'Informatique et des Libertés (CNIL), zeigte sich unnachgiebig. Sie lehnte eine Lockerung der gesetzlichen Vorschriften ab und will auch von einer Ausnahmeregelung nichts wissen.

Einziges CNIL-Zugeständnis an den Verfasser der aufschlußreichen Glaukom-Patientenkartei: Ihm stehe es frei, alle französischen Ärzte über die Symptome der Erbkrankheit zu informieren, damit die Mediziner ihren jugendlichen Patienten gezielter in die Augen schauen.

praktischen Anwendung nur ein paar Jahre brauchte.

Kaum vier Jahrzehnte ist es her, seit der britische Biochemiker Francis Crick und sein amerikanischer Kollege James Watson, heute Chef des US-Genom-Projekts, die Black box der Vererbung aufbrachen und das Molekülmodell der Doppelhelix entdeckten, die DNA-Strickleiter des Gencodes für alles Lebendige.

Das molekulare Triebwerk des Lebens konnte fortan studiert, zerlegt und neu zusammengesetzt werden.

1965, zwölf Jahre nach dem Geniestreich von Crick und Watson, konnte erstmals das komplette Gen eines Bakteriums, bestehend aus 20 DNA-Sprossen, entziffert werden. Wenig später gelang es dem Molekularbiologen Stanley Cohen von der Stanford University, mit Hilfe sogenannter Restriktionsenzyme DNA-Partikel unterschiedlicher Bakterienarten zu isolieren und zu neuen DNA-Ketten zu vereinigen.

Biochemiker Watson, Crick (1953): Molekulares Triebwerk entdeckt

Die Restriktionsenzyme, die das Erbmaterial wie Scheren an bestimmten Stellen zerschneiden, wurden zum wichtigsten Werkzeug der Genbastler. Anfangs entstand bei der Scherenschnitt-Methode eine unvorhersehbare Vielfalt von DNA-Kombinationen; doch das Verfahren wurde rasch verfeinert und schon bald industriell genutzt.

Mit der Scherenschnitt-Technik machten sich auch die Genom-Forscher ans Werk. Das Verfahren führte, Anfang der achtziger Jahre, zu einer Entdeckung, die den Genfahndern seither hilft, sich im schier endlosen, ohne Punkt und Komma niedergelegten DNA-Text zurechtzufinden.

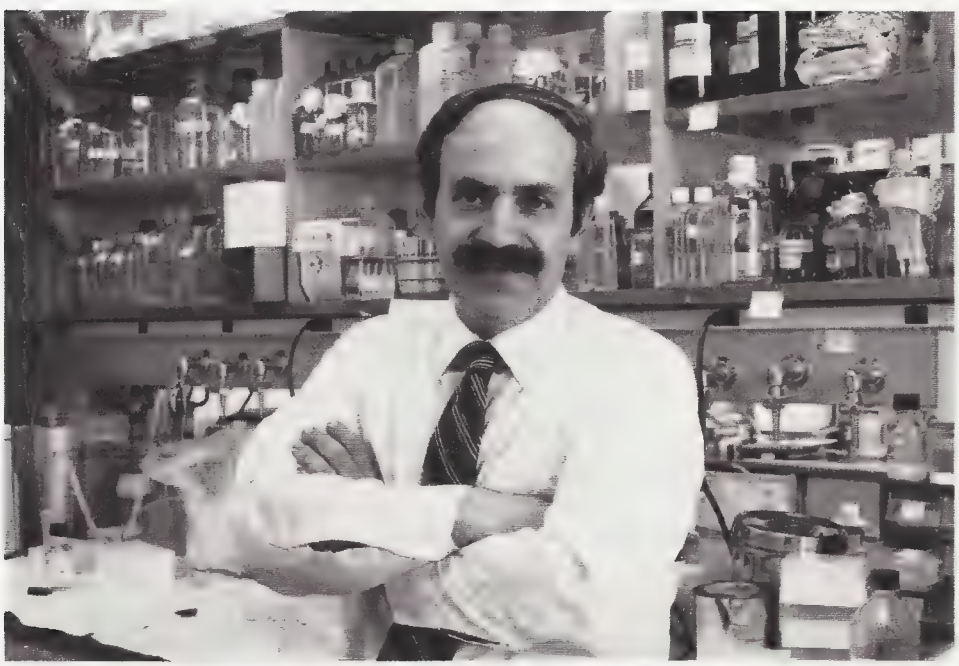
Beim Einsatz der Enzym-Scheren hatte sich gezeigt, daß identische DNA-Stränge jeweils in bestimmte Fragmente von unterschiedlicher Länge zerteilt wurden, die gleichsam ein charakteristisches Schnittmuster ergeben. Diese Fragment-Muster – nach der englischen Schreibweise abgekürzt als RFLP bezeichnet und „Riflip" ausgesprochen – dienen den Wissenschaftlern als Suchinstrumente für Gene, deren chemischen Aufbau sie noch nicht kennen.

Die Riflip-Muster, auch Marker genannt, sind über das gesamte Genom verteilt. Taucht ein solches Schnittmuster unverändert im Erbgut aufeinanderfolgender Generationen auf, so zeigt es ein Gen an, das intakt an die Nachkommen weitergegeben wurde.

Geringfügige Abweichungen signalisieren ein womöglich defektes Gen, das eine Erbkrankheit auslösen kann. Inzwischen ist es den Forschern gelungen, einige dieser Krankheitsgene zu orten und ihre DNA-Struktur aufzuklären; nun können sie damit beginnen, eine Therapie für die Erbleiden zu entwickeln.

Dabei gilt es, die Kommandos falsch programmierter Gene zu konterkarieren: Der DNA-Code eines jeden Gens enthält die Anweisungen für den Aufbau eines speziellen Eiweißmoleküls, das im Körperstoffwechsel eine genau definierte Rolle spielt. Fehlgene produzieren statt dessen biochemische Störenfriede, die wie Geisterfahrer im Organismus umherirren; sie können unter anderem Krebs, Herzinfarkte und Hepatitis, aber auch Muskelschwund oder Lungenblähung auslösen.

Behandelt werden sollen die Erbleiden mit Medikamenten, die in den gestörten Stoffwechsel eingreifen, oder – vorerst Zukunftsmusik – durch gezielte Genreparaturen. Mit welchen Schwierigkeiten die Genthera-



Gentechnologie-Kritiker Weinberg: Dankt die Verantwortlichkeit ab?

DAS NEUE WE

TELEFUNKEN-PREMIERE IN 16

LTBILD

: 9 CINEVISION

Es ist soweit! **TELEFUNKEN** ermöglicht Ihnen schon heute den Aufbruch in die nächste TV-Generation. Das **Weltbild der Zukunft** von **TELEFUNKEN** im sensationellen **16 : 9 Breitwand-Format** hat Premiere!

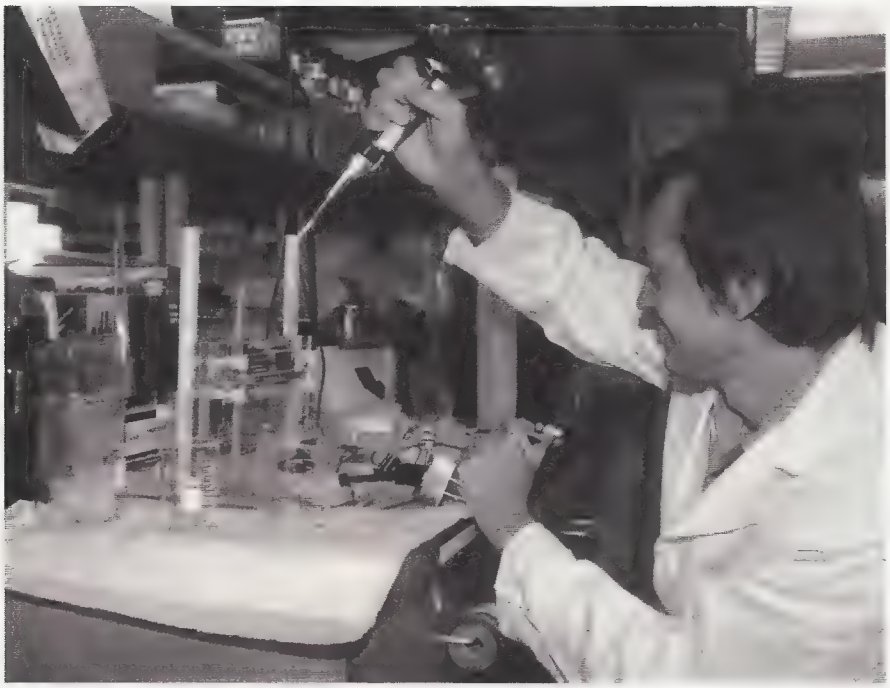
Unser Superstar ist das erste Seriengerät im 16 : 9-Breitwandformat: Der **PALcolor BS 9500 D HIFI** von **TELEFUNKEN** mit **92 cm Panorama - Rechteckröhre** sorgt für völlig neue Ansichten. Und die Lust auf diese neuen Fernseh-Perspektiven wird durch ein **Bild in Bestform** und einen **Super-Ton** nur noch größer. Genießen Sie unbegrenzten Hollywood-Glamour endlich auch zu Hause. In vollem **Cinemascope** – wie von der Kino-Leinwand!

Erleben Sie die Faszination dieses neuen Weltbildes von **TELEFUNKEN** im **16:9-Cinevision-Format.** Selbstverständlich sind alle exklusiven Features, die Sie von einem Luxusgerät erwarten, beim **PALcolor BS 9500 D HiFi** standardmäßig integriert.

TELEFUNKEN-Barpreis **9.395,– DM**
TV-Video-Rack CV 90: 595,– DM

Das ist Fernsehgenuß der Zukunft. Schon heute erleben – mit TELEFUNKEN.

TELEFUNKEN



Molekularbiologisches Labor: Drei Milliarden Einzelbuchstaben gesucht

peuten einstweilen noch zu ringen haben, zeigen Versuche in den USA.

In einer Abteilung der National Institutes of Health (NIH) in Bethesda (Maryland) experimentieren Mediziner mit einer Behandlung für Kinder, die seit ihrer Geburt an einer seltenen Form von Immunschwäche leiden; sie beruht auf einem genetisch bedingten Mangel an dem Enzym Adenosindesaminase (ADA). Sonst harmlose Infektionen können für die Patienten tödlich sein, sie müssen deshalb ständig in einer versiegelten und sterilen Plastikwelt leben.

Im September 1990 entnahmen NIH-Mediziner unter Leitung des Kinderarztes Kenneth Culver einer vierjährigen ADA-Patientin eine Milliarde Immunzellen – sie wurden im Labor mit Retroviren geimpft, die „nach Art eines Trojanischen Pferdes" (so die Forscher) intakte ADA-Gene transportierten.

Die derart aufgeladenen Immunzellen wurden anschließend in einem Brutschrank vermehrt und dann dem kranken Kind in die Blutbahn infundiert. Sechsmal ist die Genkur bislang wiederholt worden; der Erfolg, so melden die Ärzte, sei noch nicht durchschlagend, immerhin hätten sich bei der Patientin „einige Funktionen verbessert".

Sachkundige Kritiker hatten vor der gentechnischen Pioniertat gewarnt: Die Trojanischen Pferde könnten womöglich ein gesteigertes Zellwachstum, also Krebs, auslösen. Die NIH-Ärzte reagierten auf den Verdacht mit einer zweiten Genmanipulation.

Sie injizierten dem Mädchen Immunzellen, die nicht nur das ADA-Gen, sondern zusätzlich ein „Selbstmord-Gen" in sich tragen: Es kann durch Infusion einer Trigger-Substanz gleichsam angeschaltet werden und würde die geimpften Abwehrzellen vernichten, sollten sie als Krebsauslöser Amok laufen.

Gleichfalls in den NIH läuft ein Projekt zur gentechnischen Behandlung von Tumorkranken: Ein Team unter Leitung des Onkologen Steven Rosenberg behandelt Patienten, die an einem malignen Melanom leiden, einer besonders tückischen Hautkrebsform. Die Mediziner suchen mit gentechnisch veränderten körpereigenen Abwehrstoffen, sogenannten monoklonalen Antikörpern, gegen die Krankheit anzugehen.

Den Melanom-Patienten werden Immunzellen entnommen, die sich im Körper als Reaktion auf die Geschwulstbildung entwickelt haben; im Labor werden sie „aktiviert" (aggressiver gemacht), dann im Brutschrank vermehrt und den Patienten wieder ins Blut gespritzt. Bei vier von insgesamt zehn Patienten, so das bisherige Ergebnis, begannen die Krebsknoten zu schrumpfen.

Inzwischen hat Rosenberg, von seinen zahlreichen Kritikern wenig beeindruckt, einen zweiten, ebenfalls von menschlichen und tierischen Organismen erzeugten Krebshemmer eingesetzt, den sogenanten Tumor-Nekrose-Faktor (TNF); er soll die Wirkung der Melanom-Bremse noch verstärken.

Bei Mäuse-Tumoren hatte sich das gentechnisch hergestellte TNF als äußerst wirksam erwiesen. Im klinischen Test jedoch litten die Patienten unter so verheerenden Nebenwirkungen, daß die Versuche abgebrochen werden mußten. Nun sucht Rosenberg, um die gesunden Körperzellen zu schonen, das TNF-Gift gezielt ins Tumorgewebe zu schleusen, offenbar mit Erfolg. Die ersten beiden Patienten, deren Überlebenschancen Rosenberg bei Versuchsbeginn im Januar auf „wenige Wochen" veranschlagt hatte, sprachen auf die Therapie gut an. „Sie sind noch am Leben", gab Rosenberg letzte Woche anläßlich des ersten Zwischenberichts bekannt und kündigte die Auswertung des Pilotprojekts „an der Grenze der wissenschaftlichen Technologie" auf insgesamt zehn Patienten an.

Mit Elan und Sendungsbewußtsein sind die Genpraktiker allenthalben am Werk:

- ▷ Ende letzten Monats berichteten Biotechnologen der US-Firma DNX in Princeton (New Jersey) von der erfolgreichen Manipulation dreier Hausschweine, die neben körpereigenem auch – zu 15 Prozent – menschliches Hämoglobin produzierten. Den Tieren waren im embryonalen Zustand Kopien menschlicher Gene injiziert worden, die für die Herstellung des Blut-Bausteins Hämoglobin zuständig sind.
- ▷ Vorletzten Monat identifizierten Forscher von der Emory University in Atlanta (Georgia) ein Gen, das die Entstehung des sogenannten Fragile-X-Syndroms steuert – an dem zum Schwachsinn führenden Erbleiden erkranken 5 von 10 000 männlichen Neugeborenen.
- ▷ Im Mai gab der Mediziner Carlo Croce vom Fels Research Institute in Yellow Spring (Ohio) bekannt, er habe ein „Tumorunterdrückungsgen" entdeckt, dessen Fehlen die Entstehung von Lungenkrebs begünstige.
- ▷ Im selben Monat meldeten Ärzte von der University of Utah in Salt Lake City die Entdeckung eines Genfehlers, der für eine erbliche Störung der Herztätigkeit verantwortlich sein soll.
- ▷ Im April berichteten britische Wissenschaftler über ihre Experimente mit einem Gen, das über die Bestimmung des Geschlechts entscheidet – sie hatten weibliche Mäuse-Embryos damit geimpft, die danach zu Mäuse-Männchen heranwuchsen.
- ▷ Ein Genetiker-Team vom St. Mary's Hospital in London ließ vor einigen Monaten wissen, es habe erstmals eine Spur gefunden, die auf eine genetische Ursache für die Alzheimersche Krankheit hinweise.

Auf dem Chromosom 21, so erklärten die Briten, sei bei Alzheimer-Patienten ein Gen geortet worden, das Spuren einer Mutation aufweise. Diese Abweichung von der Norm ist nach Ansicht der Genfahnder von St. Mary's an der Produktion eines Proteins schuld, das die Gehirnzellen überschwemmt und den Ruin des Zentralorgans herbei-

KYOCERA

Multilight PC Familie vom 80386 sx bis zum 80486

PC im Taschenbuchformat

Ergonomie Design Technik

Für den PC auf dem Schreibtisch,
den PC für unterwegs
bis hin zum dokumentenechten
Laserdruck im A3 und A4 Format.

In allen Formaten KYOCERA

A4 und A3 Drucker aus der Laserdruckerfamilie

Kyocera Europe GmbH
Hellersberg Straße 2
D - 4040 Neuss 1

führt. Wissenschaftler vom National Cancer Institute in Bethesda und am Massachusetts General Hospital in Boston wollen erkannt haben, daß schadhafte Gene gewissen Giftstoffen – etwa Pilzen, die auf verdorbenen Lebensmitteln gedeihen – Zugang ins Erbgut verschaffen können. Die Forscher entdeckten eine bestimmte Genregion, die den Toxinen ein Schlupfloch bietet; Folge für die Betroffenen: Leberkrebs.

Bei allen Erfolgsmeldungen, die im Laienvolk den Fortschrittsglauben festigen, bleiben die eher ernüchternden Einsichten weitgehend ausgeblendet. So wird der Genatlas, an dem die Genom-Forscher arbeiten, nur ein schematisches Bild vom menschlichen Erbgut bieten, jeder Mensch ist genetisch einmalig, sein DNA-Text bleibt ein Unikat.

Überdies macht das Genom eines jeden Menschen ständig Wandlungen durch. Bei jeder Zellteilung, wenn der DNA-Text kopiert wird, können sich Fehler einschleichen; auch durch Umweltgifte oder Krankheiten kann das individuelle Genprofil verändert werden.

Was noch wichtiger ist: Das Wohl eines Organismus hängt nur in Ausnahmefällen vom Funktionieren oder Versagen bestimmter Einzelgene ab – zu dieser Einsicht sind die Fachleute beim Studium von Erbkrankheiten gekommen.

Nur bei einigen wenigen Erbleiden wie dem Tay-Sachs-Syndrom, das zur Idiotie führt, oder der Sichelzellenanämie, einer fast ausschließlich bei Schwarzen vorkommenden Blutkrankheit, löst nachweislich ein einziges Gen das Übel aus. Beim Alzheimer-Leiden sind es, wie die Forscher derzeit vermuten, mindestens zwei Gene, die weit voneinander entfernt auf zwei verschiedenen Chromosomen liegen, gleichwohl aber zusammenwirken und so den Krankheitsprozeß in Gang setzen.

Ganze Schwärme von Genen sind offenbar am Entstehen mancher Tumorarten beteiligt. Wie verzweigt das genetische Wurzelwerk von Krebstumoren sein kann, zeigen die neuesten Forschungsergebnisse über den Ursprung von Dickdarmkrebs. Dieses in den USA dritthäufigste Krebsleiden, das bis zum Ausbruch oft Jahrzehnte braucht, wird im fortgeschrittenen Stadium durch den Verlust bestimmter genetischer Botenstoffe beschleunigt.

Die biochemischen Beschützer werden irgendwo auf den Chromosomen 17 und 18 hergestellt. Doch der eigentliche Auslöser des Krebsgeschehens siedelt, wie Forscher von der Johns Hopkins University Medical School in Baltimore jetzt entdeckten, im Teilabschnitt q 21 auf dem Chromosom 5. Das dort identifizierte Gen, ein DNA-Bandwurm mit rund 300 000 Basenpaaren, wirkt als übergeordneter Bremser, der im Zusammenspiel mit den Botenstoffen von den Chromosomen 17 und 18 ein Wuchern von Dickdarmzellen unterbindet.

Wird der DNA-Text im Abschnitt q 21 beschädigt, so verliert er seine Befehlshoheit, das Kommando geht an Gene über, die darauf programmiert sind, das mörderische Wachstum der Dickdarmzellen zu starten.

Wenn es gelänge, die nachlassende Bremswirkung von q 21 beizeiten zu diagnostizieren, würde nach Ansicht der Wissenschaftler die Möglichkeit eröffnet, die Tumorbildung gleichsam schon im Keim zu ersticken, etwa mit Hilfe von Medikamenten, die das genetische Manko ausgleichen.

Zunehmend verfügbar sind unterdes schon Testverfahren, die über Genschäden und womöglich zu erwartende Erbleiden Auskunft geben. Bei mehr als 400 derzeit bekannten genetischen Krankheiten und raschen Fortschritten in der Genom-Analyse kommt auf die Mediziner eine Gentest-Lawine zu.

Krebskrankes Kind
Geisterfahrer im Organismus

Alzheimer-Patientin: Genabweichung auf Chromosom 21

Schon im Jahre 2000, meint Biologe Weinberg, dürften in Praxen und Kliniken Gentests „ebenso zur Aufnahmeroutine gehören wie heute Blutdruckkontrollen und Urinanalysen". Der Amerikanischen Gesellschaft für Humanbiologie bereitet diese Zukunftsperspektive noch Unbehagen: „Was", fragt sie, „sind die Testinformationen wert, wenn es keine Behandlung gibt?"

Schon das Wissen um einen genetischen Webfehler, der womöglich erst in vielen Jahren, vielleicht aber auch gar nicht krank machen wird, könnte nach Ansicht von Kritikern den Untersuchten das Dasein vergällen. Solchen „gesunden Kranken", fürchtet das Wissenschaftsblatt *New Scientist*, drohe die Abschiebung in ein „genetisches Getto" – mit einem Leben im sozialen Abseits, wo die Stigmatisierten es schwer haben dürften, einen Arbeitsplatz oder auch einen Ehepartner zu finden.

Derlei Schreckensvorstellungen sind nicht aus der Luft gegriffen. Schon 1982 hatte eine Umfrage ergeben, daß in 17 der 399 größten US-Firmen bei Neueinstellungen Gentests üblich waren, 59 weitere Unternehmen führten das Genscreening gerade ein. Zwar darf bislang in den USA kein Unter-

Immunschwächekrankes Kind: Hoffnung auf Trojanische Pferde

nehmer einen Bewerber zurückweisen, nur weil seine Gene die Anfälligkeit für eine künftige Krankheit signalisieren. Gleichwohl ließ unlängst ein Gericht erstmals Ausnahmen zu: Wenn die Wahrscheinlichkeit etwa einer Herzattacke 90 Prozent betrage, so der Richter, sei die Abweisung Rechtens – dabei gibt es, wie der *New Scientist* notierte, vorerst „keinerlei Grundlagen für eine solche Risikoabschätzung".

Kopfzerbrechen bereitet Rechtsgelehrten auch die Frage, wie die Gensteckbriefe demnächst vor Mißbrauch geschützt werden sollen: Darf die Polizei bei dringendem Tatverdacht gezielte Gentests anfordern, und wenn ja, bei welchen Delikten? Soll es als Eheverfehlung gelten, wenn die Partner einander dunkle Punkte in ihrem Genprofil verschwiegen haben? Welche Abweichung von der Genom-Norm kann eine Abtreibung rechtfertigen? Sollen Gentests schon bei der Berufswahl oder der Zulassung zur Ausbildung mitentscheiden?

Keines dieser Probleme, klagen Kritiker, sei bisher ins Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit gedrungen. Geradezu jämmerlich, so Biologe Weinberg, hinke die Debatte um ethische und soziale Probleme der Genom-Analyse dem gentechnischen Fortschritt hinterher.

Noch gelte im westlichen Wertekanon der Grundsatz, daß „letztlich jeder von uns für sein eigenes Verhalten verantwortlich" sei, schreibt Weinberg. Doch unter dem Einfluß der entfesselten Genforschung schwinde der Glaube an den freien Willen; an seine Stelle trete ein Aberglaube: „eine neue Astrologie, bei der die Gene statt der Gestirne die individuelle Lebensbahn vorzeichnen".

Im deterministischen Weltbild der Genastrologen läßt sich das Schicksal korrigieren. Wenn das Genom erst entschlüsselt sei, so die Botschaft aus den Biolabors, werde sich niemand mit einer Erblast in seinen Chromosomen abfinden müssen. Die Höherentwicklung der Art wie des einzelnen liege fortan in den Händen der Genchirurgen.

Begriffe, in denen sich ein solcher Machtwille vormals artikulierte, werden von den modernen Bioforschern gemieden wie das Weihwasser vom Teufel. Von „lebensunwertem Leben", „minderwertigen Erbanlagen" oder „Zuchtwahl" ist bei ihnen nirgendwo die Rede. Dennoch schimmert in ihren Zukunftsvisionen immer noch der „Supermensch" durch, nunmehr als Idealgestalt mit fehlerbereinigtem DNA-Outfit, durchsichtig bis auf den letzten Molekülfaden.

Doch auch mit dem neuen, am Normal-Genom orientierten Supermenschen haben die Gentechniker angeblich nichts im Sinn. Ihr ganzes Streben, so heißt es in einem Programmentwurf der EG-Kommission für das europäische Genom-Projekt, diene der Entwicklung einer „prädiktiven Medizin", einer genetischen Vorhersagemethode zur Vermeidung künftiger Leiden.

Zweck des Vorhabens, so die EG-Kommissare, sei es, „Personen vor Krankheiten zu schützen, für die sie von der genetischen Struktur her äußerst anfällig sind, und gegebenenfalls die Weitergabe der genetischen Disponiertheit an die folgende Generation zu verhindern". Mit Hilfe genetischer „Reihenuntersuchungen der Bevölkerung" werde sich dieses hohe Ziel erreichen lassen.

Was den Euro-Genetikern hier vorschwebe, urteilte der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Müller, sei nichts anderes als „Rassenhygiene nach dem Stand von Wissenschaft und Technik". Inzwischen hat die EG-Kommission den Entwurf kassiert und ein neues Programmpapier formulieren lassen. Der eugenische Fortschrittsglaube in den Politikerköpfen lebt jedoch weiter.

Zwar nannte Forschungsminister Riesenhuber die Idee eines genetischen Massen-Screenings ein „Horrorszenario"; doch gezielte Pflichtuntersuchungen kann er sich vorstellen: So könne es sinnvoll sein, im Erbgut von Piloten oder Busfahrern nach einer Neigung zu Ohnmachtsanfällen zu fahnden – zum Wohle der Passagiere, versteht sich.

Auch solch fadenscheinige Argumente müssen herhalten, wenn es darum geht, die Wachstumsbranche Gentechnologie vor schädlicher Kritik zu schützen. Ein von Riesenhuber vorgelegtes und seit Herbst 1990 regierungsamtliches Entwicklungsprogramm „Biotechnologie 2000", das bis 1994 mit 1,5 Milliarden Mark subventioniert wird, soll in Wissenschaft und Wirtschaft einen „Mobilisierungseffekt" erzielen.

Mit der Gentechnik, sagen die Markt-Auguren voraus, werde in Zukunft viel Geld zu verdienen sein. Auf weltweit 200 Milliarden Dollar jährlich schätzen sie den zu erwartenden Gesamtumsatz. In Deutschland sind derzeit rund 1300 Genlabors angemeldet; zu den Betreibern gehören neben Pharmamultis wie Bayer, Hoechst und Boehringer auch die Degussa oder die Bundesanstalt für Rebenzüchtung, dazu fast alle Universitäten, eingeschlossen die anthroposophische Privatuniversität Witten-Herdecke.

Auch das Genom-Projekt soll zum Geschäft beitragen. Einen Vorgeschmack auf die künftige Vermarktung gaben US-Firmen Ende letzten Jahres nach der Entdeckung eines Gens, das für die zystische Fibrose („Mukoviszidose") verantwortlich sein soll. 4 von 10 000 Neugeborenen erkranken an dem erblich bedingten Enzymleiden, bei dem ein zäher, die Ausführungsgänge der Drüsen verschließender Schleim produziert wird; 50 Prozent der Patienten sterben daran vor dem Erreichen des 30. Lebensjahres.

Unverzüglich begann ein Wettlauf der Pharmafirmen um die Zulassung eines spezifischen Gentests. In Aussicht steht, bei rund zwei Millionen Amerikanern mit dem fraglichen Gendefekt, ein Testgeschäft von „einigen

Millionen Dollar pro Jahr" *(New Scientist)*.

Doch soviel Geld, glauben Fachleute, sei der geplante Massentest nicht wert: Nur in 75 Prozent aller Fälle von zystischer Fibrose ist das inkriminierte Gen an der Krankheit schuld. Nachweisen läßt es sich mit den aufgebotenen Tests nur bei drei von vier Genträgern. Zum Ausbruch der Krankheit kommt es ohnehin nur, wenn beide Eltern das Erbmerkmal weitergeben.

Selbst bei kompletter Erfassung, kalkulieren Experten, würden sich mit der Genuntersuchung höchstens rund 50 Prozent der Krankheitsfälle verhindern lassen: Das sei, gemessen am Aufwand, „zuwenig", urteilt der Molekularbiologe Thomas Caskey von der Amerikanischen Gesellschaft für Humangenetik.

Die Testerfinder beeindruckt das nicht. Sie arbeiten längst an weiteren Testverfahren, etwa zur Ermittlung von Genen, die Herzkrankheiten oder Brustkrebs auslösen. Hinter vielen Werkstoren, nicht nur in den USA, ist die Genfahndung zur Routine geworden. „Seit mehr als zehn Jahren", berichtet etwa Wolfgang Hien, ehemaliger Mitarbeiter des Chemiekonzerns BASF, gebe es in dem Unternehmen Chromosomen-Tests der Werksmediziner bei „Repräsentativgruppen aus verschiedenen Produktionszweigen". Damit sollten „überanfällige" (so der Fachausdruck) Chemiearbeiter ausgesondert werden.

Zumindest in den USA hat auch die Versicherungswirtschaft inzwischen die Genspur aufgenommen: 1989 kamen die US-Lebensversicherer zu der Übereinkunft, daß Antragsteller abgelehnt werden müßten, die sich einem Gentest unterzogen haben, das Ergebnis aber nicht preisgeben wollen.

Derlei profane Technologiefolgen sind manchen Gengelehrten peinlich; sie möchten weiter als Menschenfreunde gelten. Wer plane, sich auf die Erbkrankheit Chorea Huntington („Veitstanz") testen zu lassen, so empfahlen US-Genetiker, möge vorher tunlichst „alle erreichbaren Kranken- und Lebensversicherungspolicen kaufen".

Mit dieser Art Galgenhumor kaschieren die Ratgeber ein Defizit an ethischen Maßstäben, die zur Orientierung im kommenden Genzeitalter dringend nötig wären. Jeweils drei Prozent seines Budgets, in diesem Jahr fünf Millionen Dollar, will Genom-Projekt-Leiter Watson für die Erforschung der moralischen, sozialen und juristischen Probleme ausgeben, die sein Vorhaben dem Laienvolk aufhalst.

Für den gleichen guten Zweck hatten schon 1989 die NIH ein paar Millionen Dollar bereitgestellt. Doch bereits der von Fachleuten vorgelegte Entwurf zu dem Ethikprogramm hatte die Initiatoren entmutigt – „underwhelming", unterwältigend, nannte einer von ihnen das klägliche Ergebnis.

Es sei für ihn „eine bittere Pille", klagt Biologe Weinberg, mitansehen zu müssen, wie die Gentechnologie „im Eiltempo, aber blind" in die Zukunft stolpere: „Wir werden", fürchtet er, „einen hohen Preis zahlen, wenn wir die dunklen Seiten des Genom-Projekts nicht beizeiten erkennen."

„Was ist eine Superrasse?"

SPIEGEL-Interview mit dem Nobelpreisträger James Watson über die Entschlüsselung des menschlichen Erbguts

SPIEGEL: Für das „Human Genome Project", die Kartierung des gesamten menschlichen Erbguts, haben Sie eine Arbeitszeit von 15 Jahren und einen Kostenaufwand von drei Milliarden Dollar veranschlagt. Worauf gründet sich Ihre Zuversicht, daß Sie es schaffen werden?

WATSON: Das genetische Gerüst des Menschen besteht aus etwa drei Milliarden paarweise zusammengesetzten Bausteinen, den Basenpaaren. Mit der gegenwärtig verfügbaren Technik wird die Entschlüsselung eines einzelnen Basenpaares etwa einen Dollar kosten, mithin das Gesamtprojekt 3 Milliarden. Diese Summe halten wir für vertretbar, 20 Milliarden Dollar beispielsweise wäre das Unterfangen nicht wert.

SPIEGEL: Was kommt dabei für den US-Steuerzahler, der ja das alles finanzieren muß, praktisch heraus?

WATSON: Wir geben eine ganze Menge von Forschungsdollar zum Studium von Krankheiten wie etwa der manisch-depressiven Psychose, des Diabetes oder der Alzheimerschen Krankheit aus. Dies sind genetisch bedingte Krankheiten. Wenn man tatsächlich die Ursache dafür finden will, tut man gut daran, die verantwortlichen Gene zu finden. Aus diesen Überlegungen entstand das Genom-Projekt.

Genforscher Watson
„Einer mußte das Projekt anschieben"

SPIEGEL: Für die Alzheimersche Krankheit dürfte mehr als ein Gen verantwortlich sein.

WATSON: Das ist höchst wahrscheinlich. Eines befindet sich, wie wir vermuten, auf Chromosom 19, ein zweites wahrscheinlich auf Chromosom 21. Auch die für Krebserkrankungen verantwortlichen Gene sind wahrscheinlich auf sehr vielen verschiedenen Chromosomen versteckt. Das gilt auch für den erblich bedingten Alkoholismus, zu dessen Erforschung die Skandinavier hervorragende Untersuchungen beisteuern können. Es ist ein enormer Job. Wenn man ihn bewältigen will, muß man ein großes Programm haben.

SPIEGEL: Wie läuft die Erforschung von Genleiden praktisch ab?

WATSON: Man fängt damit an, Familien mit dem erbkranken Gen zu suchen, um eine durchgehende Linie der Vererbung zu erhalten. Dann versucht man, auf den Chromosomen bestimmte Marker zu lokalisieren, charakteristische Textstellen im genetischen Code, die in der Nähe des verdächtigten Gens liegen und die bei allen Patienten auftauchen. Ein gutes Beispiel ist die Untersuchung der manisch-depressiven Psychose unter der Amish-Sekte.

SPIEGEL: Die diagnostisch verwertbaren Forschungsergebnisse bei dieser Krankheit halten sich aber noch in Grenzen.

WATSON: Das ist richtig, weil wir wahrscheinlich noch nicht genügend gute Marker haben. Unser Ziel ist es zunächst, so viele gute Marker wie möglich zu finden.

Forschungsobjekt Amish-Sekte: Depression als Erblast?

SPIEGEL: Wie viele benötigen Sie bei einer geschätzten Zahl von 50 000 bis 100 000 Genen?

WATSON: Derzeit kennen wir rund 100 Marker, wir brauchen aber wenigstens 500 davon. Jeder Marker sollte einen Abschnitt von etwa zehn Basenpaaren kennzeichnen. Um dies zu erreichen, muß man die DNA in kleine Abschnitte aufteilen und den herauspicken, auf dem sich beispielsweise das Alzheimer-Gen befindet.

Dieses DNA-Stück läßt sich mit der Methode der Polymerase-Kettenreaktion beliebig oft im Labor nachbauen. Die Humangenetiker können dann auf dem Abschnitt, der eine begrenzte Anzahl von Genen trägt, nach dem kranken fahnden, statt stets von neuem die gesamte DNA-Kette des Chromosoms absuchen zu müssen.

SPIEGEL: Ist das wirklich so einfach und elegant, wie es sich anhört?

WATSON: Ganz und gar nicht, es ist eine gewaltige Aufgabe. Schon bei der manisch-depressiven Psychose haben wir erkennen müssen, daß die Krankheit selbst mitunter schwer zu diagnostizieren ist, wenn die Anlage zwar vererbt, das Leiden aber noch nicht manifest ist oder der Patient die Krankheit anderweitig kompensiert.

SPIEGEL: Eine enge Zusammenarbeit des Genetikers mit dem behandelnden Arzt ist demnach notwendig?

WATSON: Das gehört zur ersten Phase des Human Genome Project. Dann müssen die Marker bestimmt werden. Die Karte mit den Markierungszeichen dürfte in den nächsten fünf Jahren fertig sein. Richtig schwierig und teuer wird es, wenn wir die einzelnen Buchstaben eines Gens auf einem DNA-Stück entschlüsseln müssen.

SPIEGEL: Sie rechnen mit fünf bis zehn Dollar pro Buchstaben?

WATSON: Ja, und wir hoffen, diese Kosten auf etwa 50 Cent pro Buchstaben senken zu können.

SPIEGEL: Weltweit arbeiten derzeit etwa 600 Forscher am Human Genome Project. Reicht diese Anzahl?

WATSON: Wir brauchen mehr und intelligente Mitarbeiter auf internationaler Ebene. Zwar ist die Humangenetik im Augenblick wahrscheinlich in den USA und Großbritannien am weitesten fortgeschritten, aber andere Länder, wie etwa Frankreich, versuchen aufzuholen. In der Bundesrepublik war man zögerlicher und hielt lange Zeit diesen Forschungszweig auf Sparflamme.

SPIEGEL: Dieses Zögern haben Sie unlängst verurteilt und die deutschen Wissenschaftler aufgefordert, ihre ängstliche Haltung abzulegen und ihre Mitarbeit zu verstärken.

WATSON: Ich kann die Zurückhaltung verstehen, sie war auch heilsam. Die ethischen Probleme sind besser durchdacht worden. Auch wir haben jetzt ein Ethikprogramm im Projekt etabliert, um der Sorge entgegenzuwirken, unsere Forschung könnte eine Unterklasse genetisch Unberührbarer schaffen . . .

SPIEGEL: . . . oder, wie der amerikanische Biochemiker Erwin Chargaff meint, eine menschliche Superrasse . . .

WATSON: Was ist denn eine Superrasse? Wenn man die Menschheit genetisch verändern könnte, indem man das Krebsentstehungsrisiko um den Faktor 100 verringert, dann hätte man beispielsweise einen besseren Menschen. Ich bin dafür. Die westliche Zivilisation glaubt an den Fortschritt, und als Biologe weiß ich, daß der Mensch nicht vollkommen ist. Wenn ich die Voraussetzung schaffen kann, die Anzahl der Diabetiker zu verringern, dann werde ich das tun.

SPIEGEL: Solange die Frage sich auf die Vermeidung von Diabetes, Krebs oder Alzheimer beschränkt, scheint die Antwort leicht, andererseits . . .

WATSON: Andererseits weiß ich nicht, was ein perfektes Individuum ist.

SPIEGEL: Arbeitgeber, Kranken- und Lebensversicherer haben da mitunter eine andere Vorstellung. Sie würden wohl keinen Manager einstellen, dessen genetisches Make-up eine Neigung zum Alkoholismus, zur Alzheimerschen Krankheit oder zu manisch-depressivem Irresein enthält.

WATSON: Bei einem Menschen frühzeitig die manisch-depressive Krankheit zu erkennen und zu behandeln oder dereinst das Alzheimer-Gen zu korrigieren erscheint mir wichtiger als arbeitsrechtliche Probleme. Wir wollen den Menschen helfen, die krank sind und die allzu schnell von der Gesellschaft vergessen und abgeschoben werden.

SPIEGEL: Soll sich die Gesellschaft also nicht vor möglichem Mißbrauch der Techniken und Ergebnisse schützen, die von Ihnen und Ihren Kollegen erbracht und entwickelt werden?

WATSON: Natürlich soll sie, aber ich glaube nicht, daß wir das in den nächsten 10 bis 15 Jahren entscheiden müssen.

SPIEGEL: In 15 Jahren wollen Sie doch bereits das gesamte menschliche Genom entschlüsselt haben.

WATSON: Das kennen wir dann vielleicht, doch mit Sicherheit haben wir zu jenem Zeitpunkt noch nicht sämtliche Tests entwickelt, mit denen jede Erbkrankheit entdeckt werden kann.

SPIEGEL: Auch die Genetiker unterliegen Murphys Gesetz, wonach alles, was schiefgehen kann, irgendwann auch wirklich schiefgeht. Wie groß sind die Gefahren eines Gen-GAU, eines genetischen Tschernobyl?

WATSON: Man kann nicht ausschließen, daß irgendein Doktor irgendwo auf der Welt die genetischen Möglichkeiten mißbrauchen wird. Ich sage nicht, daß dies nicht passieren wird. Wir haben schließlich Mißbrauch erlebt. Andererseits dürfte ein medizinisches Desaster von Tschernobyl-Ausmaßen eher durch ein bekanntes Virus ausgelöst werden. Stellen Sie sich nur einmal vor, wenn das Aids-Virus zehnmal ansteckender wäre, dann wäre Aids so verbreitet wie der ordinäre Schnupfen. Deswegen meinen ja auch viele, wir sollten an Viren nicht herummanipulieren. Doch wenn wir das nie getan hätten, verfügten wir jetzt kaum über die Techniken, mit denen wir das Aids-Virus untersuchen. Bislang ist nichts passiert.

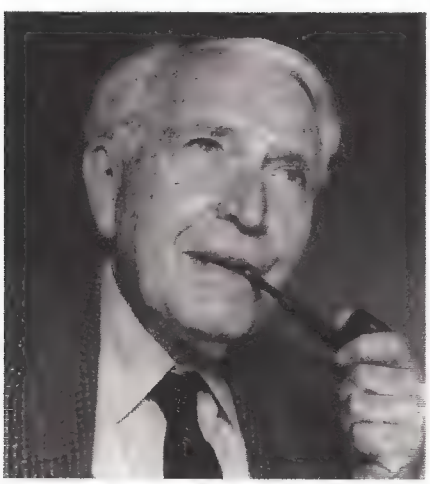
SPIEGEL: Vielleicht haben Sie nur einfach Glück gehabt?

WATSON: Soweit ja, ausschließen kann man das Pech nicht. Doch es gehört zu den Merkmalen wissenschaftlicher Forscher, stets optimistischer zu sein, als man es eigentlich sein sollte.

SPIEGEL: Glauben Sie an Gott?

WATSON: Diese Frage ist unfair. Ich bin ein Angestellter der amerikanischen Regierung.

SPIEGEL: Was bedeutet der genetische Code, für dessen Entdeckung Sie ja mit der Entschlüsselung der Doppelhelix eine entscheidende Vorarbeit geleistet haben, persönlich für Sie?



Biochemiker Chargaff
Droht ein Gen-GAU?

„Tut mir leid, dieser Herr war vor Ihnen da!"

WATSON: Ich bin ein Produkt der Evolution, die seit drei Milliarden Jahren auf der Erde läuft. Ich sehe mich nicht als Produkt eines einmaligen Schöpfungsvorgangs.

SPIEGEL: Ihr Mitentdecker Francis Crick hat einmal gesagt, das Original der DNA sei aus dem Weltraum auf die Erde gekommen.

WATSON: Er hat das eingeschränkt mit dem Zusatz „vielleicht". Auf der Erde ist sie jedenfalls seit einigen Milliarden Jahren.

SPIEGEL: Doch die Vorstellung, daß diese sich selbst organisierende Form von Materie einzig auf der Erde und nicht auch auf anderen unter den Milliarden Gestirnen existieren sollte, mutet seltsam an.

WATSON: Der Mensch ist ein so einzigartiges Geschöpf, daß man sich nur schwer vorstellen kann, daß er sich jemals wieder entwickeln könnte, wenn man die menschliche Zivilisation stoppen würde. Es ist schon außergewöhnlich, daß wir nicht aufgehört haben, wo wir begannen, sondern weitergeschritten sind und Leute wie Beethoven und Bach hervorgebracht haben . . .

SPIEGEL: . . . und James Watson.

WATSON: Zuviel Ehre. Die Ehrfurcht vor dem Leben ist eine zu wichtige Eigenschaft.

SPIEGEL: Wenn Sie oder einer Ihrer Kollegen auf dem menschlichen Genom etwas stoppen oder etwas ankurbeln könnten, wäre das dann das Ende der Evolution?

WATSON: Die Menschen sind zu verschieden, jeder Mensch hat ein eigenes Set von Genen. Um beispielsweise eine Sklavenklasse zu schaffen, wird ein verrückter Weltherrscher meiner Meinung nach nicht die Genetik einsetzen. An eine solche Möglichkeit habe ich noch nie gedacht. Wenn man die Wahl hat, bekämpft man das sichtbare Übel und nicht das, was vielleicht in 100 Jahren existieren könnte.

SPIEGEL: Ungefähr so haben einst die Atombombenentwickler um Oppenheimer auch gedacht.

WATSON: Das ist wahr. Doch es gibt einen Unterschied. Die Bombe war ein monströses Ding, und Oppenheimer beispielsweise wollte nicht die H-Bombe akzeptieren. Diesen Entwicklungsschritt wollte er nicht gehen.

SPIEGEL: Den hat Edward Teller dann gemacht. Es scheint immer jemanden zu geben, der den nächsten Schritt zu tun bereit ist.

WATSON: Auch das ist richtig. Doch wir haben ja keine Dinge wie die Bombe, mit denen wir die ganze Welt auslöschen könnten.

SPIEGEL: Sie können sich das nicht vorstellen?

WATSON: Nein, wir kennen unseren Feind ja nicht einmal präzise.

SPIEGEL: Heißt er nicht Alzheimer, Huntington, Diabetes oder Krebs?

WATSON: Das sind einige von ihnen. Wir können uns aber nicht 50 Millionen Menschen als Feinde vorstellen.

SPIEGEL: Sie sind jetzt 63 Jahre alt und könnten den Abschluß des Human Genome Project womöglich nicht mehr erleben. Bedrückt Sie das?

WATSON: Nicht sonderlich. Irgend jemand mußte das Unternehmen anschieben, und meine Reputation war dabei ganz nützlich. ◀

Unwetter-Politik in Peking

Die chinesische Parteiführung versucht, aus der Flutkatastrophe, die bislang mehr als 2000 Opfer forderte, politischen Gewinn zu schlagen: Die Propaganda preist den unermüdlichen Einsatz von Kadern und streicht vor allem die Rolle der Volksbefreiungsarmee bei der Schadensbewältigung heraus. Doch auch die Reformkräfte innerhalb der Partei wollen die Überschwemmungen für eine neue Runde im Machtkampf mit dem konservativen Minister Li Peng nutzen. Sie beklagen Versäumnisse der Regierung beim Katastrophenschutz. Öffentliche Kritik übte die prominente Politikerin – und ehemalige Ministerin für Wasserwirtschaft – Qian Zhengying. Es sei verpaßt worden, die Flüsse rechtzeitig zu vertiefen. Zudem seien auch solche Gebiete bestellt und besiedelt worden, die in gültigen Plänen als Überflutungsgebiete ausgewiesen sind.

Hochwasser in Schanghai

Bedürftige Uno-Diplomaten

Viele krisengeschüttelte Drittwelt-Staaten sind nicht mehr in der Lage, ihre Uno-Vertretungen in New York zu bezahlen. Die Finanznot der bedrängten Botschaften ist so groß, daß die Administration in Washington der Uno-Mission eines afrikanischen Landes jüngst mit 100 Lebensmittelpaketen aushelfen mußte – die Regierung in der Heimat hatte ihrem Repräsentanten seit einem Jahr kein Geld mehr überwiesen. Viele Staaten können ihre Strom- und Telefonrechnungen nicht mehr begleichen, einige Botschafter sind bereits hoch verschuldet. Nun forderte das Uno-Komitee für Beziehungen zum Gastgeberland in einem Hilferuf an Generalsekretär Pérez de Cuéllar die Schaffung eines Sonderfonds, um die größte Not zu lindern. Außerdem sollen die bedürftigen Diplomaten krankenversichert und über Teilzeit-Arbeitsverträge in den Uno-Sekretariaten entlohnt werden.

Golfkrieg: Hat Baker versagt?

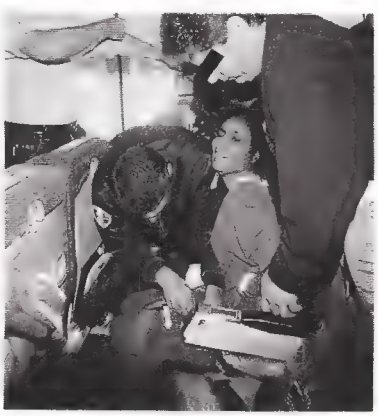
Für das Versäumnis, Saddam Hussein nicht eindeutig vor einem Überfall auf Kuweit gewarnt zu haben, hatte zunächst ausschließlich die ehemalige US-Botschafterin in Bagdad, April Glaspie, die Verantwortung übernehmen müssen. Nun enthüllen bislang unbekannte Telegramme aus dem Außenministerium, daß die entsprechenden Sprachregelungen schon in Washington kontinuierlich abgeschwächt worden waren. Ein erstes Schreiben nach dem Aufmarsch irakischer Streitkräfte an der Grenze zu Kuweit hatte noch den Hinweis enthalten, die USA seien bereit, ihre „vitalen Interes-

Außenminister Baker

sen“ am Golf zu verteidigen. Bereits das folgende Telex stellte klar, daß Washington in bezug auf arabische Grenzstreitigkeiten „keine Position“ beziehe. Eine letzte Vorgabe – vier Tage vor der Invasion und ausdrücklich als Botschaft von Präsident George Bush ausgewiesen – enthielt nur noch die Aufforderung an Saddam, den Konflikt „mit friedlichen Mitteln“ zu lösen. Anstatt die Warnung vor einer Verletzung lebenswichtiger US-Interessen zu wiederholen, ließ Bush lediglich mitteilen, sein Land werde „auch weiterhin unsere anderen Freunde in der Region unterstützen“. Nun machen Kongreßmitglieder Außenminister Baker (und seinen Freund Bush) dafür verantwortlich, nicht rechtzeitig Alarm geschlagen zu haben.

Abschiebung auf französisch

Für ihre Forderung, illegale Einwanderer künftig per Flugzeug zu Hunderten abzuschieben, hatte Frankreichs sozialistische Premierministerin Edith Cresson vor allem von der rechten Opposition viel Beifall erhalten. Doch in der Praxis können harte Abschiebemaßnahmen durchaus am Mitleid der Franzosen scheitern: Mitte vergangenen Monats hatten drei junge Frauen aus Sri Lanka auf dem Pariser Flughafen Roissy um Asyl gebeten. Im Schnellverfahren – die Flüchtlinge durften nicht einreisen und wurden in einem Flughafenhotel festgehalten – lehnte die Einwanderungsbehörde die Anträge ab. Doch als Polizisten die sich heftig wehrenden Frauen am vorletzten Wochenende gewaltsam an Bord einer Linienmaschine nach Colombo brachten und sie an ihre Sitze fesselten (Fotos), protestierten mitreisende Passagiere gegen die unmenschliche Behandlung. Als sich zudem der Kapitän aus Gründen der Flugsicherheit weigerte, die unfreiwilligen Gäste mitzunehmen, durften die Frauen die Maschine wieder verlassen und ins Hotel zurückkehren.



„Das geht nur über Leichen“

Die jugoslawische Bundesarmee will sich aus Slowenien zurückziehen. Belgrad erkennt damit faktisch die Souveränität der abgefallenen Republik an. Doch in Kroatien geht der Bruderkampf weiter. Eine auf Hunderttausende angeschwollene Partisanen-Armee illegaler Kämpfer weigerte sich, die Waffen niederzulegen.

Die Entscheidung, mit der niemand gerechnet hatte, fiel am Donnerstag kurz vor Mitternacht: Mit sechs gegen zwei Stimmen beschloß das achtköpfige jugoslawische Staatspräsidium, „unverzüglich mit dem Abzug der Bundesarmee aus Slowenien zu beginnen“.

Innerhalb von drei Monaten, so erläuterte der serbische Vertreter Borisav Jović die Vereinbarung, soll der Rückzug abgeschlossen sein. Slowenische Soldaten werden aus der Armee entlassen. Slowenien wurde auch das in den letzten Wochen blutig umkämpfte Recht zugesprochen, die Grenzen zu Italien, Österreich und Ungarn selbst zu sichern – und damit wichtige Attribute eines souveränen Staates zu gewinnen.

Janez Drnovšek, der slowenische Vertreter im Staatspräsidium, frohlockte: „Dies ist eine historische Entscheidung“, und die slowenische Zeitung *Večer* jubelte: „Das ist die Nachricht des Jahrhunderts.“ Denn damit hatte das höchste Gremium in Jugoslawien den Alleingang der westlichsten Republik stillschweigend akzeptiert, die Abspaltung de facto anerkannt. Der Vielvölkerstaat hat endgültig aufgehört, in seiner bisherigen Form zu bestehen.

Doch was wie ein überraschendes Einlenken der von Serben dominierten Belgrader Zentrale aussah, konnte die andere zur Sezession entschlossene Republik – Kroatien – nicht besänftigen.

Gegen den Beschluß stimmte mit einem klaren Nein ausgerechnet Staatschef Stipe Mesić, ein Kroate; der Vertreter der Republik Bosnien-Herzegowina enthielt sich der Stimme – beide aus der wohlbegründeten Furcht, künftig allein den Drohmanövern der Militärs ausgesetzt zu sein. Mit der Konzession an die Slowenen hatten die Serben zugleich taktisch geschickt die Einheitsfront ihrer sezessionistischen Widersacher aufgebrochen.

Zum alleinigen Hauptschauplatz der Bruderkämpfe ist nunmehr Kroatien mit seiner serbischen Minderheit ge-

Jugoslawischer Armeeposten in Kroatien: Heimlicher Helfer der Serben

Serbische Tschetniks, erschossener Kroate*: Grausamkeit auf beiden Seiten

worden. Nach Berichten aus Belgrad hat der erbitterte Heckenschützenkrieg inzwischen schon 315 Todesopfer und über 500 Verletzte gefordert.

Unversöhnlich stehen sich paramilitärische Verbände aus serbischen und kroatischen Bauern gegenüber, die noch vor einem Jahr in friedlicher Nachbarschaft zusammenlebten.

Im Süden kämpfen die Streiter der „Serbischen Autonomen Region Krajina", die schon seit Monaten Anschluß an das serbische Mutterland fordern. Im Osten von Kroatien, in der Kornkammer Slawonien, operiert die Guerilla der serbischen Tschetniks, die auf das Kommando des Belgrader Großserben Vojislav Šešelj hören. Sie haben das Dreieck zwischen Donau und Drau an der ungarischen Grenze bis zur Stadt Vukovar fest unter ihre Kontrolle gebracht.

Gegner der Serben, die sich als legitime Résistance verstehen, ist die neugegründete kroatische Nationalgarde, die, verstärkt durch kroatische Polizei, den Serben an Bewaffnung weit unterlegen ist.

Die Armee, offiziell als Puffer und Schiedsrichter in das Krisengebiet verlegt, erwies sich immer mehr als heimlicher Helfer der Serben. Für die Heckenschützen übernahm sie den Nachschub an Munition und den Abtransport der Verwundeten.

Strategisches Ziel der militanten Serben, so fürchten die Kroaten, sei auch jetzt noch, zwischen der Krajina und Slawonien einen breiten Korridor durch Kroatien zu besetzen – ein Faustpfand für die künftige Grenzziehung zwischen den verfeindeten Republiken.

Handfeuerwaffen – gestohlen, erbeutet oder von der Armee verteilt – besitzen beide Seiten reichlich. Über 200 000 Zivilisten, so eine Schätzung aus Belgrad, sollen inzwischen bewaffnet sein: eine unkontrollierbare Armee von Partisanen, die nicht mehr auf politische Weisungen hört. Vorigen Mittwoch feuerten Kroaten gar eine Boden-Luft-Rakete auf ein Flugzeug der Bundesarmee ab; sie verfehlte ihr Ziel nur knapp. Der Anschlag bewies, daß die Untergrundkämpfer inzwischen wohl auch schon Zugang zu schweren Waffen haben.

Belgrader Zeitungen behaupteten, daß Kroatien 6000 Armeeuniformen bestellt habe, um damit kroatische Polizisten als reguläre jugoslawische Militärs zu verkleiden. Terroreinsätze dieser Truppe sollten das Ansehen der Armee international diskriminieren. Die Meldung war ein weiteres Puzzlestück im Wust von Verschwörungstheorien, die im balkanischen Bürgerkrieg so üppig wuchern (siehe auch Seite 119).

Innerhalb ihrer Gebiete haben die Guerilla-Organisationen die Kontrolle über das öffentliche Leben übernommen – rechtsfreie Räume, in denen Chaos und Willkür regieren, beide Seiten sich durch Grausamkeiten auszeichnen.

Durchfahrende Züge werden angehalten und geplündert. Serben schleppten einen deutschen Diplomaten in Unterhosen bei der kroatischen Stadt Vinkovci aus dem Zug Belgrad–München und durchwühlten sein Gepäck. Kroatische Polizisten verprügelten einen serbischen Soldaten im gestoppten Zug von Belgrad nach Sarajevo, nur weil er Serbe war. Inzwischen haben die Behörden die internationalen Züge umgeleitet und lassen sie über Ungarn fahren.

Tschetniks steckten kroatische Dörfer in Brand und stahlen das Vieh. Serbische Nachbarn von Kroaten fahren ihren Weizen nur noch im Schutz Bewaffneter ein und schaffen die Ernte in das Gebiet Vojvodina, das zu Serbien gehört. Die Angst, geknechtet und abgeschlachtet zu werden, wenn die andere Seite die Oberhand behält, stachelt beide Volksgruppen zu erbarmungsloser Unnachgiebigkeit an.

Keine der bewaffneten Banden scherte sich um das von Staatspräsident Mesić angeordnete Ultimatum, bis Donnerstag 24 Uhr die Waffen niederzulegen.

Auf der Suche nach einem Ausweg aus dem drohenden Kleinkrieg ohne Ende wurde der kroatische Präsident Franjo Tudjman hektisch aktiv. Sein persönlicher Berater, Mario Nobilo, enthüllte der Londoner *Times*, zwischen Tudjman und dem Serben-Präsidenten Slobodan Milošević, der noch immer von einem serbischen Großreich träumt, sei es zu geheimen Gesprächen über eine Aufteilung der Republik Bosnien-Herzegowina gekommen.

Diese Republik wird zu fast gleichgroßen Anteilen von Serben und Kroaten und einer Mehrheit von Moslems bewohnt, die erst 1963 durch Tito in den Stand eines Staatsvolkes erhoben worden waren. Keine der drei Nationalitäten lebt in geschlossenen Siedlungsgebieten, was eine saubere Trennung unmöglich macht.

Die neuen Grenzen, so Nobilo, sollten so gezogen werden, daß „möglichst wenig Menschen" unter fremde Herrschaft geraten, die übrigen durch „freiwillige Umsiedlung" weggeschafft werden.

Die Empörung über die Teilungsabsichten loderte hoch in Sarajevo, der bosnischen Hauptstadt. Republik-Präsident Alija Izetbegović, ein frommer Moslem: „Das geht nur über Leichen" (siehe Interview Seite 118). Er bat, besonders bizarr, die Türkei, als Schutzpatron der jugoslawischen Moslems ihren Einfluß auf dem Balkan geltend zu machen – als sehnte er sich nach den Zeiten der osmanischen Ordnung zurück.

Tudjman beeilte sich, die Pläne halbwegs zu dementieren: Das seien nicht seine Gedankenspiele, sondern die sei-

* Nach Kämpfen im kroatischen Dorf Tenje.

nes Beraters Nobilo. Daß er mit Milošević im Gespräch sei, leugnete er nicht.

Am Mittwoch schreckte die nächste Horrormeldung die Kroaten auf. Ihr neuer Verteidigungsminister Šime Djodan behauptete, Beweise zu haben, daß die Bundesarmee „innerhalb der nächsten vier Tage" eine Großoffensive gegen Kroatien plane. Djodan siegesgewiß: „Sie wissen noch nicht, was wir mit ihnen machen werden."

Doch noch am gleichen Abend kam die Entwarnung: Tudjman habe sich auf dem Fliegerstützpunkt in Zadar mit Verteidigungsminister Veljko Kadijević getroffen und ein Fünf-Punkte-Programm ausgehandelt, das auf ein konföderiertes Jugoslawien ziele, mit verbrieften Rechten für jede Minderheit. Tudjman: „Die Offensive ist abgeblasen."

Am Donnerstag war Tudjman zum Blitzbesuch in Bonn, wohin ihn Bundeskanzler Helmut Kohl demonstrativ eingeladen hatte. Aber außer aufmunternden Worten brachte der Kroaten-Führer nichts Faßbares mit. Außenminister Hans-Dietrich Genscher machte dem Gast klar, daß er für die Anerkennung Kroatiens als selbständiger Staat in der EG derzeit keine Mehrheit findet.

Ob das Stillhalte-Versprechen, das der Verteidigungsminister gab, lange einzuhalten ist, gilt als zweifelhaft. Denn in der Führung der Bundesarmee hat nicht er, sondern Generalstabschef Blagoje Adžić das Sagen. Der aber will die Scharte, die Sloweniens Durchhaltewillen im Selbstbewußtsein der Militärs hinterlassen hat, so schnell wie möglich auswetzen – notfalls auch um den Preis eines Showdowns in Kroatien?

In einer Blitzaktion hat Adžić die Armee von allen „unzuverlässigen" Offizieren gesäubert. 142 Kommandeure gaben freiwillig ihren Dienst auf, darunter auch ein General, der inzwischen bei den slowenischen Streitkräften eine Anstellung gefunden hat.

Mit drei Armeekorps hatte die Bundesarmee am vergangenen Wochenende Kroatien eingekreist; zwei standen in Bosnien bereit, eins in der serbischen Vojvodina. Und auch in der Krajina waren alle strategisch wichtigen Punkte von Truppen der jugoslawischen Armee besetzt.

„Jeder kämpft gegen jeden"

SPIEGEL-Interview mit dem moslemischen Präsidenten Alija Izetbegović über die Republik Bosnien-Herzegowina

SPIEGEL: Verwirklicht sich die Befürchtung, daß der Bürgerkrieg in Jugoslawien auch Bosnien erfassen wird?

IZETBEGOVIĆ: Sollte es zur Teilung der Republik Bosnien-Herzegowina kommen – dann ganz sicher. Und dieser Krieg wird nicht vor den Toren Europas haltmachen. In diesem Krieg kämpft jeder gegen jeden.

SPIEGEL: Kroatien hat sich für einen solchen Fall zum „natürlichen Verbündeten" der Moslems gegen die Serben erklärt. Doch jetzt soll Kroaten-Präsident Tudjman die Teilung Bosniens als einzige Lösung für Jugoslawien bezeichnet haben.

IZETBEGOVIĆ: Er hat das mittlerweile dementiert. Und Gott gebe, daß er es nicht gesagt hat.

SPIEGEL: Worum ging es Ihrer Vermutung nach bei den Geheimgesprächen zwischen Tudjman und dem serbischen Präsidenten Milošević?

IZETBEGOVIĆ: Natürlich um die Teilung Bosniens. Aber die beiden konnten sich nicht einig werden, und ich bin absolut sicher, daß sie nie zu einem Einvernehmen kommen. Die würden sich um jedes einzelne Stück der Beute prügeln. Bosnien ist unteilbar. Unsere Grenzen wurden in zahlreichen Friedensvereinbarungen erwähnt und bestätigt, auch auf dem Berliner Kongreß 1878. Unsere Nationalitäten leben verstreut wie die Flecken auf einem Leopardenfell – 44 Prozent Moslems, 31,3 Prozent Serben, 17,3 Prozent Kroaten plus andere Volksgruppen.

SPIEGEL: Wie denken Sie über den Vorschlag, Bosnien und die Herzegowina in Kantone aufzuteilen?

IZETBEGOVIĆ: Darüber läßt sich diskutieren. Aber erst soll mir mal einer erklären, was der Sinn dieser Idee ist. Kantone in Bosnien sind nicht dasselbe wie Kantone in der Schweiz.

SPIEGEL: Wäre das nicht ein Anlaß, im Rahmen einer Teilung Bosniens einen eigenen islamischen Staat zu gründen?

IZETBEGOVIĆ: Das wurde uns sogar angeboten. Aber wir haben abgelehnt. Wir wollen eine Bürgerrepublik der Moslems, Serben und Kroaten. Das ist die einzige realistische Lösung. Hier herrscht eine andere Mentalität als in anderen jugoslawischen Republiken. Wir haben gelernt, keinen zu fragen: Welchen Glauben hast du?

SPIEGEL: Wer ist für Sie der gefährlichere Streber nach der Macht – Milošević oder Tudjman?

IZETBEGOVIĆ: Chronologisch gesehen war erst Milošević da, er wollte Großserbien erzwingen. Heute sind sich beide allerdings in vielem ähnlich. Der eine ist ausschließlich Serbe, der andere kompromißloser Kroate.

SPIEGEL: Nach serbischer Philosophie muß Europa in Bosnien vor der Ausweitung des Islam geschützt werden.

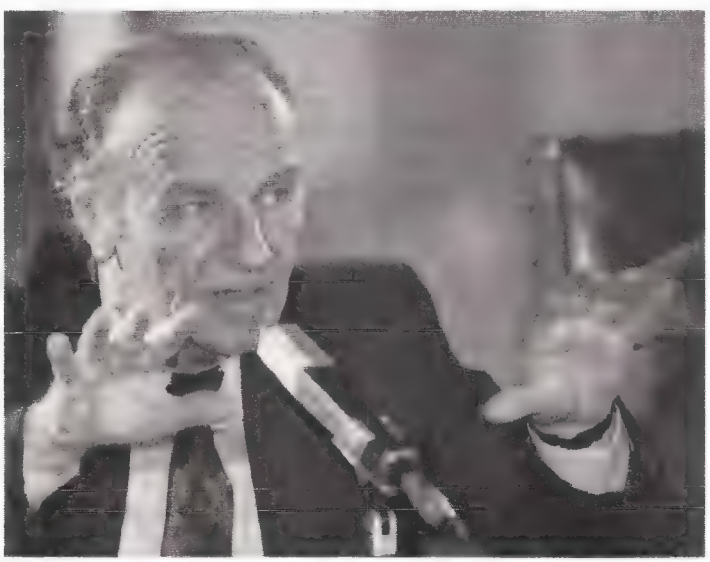
IZETBEGOVIĆ: Diese Theorie propagierten die Serben schon bei ihrer Kosovo-Kampagne gegen die Albaner: den Kampf gegen den Islam. Erfolglos – die ganze Welt, ja sogar traditionelle Serbenfreunde wie Amerika und Frankreich standen auf seiten der Albaner.

SPIEGEL: Soeben waren Sie in Ankara, zuvor bei Gaddafi in Libyen. Was wollten Sie dort erreichen?

IZETBEGOVIĆ: Politische Unterstützung natürlich.

SPIEGEL: Haben Sie auch um Waffenbeistand gebeten, falls die islamischen Gläubigen bedroht sind?

IZETBEGOVIĆ: Bisher noch nicht. Aber ich weiß nicht, was sich im Falle einer wirklichen Gefahr für



Bosnischer Präsident Izetbegović: „Notfalls die Armee rufen"

unsere Glaubensbrüder ereignen würde. Wenn Deutschland das Recht hat, sich um Jugoslawien zu sorgen – warum nicht auch der Iran? Wir sehen nicht nur auf Europa. Wir möchten den östlichen und westlichen Teil der Welt verbinden.

SPIEGEL: Will sich Bosnien-Herzegowina ebenfalls souverän erklären und von Jugoslawien abspalten, falls Kroatien sich durchsetzt?

IZETBEGOVIĆ: Wir bleiben nur in einem Jugoslawien, in dem sowohl Serbien wie auch Kroatien sind. Das können Sie auslegen, wie Sie wollen.

SPIEGEL: Das Staatspräsidium hat beschlossen, die Armee aus Slowenien abzuziehen. Ist das nur ein taktisches Manöver oder der Beginn der jugoslawischen Aufsplitterung?

IZETBEGOVIĆ: Wir haben vom Staatspräsidium gefordert, diese Entscheidung zu revidieren. Dies ist einer der bedeutendsten Beschlüsse in diesem Land nach dem Zweiten Weltkrieg. Seine Auswirkungen auf Bosnien und Herzegowina sowie auf die anderen Republiken müssen erst klargelegt werden.

SPIEGEL: Würden Sie im Falle eines in Bosnien aufflackernden Bürgerkriegs die Bundesarmee zu Hilfe rufen?

IZETBEGOVIĆ: Wenn ich die Wahl zwischen Chaos und Armee habe, würde ich der Armee den Vorzug geben.

Kroaten-Präsident Tudjman, Serben-Präsident Milošević: Böser Plan?

Hitler, Kroaten-Führer Pavelić (2. v. r.)*: Historisches Trauma

Serben

Viertes Reich

Belgrad beschuldigt Deutschland, auf die Zerschlagung Jugoslawiens hinzuarbeiten.

Deutschland ist für den serbischen Historiker Andrej Mitrović der gefährlichste Brandstifter dieses Jahrhunderts. Die Deutschen hätten nie gezögert, Grenzen zu verschieben, Staaten zu liquidieren oder sich wenigstens brutal in deren innere Angelegenheiten einzumischen.

Nun ist es nach Ansicht des Geschichtsprofessors wieder einmal soweit. Das ist der Grundton einer Artikelserie von Mitrović, die vorigen Montag in der Belgrader Tageszeitung *Borba* begann.

Unter dem Titel „Der deutsche Faktor und die Verschärfung der jugoslawischen Krise" versucht der Historiker nachzuweisen, daß erst die Einmischung Deutschlands und Österreichs den jugoslawischen Krisenherd zum hochexplosiven Pulverfaß gemacht habe.

Deutschlands unseliger Einfluß sei überall zu spüren, stellt Mitrović fest. Die slowenische und kroatische Argumentation etwa, wonach die beiden Republiken im Vielvölkerstaat keine Unabhängigkeit genössen, sei bis ins Detail von den Nazis abgekupfert worden – auch die seien mit dem Argument an die Macht gekommen, Deutschland von Fremdherrschaft zu befreien, und hätten dann „eine Herrschaft der Gewalt über andere etabliert".

Ein ähnliches Schicksal wolle Kroaten-Führer Franjo Tudjman, der bereits begehrlich nach Bosnien und Herzegowina schiele, nun den Serben bereiten.

Historisch erklärbare Angst vor den Deutschen haben viele Serben tatsächlich nie wirklich überwunden. Zu frisch ist die Narbe der Erinnerung an die Besetzung durch die Hitler-Truppen und die Serben-Pogrome unter dem kroatischen Vasallenregime von Ante Pavelić.

Die angeblich von Deutschland und Österreich inspirierten Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens sind nach serbischer Logik nur ein Baustein in einem bösen Plan, der die Zerschlagung Jugoslawiens zum Ziel hat, um Deutschland den Zugang zu den warmen Häfen der Adria zu bahnen.

Was Deutschland, das nach Kräften auf eine Neuordnung Europas und Errichtung eines „Vierten Reiches" hinarbeite, nach der Zerstörung Jugoslawiens mit seinen Marionetten Slowenien und Kroatien vorhabe, ist für Andrej Mitrović noch offen. „Ist eine internationale Schirmherrschaft geplant?" fragt der Belgrader Historiker, „oder ihre Integration in ein größeres Territorium, zum Beispiel Mitteleuropa?"

Diese Fragen verraten alte Komplexe, die durchaus reale historische Wur-

* Mit Reichsmarschall Hermann Göring im Juni 1941.

zeln besitzen. Slowenische und kroatische Intellektuelle haben in jüngster Vergangenheit laut auf ihre Zugehörigkeit zum mitteleuropäischen Kulturraum gepocht. Das wurde in Serbien gleich als Wunsch interpretiert, ein katholisches Bollwerk gegen das orthodoxe Serbien zu errichten.

Der slowenische Intellektuelle Taras Kermauner hatte schon vor drei Jahren in einem Vortrag über ein katholisches Mitteleuropa davor gewarnt, die serbische Urangst vor Mitteleuropa-Plänen zu unterschätzen, „denn die Serben identifizieren Mitteleuropa mehrheitlich noch immer mit dem Nationalsozialismus und der Besetzung Serbiens durch die Deutschen beziehungsweise mit Österreich-Ungarn und der Besetzung Serbiens 1915".

Viele Serben fühlen sich nun wieder an die Fronten von 1914 erinnert: Hier der Wirtschaftsriese Deutschland in „militärischer und politischer Kumpanei" mit Österreich, wie das Belgrader Massenblatt *Večernje novosti* formulierte, und da Serbien, unterstützt höchstens von Frankreich, da Paris an seiner Linie festhält, Jugoslawien als Staat zu retten.

Daß die serbischen Propagandisten nun dieses Trauma zu einem Bild der realen Bedrohung verdichten, scheint abstrus genug. Doch die Theorie von einem Komplott bringt immer neue Gerüchte hervor: So schwadronierte die Belgrader *Politika* von „geheimen Missionen" des Bundesnachrichtendienstes und des österreichischen Heeresnachrichtendienstes; der Belgrader Rundfunk behauptete, das österreichische Bundesheer habe slowenische Piloten in Schnellkursen ausgebildet.

Das Wiener Verteidigungsministerium nannte die Anschuldigung „einfach lachhaft": Erstens besitze Slowenien keine eigene Luftwaffe, zweitens könnte ein solcher Vorgang in Österreich „keine Sekunde geheim bleiben".

Nicht nur Phantasten, sondern auch weltkundige Intellektuelle wie der einstige Kampfgefährte Titos und spätere Dissident Milovan Djilas kritisieren die deutsche und österreichische Politik und warnten davor, in die „Propagandafalle" der Slowenen und Kroaten zu tappen: „Die Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien durch Deutschland, Österreich oder andere Staaten", so Djilas, „wird direkt zu einem Bürgerkrieg in Jugoslawien führen."

Bislang machen weder Deutschland noch Österreich Anstalten, die beiden Republiken anzuerkennen. Dennoch verglichen serbische Zeitungen den Besuch des Kroaten-Präsidenten Franjo Tudjman in Bonn bei Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem Empfang des faschistischen Kroaten-Führers Pavelić im Zweiten Weltkrieg durch Adolf Hitler.

Abrüstung

Verschworene Kameraden

Bush und Gorbatschow preisen den Start-Vertrag als historische Tat. Doch die Supermächte haben das Interesse an den schwierigen Verhandlungen verloren.

Auf dem Treffen der großen Sieben in London fand ganz unprogrammgemäß ein Nebengipfel statt. Der westliche Vormann George Bush und sein Sowjetpartner Michail Gorbatschow (den der US-Präsident ursprünglich gar nicht als Ehrengast an der Themse dabeihaben wollte) setzten die letzte Fußnote unter das Schlußkapitel des Kalten Kriegs – sie einigten sich auf einen Vertrag über den Abbau strategischer Atomwaffen (Start). Ende Juli wollen die beiden Supermacht-Führer das Abkommen bei einem Gipfel in Moskau auch förmlich besiegeln.

Bis zum 14. Juli hatten die Außenminister der beiden Präsidenten tagelang vergebens versucht, die letzten Probleme des Raketenschachers zu lösen. Daß drei Tage später in London dann doch noch der Durchbruch gelang, ist nach amerikanischer Darstellung einem hektischen Finale zu danken:

Mittwochs morgens klingelte das Telefon in der Suite von US-Außenminister James Baker im Londoner Churchill Hotel. Der Sekretär des sowjetischen Amtskollegen Alexander Bessmertnych bat um ein dringliches Treffen mit seinem Chef.

Baker wußte, sein sowjetischer Kollege wollte den letzten Stolperstein beiseite räumen, noch ehe Bush und Gorbatschow sich im Winfield House, der Residenz des US-Botschafters in London, zum vereinbarten Mittagessen zusammensetzen würden.

Dort, auf der Terrasse zwischen Lavendel und weißen Rosen, versammelte der amerikanische Präsident seine außenpolitischen Berater um einen Gartentisch. Noch einmal verständigten sie sich über die Mindestbedingungen, die Moskau erfüllen müsse, um den Abrüstungsdeal – und damit das von Gorbatschow ersehnte Gipfeltreffen in der sowjetischen Hauptstadt – zu bekommen.

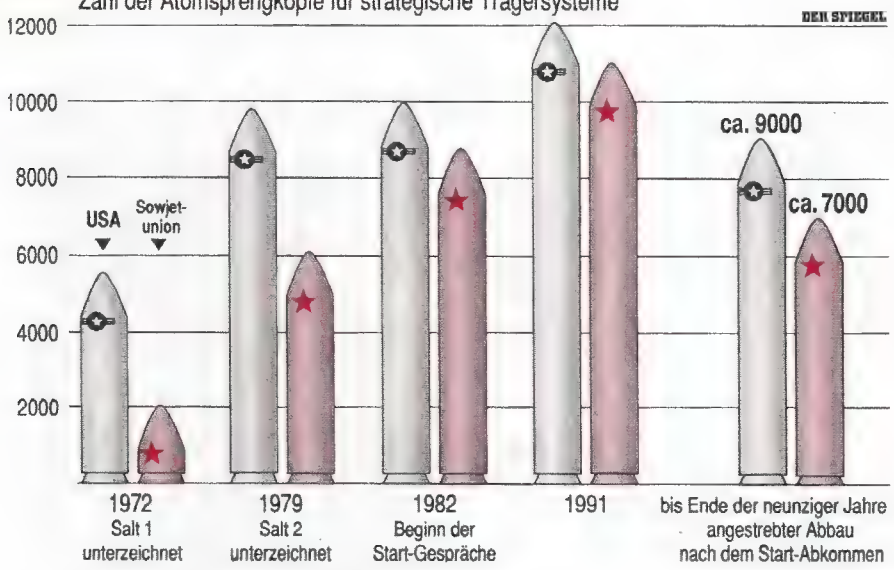
Eine halbe Stunde später unterbreitete Moskaus Chefdiplomat einen Vorschlag, in dem Baker die Basis für eine „beide Seiten befriedigende" Lösung sah. Als Lunchgast Gorbatschow eintraf, ließ der Amerikaner seinen Besucher erstmal in der Halle stehen und verschwand im Speisezimmer von Winfield House. Dort holte er sich die Zustimmung seines Präsidenten.

Um ganz sicher zu gehen, prüften im fernen Washington Pentagon-Experten in aller Eile den Vorschlag. Deren Unbedenklichkeitsbescheinigung platzte mitten ins Präsidenten-Essen. Unter vier Augen, gleich nach Tisch im Nachbarzimmer, besiegelten George Bush und Michail Gorbatschow wie verschworene Kameraden schließlich per Handschlag den monumentalen Abrüstungsvertrag, um den Sowjets und

Abschußrampe einer SS-25: Alle 22 Stunden ein Atomsprengkopf

MIT START ANS ZIEL?

Entwicklung des Nuklearwaffen-Potentials der Supermächte;
Zahl der Atomsprengköpfe für strategische Trägersysteme



Amerikaner fast zehn Jahre lang – seit 1982 – gerungen hatten.

Der Coup von London sei „keineswegs von vornherein beschlossene Sache“ gewesen, versicherte Bush anschließend: „Wir wußten nicht, daß das passieren würde.“ Gleichwohl spricht manches dafür, daß beide Seiten die Einigung absichtlich bis zuletzt hinausgezögert haben könnten.

Den 750 Seiten umfassenden Start-Vertrag hatte Ronald Reagan seinem Nachfolger Bush nahezu unterschriftsreif hinterlassen. Die wichtigsten Elemente waren seit langem ausgehandelt: die Obergrenze von 6000 strategischen Atomsprengköpfen auf bestimmten Waffentypen, Zahlen für landgestützte Raketen, Zählkriterien für Bomber, die Ausklammerung von seegestützten Marschflugkörpern und der Verzicht der Sowjets, Washingtons Weltraumrüstung einzubeziehen.

Längst stand fest, daß die sowjetischen Streitkräfte 35 Prozent ihrer strategischen Sprengköpfe vernichten müssen, die US-Militärs hingegen nur 25 Prozent. Zudem dürfen die Amerikaner rund 2000 Atomsprengköpfe mehr behalten als ihr Widerpart.

Die Russen hatten sich damit abgefunden, daß sie bis 1999 theoretisch alle 22 Stunden einen Atomsprengkopf abbauen müssen, um die Vertragsgrenzen einzuhalten, während die Amerikaner dazu anderthalb Tage Zeit haben. Alle 66 Stunden muß eine Sowjetrakete abgewrackt werden, während nur alle zehn Tage ein Ferngeschoß der U.S. Air Force zur Ausmusterung ansteht.

Derlei Nachteile hatte Gorbatschow trotz murrender Generäle in Kauf genommen, obwohl er für die Abrüstung auch noch weit mehr zahlen muß als die Amerikaner: Während Moskaus Raketentruppen neue, moderne Raketen in großer Zahl verschrotten müssen, kann sich das Pentagon darauf beschränken, Uralt-Raketen termingerecht zu vernichten. Die amerikanischen Kosten „sind minimal, weil wir nicht viel tun müssen, um den Vertrag einzuhalten“, meint Natalie Goldring vom unabhängigen Defense Budget Project.

Die beiden Supermächte ließen sich zudem auf bislang beispiellose Kontrollen ein. Allein „zwölf unterschiedliche Arten von Inspektionen vor Ort“ (so der ehemalige Chefunterhändler Richard Burt) sollen wie nie zuvor Einblicke ins Arsenal der Gegenseite gewähren.

Abrüstungspartner Gorbatschow, Bush in London
Hektisches Finale

Angesichts derart massiver Zugeständnisse der Sowjets bezweifeln viele US-Experten, daß die am vorletzten Wochenende urplötzlich aufgetauchte Frage, wie denn das Wurfgewicht einer Rakete im Start-Vertrag definiert werden solle, tatsächlich ein ernsthaftes Verhandlungshindernis war. Sie meinen vielmehr, politisch-taktische Erwägungen seien für die Verzögerung ausschlaggebend gewesen.

Sowohl Bush wie Gorbatschow mußten aus innenpolitischen Gründen vermeiden, daheim als Unterlegener des Verhandlungsmarathons dazustehen. „Hier ging es nicht um Sieger oder Verlierer“, versicherte der Amerikaner denn auch gleich nach der Einigung.

Seit Jimmy Carter 1979 den Salt-2-Vertrag, Vorläufer des Start-Abkommens, gar nicht erst dem Senat vorlegte, weil der das Abkommen nicht billigen wollte, weiß jeder US-Präsident, wie risikoreich die Ratifizierung von Rüstungskontrollvereinbarungen sein kann.

Seine Militärs seien „so begeistert“ über den Vertrag, daß der eigentlich „unbeanstandet durch den Senat segeln müsse“, meint George Bush zwar jetzt. Doch beim Kampf um die erforderliche Zweidrittelmehrheit muß sich die Regierung gleichwohl auf eine zähe Debatte einrichten.

Harte Konservative wie der Scharfmacher Jesse Helms, für den die Sowjets nach wie vor nichts weiter sind als „Betrüger, Lügner und Lumpen“, scharen bereits Vertragsgegner um sich. Ihr Hauptangriffsziel ist die trotz aller Kontrollzusagen angeblich fehlende Überprüfbarkeit der Start-Versprechen. Argumente für ihre Bedenken beziehen sie zum Teil von CIA-Experten, die sich erst vorige Woche im Kongreß über Moskaus falsche Angaben bei anderen Abrüstungsvereinbarungen beklagten.

Die Bush-Kritiker nützen dabei den in den USA nach wie vor latenten Vorwurf, der Präsident vertraue allzu gutgläubig dem brillanten Eigendarsteller Gorbatschow. Vor allem unter republikanischen Rechten hält sich hartnäckig der Verdacht, ihre Regierung sitze einem gigantischen Täuschungsversuch kommunistischer Machttaktiker unter Gorbatschow auf.

Gerade zur Befriedung seiner eigenen

„An jeden liefern, der Geld hat“

Trotz Bekenntnissen zur Selbstbeschränkung machen die wichtigsten Waffenexporteure gute Geschäfte

Kollektive Schuldbezeugungen gehörten bislang nicht zum Repertoire von Weltwirtschaftsgipfeln. Das Treffen in London war die Ausnahme: Die Chefs der sieben mächtigsten Industrienationen räumten Mitverantwortung für den Ausbruch des Golfkriegs ein.

Die Eroberung Kuweits durch den Irak, verkündeten die sieben, habe gezeigt, daß „Friede und Stabilität untergraben werden können, wenn einem Land die Möglichkeit gegeben wird, ein Waffenarsenal zu erwerben, das den Bedarf für die Selbstverteidigung weit übersteigt. Wir sind entschlossen, die Wiederholung solchen Mißbrauchs zu verhindern“.

Verbindliche Richtlinien, beschlossen die sieben, sollen Rüstungsausfuhren in die nahöstliche Krisenregion regulieren. Ein Waffenexportregister bei der Uno werde künftig Aufschluß geben über den weltweiten Handel mit Kriegsgerät.

Der löbliche Vorsatz – schon zehn Tage zuvor hatten auch die fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates ähnliche Absichten bekundet – fordert vor allem Selbstbeschränkung. Allein die fünf Vetomächte der Uno (USA, Sowjetunion, China, Großbritannien und Frankreich) sind die wichtigsten Waffenlieferanten der Region.

In den vergangenen fünf Jahren lieferten sie Kriegsgerät im Gesamtwert von nahezu 150 Milliarden Dollar an Staaten des Nahen Ostens; etwa 90 Prozent der irakischen Waffen stammten aus ihren Beständen.

Unabhängige Experten zweifeln am Wert der Londoner Beschlüsse. Lee Feinstein von der Washingtoner Arms Control Association sieht in den Erklärungen einen krassen Widerspruch zur politischen Wirklichkeit: Schon die Pläne der US-Regierung „für die Ausfuhr großer Mengen hochentwickelter Waffen in diese Region stellen die Erfolgsaussichten der Vereinbarungen in Frage“.

Der Gegensatz zwischen der von US-Präsident George Bush nach Kriegsende geforderten Enthaltsamkeit bei Waffenausfuhren in den Nahen Osten und bereits vereinbarten Lieferungen ist besonders groß. Seit dem Einmarsch der Iraker in Kuweit hat Washington den Staaten der Krisenregion Waffen im Wert von insgesamt 13,2 Milliarden Dollar versprochen.

Bomben für saudische „Tornado“-Kampfflugzeuge: Großauftrag erhofft

Auch die anderen vier ständigen Sicherheitsratsmitglieder wollen wieder groß in den nahöstlichen Waffenbasar einsteigen.

Die Sowjetunion hat Syrien 300 Panzer der Typen T-72 und T-74, 50 MiG-29-Kampfflugzeuge, Frühwarnradargeräte, Kommando- und Kontrollsysteme sowie Flugzeugabwehrraketen im Gesamtwert von rund zwei Milliarden Dollar zugesagt. Die Vereinigten Arabischen Emirate erhalten womöglich als erstes Abnehmerland hochmoderne MiG-31-Jäger.

Großbritannien plant ein Milliarden-Geschäft mit Saudi-Arabien: Britische Firmen sollen den Zuschlag für eines der größten Bauprojekte der Welt erhalten, eine riesige Militärstadt für 25 000 Soldaten mitten in der Wüste. Zudem hoffen britische Firmen auf Großbestellungen von „Tornado“-Kampfflugzeugen, Hubschraubern und Minensuchbooten. Der britische Panzerkonzern Vickers rechnet mit Nahost-Aufträgen im Wert von rund sechs Milliarden Dollar für den neuen Superpanzer „Challenger-2“, an dem sowohl Saudi-Arabien als auch Oman Interesse gezeigt haben.

Frankreichs Rüstungsfirmen meldeten als Folge des Golfkriegs ein Auftragsplus von beinahe 70 Prozent. Knapp die Hälfte der Bestellungen sind, so Verteidigungsminister Pierre Joxe, aus Saudi-Arabien und Kuweit eingegangen. Auch Jordanien wünscht die Wiederaufnahme von Waffenlieferungen aus Paris.

China, das sich bislang einer Kontrolle seiner Waffenexporte am hartnäckigsten widersetzt hat, will nun Syrien moderne Mittelstreckenraketen liefern.

Die Exportbereitschaft der Großproduzenten wird sich – allen Vorsätzen zum Trotz – eher noch steigern. In nahezu allen Staaten mit eigener Waffenindustrie sinken die Wehretats. Ausfuhren sind das einzige Mittel, die ansonsten unwirtschaftliche Produktion aufrechtzuerhalten.

China liefert ein besonders krasses Beispiel für eine ausfuhrorientierte Rüstungspolitik. Anfang der achtziger Jahre hatte Deng Xiaoping eine autonome Rüstungskommission eingesetzt, die als Motor für die technologische Modernisierung des Riesenreiches dienen sollte. Deren Mitglieder kurbelten vor allem den Export an – oft gegen die erklärte Absicht von Außen- und Verteidigungsministerium. „Die Chinesen liefern an jeden, der fragt und der Geld hat – und streiten wenig später das Ganze einfach ab“, urteilt ein britischer Regierungsbeamter über Pekings Geschäftsgebaren.

Binnen weniger Jahre entwickelte sich China zum fünftgrößten Waffenhändler der Welt. Besondere Ironie: Pekings Produktionsstraßen, von denen nun zunehmend Rüstungsgüter für arabische Abnehmer rollten, wurden vor rund zehn Jahren vor allem von Experten aus Israel auf den neuesten Stand der Technik gebracht.

Falken, so erklären andere Fachleute die zähen Schlußverhandlungen, habe auch Gorbatschow den Eindruck allzu großer Nachgiebigkeit vermeiden müssen. Im Winter hatten Sowjetmilitärs bereits Außenminister Eduard Schewardnadse mit heftiger Kritik an dessen Abrüstungspolitik aus dem Amt gegrault.

Der Kremlchef weiß, daß der Vorwurf, die Sicherheit der Sowjetunion werde leichtfertig aufs Spiel gesetzt, diesmal ihn direkt treffen würde. Gorbatschows Hinweis, „wir haben uns von der Gefahr eines Atomkriegs weiter entfernt", richtete sich deshalb vornehmlich an seine Kritiker daheim.

Die ermüdenden Verhandlungen haben beiden Seiten die Lust auf eine baldige Start-2-Runde genommen. „Ich glaube nicht, daß wir uns in die nächste Verhandlungsphase stürzen sollten", meinte Ex-Delegationsleiter Burt. Und Verteidigungsminister Richard Cheney verkündete vorige Woche im Kongreß, daß derzeit kaum jemand „danach giert, loszuziehen und von vorn anzufangen".

Ausgerechnet jetzt, da Abrüstung mit dem Ende des Kalten Kriegs so einfach scheint wie nie zuvor, hat sie für die Supermächte dramatisch an Wichtigkeit verloren: Der Start-Vertrag belegt die These, daß innenpolitische und wirtschaftliche Faktoren inzwischen größeren Einfluß auf die Rüstung ausüben als rein sicherheitspolitische Erwägungen.

Schon jetzt ist klar, daß Sowjets wie Amerikaner das einander zugestandene Maximum an Sprengköpfen nicht erreichen werden, weil die dazu notwendigen Rüstungsprogramme an den extremen Kosten scheitern. Bleibt es etwa bei der Entscheidung des US-Kongresses, nur 15 statt der geplanten 75 Stealth-Bomber vom Typ B-2 zu bauen, hätten die USA rund 1200 Atomsprengköpfe weniger als nach dem Vertrag erlaubt.

Irak

Dumm sterben

Saddam Hussein riskierte wieder einen militärischen Schlag der Amerikaner. Israel befürchtete schon neue Scud-Angriffe.

Wenn der Tyrann sein Volk besucht, dann reist die Angst mit. Als Iraks Staatschef Saddam Hussein vergangene Woche einen seiner seltenen Ausflüge in die Provinz unternahm, waren die Wohnviertel um die Stadthalle von Nassirija, wo er zu handverlesenen Untertanen sprechen wollte, schon Tage zuvor von Dutzenden Agenten des Geheimdienstes Muchabarat auf der Suche nach Waffenverstecken und Oppositionellen durchkämmt worden.

Erst wenige Minuten vor seinem Auftritt traf Saddam in Nassirija ein: Ob auf dem Land- oder dem Luftweg, blieb ein streng gehütetes Geheimnis.

Denn zur gleichen Zeit, als eine Kolonne gepanzerter weißer Mercedes-Limousinen aus dem fernen Bagdad vorfuhr, landeten auch 14 Hubschrauber auf dem Gelände einer Kaserne unweit der Stadthalle. Die aufwendigen Verwirrspiele – Saddam entscheidet sich selbst erst in letzter Minute, welches Transportmittel er bevorzugt – sollten potentielle Attentäter, vor allem aus seiner engeren Umgebung, abschrecken.

Im Festsaal nahm der Diktator in olivgrüner Uniform huldvoll die Begrüßung durch örtliche Honoratioren und hohe Offiziere entgegen, die vorher von Spezialisten der Republikanischen Garde, seiner treu ergebenen Prätorianertruppe, nach Waffen oder Sprengstoff durchsucht worden waren. Zum obligatorischen Begrüßungskuß, wie unter Arabern üblich, kam es nicht. Statt seiner Wangen durften die Claqueure lediglich die Schulterstücke des Diktators erst links, dann rechts mit ihren Lippen berühren. Saddam Hussein hat neuerdings – ähnlich wie seinerzeit der Karpaten-Diktator Nicolae Ceauşescu – panische Angst vor Gift, Viren und Bazillen.

In einer kurzen Rede, immer wieder unterbrochen von minutenlangen Jubelchören, versprach der Präsident seinem Volk „eine neue, goldene Ära" und warf den Alliierten vor, ihre Aggressionen auch nach dem Waffenstillstand fortzusetzen. Ihr Ziel sei es, „die Zukunft des Iraks zu töten".

Die nahe Zukunft könnte tatsächlich Tod und Verderben bringen, denn der geschlagene, aber nicht besiegte Herrscher aus dem Zweistromland spielte wieder einmal mit dem Feuer.

Wie vor Ausbruch des Golfkriegs zu Jahresbeginn, als Saddam seine Beute Kuweit nicht herausrücken mochte, sah sich der Iraker einem erneuten Ultimatum gegenüber: Bis zum 25. Juli, dem Donnerstag dieser Woche, so beschloß der Weltsicherheitsrat mit den Stimmen der Irak-Freunde Jemen und Kuba, muß Bagdad den gesamten Umfang seiner atomaren Produktionsanlagen bekanntgeben.

Diese Forderung war Teil des Waffenstillstandsabkommens, das Saddam Hussein nach seiner schmählichen Vertreibung aus Kuweit im April unterzeichnet hatte.

Diktator Saddam in Nassirija: Küsse auf die Schulterklappen

Für den Fall, daß der Staatschef weiterhin „ein Versteckspiel" (das US-Magazin *Newsweek*) um seine Atompläne betreibe, drohte US-Präsident George Bush mit einem erneuten militärischen Angriff auf den Irak und der „vollständigen Eliminierung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffenprogramme". Am Rande des Londoner Weltwirtschaftsgipfels hatte Bush sich von seinen Partnern und Verbündeten Zustimmung für einen Schlag gegen strategische Ziele im Irak geben lassen.

Als nach dem Abzug der multinationalen Streitmacht aus der Schutzzone im kurdischen Nordirak vergangene Woche sofort Kämpfe ausbrachen, fühlten sich die Amerikaner erst recht herausgefor-

„Böser Geist aus der Flasche“

Saddams simple Atombomben-Technik

Kurz nur grübelte der Physiker über dem Problem, wie wohl der Bombenstoff Uran 235 aus Natururan zu gewinnen sei – dann fand Ernest Lawrence, Physiker an der California University in Berkeley, einen Dreh. Um die Idee sogleich zu testen, schlachtete der Forscher die Maschine aus, die ihm zu Ruhm und zum Nobelpreis verholfen hatte.

So wurde im November 1941 das „Zyklotron“, der erste moderne Atomteilchen-Beschleuniger, demontiert und völlig umgebaut. Nach den Plänen von Lawrence entstand das „California University Cyclotron“ („Calutron“): Wie ein unsichtbarer Dämon sortierte ein starker Elektromagnet im Innern dieser Maschine aus einem Gasstrom von Uranatomen die Saat der spaltfreudigen 235-Kerne von der Spreu der bombenuntauglichen Uran-238-Atome.

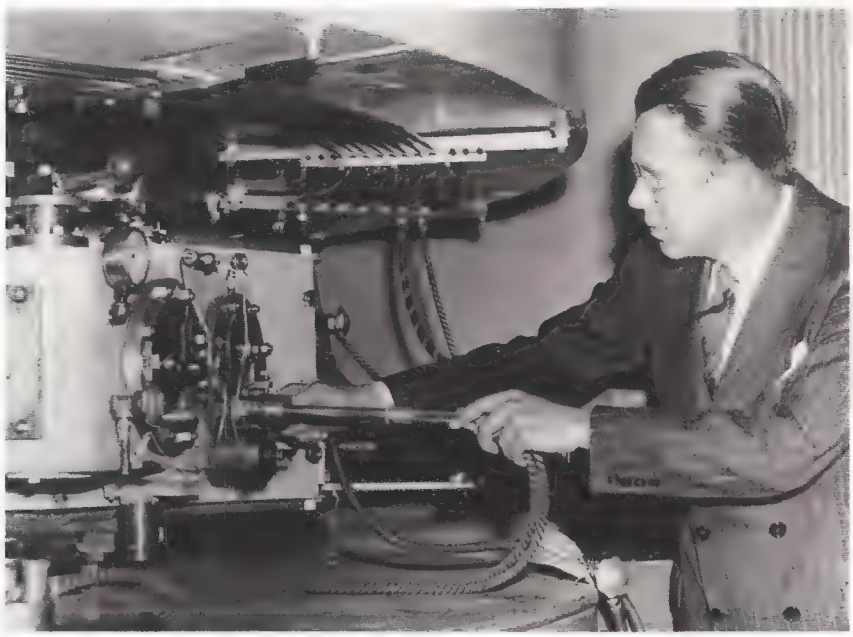
Im Winter 1944/45 hatten dann Dutzende solcher Calutrons in einer Fabrikanlage in Oak Ridge (Tennessee) den Uransprengstoff für „Little Boy“, die Atombombe von Hiroschima, erzeugt; doch dann war die elektromagnetische Trenntechnik aus dem Zweiten Weltkrieg in Vergessenheit geraten. Andere, technisch aufwendigere, aber kostengünstigere Urantrennverfahren machten das Rennen.

Als jetzt bekannt wurde, daß der Irak die Lawrence-Maschine insgeheim aus der Rumpelkammer der Atomtechnik hervorgeholt hat, zeigten sich Experten entsetzt. „Die Nachricht aus dem Irak“, erklärte etwa Leonard Spector vom Friedensforschungs-Institut Carnegie Endowment for International Peace in Washington, bedeute „ein Desaster“.

Nun sei „ein böser Geist entwichen“, so Spector, den man „nie wieder zurück in die Flasche sperren kann“. Zwei Gründe sind es, die Atomtechniker fürchten lassen, die Erfindung von Lawrence könne nach dem Irak auch andere Staaten nach Atomwaffen-Uran greifen lassen:

- Im Gegensatz zu den Anreicherungstechniken durch Gasdiffusion und Gaszentrifugen, deren Know-how schwer zugänglich ist, wurde die Technik der Calutrons, einschließlich detaillierter Konstruktionspläne, in Fachzeitschriften ausführlich diskutiert.
- Die Magnet-Maschinen sind vergleichsweise einfach zu bauen; Materialien, die nur in westlichen Industriestaaten zu beschaffen wären, werden nicht benötigt.

Als die Berkeley-Gruppe im Winter 1941 mit den Arbeiten am Calutron begann, erzielten die Forscher binnen Wochen den Durchbruch. Lawrence' Idee war es gewesen, Uransalz zu verdampfen und den so entstandenen Gasatomen jeweils ein Elektron abspenstig zu machen: Auf diese Weise wandelten sich elektrisch neutrale Atome in positiv geladene Uran-Ionen.



Physiker Lawrence, Zyklotron (1939): Ein Dämon sortiert die Atome

Ströme solcher Ionen wurden im Calutron in Vakuum-Röhren durch elektrische Spannung beschleunigt. Nun erst konnte die Magnet-Maschine ihre Trenndienste leisten. Durch die Macht der Magnete wurden die Uran-Ionen in halbkreisförmige Bahnen gezwungen; dabei zogen die leichteren U-235-Kerne engere Kurven als die schwereren 238-Ionen-Teilchen, die so gleichsam aus der Atom-Rennbahn flogen. Die schwereren Ionen wurden dann aussortiert, die Uran-235-Kerne gesammelt.

Insgesamt entwickelte das Berkeley-Team bis 1943 sechs Calutron-Prototypen. Konnten diese Maschinen anfangs nur Milligramm-Mengen von Uran 235 pro Tag abscheiden, so wurde die Trennarbeit in der „Y-12“ getauften Calutron-Fabrik von Oak Ridge erheblich gesteigert: Im Verlaufe eines Winters wurde dort Atomsprengstoff für zwei Uranbomben gewonnen.

Wieviel Bombenstoff ein Calutron erzeugen kann, hängt wesentlich vom Uran-235-Gehalt im Ausgangsstoff ab. Eine Maschine etwa, die aus Natururan (mit 0,7 Prozent U-235-Gehalt) ein Gramm Uran 235 von 40 Prozent Reinheit je Tag abspaltet, scheidet aus einem Rohstoff mit doppelt so hohem Uran-235-Gehalt täglich zwei Gramm Spaltstoff von 80 Prozent Reinheit ab.

Der Irak, so die Fachzeitschrift *Nucleonics Week*, verfügt über größere Mengen von Uran mit einem 235-Gehalt von 3,5 Prozent. Ein solcher Stoff wäre für die Herstellung von Bombenuran in Calutrons hervorragend geeignet.

Für Iraks Atomingenieure, erläuterte der US-Physiker Edward Lofgren, der als junger Forscher dem Berkeley-Team angehört hatte, sei die Calutron-Technik „geradezu ideal“ gewesen. „Ohne den Aufwand an Kapital und Technik“, der für andere Methoden nötig sei, so Lofgren, erziele das Calutron „bereits in einem Verfahrensschritt beachtliche Mengen von angereichertem Uran“.

Der Nachteil der Methode, so Lofgren, ihr „enormer Strombedarf“, habe das Erdölland Irak nicht schrecken müssen.

dert. Hunderte Kurden starben oder wurden bei Gefechten mit Saddams Armee verwundet. US-Militärs in der benachbarten Türkei berieten am Freitag abend mögliche Gegenmaßnahmen – eine Eskalation zum Atom-Ultimatum.

Würde Saddam Hussein, der schon einmal bewiesen hat, daß er sich von Ultimaten nicht einschüchtern läßt, eine neue Konfrontation mit der Supermacht USA wagen? Oder pokerte der „Lügner und Betrüger" (Bush über den Diktator) bis zur letzten Minute und gewährt den Uno-Kommissaren dann doch Zugang zu seinen geheimen Atomanlagen? Uno-Chefinspektor Demitri Perricos sagte jedenfalls, dies sei die „letzte Chance" für den Irak, den Vereinten Nationen alle noch verborgenen Nuklearanlagen zu melden.

Nach seiner Kapitulation vor der von Bush entsandten Streitmacht hatte Saddam Hussein zwar Hunderte ausländische Experten ins Land gelassen, die Kriegsschäden vor Ort begutachteten – stets mit Unterstützung der irakischen Regierung.

Nur die Uno-Inspektoren, welche die Zerstörung der irakischen Massenvernichtungswaffen vorbereiten und vor allem eine lückenlose Bestandsaufnahme des gesamten Atomprogrammes erstellen sollen, konnten vom ersten Tag an keinerlei Entgegenkommen von den Behörden erwarten. Ein Delegationsmitglied: „Die Iraker haben alles versucht, um uns dumm sterben zu lassen."

Plumpe Täuschungsmanöver, Verzögerungen und massive Drohungen erschwerten die Arbeit der Nuklearfachleute. Gelegentlich aber hatten die Experten auch mit selbstverschuldeten Flops zu kämpfen. So vermuteten die Uno-Delegierten in einer Militäranlage außerhalb der Hauptstadt Gerät zur Produktion angereicherten Urans. Als sie das Gelände heimlich fotografierten und filmten, gaben irakische Wachsoldaten Warnschüsse ab. Wenige Tage später verließ, von einem Uno-Posten beobachtet, ein Konvoi mehrerer Dutzend Lkw die Kaserne – beladen mit zerlegten Teilen aus der vermuteten Atomanlage.

Mit Geländefahrzeugen folgten die Uno-Aufpasser dem Konvoi in die Wüste Richtung jordanische Grenze. Doch nach 120 Kilometern war die Observierung beendet – den Verfolger-Autos war das Benzin ausgegangen. Der Konvoi samt Beladung blieb verschwunden.

Immerhin wurden die Uno-Experten bei ihren Recherchen so weit fündig, daß Bagdad vorletzte Woche erstmals zugeben mußte, seit Jahren angereichertes Uran produziert zu haben.

Als Grund für die Geheimhaltung nannte Außenminister Ahmed Hussein el-Chudeir den israelischen Luftangriff auf den irakischen Atommeiler Osirak vor zehn Jahren. Seine Regierung habe befürchtet, daß Israel oder die USA einen erneuten Schlag gegen einen Reaktor führen würden.

Genau dies droht dem Irak nun nach Verstreichen des Uno-Ultimatums – obwohl eine „direkte Bedrohung", so der Uno-Kontrolleur Johan Molander, von Saddams Atomambitionen noch nicht ausgehe. Erst in „frühestens zwei Jahren" wäre der Irak in der Lage gewesen, Nuklearwaffen einzusetzen.

Nach Tips eines Überläufers, der dem US-Geheimdienst CIA exakte Ortsbeschreibungen und Lagepläne lieferte, konnten die Uno-Experten Mitte vergangener Woche eine weitere Anlage aufspüren. Die Atomfabrik liegt bei Scharkat zwischen Mossul und Saddams Heimatort Takrit. Sie hätte, so Maurizio Zifferero, Leiter der Uno-Inspektionsgruppen, ihre Produktion „in etwa 18 Monaten" aufnehmen können.

Vergangene Woche bestritt Iraks Handelsminister Mohammed Mahdi Salih den Vereinten Nationen das Recht, sein Land zur Zerstörung seiner Massenvernichtungswaffen zu zwingen – trotz des gültigen Waffenstillstandsabkommens. Denn es sei „nicht gerecht", dem Irak solche Maßnahmen aufzuerlegen, solange Israel über Atomwaffen verfüge.

Der erneute Showdown, der sich zwischen den USA und dem Irak anzubahnen schien, löste vor allem im Judenstaat Angst und Besorgnis aus. Ein hoher israelischer Offizier schrieb unter dem Pseudonym Brigadegeneral „S" in der Armee-Zeitung *Bamachane*, daß sich sein Land auf einen „möglichen Irak-Krieg" vorbereite. Nicht nur die gewohnten Drohungen aus Bagdad, sondern auch die entschlossene Haltung von Präsident Bush, notfalls den Irak abermals zu bombardieren, hatten die engsten Bundesgenossen der USA im Nahen Osten verschreckt.

„Die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Schlages gegen nukleare Ziele im Irak wächst", warnten Zeitungsmeldungen, und in Tel Aviv beriet Bürgermeister Schlomo Lahat schon über neuerliche Notstandsmaßnahmen – wenn auch Verteidigungsminister Mosche Arens verängstigten Bürgern Ruhe empfahl: „Packen Sie die Gasmasken nicht wieder aus." ◄

Atlanta Constitution

Uno-Experten in Bagdad
Getäuscht und bedroht

Alexij II. beim SPIEGEL-Gespräch*: „Dank Perestroika können wir den Staat kritisieren"

„Grund für Reue und Buße"

Patriarch Alexij II. über die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche bei der Erneuerung der Sowjetunion

SPIEGEL: Eure Heiligkeit, die Russisch-Orthodoxe Kirche gilt inzwischen für viele als die einzige Institution, welche die nationalen Traditionen, die geistigen und moralischen Werte Rußlands bewahrt hat. Kann sie diesen Heilserwartungen gerecht werden?

ALEXIJ II.: Unser Land ist heute in der Tat auf der Suche nach geistigen und moralischen Grundwerten, und wir sind bereit, der Gesellschaft unsere Wertvorstellungen zu vermitteln. Das ist Verpflichtung und Herausforderung zugleich. 73 Jahre nach der Oktoberrevolution ist deutlich geworden, daß das Rezept, die Welt erst zu zerstören und dann neu aufzubauen, grundfalsch war. Ohne historische Erfahrungen kann Zukunft nicht gestaltet werden.

SPIEGEL: Was hat die Perestroika in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat konkret verändert?

ALEXIJ II.: In den ersten Perestroika-Jahren habe ich einmal öffentlich gesagt, daß wir als Menschen zweiter Klasse behandelt würden. Viele haben darauf hin geschrieben: Schön wär's, wenn nur zweiter Klasse. Heute dagegen sind Gläubige wie Priester wirklich gleichberechtigte Bürger. Das RSFSR-Gesetz über Gewissens- und Konfessionsfreiheit gibt unseren Gemeinden, Klöstern, geistlichen Seminaren, den Eparchien alle Rechte juristischer Personen. Jetzt kann die Kirche, wenn sie sich vom Staat ungerecht behandelt fühlt, endlich vor Gericht gehen.

SPIEGEL: Aber die Schulen sind Ihnen einstweilen noch versperrt.

ALEXIJ II.: Das Gesetz verbietet den Religionsunterricht zwar nicht ausdrücklich, enthält aber trotz eines entsprechenden Antrags von uns auch keine generelle Genehmigung. Hier konnten die Abgeordneten ihre Hemmungen einfach noch nicht überwinden.

SPIEGEL: Wären Sie denn in der Lage, in die ideologische Lücke zu springen?

ALEXIJ II.: Wir sind bereit, wären aber im Moment damit überfordert. Allein in Moskau gibt es 1286 Schulen. So viele Religionslehrer haben wir noch nicht.

SPIEGEL: Was hält die Kirche von Marktwirtschaft, Konsumideologie und

Alexej M. Ridiger

galt als Mann der Mitte, als er nach dem Tode seines Vorgängers Pimen vor einem Jahr zum Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche gewählt wurde und als Patriarch von Moskau und ganz Rußland den Namen Alexij II. annahm. 1929 in Tallinn als Sohn eines nach Estland emigrierten Popen geboren, gab sich der promovierte Theologe einerseits als loyaler Konservativer, andererseits unterstützte er Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung und forderte öffentlich die Rückgabe von verstaatlichtem Kirchenbesitz. Von seiner Amtsautorität macht der Patriarch zunehmend politischen Gebrauch. Die Moskauer Machtdemonstration im Baltikum Anfang dieses Jahres verurteilte Alexij II.: „Die Anwendung von militärischer Gewalt in Litauen war eine Sünde." Er war der erste Kirchenvertreter, der Russenpräsident Jelzin öffentlich gratulierte.

* Mit Redakteur Jörg R. Mettke und Mitarbeiter Andrej Batrak.

den damit verbundenen Versprechungen der Reformpolitiker?

ALEXIJ II.: So neu ist Marktwirtschaft für uns ja nicht. Aber bei dieser Rückkehr zu Marktverhältnissen müssen wir darauf achten, daß Seelen und Schicksale nicht niedergewalzt werden. Wir werden uns stärker um den sozialen Schutz bemühen, aber auch das überfordert uns gegenwärtig noch. Hunderte von Kirchen und Dutzende von Klöstern bekommen wir jetzt in einem verheerenden Zustand vom Staat zurück. Sie müssen restauriert werden; auch das zu neuen Preisen, unter Marktbedingungen.

SPIEGEL: Woher nehmen Sie die Mittel?

ALEXIJ II.: Da unsere Kirche weder über gewinnbringende Unternehmen noch über Steuereinnahmen verfügt, leben wir allein von den Spenden unserer Gläubigen. Davon müssen wir heute, wo ein großer Teil der Bevölkerung unter die Armutsgrenze gesunken und unser Wirtschaftssystem aus den Fugen geraten ist, das wieder aufbauen, was in Jahrhunderten geschaffen und in Jahrzehnten zerstört wurde.

SPIEGEL: Hätten Sie gern Unterstützung vom Staat?

ALEXIJ II.: Gäbe es solche Hilfe, würden wir gern darauf zurückgreifen. Sehr willkommen wäre uns auch finanzielle Hilfe von Christen aus dem Westen – wenigstens für die Rettung besonders wertvoller Kirchenbauten.

SPIEGEL: Vor einem Jahr, bei Ihrer Inthronisation, haben Sie das kirchliche Gelöbnis der Staatstreue, das Metropolit Sergij 1927 ablegte, nicht erwähnt. Keiner Ihrer Vorgänger während der Sowjetzeit hat diese Unterlassung gewagt. Was war der Sinn dieser politischen Demonstration?

ALEXIJ II.: Die Deklaration stammt aus einer Zeit, als die Existenz der Kirche auf dem Spiel stand und es darum ging, sie zu retten. Viele Klassen und Schichten waren damals gezielten Repressalien ausgesetzt – Wissenschaftler, Militärs, Intelligenz, Adel und sogar die Bolschewiki selbst. Die Kirche aber sollte total vernichtet werden. Die Geistlichen galten laut Gesetz als Konterrevolutionäre.

SPIEGEL: ... und mußten wählen zwischen Martyrium und Anpassung.

ALEXIJ II.: Metropolit Sergij hat nur gesagt, die Kirche sei kein politischer Gegner des Staates. Wortwörtlich heißt es in seiner Deklaration: „Wir wollen orthodox bleiben und die Sowjetunion als unsere Heimat empfinden, deren Freuden und Erfolge unsere Freuden und Erfolge sind und deren Leid unser Leid ist." Es ging nicht

Rotarmisten beim Plündern des Simonow-Klosters
„Rechtlos und erniedrigend"

Russisch-orthodoxer Gottesdienst in Kiew: „Heute sind wir gleichberechtigte Bürger"

Demonstration von Katholiken in Moskau: „Wir müssen eine Missionierung befürchten"

Katholiken in Lwow*: „Friedliche Koexistenz tut not"

um den atheistischen Staat; es ging um die Heimat.

SPIEGEL: Hat diese Deklaration für Sie heute jegliche Bedeutung verloren?

ALEXIJ II.: Jetzt sind wir unabhängig und müssen unsere Loyalität gegenüber dem Staat nicht mehr beteuern. Die Stellung der Kirche in der Zeit der Deklaration des Metropoliten Sergij und danach war rechtlos und erniedrigend. Dank Perestroika können wir nun den Staat kritisieren, wenn es sein muß.

* 1989 beim ersten katholischen Gottesdienst seit 1946.

SPIEGEL: Der Zustand und die Zukunft Rußlands wie der Union – gibt Ihnen das Anlaß zur Kritik?

ALEXIJ II.: Es war ein Fehler, daß die Zentrale den Republiken ihren Willen bei Mißachtung ihrer nationalen Interessen aufgezwungen hat. Die Zukunft kann nur einer Föderation souveräner Staaten gehören. Doch es muß Übergangsfristen geben für jene Republiken, die nicht in der Union bleiben wollen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen sind zu stark, die menschlichen Bande zu eng.

SPIEGEL: In der russischen Geschichte gab es immer wieder Perioden der Öffnung gegenüber Westeuropa – und massiven kirchlichen Widerstand dagegen. Findet die gegenwärtige Neigung in Rußland, sich erneut am Westen zu orientieren, von Musik und Kleidung bis zu Wirtschaftsmodellen und politischen Konzeptionen, den Beifall Ihrer Kirche?

ALEXIJ II.: Leider dringt edles und wahrhaft europäisches Gedankengut am langsamsten zu uns vor. Ein westlicher Sowjetologe hat unlängst gesagt, die Sowjetunion habe wohl die Hähne verwechselt und sich statt an die lebenspendende Wasserleitung an die westliche Kanalisation angeschlossen.

SPIEGEL: Der Westen als moralische Kloake, das war lange Zeit ein kommunistisches Stereotyp.

ALEXIJ II.: Die Subkultur des Rock, Drogen, eine durch Medien geprägte oberflächliche Haltung – sollte das für uns erstrebenswert sein? Die zur Zeit stattfindende Verwestlichung der sowjetischen Lebensweise hat wenig mit Humanisierung und Christianisierung zu tun. Wie alle Versuche, einen Durchbruch nach Europa zu schaffen, die von Peter dem Großen inspiriert und später von den Marxisten in den Jahren der Revolution noch einmal praktiziert wurden, ist auch der heutige bei einigen mit Abscheu gegen alles National-Historische gepaart. Vielleicht gehören dieser Radikalismus und der historische Nihilismus zu unserer nationalen Mentalität. Aber viele empfinden solche Tendenzen als außerordentlich negativ.

SPIEGEL: Doch häufig nur deshalb, weil Konservativen von links wie von rechts der Abschied vom Großmachtdenken so schwerfällt.

ALEXIJ II.: Das ist ein zweiter wesentlicher Grund: In einer integrierten Wirtschaft des vereinten Europa könnte unserem Land leicht die Rolle eines billigen Rohstofflieferanten und einer Deponie für umweltschädliche Technologien zugewiesen werden. Wer kann denn zur Zeit sicher sein, daß Rußland im Westen wirklich als gleichberechtigter Partner betrachtet wird? Als Christ wie als Patriarch stelle ich fest: In dem Maße, in dem der Westen seiner christlichen Bestimmung treu bleibt, werden auch wir russische Christen für eine Annäherung zum Westen offen sein.

SPIEGEL: Gibt es gleichwohl nicht in Ihrer Kirche viele Verfechter einer Politik der geschlossenen Türen und Fenster, die alle Kontakte zum Westen am liebsten unterbinden würden?

Grünes Licht für Fahrvergnügen.
Kraftstoffe mit ESSO 100.
ESSO
100
Kraftstoffe mit ESSO 100.
Hochentwickelt
wie die neuen Motoren.
Ausführliche Informationen bei: ESSO AG, 2000 Hamburg 60, Postfach

ALEXIJ II.: Die gibt es. Vor allem aber ist es die Russisch-Orthodoxe Kirche im Ausland, die eine Einstellung aller ökumenischen Kontakte zu einer Hauptbedingung für den Dialog mit uns macht. Doch in der säkularisierten Welt von heute muß man wissen, was man will: Dialoge am Runden Tisch oder wieder Kreuzzüge.

SPIEGEL: Die orthodoxe Exil-Kirche scheint noch nicht zu glauben, daß der Moskauer Patriarch nicht mehr von der Sowjetmacht gegängelt wird. Sie fordert Reuebekundungen von Ihnen.

ALEXIJ II.: Jetzt ist nicht die Zeit für gegenseitige Beschuldigungen. Wir könnten der Russischen Kirche im Ausland auch manches vorwerfen: die Zusammenarbeit mit dem Hitler-Regime, die Gebete für einen deutschen Sieg über die Sowjetunion, die Botschaft an US-Präsident Johnson mit Siegeswünschen für den Krieg in Vietnam.

SPIEGEL: Viele Priester wollen sich politisch betätigen und bescheinigen auch der Kirche erheblichen Reformbedarf.

ALEXIJ II.: Wir raten unseren Geistlichen von Parteibindungen ab. Jene Reformen, die der Westen vorexerziert, braucht unsere Kirche nicht. Wir haben die letzten 73 sehr schweren Jahre nur überleben können, weil wir traditionstreu geblieben sind. Das schließt nicht aus, daß wir neue Dienstformen praktizieren – also das, was im Westen als soziale Diakonie gilt: religiöse Unterweisung der Bevölkerung, Seelsorge in Krankenhäusern, Altersheimen und Strafanstalten. Das war uns bisher verboten.

SPIEGEL: In der Ukraine streiten Sie sich mit zwei Kirchen, die sich Ihnen nicht beugen möchten: den Unierten und den Ukrainischen Orthodoxen Autokephalen. Es kommt vor Gotteshäusern sogar zu Blutvergießen.

ALEXIJ II.: Wir halten an unserer Übereinkunft mit Rom fest: Eine Kommission von Vertretern des Vatikan, unserer Kirche, der uns verbundenen Ukrainischen Orthodoxen Kirche und der Unierten soll in jedem Einzelfall entscheiden, ob sich eine Gemeinde zur katholischen oder orthodoxen Kirche bekennt. Es kann doch nicht angehen, daß heute alle Gläubigen automatisch zu den Unierten getrieben werden.

SPIEGEL: Aber die Unierten in der Ukraine waren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gefragt worden, ob sie der Orthodoxie zugehören wollten.

ALEXIJ II.: Die Wiedervereinigung mit der Russisch-Orthodoxen Kirche ist 1946 auf einem großen griechisch-katholischen Konzil in Lwow beschlossen worden – zwar nicht ohne Druck von außen, aber doch auch auf Wunsch vieler Unierter. In den zurückliegenden 50 Jahren haben zwei Generationen von Gläubigen ihre christliche Zurüstung durch uns empfangen. Deshalb soll das Gotteshaus jeweils der Mehrheit gehören, die zugleich garantiert, daß die Minderheit ihren Gottesdienst nicht unter freiem Himmel abhalten muß.

SPIEGEL: Wie entwickeln sich Ihre Beziehungen zum Vatikan?

ALEXIJ II.: Wir halten uns an das alte christliche Prinzip „Eine Stadt – ein Bischof". Von hohen Würdenträgern der Römisch-Katholischen Kirche ist mir versichert worden, die über tausendjährige Russisch-Orthodoxe Kirche trage allein die Verantwortung für Erhaltung und Verbreitung des Glaubens innerhalb der russischen Grenzen. Vor der Revolution war der Metropolit von Mogiljow als einziger für die Betreuung aller im Lande lebenden Katholiken zuständig.

SPIEGEL: Und nun droht mehr Konkurrenz?

ALEXIJ II.: Der Papst hat inzwischen Erzbischöfe sowohl für Moskau als auch für Nowosibirsk und Karaganda ernannt, obwohl etwa für die 200 in Nowosibirsk lebenden Katholiken eine Pfarrgemeinde ausreichen würde. Wir müssen befürchten, daß mit der Errichtung von Bischofsstühlen eine Missionierung unter der russisch-orthodoxen Bevölkerung angestrebt wird. Wenn solche Bekehrungsaktivitäten anhalten, werden die Beziehungen zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Vatikan empfindlich beeinträchtigt.

SPIEGEL: Können Sie sich mit der Ukrainischen Autokephalen Kirche leichter einigen?

ALEXIJ II.: Die ukrainische Nationalkirche ist als Gegengewicht zur Union entstanden, und zwar ebenfalls auf nicht ganz legitimem Weg: Ein Bischof im Ruhestand erklärte sich zu ihrem Oberhaupt. Wir hoffen sehr, daß sich Vernunft und christliches Bewußtsein in den drei Kirchengemeinschaften der Ukraine durchsetzen. Dort tut friedliche Koexistenz not, nicht nationalistische Emotionen und aggressive Konfrontation.

Patriarch Alexij II. mit Präsident Jelzin*: „Wir sind unabhängig"

SPIEGEL: Auch in ihrem Innern droht der Russisch-Orthodoxen Kirche Konfrontation mit reformistischen Splittergruppen wie der „Wahrhaft Orthodoxen Kirche", der „Unabhängigen Orthodoxen Kirche" und der sogenannten Katakombenkirche, die alle vom Patriarchat Reue und Buße fordern.

ALEXIJ II.: Manche Priester behaupten in der Tat, die russische Gesellschaft und unsere Kirche hätten ihre christlichen Werte aufgegeben. Von Parteilichkeit besessen, suchen sie nicht die Wahrheit, sondern den Konflikt.

SPIEGEL: Hat denn die Russisch-Orthodoxe Kirche nach jahrzehntelanger Symbiose mit dem kommunistischen Staat gar nichts zu bereuen?

ALEXIJ II.: Grund für Reue und Buße gibt es immer. Nur sehen wir unsere Fehler nicht dort, wo unsere Kritiker sie

* Bei Jelzins Amtseinführung am 10. Juli.

sehen. Ich stehe seit 41 Jahren im Dienst der Kirche. In dieser Zeit wurden Gläubige nicht mehr erschossen oder verbannt, nur weil sie Gläubige waren. Aber sie wurden vielen Schikanen ausgesetzt. Noch Mitte der siebziger Jahre mußten sich junge Leute, die an einem kirchlichen Seminar studieren wollten, oft tagelang vor der Miliz verstecken. Und nun kommen Leute mit Vorwürfen und mit Reueforderungen, die 73 Jahre in Sicherheit gelebt haben und nicht bereit waren, unser Leid zu teilen.

SPIEGEL: Ist es nicht verständlich, daß die kirchliche Zusammenarbeit mit den Behörden, sogar mit dem KGB, Mißtrauen weckt?

ALEXIJ II.: In Glaubensfragen gab es keine Kompromisse. Aber der staatliche Rat für Angelegenheiten der Religionen hatte bis vor kurzem ein umfassendes Vetorecht. Er konnte jede von uns vorgeschlagene Ernennung ablehnen. Die ganze Personalpolitik unserer Kirche hing praktisch von den Entscheidungen dieses Rates ab. Heute sind wir auch in diesem Punkt unabhängig.

SPIEGEL: Haben Sie wirklich keinen Bedarf an Vergangenheitsbewältigung?

ALEXIJ II.: Das geschieht, aber immer in Verbindung zu den Problemen, mit denen wir es heute zu tun haben. Die Kirche macht einen Erneuerungsprozeß durch, sie hat neuen Generationen und Bevölkerungsschichten gerecht zu werden. Heute lassen sich dreimal so viele Menschen taufen wie noch vor ein paar Jahren. Die Zahl der kirchlichen Trauungen stieg um das Zwanzigfache.

Viele von diesen Menschen haben nie ein Evangelium oder eine Bibel in der Hand gehabt. Die Katechese ist für unsere Kirche eine ungeheure Aufgabe, wenn wir nicht wollen, daß diese Christen nur dem Namen nach Christen bleiben. Wenn in dieser Situation in zwei Kirchen derselben Straße die Priester nicht das Wort Gottes predigen, sondern den Leuten einzureden versuchen: Geht nicht zur Nebenkirche, die ist rot oder die ist weiß – dann haben wir die Spaltung der orthodoxen Familie.

SPIEGEL: Wenn sich heute in Rußland wieder Monarchisten um die Zarenfahne versammeln, sind allemal Geistliche mit dabei. Hoffen Sie, noch einmal einen russischen Zaren krönen zu können?

ALEXIJ II.: Jede Zeit hat die ihr angemessene Regierungsform. Als in Rußland noch vor der Oktoberrevolution die Staats-Duma, eine Art Parlament, eingerichtet wurde, war das bereits ein Schritt weg von der Monarchie. Ich glaube nicht, daß sie im Rußland von heute wiederhergestellt werden könnte . . .

SPIEGEL: . . . und auch nicht sollte?

ALEXIJ II.: Alles liegt in Gottes Händen.

SPIEGEL: Eure Heiligkeit, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Türkei

Schwebender Hammer

Die Regierung in Ankara fürchtet eine kurdische Intifada – und setzt dagegen angeblich auch Killerkommandos ein.

Auf einigen Fliegerhorsten im Südosten des Landes parken die Kampfmaschinen direkt nebeneinander auf der Piste. Nicht nur die Markierungen unterscheiden die Hubschrauber, sondern auch ihr Auftrag. Die einen, mit dem amerikanischen Stern als Hoheitszeichen, sollen die Kurden beschützen; die anderen, mit dem türkischen Halbmond, jagen sie.

Absurdes Schicksal eines Volkes, das über mehrere Länder des Nahen Ostens verstreut ohne staatliche Einheit leben muß: Im Norden des Irak schützt eine multinationale Streitmacht unter Führung der USA und im Auftrag der Vereinten Nationen die Kurden vor den mörderischen Nachstellungen des Diktators Saddam Hussein. Im Südosten der Türkei dagegen werden sie von den Soldaten des Präsidenten und US-Verbündeten Turgut Özal verfolgt – und die Kurden-Schutztruppen der westlichen Welt schauen zu.

So schossen türkische Sicherheitskräfte in Diyarbakir, der Hauptstadt jener Region, in der die Amerikaner und ihre Verbündeten der Operation „Poised Hammer" (Schwebender Hammer) stationiert sind, eine Trauerdemonstration zusammen. Die Behörden gaben 3 Tote und 119 Verletzte zu, Vertreter der Kurden berichten dagegen von mindestens 15 Toten und etwa 500 Verletzten.

Mehr als 30 000 Kurden waren aus allen Teilen Südostanatoliens nach Diyarbakir gekommen, um an der Beisetzung Vedat Aydins teilzunehmen. Der lokale Vorsitzende der von den Sozialdemokraten abgespaltenen Arbeitspartei des Volkes war in der Nacht des 5. Juli von vier Männern abgeholt worden, die sich als Polizisten ausgaben. Drei Tage später wurde sein verstümmelter Leichnam an einer Landstraße gefunden.

Die Mörder des Kurden-Führers werden in den Reihen einer Todesschwadron vermutet, die angeblich von den türkischen Sicherheitskräften zur Guerillabekämpfung aufgestellt worden ist. Ihr Ziel soll es sein, durch gezielten Terror den Wunsch der türkischen Kurden nach mehr Selbstbestimmung zu unterdrücken.

So wurden in den vergangenen Wochen 18 Bombenanschläge auf Häuser, Büros und Autos von Kurden verübt, 18 Menschen kamen unter bislang ungeklärten Umständen ums Leben.

Auch Psychoterror gehört zu den Instrumenten der Killerkommandos. Auf einem Flugblatt wurden die Bewohner eines Hauses in Diyarbakir gewarnt, in dem sich auch das Büro der linksorientierten Zeitschrift *2000'e Dogru* befindet: „Wenn ihr die Hurensöhne nicht rausschmeißt, werden Bombenanschläge dieses Gebäude treffen."

Büros anderer Zeitschriften und die lokale Vertretung des Menschenrechtsvereins wurden von Unbekannten überfallen und verwüstet. Die Zeitungsver-

Kurden-Protest gegen das Massaker von Diyarbakir: „Neue Dimension"

Das Audi Cabriolet. Eigentl

Mit einem offenen Wagen unterwegs zu sein, ist immer ein großes Vergnügen. Wer sich aber näher mit unserem Audi Cabriolet befaßt, der wird schnell feststellen, daß dieses Automobil auch durch nüchterne Fakten überzeugt. Als da wären ein laufruhiges 2,3-Liter-5-Zylinder-Triebwerk mit 98 kW (133 PS), ein fahrsicherer Frontantrieb, ein praktischer Einhandverschluß für das Verdeck und ein hochstabiler Windschutzscheibenrahmen, der zusammen mit der optimierten Karosseriesteifigkeit für eine hohe Insassen-

ich ist es viel zu vernünftig.

sicherheit sorgt. Ganz zu schweigen von den Audi-typischen Vorteilen wie einer vollverzinkten Karosserie mit zehnjähriger Garantie gegen Durchrostung und dem einzigartigen und serienmäßigen Sicherheitssystem procon-ten. Aber am besten, Sie schauen sich dieses Cabriolet bei Ihrem nächstgelegenen Audi Partner selbst einmal an. Bei einer Probefahrt werden Sie dann schnell feststellen, wieviel Spaß nüchterne Fakten machen können.

Audi

Vorsprung durch Technik

käufer in der Region erhielten auf Handzetteln den Rat, den Verkauf bestimmter Publikationen einzustellen, andernfalls würden „zunächst eure Arbeitsplätze, hinterher eure Hirne zertrümmert".

Polizei und Militär verschärften die Repression mit Hilfe des im April erlassenen Anti-Terror-Gesetzes, das den Terrorbegriff so dehnbar formuliert, daß er den Sicherheitsorganen als Freibrief für Gewaltanwendung dient. Ein kurdischer Politiker: „Damit hat der Krieg gegen uns eine neue Dimension erhalten."

Als Akt des Terrors gilt nun bereits der Versuch, jemanden einzuschüchtern oder etwa die Wirtschaftsordnung des Landes ändern zu wollen. Nach Auffassung von Turgut Kazan, Vorsitzender der Istanbuler Anwaltskammer, bietet

Revoltierende Jugendliche: Steine gegen Polizisten und Soldaten

das Gesetz theoretisch die Handhabe, die 30 000 Teilnehmer an der Beisetzung des ermordeten Politikers Aydin allesamt als Terroristen anzuklagen.

Die neuen Bestimmungen schützen Folterer in Uniform wirksam vor Strafverfolgung. So ist Anklage gegen Mitglieder der Sicherheitsorgane nur möglich, wenn der zuständige Gouverneur zustimmt – der aber ist in den elf Provinzen des Südostens, die unter Ausnahmerecht stehen, zugleich der oberste Befehlshaber der bewaffneten Kräfte.

Seit dem Blutbad von Diyarbakir fürchten die Behörden in Ankara, daß sich eine kurdische Variante der palästinensischen Intifada ausbreiten könnte. Schon greifen Jugendliche die Polizisten und Soldaten mit Steinwürfen an, in 20 Städten der Region lassen viele Händler seit der Beisetzung Aydins aus Protest ihre Geschäfte geschlossen.

Der Kampf der türkischen Kurden gegen Ankara könnte neuen Auftrieb bekommen, wenn es ihren Blutsverwandten südlich der Grenze zum Irak tatsächlich gelingt, ein von Saddam Hussein respektiertes autonomes Kurden-Gebiet zu etablieren. Nicht nur diese fänden dort einen sicheren Hort, sondern wohl auch die Kämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die seit 1984 Polizei und Militär immer wieder blutige Gefechte liefern.

Neben ihrem Hauptfeind Türkei sehen die PKK-Rebellen auch die USA als Gegner an, weil Washington das Özal-Regime stütze und die türkische Armee mit modernem Kriegsgerät ausrüste.

Viele Kurden betrachten deshalb die alliierte Eingreiftruppe in ihrem Land mit großem Mißtrauen. Ein Händler in Diyarbakir: „Sie könnte eines Tages auch gegen uns eingesetzt werden."

Schon meldete die Istanbuler Tageszeitung *Cumhuriyet*, zwei amerikanische „Apache"-Hubschrauber hätten sich dieser Tage an der Suche nach PKK-Stützpunkten auf türkischem Boden beteiligt.

USA

Ein wenig angetörnt

Dem Bandenkrieg auf der Leinwand folgen Schießereien im Kino. Aus der Gewaltkultur der Gettos wollen sich viele Schwarze selbst befreien.

Der amerikanische Ausdruck „dressed to kill" (etwa: scharf angezogen) beschreibt Menschen, bei denen bereits die Kleidung einen unbändigen Durchsetzungswillen signalisiert. Die Redensart nähert sich ihrem tödlichen Wortsinn, wenn Revolver und Pistolen selbst beim Kinobesuch zum unverzichtbaren Teil modischen Outfits gehören.

Dressed to kill war in der Tat ein beachtlicher Teil jener Premierengäste, die am vorletzten Wochenende in 829 US-Kinos den landesweiten Start des Gettofilms „Boyz N the Hood" (Jungs aus der Nachbarschaft) erlebten: Nur Sekunden nachdem die Lichter erloschen waren, fielen im Cineplex-Odeon-Theater von Los Angeles die ersten Schüsse – im Saal, nicht auf der Leinwand. Fünf Verwundete blieben zurück.

Real war auch die Schießerei in einem Kino von Minneapolis. Kaum hatten flüchtende Besucher die Straße erreicht, wurden sie aus einem vorbeifahrenden Wagen heraus abermals unter Feuer genommen – vier Verwundete brachen auf dem Bürgersteig zusammen.

Die Bilanz des blutigen Film-Auftakts: 33 Verletzte und ein Toter bei über 20 Zwischenfällen. „Junge Leute werden durch den Film ein wenig angetörnt", lautete die treuherzige Erkenntnis eines Kinobesitzers bei Washington, „sie mögen die Gewalt."

Hinter der Wirklichkeit der Straße blieb die filmische Fiktion sogar noch zurück: Zwar hatten die Berichte über die Schießereien den Streifen zum Besucherhit gemacht, aber unter den Straßenkampf-Erprobten war die Enttäuschung über das Epos groß. „Zuwenig Uzi-Schießereien", urteilte ein Washingtoner Besucher – die Maschinenpistole israelischer Fabrikation gehört seit Jahren zu den begehrtesten Statussymbolen im Getto.

„Boyz" entpuppte sich als autobiographisch geprägte Moralpredigt aus dem Los-Angeles-Slum South Central, die der schwarze Regisseur John Singleton, 23, zudem mit einer frohen Botschaft versehen hat: Armut und Drogen, Hoffnungslosigkeit und Gewalt könnten überwunden werden durch eine intakte Familie. Voraussetzung dafür sei, daß jene in der Gettorealität vom Aussterben bedrohte Spezies, verantwortungsvolle Väter, ihren Söhnen helfe, auf dem rechten Weg zu bleiben.

Was wie die Beschwörung einer längst vergangenen Idylle klingt, ist in den Vereinigten Staaten inzwischen ein Stück Zeitgeist; sie verkörpert die auch unter Schwarzen wachsende Überzeugung, nur eine Rückkehr zu alten Werten könne der Selbstzerstörung der schwarzen Unterklasse Einhalt gebieten.

Das Mißtrauen gegen staatliche Hilfsprogramme wächst. Bei der Bekämpfung der Gewaltkultur, mit der Jugendliche ihre Viertel prägen, heißt die neue Devise: „Wir müssen es selber schaffen."

Chefideologe für die Ablehnung aller staatlichen Eingriffe ist der konservative weiße Professor James Q. Wilson, der als Politologe an der Universität von Kalifornien in Los Angeles lehrt. Für seine Lehre von der kulturellen Rückentwicklung männlicher Gettobewohner wäre er vor wenigen Jahren vermutlich noch heftigst angefeindet worden.

Das Getto, behauptet Wilson, sei zum „modernen Äquivalent" jener archaischen Gesellschaftsstrukturen geworden, die anthropologisch zur Bildung einer „männlichen Kriegerklasse" führten. Auch bei heutigen Gettokriegern richte sich das wirtschaftliche Erwerbsstreben nicht mehr auf den Erhalt der Familien – dafür sorgten dank staatlicher Hilfe alleinerziehende Mütter. Damals wie heute werde die Stellung des einzelnen innerhalb dieser Kriegerkaste entschieden durch „physischen Kampf" und „sexuelle Eroberungen".

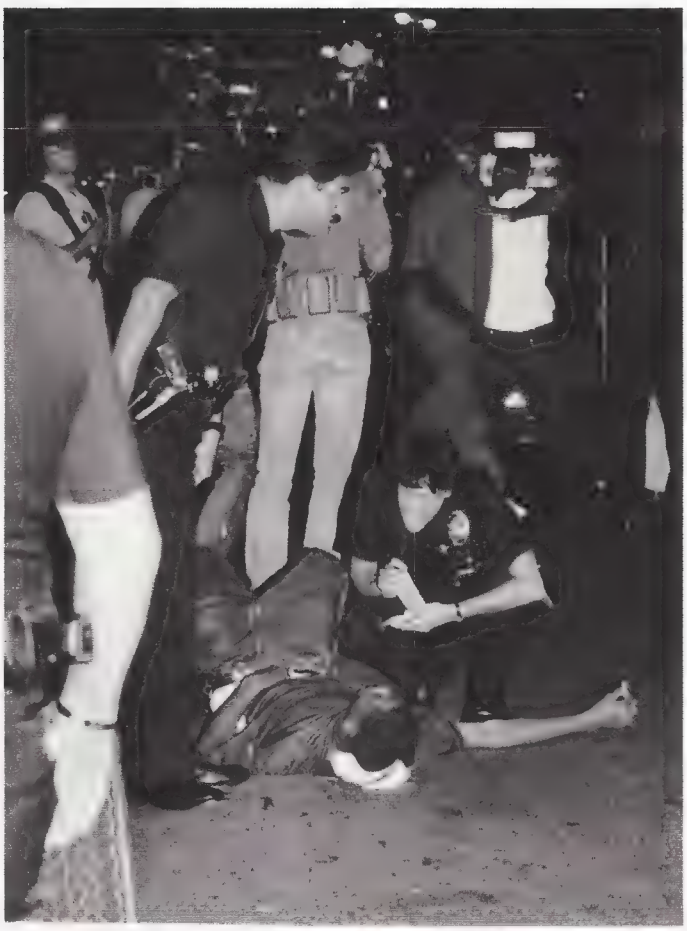
Indizien für die Gültigkeit seiner Thesen findet Wilson im Gettoalltag, wo Waffenerwerb und Waffengebrauch inzwischen zu den Mannbarkeitsritualen Heranwachsender gehören. „Alle 100 Stunden verlieren wir mehr junge Männer auf unseren Straßen als in den 100 Stunden Landkrieg am Persischen Golf", klagte der amerikanische Gesundheitsminister Louis Sullivan.

Erfahrungswelt und Gruppendruck innerhalb der Gettogangs schilderte der Sozialarbeiter Steve Valdivia aus Los Angeles so: „Selbst die Möchtegerns üben an Waffen. Sie schießen schon, aber in vielen Fällen zielen sie noch nicht. Auf der nächsten Stufe stehen die, die sich ihre Sporen verdienen wollen. Sie töten, aber selbst das reicht nicht, um von ihren Kumpels als ausgewiesene Wahnsinnige anerkannt zu werden. Wenn sie diese höchste Ebene erreichen, sind ihnen ihre Opfer und ihr eigenes Leben egal – die Gewalt wird zum bloßen Zufallsakt. Das sind Typen, die einen Sarg öffnen und mit einer Halbautomatik so lange auf die Leiche schießen, bis sie Ketchup ist."

Auch die Gettokultur verstärkt den Kriegermythos. Vor allem Rap-Gruppen heizen das martialische Selbstverständnis kräftig an: „Ich hab' eine .38er im Ärmel, die in den Krieg ziehen will", verkündet die Gruppe N.W.A. (Niggers with Attitude, Stolze Nigger) auf ihrer jüngsten Platte.

Mit staatlichen Anreizen, etwa einer Erhöhung des Mindestlohns, sei einer solchen Gewaltverherrlichung längst nicht mehr beizukommen, argumentiert Wilson. Er möchte die Kriegerkaste zunächst entwaffnen und streunende Jugendliche in Internate stekken. Langfristig, hofft Wilson, müßten Familien, Schulen und Kirchen wieder ihren traditionellen Beitrag zur Sozialisation der jungen Männer leisten.

Regisseur Singleton
Rückkehr zu den alten Werten



Verletzter Jugendlicher vor einem Kino: „Sie mögen Gewalt"

Solchen Vorschlägen sind auch viele Schwarze zugänglich, die nun auf Selbstbefreiung aus eigener Kraft setzen. Die Lehren des 1965 erschossenen radikalen Schwarzenführers Malcolm X, für den eine vom weißen Staat vorangetriebene Rassenintegration (im Gegensatz zum Bürgerrechtler Martin Luther King) nicht das höchste Ziel war, erhalten so neuen Auftrieb.

Ihm fühlt sich etwa Clarence Thomas, Kandidat für das Oberste Bundesgericht in Washington, ebenso verpflichtet wie der Film des Regisseurs Singleton. Daß „Boyz" die Gewaltkultur weiter aufladen könne, glaubt Singleton trotz der Krawalle nicht: „Ich habe die Bedingungen nicht geschaffen, die Menschen dazu bringen, aufeinander zu schießen." ◄

Die komplette Mobilitätsgarantie:
Reisezahlungsmittel von der Postbank.

Ob es nun in den Urlaub geht oder Sie nur einen Wochenendtrip ins nahe Ausland planen – mit den Reisezahlungsmitteln der Postbank sind Sie fast grenzenlos mobil.

Das Postbank Sparbuch: abheben in Landeswährung zu Superkursen in fast ganz Europa.

Eurocheques und ec-Karte: als Zahlungsmittel und zur Bargeldversorgung in 40 Ländern gern gesehen.

Reiseschecks: in DM und in vielen ausländischen Währungen erhältlich. Sie werden fast überall wie Bargeld akzeptiert.

Ausländische Banknoten: Denn etwas Bargeld in Landeswährung sollte man immer dabei haben. Und, last, but not least – die **Eurocard:** die Kreditkarte Ihrer Postbank.

Dann kann's ja losgehen. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrer Post. Oder rufen Sie an: 01 30 08 80. Bundesweit zum Nulltarif. Oder senden Sie den Coupon einfach an:

Infoservice Postbank
Postfach 30 31
6600 Saarbrücken 9

☐ Ich interessiere mich für die Reisezahlungsmittel der Postbank. Schicken Sie mir bitte unverbindlich Ihr Infomaterial.

Vor- und Zuname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Telefon 05 SP

Informationen auch über Btx: * 20 000 100 #

Die clevere Alternative.

Postbank

SEA 1.705

„Allah gebe dem Land Frieden“

Auch zweieinhalb Jahre nach dem Abzug der Sowjettruppen kommt Afghanistan nicht zur Ruhe

Zu erkennen sind die Rückkehrer an den Matratzen und Haushaltsgegenständen auf dem Anhänger hinter dem Trecker oder auf dem Laderaum der Kleinlaster. Da klappern Töpfe, scheppern Eimer. Manchmal ist auch ein Fahrrad oder ein Moped dabei: Umzug vom Flüchtlingslager in Pakistan in eine ungewisse Zukunft in der Heimat. Afghanen wagen den Weg zurück, obwohl in ihrem Land noch Krieg herrscht.

Sie kommen auf tief ausgefahrenen, von Schlaglöchern übersäten Pisten, denn die Straßen sind zerstört oder vermint. Sie müssen Bäche und Flüsse durchqueren, denn die Brücken sind gesprengt. Vor Staub und Hitze schützen sich die Reisenden mit um den Kopf geschlungenen Wickelturbanen. Sie erfrischen sich mit Wasser aus Plastikkanistern und brauchen für den Treck viel Geduld. Oft geht es nur im Schrittempo voran.

Drei Millionen Afghanistan-Flüchtlinge leben seit Jahren in Pakistan, zwei Millionen im Iran. Uno-Beamte schätzen, daß in den vergangenen zwei Jahren 350 000 Flüchtlinge heimgegangen sind.

Die meisten Afghanen ziehen in jene Regionen, die von Gruppen der Mudschahidin kontrolliert werden – über zwei Drittel des Gesamtterritoriums –, etwa aus den Camps im pakistanischen Belutschistan in die Kandahar-Provinz im Süden.

Dort, in den fruchtbaren Tälern der Flüsse Arghandab, Tarnak und Arghastan, ist in etlichen Dörfern schon die Hälfte der Einwohner zurückgekommen. Sie fanden zerschossene Häuser, verminte Felder und zerstörte Brunnen vor.

„Wir wollten nach Jahren des Herumlungerns in Flüchtlingslagern endlich wieder Boden beackern“, sagt der Landwirt Ahmed Latif in der Ortschaft Arghandab. Mit seiner Frau und vier Kindern war er zwei Wochen unterwegs. Etliche Male brach die Zugmaschine zusammen; Habseligkeiten gingen bei einer Flußdurchquerung verloren. Doch drei Sack Saatgut konnte der Bauer retten: „Sehen Sie, wie gut mein Getreide steht.“

Rückwanderer wie er suchen das von zwölf Kriegsjahren gelähmte Land zu neuem Leben zu erwecken. Fast zweieinhalb Jahre sind vergangen, seit die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzogen. Doch der Krieg, in dem 1,5 Millionen Menschen starben, ist noch nicht zu Ende; die Welt hat ihn nur vergessen oder verdrängt angesichts der Umwälzungen in Osteuropa, der Krisen am Golf oder in Kurdistan.

Das Blutvergießen am Hindukusch geht auch ohne die Supermacht-Intervention weiter. In der Hauptstadt Kabul und in etlichen Landesteilen, darunter der südlichen Metropole Kandahar, herrscht das Regime des Präsidenten Nadschibullah. Moskau hält es mit monatlichen Waffen-, Treibstoff- und Lebensmittel-Lieferungen im Wert von 350 Millionen Dollar am Leben – weil es zu Kabuls bulligem Regenten derzeit keine Alternative sieht.

Nadschibullahs Gegner, vorwiegend die sieben von Pakistan aus operierenden Mudschahidin-Organisationen, denen die USA seit 1980 mit über zwei Milliarden Dollar beistanden, lehnen unter dem Druck islamischer Extremisten jeden Kompromiß mit der Kabuler Regierung ab.

Dabei wären die Russen wohl bereit, Nadschibullah – so wie Honecker – zu opfern. Nicht hinnehmen wollen sie allerdings ein fundamentalistisches Regime am südlichen Saum der asiatischen Sowjetrepubliken mit ihrer überwiegend moslemischen Bevölkerung.

So dauert in Afghanistan ein Krieg der Stellvertreter an, den die Supermächte längst nicht mehr wollen. Auch Washington ist nach dem Ende des Kalten Krieges an einem Ausgleich interessiert und drosselt die Zuwendungen für die Mudschahidin. Im kommenden Jahr soll die Waffenhilfe für die antikommunistischen Glaubenskrieger ganz auslaufen.

Noch aber haben beide Seiten Waffen im Überfluß und gebrauchen sie in einem Krieg von wechselnder Intensität. Regierungstruppen feuerten in den vergangenen zwei Jahren über 1500 Scud-Raketen auf Ziele im Mudschahidin-Bereich (Zahl der irakischen Scuds auf Israel und Saudi-Arabien im Golfkrieg: 68). Andererseits gibt es lange Feuerpausen, sind die Fronten durchlässig.

Da pendelt etwa ein Bus zwischen dem umzingelten Kandahar und dem umliegenden Herrschaftsgebiet der Mudschahidin. Von dort bringen Bauern Korn und Obst in die Stadt, deren Regierungssoldaten von Kabul aus noch über eine Luftbrücke versorgt werden. Gelegentlich feuern Mudschahidin Granatwerfersalven in

Reparatur von Bewässerungsanlagen bei Kandahar
„Endlich wieder Boden beackern“

Wenn die Milch den Kaffee küßt, kommt Leben in die Tasse.

Milch verfeinert den Geschmack und ist gut für Ihr Wohlergehen. Denn Milch harmonisiert die Wirkung des Coffeins. Kaffee mit Milch belebt und ist zugleich bekömmlicher.

Die Milch macht's.

CMA

Viehmarkt in der von Mudschahidin kontrollierten Kandahar-Provinz: Ware gegen Ware

Richtung Kandahar; doch diese Schüsse und das Antwortgeballer der Armee wirken eher wie ein belangloses Ritual.

Aber der schwelende Krieg kann jederzeit aufflammen. Anfang April nahmen Mudschahidin die Stadt Chost unweit der pakistanischen Grenze nach jahrelanger Belagerung ein. Daraufhin brach der Waffenstillstand in der Region zusammen. Bomber der Regierung und Scud-Raketen fügten Kämpfern und Zivilisten im Mudschahidin-Territorium schwere Verluste zu. Unlängst stießen Nadschibullahs Truppen in die Wardak-Provinz vor, von der aus die Widerstandskämpfer Kabul beschossen hatten.

So unberechenbar wie die Gefechte, die oft auch zwischen rivalisierenden Mudschahidin-Gruppen ausbrechen, ist eine andere Gefahr: In Afghanistans Erde lauern zwischen 20 Millionen und 50 Millionen Minen. Wahrscheinlich werden heute mehr Menschen von diesen Sprengkörpern verkrüppelt und umgebracht als von Bomben oder MP-Salven.

In der Kandahar-Provinz haben Mudschahidin Straßen und Wege markiert. Steine quer auf der Fahrbahn bedeuten: Halt, Minen! Manchmal ist ein Streifen freigeräumt: Offen für Radfahrer. Ganze Geländestücke können nicht betreten werden – und doch regt sich überall neues Leben.

Bei Maiwand, 50 Kilometer westlich von Kandahar, reparieren Dorfbewohner in Gemeinschaftsarbeit die jahrhundertealten Bewässerungssysteme. Wenige Kilometer vor Kandahar haben Arbeiter Öfen wieder in Betrieb gesetzt und brennen Ziegel aus Lehm; Esel schleppen sie zum Wiederaufbau in die Dörfer.

Nach Sinserie zum Beispiel, wo seit kurzem ein Viehmarkt mit Schafen, Rindern, Ziegen und Kamelen entstanden ist. Die Wüstentiere sind angesichts der unpassierbaren Straßen als Transportmittel besonders gefragt. Ältere Kamele werden geschlachtet. Ihr Fleisch geht nicht selten als „Rind" ins Angebot.

Bezahlt wird in der Kandahar-Provinz mit afghanischem oder pakistanischem Geld; oft wird aber auch einfach Ware gegen Ware getauscht. Die Marktbesucher kommen mit dem Rad, mit der Pferdedroschke oder auf verschlissenen Lastern. Die haben entweder afghanische oder pakistanische, meistens aber überhaupt keine Nummernschilder. Ein Uraltbus gibt einen Hinweis auf seine Herkunft – „Paul Kürten, Altstätten".

Der Sprit kostet doppelt soviel wie in Pakistan, von wo er ins Land gebracht wird. An Bach- und Flußdurchfahrten warten Traktoren, um steckengebliebene Fahrzeuge abzuschleppen, gegen ein stattliches Entgelt, versteht sich.

Die Teestube an der Arghastan-Furt, auf halber Strecke zwischen der pakistanischen Grenze und Kandahar, ist zu einer Karawanserei geworden. In einem flachen Lehmbau rasten Kraftfahrer mit ihren Passagieren. Ein Mechaniker flickt geplatzte Reifen. Im Schatten eines Eukalyptusbaums dösen Tragesel.

Zu den geparkten Fahrzeugen gehört ein geländegängiger Toyota mit pakistanischem Zulassungszeichen. Er ist un-

terwegs zum 25-Betten-Hospital der deutschen Afghanistan-Nothilfe, 15 Kilometer westlich von Kandahar.

Die 1983 von Assistenzärzten in Mönchengladbach gegründete gemeinnützige Organisation hatte sich zunächst um Afghanistan-Flüchtlinge in Pakistan gekümmert. Seit dem Abzug der Sowjettruppen wagt sich diese Gruppe auch in das von Mudschahidin kontrollierte Afghanistan.

Solche Entwicklungshilfe ist umstritten. Das Auswärtige Amt lehnt sie ab, weil Staatsgrenzen illegal überschritten werden und die Sicherheit von Personen nicht garantiert werden kann. Vorletzte Woche starben zwei Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes in einem Hinterhalt. Gleichwohl werden die Projekte der Nothilfe in Afghanistan vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mitfinanziert. Und viele Entwicklungsexperten halten Hilfe dort für wichtiger als die Unterstützung der Flüchtlinge in Pakistan.

Denn in den Lagern im Zufluchtsland bildete sich ein „Abhängigkeitssyndrom" (so der afghanische Flüchtlingsexperte Nasim Dschawad); die Heimatvertriebenen haben sich daran gewöhnt, versorgt zu werden. So glauben Jugendliche, daß sie immer ihre „Rationen" bekommen werden. Sie wollen deshalb nicht – wie ihre Eltern – Bauern werden, sondern Mudschahidin.

„Wir dürfen nicht abwarten, bis in Afghanistan Ruhe herrscht", fordert Prinz Sadruddin Aga Khan. „Wenn jemand nichts anderes als eine Kalaschnikow besitzt, wird er weiterkämpfen; mit einem Pflug und Saatgut aber gibt man ihm eine Alternative."

Der Prinz hatte 1988, als alle nach dem beginnenden Abzug der Sowjettruppen ein schnelles Ende des Krieges erwarteten, den Uno-Posten eines Afghanistan-Koordinators übernommen. Die Weltorganisation stellte 2,1 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau bereit; ihre „Operation Salam" (Frieden) sollte die Rückkehr der Flüchtlinge einleiten.

Inzwischen ist von der Friedensoperation kaum noch etwas zu hören. Prinz Sadruddin Aga Khan gab sein Amt auf. Zu viele Widerstände erschwerten die Arbeit.

Hilfsgelder verschwanden im Dickicht der rivalisierenden Exil-Organisationen. Fundamentalisten wollten verhindern, daß „unreine" Hunde bei der Beseitigung der Minen in Afghanistan eingesetzt wurden. Am Fortgang des Konflikts interessierte Parteien sabotieren die Heimkehr von Flüchtlingen.

So bedrohen radikale Mudschahidin-Gruppen in den Lagern Pakistans rückkehrwillige Flüchtlinge, selbst wenn diese sich in vom Widerstand kontrollierten Gebieten niederlassen wollen. Oder sie schaffen „unsichere" Gegenden, indem sie dort Schießereien anzetteln. Wie si-

Klare Sache, klarer Kopf.

Thomapyrin C Schmerztabletten helfen bei leichten und auch bei mittelstarken Kopfschmerzen. Die bewährten und niedrig dosierten Wirkstoffe der Brausetablette gelangen vollkommen gelöst in den Magen und sorgen so für schnelle, zuverlässige Schmerzbefreiung. Der hohe Vitamin-C-Anteil stärkt die körpereigenen Abwehrkräfte.

Die Kombination dieser Substanzen macht Thomapyrin C zu einem hochwirksamen und zugleich gut verträglichen Präparat. Ihr Apotheker gibt Ihnen gerne weitere Informationen.

Thomapyrin C Brausetabletten

Sprudelnd gegen Kopfschmerzen.

Mit viel Vitamin C

Thomapyrin C Schmerztabletten bei leichten bis mittelstarken Schmerzen, z. B. Kopfschmerzen, Zahn- und Regelschmerzen; Fieber, auch bei Erkältungskrankheiten; Entzündungen. Bei Kindern und Jugendlichen mit fieberhaften Erkrankungen wegen des möglichen Auftretens eines Reye-Syndroms nur auf ärztliche Anweisung und nur dann anwenden, wenn andere Maßnahmen nicht wirken. Thomapyrin C Schmerztabletten sollen längere Zeit oder in höheren Dosen nicht ohne Befragen des Arztes angewendet werden. Nicht anwenden bei Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüren und krankhaft erhöhter Blutungsneigung, z. B. auch nach Operationen und Zähneziehen, und schweren Nierenfunktionsstörungen. Das Präparat sollte nur nach Befragen des Arztes angewendet werden bei gleichzeitiger Therapie mit gerinnungshemmenden Arzneimitteln (z. B. Cumarinderivate, Heparin), bei Glucose-6-Phosphatdehydrogenase-Mangel, bei Asthmatikern oder bei bekannter Überempfindlichkeit gegen Salicylate, Paracetamol und andere Entzündungshemmer/Antirheumatika oder andere allergene Stoffe, die sich z. B. in Asthmaanfällen oder Hautreaktionen äußern können, bei chronischen oder wiederkehrenden Magen- oder Zwölffingerdarmgeschwüren, bei vorgeschädigter Niere und Leber, in der Schwangerschaft, insbesondere in den letzten 3 Monaten vor dem errechneten Geburtstermin. Nebenwirkungen: Magenbeschwerden, Magen-Darm-Blutverluste, Überempfindlichkeitsreaktionen, reversibler Anstieg der Leberwerte bei hochdosierter Dauertherapie, sehr selten Verminderung der Blutplättchen, weißen Blutkörperchen, Blutzellen; vermehrte Harnausscheidung bei höheren Dosen.

Thomae

Dr. Karl Thomae GmbH, Biberach an der Riss.

Der Bauhaus-Klassiker.

Stuttgart 1927. Eine Werkbund-Ausstellung macht Architektur-Geschichte. Und ein Thonet-Stuhl hat Welt-Premiere.

Die Namen der beiden säkularen Ereignisse werden heute unter Architektur-Experten und Design-Kennern fast wie Ikonen gehandelt: „Weißenhof-Siedlung" als Kürzel für die Ausstellung, „S 32" als Chiffre für den Stuhl.

Hinter beidem steckt die gleiche Denk-Schule, deren wichtigstes Postulat heute meist auf die Formel der drei „f" verkürzt wird: „Form folgt Funktion".

Die Schule heißt „Bauhaus" – dessen große Lehrer wiederum bei einem Anderen, Älteren, vielleicht noch Größeren in die Schule gegangen sind: bei Thonet.

Kaum ein Konzept hat die Bauhaus-Urväter nach eigenem Eingeständnis und Selbstverständnis mehr geprägt als das des Thonet-Urvaters Michael Thonet (1796–1871): „Kunst und Technik – eine Einheit" (Walter Gropius).

Waren es um die Jahrhundertwende die Architekten der Wiener Sezession um Otto Wagner, Adolf Loos und Josef Hoffmann gewesen, die auf ihrer Suche nach einem Fluchtweg aus dem pompösen Plüsch des bürgerlichen Jahrhunderts die Schlichtheit des gebogenen Rundholzes entdeckten, so waren es nun die Künstler des Bauhauses um Walter Gropius, Marcel Breuer und Mies van der Rohe, die innovativ die gestalterischen Qualitäten des gebogenen Stahlrohrs nutzten.

Der erste, der auf die geniale Idee kam, aus Stahlrohr ein Stuhlgestell zu biegen, das „freischwingend" auf einem auf dem Boden liegenden „U" ruht, war der holländische Gastdozent und gelernte Zeichenlehrer Mart Stam (1899–1986).

Er schuf mit seinem heute legendären S 32 das unerreichte Vorbild aller Freischwinger, die Möbelsensation der Stuttgarter Weißenhof-Siedlung – den Klassiker des Bauhauses.

Der S 32 ist heute wie damals ein Musterbeispiel für zeitloses Design. Seine Sonderstellung ist sogar höchstrichterlich anerkannt: Als erstem Gebrauchsgegenstand hat ihm der Bundesgerichtshof 1961 künstlerischen Urheberrechtsschutz bestätigt. Der Stuhl genießt den Status eines gerichtlich anerkannten Kunstwerks.

Wir, die Gebrüder Thonet, bauen dieses Kunstwerk seit 1930 – nahezu unverändert.

Die Echtheit eines Thonet-Stuhles können Sie übrigens zuverlässig nachprüfen. Sie brauchen ihn bloß umzudrehen: Nur wenn dort Thonet steht, besitzen Sie ein Original.

Unser 72seitiges Produkt-Programm mit den 31 schönsten Modellen erhalten Sie (inklusive Bezugsquellen) bei Gebrüder Thonet in D-3558 Frankenberg.

THONET

Mudschahidin nach der Eroberung von Chost: Krieg mit Pausen

cher eine Region ist, hängt weitgehend vom lokalen Kommandanten ab. Das Krankenhaus der Afghanistan-Nothilfe mit seinen 36 einheimischen Beschäftigten und acht Außenstationen beschützt Sajjid Hamid Aga.

Der imposante 45jährige – 1,85 Meter groß, schwarzer Vollbart – haust mit seinen Mudschahidin auf dem Gelände eines im Krieg zerstörten Silos, das in den sechziger Jahren die Essener Hochtief AG gebaut hatte. Seine beiden Frauen und die fünf Kinder hat der Kommandant nach Pakistan geschickt.

Hamid Aga ist unter Kandahars Kommandanten Erster unter Gleichen. Diese Stellung hat sich der Sohn eines Stammesfürsten im Krieg erworben. Er führte die Kämpfer, die den Russen eine der bittersten Niederlagen zufügten:

Wenige Kilometer außerhalb von Kandahar hatten Mudschahidin im August 1988 einen sowjetischen Konvoi abgefangen; die Partisanen zerstörten Dutzende Fahrzeuge und töteten über hundert Soldaten der Roten Armee.

Hamid Aga stellt sich stolz vor den Panzer- und Lkw-Wracks in Positur. Ihn grämt allerdings, daß an den Relikten seines Sieges herumgehämmert wird.

So wie in der deutschen Hauptstadt Souvenirjäger Steine aus der Mauer brachen, holen sich an der Fernstraße von Kandahar nach Herat Afghanen Metallteile aus den Wracks von Panzern und Militärfahrzeugen. Paschtunische Bauern verkaufen die Reste aus dem zerschossenen Kriegsgerät der Supermacht UdSSR als Schrott nach Pakistan.

„Es wird nicht ein einziger leidlich intakter Panzer für ein Denkmal übrigbleiben", bedauert Hamid Aga. Denn neuerdings beteiligen sich Handwerker mit Schneidbrennern an der Ausschlachtung.

Beim Silo, von dem aus Kandahar klar zu sehen ist, treffen sich die Kommandanten der Provinz zu ihrer Schura, der Versammlung der Älteren. Während draußen ihre Leibwächter herumsitzen, tagen 30 bärtige Turbanträger unter Hamid Agas Vorsitz in einem schmucklosen Raum neben der nicht mehr funktionierenden Lkw-Waage.

Die Kommandanten haben ihre Schuhe vor dem Eingang abgelegt und bilden, auf Kissen hockend, einen Kreis. Einige haben Kalaschnikow-MP vor sich hingelegt. Andere tragen im Schulterhalfter oder am Hosenbund Revolver.

„Allah gebe dem Land Frieden und mir weniger Versammlungen", hat Hamid Aga einmal geseufzt. Bei den Treffen der Kommandanten geht es nicht mehr nur darum, lokale Eifersüchteleien zu entschärfen. Die Schuras verlaufen zunehmend hitziger, weil jeder Feldkommandant auf eine andere der sieben afghanischen Exil-Organisationen in Pakistan hören. Und zwischen denen herrscht erbitterter Streit.

So wollen etwa die islamischen Extremisten im befreiten Afghanistan einen Gottesstaat nach dem Vorbild Chomeinis errichten. Die Gemäßigten dagegen fordern eine pluralistische Demokratie.

Über die Exil-Organisationen hatten die Feldkommandanten bislang ihr Geld und ihre Waffen erhalten. Da nun aber der Spendenstrom aus den USA zu versiegen beginnt, gibt es weniger zu verteilen, deshalb wachsen die Spannungen.

Hamid Aga ist mit der „Nationalen Islamischen Front Afghanistans" (Nifa) verbunden. Diese Gruppe möchte den 1973 vertriebenen König Sahir Schah als konstitutionellen Monarchen aus dem römischen Exil heimholen. Nifa-Führer Pir Ahmed Gailani, 59, wird als Oberhaupt der islamischen Kadiria-Bruderschaft von vielen Moslems als Heiliger verehrt.

Gailani plädiert für eine Verhandlungslösung. Er traf sich deshalb im vergangenen November in Genf heimlich mit dem verhaßten Nadschibullah. Afghanistans radikalster Guerilla-Führer, Gulbuddin Hekmatjar, verdammt solche Kontakte als Teil einer „globalen Verschwörung gegen den Heiligen Krieg".

In der Kommandanten-Schura von Kandahar vertreten Hekmatjars Leute die harte Linie. „Keine Kompromisse mit den Russenknechten", fordern sie und agitieren, angefeuert von ihrem Exil-Führer, für den Angriff auf die Stadt Kandahar.

Eine gemäßigte Mehrheit wehrt sich dagegen. „Wir wollen keinen Ort attakkieren, in dem die Eltern vieler Mudschahidin leben", sagt Hamid Aga. Zudem habe eine Abordnung der Mullahs aus der Stadt die Kommandanten im Namen der Bevölkerung um Zurückhaltung gebeten. „Wir hören auf das Volk", sagt

Versammlung von Kommandanten*
„Wir hören auf das Volk"

* Mit Hamid Aga (M.).

Cato Johnson

San Pellegrino!

Ein bißchen Italien steckt in jedem!

SAN PELLEGRINO
ACQUA INTERNAZIONALE

Grazie

der Kommandant, „nicht auf Scharfmacher in Pakistan."

Unlängst fragte Hamid Aga den deutschen Geschäftsführer der Afghanistan-Nothilfe, ob der ihm helfen könne, eine Schule zu errichten – ein bemerkenswertes Anliegen. Denn viele Mudschahidin-Führer halten Schulen für Teufelszeug zur Einführung des Kommunismus.

„Mehr Flüchtlinge würden zurückkommen, wenn wir eine Schule hätten", glaubt Hamid Aga. Dieser Kommandant fürchtet den Frieden nicht, weil er erlebt, daß ihm sein Krankenhaus genausoviel Ansehen verschafft wie seine Kriegstaten.

China

Besser als Taube

Gesotten, geschmort, gedünstet – ein Restaurant in Kanton bietet Ratten als Delikatesse an.

Kastanien, Knoblauch und Petersilie in einer pikanten Austern-Sauce, dazu appetitlich helles Fleisch: Das Gericht ist ein Gedicht.

Doch selbst nervenstarken Verehrern der chinesischen Küche fordert der Genuß einige Überwindung ab. Serviert wird Ratte, in diesem Fall zusammen mit einer anderen asiatischen Köstlichkeit: Schlange.

Das Restaurant eines ideenreichen Privatunternehmers aus der Metropole Kanton tischt neuerdings die Nagetiere als Bereicherung der südchinesischen Eßkultur auf – gesotten, geschmort, gebraten oder gedünstet. Auf der Speisekarte stehen „Frischer Spargel mit Ratten-Schnitzel" (6 Mark), „Geschnetzelte Ratte mit Frühlingszwiebeln und Ingwer" (5,30 Mark), „Rattentopf à la Vietnam" (5 Mark) oder, für ganz verwöhnte Gaumen, „Ratte gedämpft im Duft der Lotosblüte".

Restaurantbesitzer Zhang Guojün, 31, der all diese Schlemmereien kreierte, glaubt: „Ratte schmeckt besser als Taube." Zumindest ist ihr Fleisch zart und aromatisch, der Geschmack liegt zwischen Ente und Hühnchen. Nur: Trotz aller Mühen der Köche bleibt die Haut kaugummihaft zäh und läßt sich nicht knusprig braten.

Zhang entdeckte die kulinarische Marktlücke vor zwei Jahren, als ihm eine gewöhnliche Ratte nachts auf dem Heimweg über die Füße lief. Da er das Essen in den Kantoner Restaurants zu eintönig, sein Schicksal als Gasherd-Verkäufer zu unattraktiv fand, borgte er sich 400 000 Yuan (rund 130 000 Mark) und eröffnete ein Lokal mit dem – irreführenden – Namen „Zum Super-Reh". Seine Ratten, versichert Zhang, seien gefahrlos zu genießen, saubere Tiere von südchinesischen Feldern. Die gemeine Wasser- und Straßenratte komme ihm nicht in Topf und Pfanne. Die städtischen Behörden, darunter das Hygiene-Amt, erteilten anstandslos die erforderlichen Genehmigungen.

Für manch ältere Kantonesen ist das Angebot so ungewöhnlich nicht. Seit Jahrhunderten schätzen sie den vielgeschmähten Nager in ihren Woks, obwohl er als Verbreiter der Pest bekannt und häufig Ziel staatlicher Ausrottungskampagnen gewesen ist.

Dank Zhang wird die Ratte nun auch bei jüngeren Gourmets populär. Zu dem bis in die frühen Morgenstunden geöffneten Restaurant an der belebten Mittleren-Volks-Straße radeln seit der Eröffnung Anfang 1990 selbst Kunden aus weit entfernten Stadtteilen.

Ratten-Restaurant in Kanton: „Wir essen alles"

Vor allem im Winter ist die Gaststätte beliebt – angeblich, weil der Verzehr des Fleisches innere Hitze erzeugt und schweißtreibend wirkt. Ein älterer Mann speise jeden Tag bei ihm, berichtet Zhang: Seitdem er auf die Ratte gekommen ist, verschwand sein Rheuma.

Rattenfleisch, so zitiert Zhang angeblich wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse, enthalte wenig Cholesterin und viel Protein. Besonders für Menschen, die in einem „angespannten Rhythmus" lebten, „leicht die Balance" verlören, unter Immunschwäche oder vorzeitiger Senilität litten, sei Ratte höchst bekömmlich. Selbst Rattenexkremente (die, soweit erkennbar, nicht gereicht werden) gelten dem Gastronomen als Heilmittel gegen diverse Gebrechen.

Im Gegensatz zu ihren Landsleuten im Norden stehen die Südchinesen, Erfinder des in Europa beliebten Schweinefleisches süß-sauer, im Ruf, alles zu verspeisen, was kreucht und fleucht, glibbert und wabbelt. „Schuppentiere, Salamander, Affenhirn", schrieb jüngst eine südchinesische Zeitung selbstkritisch, „wir essen alles."

Einige Mahlzeiten dürfen allerdings nur heimlich zubereitet werden: Affen beispielsweise sind vom Aussterben bedroht und stehen unter Naturschutz.

Auf dem Kantoner Lebensmittelmarkt drängen sich in engen Käfigen alle möglichen Lebewesen, die chinesischen Feinschmeckern den Mund wäßrig machen: Wiesel, Füchse oder „Fliegende Drachen", die europäischen Eichhörnchen ähneln. In Bottichen winden sich Aale und Schlangen, in Wasserbecken schwimmen Schildkröten (rund zehn Mark das Pfund).

Frisch geschlachtet wird Hundefleisch für 1,20 Mark das Pfund angeboten; ein weiterer Leckerbissen, gefrorener Katzenkopf, kostet rund sechs Mark das Kilo. Gastronom Zhang besorgt sich die Ratten bei Bauern, denen er pro Pfund rund zwei Mark zahlt. Neun Köche brutzeln die Gerichte auf engstem Raum im Keller seines Lokals.

Mittlerweile wirft Zhangs Rattenküche monatlich rund 3300 Mark Gewinn ab. Als guter Geschäftsmann will er den Profit gleich wieder investieren: in eine Filiale südlich des Perlflusses.

Rauschgift

Lausige Erfindung

Das Drogenkartell von Medellín ist zerschlagen. Rivalen aus Cali übernehmen das Geschäft.

Mitte Juli erschien in den größten Tageszeitungen der Vereinigten Staaten eine ungewöhnliche Anzeige. Ein Staat warb ganzseitig bei den US-Bürgern um Anerkennung und Verständnis: „In Kolumbien haben wir eine schwierige Schlacht gewonnen. Nun kämpfen wir weiter."

Die großen Lettern umrahmen Fahndungsfotos von sechs Männern, bekannt geworden als Führer des Kokain-Imperiums aus der Stadt Medellín. Unter den Bildern stehen ihre Namen und der lapidare Kommentar „im Gefängnis" oder „tot".

Jahrelang hätten sie das Land terrorisiert, nun seien sie geschlagen, weil die Kolumbianer sie „mutiger und effektiver als jedes Volk der Welt" bekämpften, so die Botschaft der Werbekampagne im Auftrag der Regierung aus Bogotá.

Das Selbstlob schien Präsident César Gaviria angebracht, nachdem der Chef des gefürchteten Rauschgiftrings, Pablo Escobar, unschädlich gemacht worden war. Ende Juni hatte sich der zum Staatsfeind Nummer eins hochstilisierte Drogenboß den Behörden gestellt – gegen die Zusicherung von Strafminderung und die Garantie, nicht in die Vereinigten Staaten ausgeliefert zu werden.

Doch nun wollen die USA den Kolumbianern die Freude über das Ende des Medellín-Kartells schon wieder verderben. Denn Koks aus Kolumbien überschwemmt weiterhin den amerikanischen Markt, nicht einmal die Preise steigen, ein sicheres Zeichen, daß keinerlei Verknappung droht. Prompt erinnerte die US-Drogenfahndungsbehörde DEA an Bösewichter, die Bogotá gern vergessen hätte.

Die Kokain-Barone der Stadt Cali sollen ihre alten Rivalen aus dem 350 Kilometer entfernten Medellín geräuschlos abgelöst haben. „Es gibt keinen Zweifel", sagt DEA-Chef Robert Bonner, „daß das Cali-Kartell die vorherrschende Verteilerorganisation für Kokain in der Welt ist."

Während der Staat Krieg gegen das Medellín-Kartell führte, konnten die Cali-Leute, so die DEA, ihren Marktanteil auf 70 Prozent in den USA und 90 Prozent in Europa (wo die Preise bis zu fünfmal so hoch sind) ausbauen. Jetzt seien sie dabei, Japan zu erobern, wo ein Kilo Schnee gar 100 000 Dollar, fast achtmal soviel wie in Miami, kosten soll. Kolumbiens Kokain-Exporte bringen dreimal soviel Devisen ein wie Kaffee, der traditionell wichtigste legale Ausfuhrartikel des Landes.

Trotz aller Beteuerungen von Präsident Gaviria, er werde weiterhin Druck machen, blieb die Offensive gegen die Cali-Bosse bislang aus. Daß eine Drogenhandelsorganisation derartigen Ranges nahezu unbehelligt operieren konnte, liegt an der geschickten Geschäftstaktik der Mafia.

Kartell-Bezwinger Präsident Gaviria
Zögern vor neuer Offensive

Während sich das Medellín-Kartell mit brutaler Gewalt gegen die Sicherheitskräfte zu behaupten suchte und bei Terrorakten Hunderte tötete, paßte sich die Konkurrenz-Gang geschmeidig dem Staatsapparat an. Mordaufträge erteilen die Bosse aus Cali nur zum „ajuste de cuentas", zum Begleichen interner Rechnungen.

Den Unterschied im Stil leitet ein kolumbianischer Soziologe aus kulturellen und regionalen Eigenheiten her: Die Provinz Antioquia mit der Hauptstadt Medellín ist das Land der „paisa", der kolumbianischen Cowboys. Sie erledigen alles „schnell und laut, es herrschen rauhe Sitten". Ganz anders die „Industriekapitalisten" aus dem Cauca-Tal um Cali, deren Vorfahren jahrhundertelang Zuckerrohr und Kaffee pflanzten.

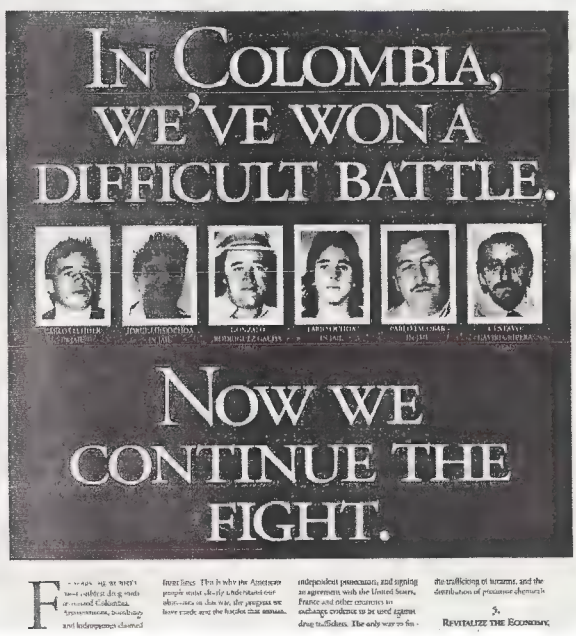
Sich in diese Gesellschaft der Kaffee-Exporteure und Plantagenbesitzer einzugliedern ist den Narcos aus Cali bestens gelungen. „Sie kauften sich Freunde", erklärt ein Anwalt ihren Erfolg. Abgeordneten aller Parteien ließen sie Geld zukommen, anstatt selbst politisch aktiv zu werden wie ihre Rivalen.

Auch den Sicherheitskräften halfen die Caballeros aus dem Cauca-Tal durch großzügige Spenden. Sie beteiligten sich am Bau eines modernen Polizeihauptquartiers in Cali und finanzierten über einen Unterstützungsfonds Funk- und Computerausrüstung, Motorräder und gepanzerte Fahrzeuge.

Seit ihrem Bruch mit dem Medellín-Kartell Mitte der achtziger Jahre – über die Aufteilung des New Yorker Markts war es zu Rivalitäten gekommen – suchten die Cali-Händler bei der Polizei Verbündete gegen die Killer Pablo Escobars. Als rechte Musterbürger halfen sie mit, die Stadt sauber und ruhig zu halten.

Schon immer hatte die Oberschicht Calis Wert darauf gelegt, daß die Armen das Bild der anmutigen Metropole voller Palmen und blühender Hecken nicht trübten. Die Koks-Barone führten sich als wahre Wohltätigkeits-Champions auf. In Medellín dagegen betrieb Escobar Sozialhilfe, vor allem indem er arbeitslose Jugendliche als Killer anheuerte.

In Cali machte die alteingesessene Elite Geschäfte mit den Narcos, verkaufte ihnen Autos und Häuser. „Los mágicos" taufte man die neuen Nachbarn in den feinen Vier-



Kolumbianische Werbung in den USA
„Schwierige Schlacht gewonnen"

Einlieferung des Medellín-Chefs Escobar ins Sondergefängnis: Arbeitslose Jugendliche als Killer angeheuert

teln, weil sich ihr Reichtum wie durch Hexerei rasend schnell vermehrte.

Die Zauberer, das sind an die hundert Großdealer, lose in etwa 15 Clans organisiert. Als Oberbosse verdächtigen die US-Drogenfahnder José Santacruz Londoño, Spitzname „der Dicke", 47, und Gilberto Rodríguez Orejuela, 52, wegen seines kalten Kalküls „der Schachspieler" genannt.

Ebenso wie die mörderischen Narco-Terroristen aus Medellín stiegen sie aus kleinkriminellem Milieu empor. Am Anfang ihrer Karriere schmuggelten sie Coca-Paste aus Peru und Bolivien. Gilberto arbeitete tags in einer Drogerie, nachts erledigte er Entführungen. José brach ein Ingenieurstudium ab, als das große Geld zu fließen begann. Dagegen investierte Gilbertos jüngerer Bruder Miguel in seine Bildung und wurde Anwalt.

Heute leitet Miguel Rodríguez Orejuela, 47, den legalen Zweig des Familienimperiums. Dazu gehören die Drogerie- und Supermarktkette „La Rebaja" mit etwa 400 Läden, 700 Taxis, Chemielabors in Bogotá, Büro- und Apartmenthäuser sowie der Fußballklub América. Drogengeld in Klubaktien anzulegen oder für den Einkauf ausländischer Profis auszugeben gilt als besonders elegante Geldwäscherei.

Das Management der Rauschgiftgeschäfte haben die Cali-Herren nach Erkenntnissen von US-Fahndern streng hierarchisch nach dem Muster mediterraner Handelsdynastien organisiert. Die Unternehmensspitze in Kolumbien wacht über Produktion, Transport und Finanzen. Die Verteilung im Ausland besorgen Zellen unter Führung eines Vertrauensmanns auf eigenes Risiko. Bei Fehlern haftet der mit seinem Gehalt, das in der Heimat aufbewahrt wird, oder gar mit seinem Leben und dem Wohlergehen seiner Angehörigen.

Cali-Mann Rodríguez Orejuela*: „Legal Geld gewaschen"

Um das Kokain an die Verbraucher in Übersee zu bringen, bevorzugen die Caleños Frachtschiffe, eine zeitraubende, aber relativ sichere Methode. Denn nur drei Prozent der neun Millionen Container, die jährlich in US-Häfen anlanden, kann der Zoll überprüfen. Der Stoff wird versteckt zwischen Bauholz, Schokolade, Kaffee, Fruchtextrakt oder giftigen Chemikalien und oft erst auf Tips der Konkurrenz hin entdeckt.

Mit dem Drogengeschäft verbinden die Cali-Leute eine effiziente Geld-

* Bei der Ankunft in Bogotá nach der Abschiebung aus Spanien 1986.

waschindustrie. Einige ihrer Zellen in New York sollen nach DEA-Informationen monatlich bis zu zwölf Millionen Dollar einnehmen, das entspricht 1400 Kilo Banknoten. Die Riesengeldmengen gelangen wieder per Schiff, verborgen beispielsweise in Kabelrollen, nach Kolumbien. Dort investieren die Bosse einen Teil sofort – ganze Häuserblocks bezahlen sie bar –, einen Teil wechseln sie in Pesos um, und den Rest legen sie bei internationalen Geldinstituten an.

„Die DEA wird mir nie verzeihen, daß soviel Geld legal, gemäß panamaischem Gesetz, über die First Interamericas Bank in Panama gewaschen wurde", sagte Gilberto Rodríguez, dem diese Bank gehört hatte, bis sie 1985 auf Druck aus den USA geschlossen wurde, jüngst einem Reporter der US-Zeitschrift *Time*. Treuherzig beteuerte der Mann mit dem gepflegten Schnurrbart und dem grauschwarz gesprenkelten Haar, ein dickes Goldkreuz auf der Brust, er habe nichts mit Drogen zu tun, das Cali-Kartell sei eine „lausige Erfindung".

Tatsächlich gilt der Schachspieler, gegen den in den USA 17 Ermittlungsverfahren laufen, in Kolumbien als Saubermann. Denn einen Prozeß, wie er Escobar und den drei Brüdern Ochoa vom Medellín-Kartell jetzt bevorsteht, hat Rodríguez schon hinter sich.

In einer Wohnung in der Madrider General-Oráa-Straße hatte die spanische Polizei am 15. November 1984 zwei kolumbianische Ehepaare festgenommen: Gilberto Rodríguez und Jorge Luis Ochoa mit ihren Frauen. Sie waren nach der Ermordung des kolumbianischen Justizministers durch Medellín-Leute aus ihrer Heimat verschwunden. In Spanien bauten sie nach Informationen der Drogenfahnder gerade ein Kokain-Verteilernetz auf.

Washington verlangte die Auslieferung der beiden – aber auch Kolumbien. Nach langem Hin und Her der spanischen Behörden und nachdem angeblich einige Millionen Peseten Bestechungsgelder geflossen waren, wurden beide 1986 in die Heimat abgeschoben.

Schon damals zeigte sich der unterschiedliche Stil der Kartelle: Ochoa bestach seinen Richter und kam schnell frei. Rodríguez dagegen stand seinen Prozeß durch. Zwar übermittelte die DEA Beweismaterial nach Kolumbien. Doch der Richter sprach den Schachspieler frei, die Beweise seien „nicht rechtzeitig" vorgebracht worden.

Seitdem kam der Cali-Mann nie mehr in Konflikt mit der kolumbianischen Justiz. Seine sieben Kinder ließ er an Universitäten in den USA und Europa studieren. Als Computerspezialisten und Managementexperten soll ihnen gelingen, was dem Vater versagt blieb: in die feine Gesellschaft vorzudringen – die Kennedys und Rockefellers Kolumbiens zu werden. ◄

Anrufbeantworter?

... ein endlos klingelndes Telefon ist nicht mehr nötig und unbemerkt gehen oft die wichtigsten Anrufe verloren! Unser Modell 2760 informiert Ihre Anrufer und nimmt deren Nachrichten entgegen, die Sie dann von jedem Telefon auch ***fernabfragen*** *können. Ein postzugelassenes Profigerät. Einfach einstekken und die neue Freiheit genießen!*

Deutschlands meistverkauftes Gerät, denn kein anderes *bietet bei diesem günstigen Preis einen solchen Leistungsumfang +* **12 Monate Garantie!**

unverbindliche Preisempfehlung ohne Taschencoder (DM 38,-)

nur 198,-

Lange Zeit ausverkauft - jetzt wieder erhältlich im preisbewußten Fachhandel oder z.B. bei Karstadt, Quelle, STINNES Baumarkt, PHOTO PORST, METRO, Kaufhof, Allkauf, Hertie, Massa, A-Z, Wegert, Völkner, PC-Computer, Brinkmann, Schaulandt, Wertkauf **und TELEFONPALAST, Hauptstr.30, W - 1000 Berlin 62, 030-784 30 62** oder **Schnellversand** mit 10 Tagen Umtauschrecht - einfach anrufen: 04154-807533!

CODE-A-PHONE

Kompetenz durch über 14 Millionen Anrufbeantworter seit 1957!

Menschenrechte kann man nicht kaufen,

aber man kann in sie investieren.

In eigener Sache, die Sache aller Menschen ist: Das Engagement für Freiheit und Menschenrechte erfordert Mut, Ausdauer, Kraft, Phantasie ... und kostet Geld.

Ein großer Teil der Arbeit von amnesty international wird ehrenamtlich geleistet und aus eigener Tasche bezahlt. Aber: Menschenrechtsverletzungen müssen an Ort und Stelle ermittelt werden. Missionen werden entsandt, Prozesse beobachtet, Informationen aus unterschiedlichen Quellen zusammengetragen. Die Öffentlichkeit wird alarmiert, und Aktionen für die Opfer werden durchgeführet. Für all dies sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Seit 30 Jahren setzt sich amnesty international als unabhängige Organisation weltweit für Menschen ein, die in ihren grundlegenden Rechten unterdrückt werden. Durch aktive Mitwirkung und Spenden können Sie zu Erfolgen dieser Arbeit beitragen.

Wir erheben Einspruch. Damit die Chancen, mehr Freiheit und Menschenrechte zu verwirklichen, wachsen. Überall auf der Welt.

Nähere Informationen liegen für Sie bereit. Bitte schreiben Sie uns und fügen Sie DM 4,00 Rückporto in Briefmarken bei.

amnesty international
Postfach 17 02 29
5300 Bonn 1
Spendenkonto 80 90 100
Postgiro Köln

ai
amnesty international
FÜR DIE MENSCHENRECHTE

„Ein Geschäft, das ich liebe“

Die Überlegenheit des Formel-1-Weltmeisters Ayrton Senna auf McLaren-Honda ist vorbei: Eine englisch-französische Kombination startet am nächsten Sonntag beim Großen Preis von Deutschland in Hockenheim als Favorit. Aus dem Rollstuhl dirigiert der Brite Frank Williams sein Team, Renault liefert die Motoren.

Teamchef Frank Williams: „Ohne Motorsport wirklich krank“

Seit einer knappen Stunde hat der Mann im Rollstuhl seine Umwelt ausgeblendet. Wie durch einen Tunnel blickt er auf zwei Monitore, die zwischen Rennwagen, Reifenstapeln und allerlei Werkzeug aufgebaut sind. Frank Williams, 49, sieht auf dem oberen Schirm Live-Bilder vom Qualifikationstraining zum Großen Preis in Silverstone, vom unteren liest er die Rundenzeiten ab. Per Kopfhörer verfolgt er den Funkverkehr seines Teams, an seiner Seite sind Seile gespannt, damit ihm niemand in die Quere kommt.

Als Nigel Mansell, einer seiner Fahrer, auf die Strecke geht, bündeln sich Williams' wasserblaue Augen zu einem stieren Ausdruck, die fahlen Gesichtszüge spannen sich an. Regungslos verfolgt er die Fahrt seines Autos. Als Mansell die Ziellinie passiert, hat er dem bislang führenden Ayrton Senna sieben Zehntelsekunden abgenommen – im Zeitverständnis der Formel 1 ist das eine enorme Differenz.

Für einen Moment huscht Erleichterung um Williams' Mundwinkel, dann redet der Teamchef, seit einem Verkehrsunfall vor fünf Jahren querschnittgelähmt, ein paar belanglose Worte und läßt sich von seinem ihn stets begleitenden Physiotherapeuten fortschieben. Mögen Italiener in derselben Situation Veitstänze aufführen, Franzosen sich abbusseln, in einem englischen Rennstall im allgemeinen und bei Frank Williams im besonderen bleiben die Emotionen vor der Boxentür.

Dabei hätte Williams allen Grund zur Freude. Seine Rennwagen fahren seit Wochen nicht nur als Trainingsschnellste auf die erste Startposition, bei den letzten drei Grand-Prix-Läufen erreichten seine Piloten Mansell (in Frankreich und in England) und Riccardo Patrese (in Mexiko) auch als Erste das Ziel.

Vor der zweiten Saisonhälfte, die am kommenden Sonntag beim Großen Preis von Deutschland in Hockenheim beginnt, führt zwar der Brasilianer Senna, der die ersten vier Rennen gewinnen konnte, die WM-Wertung nach Punkten noch an. Doch seitdem die Williams-Autos ihre technischen Kinderkrankheiten überstanden haben, kann selbst das erfolgsverwöhnte McLaren-Honda-Team des Weltmeisters nicht mehr folgen. Senna sieht gegen die neue Konkurrenz „im Augenblick keine Chance“ und mahnt „total frustriert“ bei seinem Arbeitgeber „ein neues Auto und neue Motoren“ an.

Derweil sitzt Frank Williams in seinem Büro in Didcot bei Oxford und heftet die Erfolge wie ein Buchhalter ab. Er will Siege nicht als glückliche Zufälle feiern, sondern als Bestätigung seiner zähen und präzisen Arbeit „in einem Geschäft, das ich liebe“ bewertet wissen. Zu lange hat Williams um Einlaß in die Motorsport-Geschichte kämpfen müssen, als daß er sich durch ein paar erste Plätze aus der Fassung bringen ließe.

Nach einer „schweren Kindheit“ (Williams), die ihn nach der Scheidung seiner Eltern in ein katholisches Internat verschlug, durchlief er alle Stationen eines „vom Motorsport Infizierten“. Aus dem Rennfan wurde schnell ein Rennfahrer, der sich mangels Talent bald als Rennmechaniker verdingte. Williams war chronisch pleite, weshalb er auf jeder Pressekonferenz erschien, um sich satt zu essen, in London statt eines Zimmers „nur ein Sofa anmietete“ und mit allem Ehrgeiz am Mechaniker-Wettlauf auf dem Autodromo von Monza teilnahm: 1000 Dollar Prämie trieben ihn zum Sieg.

Auch als Händler gebrauchter Rennwagen war Williams immer knapp bei Kasse – was ihn jedoch nicht davon abhielt, 1968 sein erstes Formel-Auto zu basteln. Die Firma war weder erfolgreich noch solvent, ein kanadischer Millionär übernahm die Klitsche. Williams: „Ich war der Witz der Branche.“

Doch der Außenseiter bestand auf Eigenständigkeit und gründete 1977 gemeinsam mit dem wenig bekannten Konstrukteur Patrick Head einen neuen Rennstall. Head, ein sehr britischer Brite, zeichnete ein Auto, das schon bald den ersten Grand Prix gewann. Williams überzeugte die arabische Fluglinie Saudia, auf seinen Formel-1-Fahrzeugen zu werben. Von den Sponsor-Millionen angeschoben, wurde Williams-Pilot Alan Jones 1980 Weltmeister, zwei Jahre später wiederholte Keke Rosberg den Titelgewinn.

1986 verunglückte Frank Williams am Steuer eines Mietwagens. Seitdem kann er nicht schreiben, keine Hände schütteln, beim Telefonieren muß ihm jemand den Hörer halten, lange Sitzungen sind ihm ein Greuel: „Nach einer Stunde bin ich mit der Konzentration am Ende."

Beobachter wollten auch psychische Veränderungen festgestellt haben, das Schicksal habe den ehedem hochmütigen Briten offenherziger gemacht. Doch von dieser freundlichen Legende will Williams nichts wissen. Unbeholfen zieht er mit der zarten linken Hand eine waagerechte Linie über die Brust. „Von hier abwärts kann ich alles verdammt vergessen", aber nach oben bis zum lichten Haarschopf besteht er darauf, „dieselbe Person geblieben" zu sein.

Keineswegs, behauptet er, hätten sich Führungsstil und Firmenpolitik seit seinem Unfall gewandelt. Wie immer sei seine Einflußnahme in technischen Belangen „absolut null" – dafür habe er Fachleute. Wie immer werde der Gewinn „sofort reinvestiert" – so hat er ein High-Tech-Unternehmen (Jahresbudget: rund 120 Millionen Mark) aufgebaut, dessen 175 Mitarbeiter die Rennwagen, die stets auf dem neuesten Stand der Technik sind, bis auf Reifen und Motoren komplett selbst herstellen. Das Chassis und die Aerodynamik seiner Autos gelten als derzeit vorbildlich, die Vorzüge eines halbautomatischen Getriebes genießen neben den Williams-Piloten nur noch die Ferrari-Fahrer.

Weltmeister Senna
„Im Augenblick keine Chance"

Williams ist der Prototyp des Formel-1-Geschäftsmannes, ein unterkühlter Pingel, der immer zweckorientiert agiert. Seine Umgebung hat sich ihm angepaßt. Nie würde Ingenieur Head, immerhin mit 30 Prozent an Williams Ltd. beteiligt, auf die Idee kommen, Erster Klasse zu fliegen. Das teure vollklimatisierte, mit schwarzem Leder und grauem Velours ausgestattete Motorhome dagegen ist „geschäftlich notwendig". Denn hier empfängt Williams seine Sponsoren, „und die bringen das Geld".

An seinen ehemaligen Partnern aus Japan, den Honda-Motorentechnikern, schätzte Williams deren „Verbissenheit" und daß sie „keinen Fehler zweimal machen", zum neuen französischen Kompagnon fällt ihm spontan ein, daß er „sehr leistungsstarke Motoren" baut. Ingenieure werden nach PS beurteilt, Fahrer nach Rundenzeiten.

Herausforderer Mansell: Feindschaft beendet

Wie unterkühlt die Atmosphäre selbst bei herausragenden Ereignissen ist, mußte Thierry Boutsen im Vorjahr erfahren. Als der Belgier nach seinem ersten Platz in Budapest von der Siegerehrung zurückkam, fand er eine ausgedünnte Mannschaft vor. Die Managementspitze war bereits auf dem Weg zum Flughafen. Daß ein Williams-Gesetz heißt, keinen der beiden Piloten zu bevorzugen, hat nichts mit Fairplay zu tun, sondern „mit doppelter Siegchance".

Obwohl in der Mentalität weit entfernt von französischer Nonchalance, erkannte Williams in der Liaison mit Renault seine geschäftliche Zukunft. In einem Europa, „in dem die Mauern zum Ostblock einstürzen", befand der Brite, könne man auch „die lange Feindschaft mit den Franzosen beenden".

Weil für Renault-Motorenchef Bernard Dudot „nur Siege zählen", präsentieren die Ingenieure aus dem Werk in Viry-Châtillon zu jedem Rennen Weiterentwicklungen ihres Zehnzylinderaggregats. Im Konzernbudget stehen die 700 PS starken Ungetüme aus Aluminium, Magnesium, Titan, Stahl und Keramik mit 400 000 Mark pro Stück zu Buch – im Vorjahr wurden 50 Stück produziert.

Während Honda in dieser Saison Zwölfzylindermotoren einsetzt, die des öfteren unterwegs krepieren, vertraut Renault weiter auf sein Zehnzylinder-Konzept, das Platz, Gewicht und Sprit spart.

Auch bei der Fahrerwahl kann sich Williams getrost auf seinen erfolgshungrigen Partner verlassen. Ein gut Teil der sieben Millionen Pfund (rund 20 Millionen Mark), die Mansell fürs beherzte Gasgeben erhält, bezahlt Renault. Und für das nächste Jahr hat die bilaterale Interessengemeinschaft Weltmeister Senna ein Angebot gemacht, das der kaum ausschlagen kann: Über 20 Millionen Dollar sollen den Brasilianer zum Wechsel bewegen.

Daß derartige Summen der Branche neben finanziellen Verlusten auch ein negatives Image zufügen können, daran verschwenden Teamchefs vom Schlage Williams keinen Gedanken: Renaults Formel-1-Beteiligung betrage „nicht mal 0,01 Prozent des Konzernumsatzes". Auch wenn der Rennsport vor allem „Schinderei und Geschäft" sei, gestattet sich Williams keinen sentimentalen Blick zurück auf die alten Zeiten: „Was gewesen ist, kann nicht wiederkehren."

Immerhin betont der Mann im Rollstuhl, der seine körperlichen Reserven an jedem Grand-Prix-Wochenende aufbraucht, daß sich „die Welt auch ohne die Formel 1 weiterdrehen" werde. Für sich selbst ist Frank Williams da nicht so sicher: „Ohne Motorsport wäre ich wohl wirklich krank." ◄

Der mit dem Stier tanzt

SPIEGEL-Redakteur Klaus Umbach über den Regisseur Jérôme Savary und seine Bregenzer „Carmen"

Savary-Inszenierung „Carmen" bei den Bregenzer Festspielen: Blutrotes Gedünst im Zement-Gebirge

Wenn sie so daliegt mit Fächer, Stola, Rüschen und pechschwarzem Langhaar, dann ist sie immer noch die rassigste Leiche des Musiktheaters – und die mit den meisten Freiern: „Carmen" boomt, und von Dienstag dieser Woche an stirbt das Weib, wenn das Wetter mitspielt, auch wieder unter freiem Himmel. Bei den Bregenzer Festpielen steht George Bizets Tatort in diesem Sommer gleich 23mal auf dem Hauptabendprogramm.

Während der Vierakter im Opernhaus meist mit Don Josés tödlichem Stich und seinem hochdramatischen Abgesang auf die verblutende Geliebte endet, kommt in Bregenz noch einmal kurz Leben auf die Sterbeszene.

Zum Todeskampf der Titelheldin rollt die Frontseite der Arena mit 75 PS und sechseinhalb Stundenkilometern lautlos nach links durch ein Hubtor hinter die künstliche Felswand der Bühne und gibt den Blick frei auf Don Josés Nebenbuhler Escamillo, der unter dem letzten Geschmetter des Toreroliedes gerade seine Espada in den Rücken des Stieres sticht.

Der Tierkörper, in dem bereits die Banderillas stecken, zuckt, der Kopf schaukelt nach allen Seiten, auch der Schwanz schlägt unruhig aus. Nach dem tödlichen Treffer knickt das Tier mit beiden Vorderläufen ein und krepiert unter dem Schlag des vollen Orchesters.

Regisseur Savary in Bregenz: „Hier bremst mich keiner"

Die Stierquälerei ist, natürlich, Bluff. Insgesamt sechs ferngelenkte Elektromotoren und Hydraulikpumpen in Bauch und Beinen täuschen den Kollaps des Stieres lebensnah vor, unter 220 Volt Spannung sackt das aus Draht, Stoff und Kunstfasern gebastelte Opfer zu Boden. „Carmen" goes to Hollywood.

Wie in den Kinomärchen von Steven Spielberg, diesem Bruder Grimm der Video-Ära, so tut und türmt sich auch auf der künstlichen Insel im schwäbischen Meer überall prachtvolles Blendwerk auf. Meisterhaft fabrizierte Gesteinsattrappen – von einem Walliser Felshang auf Silikonhaut übertragen, mit Spritzzement und Glasfaser auf fünf Millimeter Materialstärke verdickt und von einem Bildhauer vor Ort zu einer Berglandschaft komponiert – rahmen die 3696 Quadratmeter Spielfläche ein. Nicht nur einem Sturm von mehr als 150 Stundenkilometern sollen die Schein-Berge standhalten, sondern auch einer wahrhaft abenteuerlichen Belebung.

Gäule ziehen Kutschen und Planwagen heran und herum. Esel und Schafe grasen in der pastoralen Idylle, 40 Tauben steigen auf, eine acht Meter lange Mittelmeerschaluppe legt an und wieder ab. Im dritten Akt fallen von oben pro Minute 750 Liter Bodensee-Wasser auf die andalusische Szenerie, außerdem stürzen Menschen und Material aus diversen Gründen in den See.

Aus mehr als 40 Nebelmaschinen verpufft Trockeneis und setzt Spaniens besonnte Landschaft häufig den Wolken und Schwaden einer schottischen Tiefdruckrinne aus. Zusätzlicher Qualm entsteigt Öfen und Lagerfeuern. Weit über 100 Fackeln fackeln ab. An allen Ecken und Enden flimmert Bengalisches. Vor dem Stierkampf-Finale lodert hoch im Gebirge der Feuerstier, und das Schlußbild könnte glatt von der Riefenstahl sein: An die 150 Statisten stehen auf dem Kamm des Zement-Gebirges in blutrotem Gedünst und blicken stumm hinab auf die tote Carmen.

„C'est incroyable, I think we do that for two weeks now", poltert da, in polyglotter Empörung, ein einsamer Krakeelkopf los. Der Pinatubo sei wieder ausgebrochen, spötteln dann die, gegen die der Vulkan aufbraust. Für ein paar Minuten ist der „Carmen"-Regisseur Jérôme Savary, 49, wirklich außer sich: „Les bengales rouges", „les escaliers", „the stairs", „ja, ja, die Treppen", „oui, okay, Carmen you'll get a shorter stole". Nichts klappt heute abend: „Merde", „alles Scheiße". Wütend fährt der Inszenator seine Mitmacher an und läßt das verdutzte Team in den Duftwolken seiner Havanna zurück. Probe zu „Carmen", Stand: letzte Woche.

An diesem Dienstag dann ist – passable Witterung vorausgesetzt – Premiere im Freien. Das Stück hat vorab Zulauf wie noch kein anderes Programm, seit die Bregenzer Festspiele sich neben Verona mit seiner Arena zu Europas massenattraktivster Open-air-Oper gemausert haben. Die 23 „Carmen"-Vorstellungen dieses Sommers sind seit Wochen ausverkauft; das macht, wenn alles glattgeht, rund 117 000 Zuschauer. Für den heißesten Tip dieser Festspiel-Saison verjubelt, verfeuert und verpulvert Bregenz glatte zehn Millionen Mark. Da kann der Regisseur Savary den Magier, der Magier den Schausteller und der den Verschwender raushängen lassen: „Hier", qualmt Savary mit imperialer Gebärde, „hier bremst mich keiner."

„Schluß! Aus! Fou, fou, total verrückt", schreit er aus dem Regie-Unterstand der Bregenzer Bühne. Könnte, so wie er aussieht, glatt von der Pennerbank kommen: schwarze, schlabbrige Trainingshose, dreckige, ausgelatschte Turnschuhe, keine Socken. Ein karminrot-verwaschenes Sweatshirt mit putzig gestreifter Kapuze, die das rundliche Gesicht wie mit einem Büttenrand einfaßt: Monsieur auf Maloche.

Bereits im nächsten Monat, radebrecht der Franzose durch den Zigarrenqualm, also weit früher als sonst beginnt in Bregenz der Vorverkauf für

Savarys „Carmen"-Inszenierung auf dem Bodensee: An allen Ecken Bengalisches

„Carmen“ '92. Niemand zweifelt, daß da genauso viele zugreifen werden wie in diesem Sommer. Unterderhand spekulieren die Festivaliers sogar erstmals mit der Möglichkeit, dieselbe Inszenierung auch noch ein drittes Jahr zu zeigen.

Das wären dann gut und gern 300 000 Zuschauer. Für eine solche Massenunterhaltung müßte die Hamburgische Staatsoper fast 180mal vor ausverkauftem Haus spielen, die Oper in Nürnberg sogar 280mal. Dann hätten wir wohl jene Art philharmonisches Volkstheater, vor dem es den feinen und gebildeten Pinkeln der Hochkultur immer so graust. „Es wäre herrlich“, sagt Savary, der Regisseur der Massen.

Es ist ihm anzusehen, daß er sich in dem Dickfell, mit dem er sich gegen alles dünkelhafte Getue schützt, außerordentlich wohlfühlt. Er pfeift auf die philosophischen Loopings und die feuilletonistischen Pirouetten, mit denen Oper vor allem im deutschsprachigen Kulturraum so gern geistig verschlüsselt wird. Für den barocken Franzosen ist Musiktheater weniger Erbauung als Unterhaltung – gehobene, keine abgehobene.

Savary findet denn auch nichts dabei, eine groteske Bildungslücke einzugestehen: Er hat „Carmen“ noch nie auf der Bühne gesehen. Nein, keinen Felsenstein, Ponnelle, Zeffirelli, Karajan, nicht die Arbeiten von Peter Brook oder von Carlos Saura. Er kennt bloß den Film von Francesco Rosi mit Julia Migenes in der Titelrolle, und der hat ihn, was Wunder, nicht gerade angetörnt. Nun inszeniert er sich die Chance selbst, endlich Carmens Bekanntschaft zu machen.

Ein Savary geht da richtig ran. Der „Carmen“-Neuling packt das durchaus heikle, weil so leicht trivial überladene Stück bei den Hörnern und macht das handfeste Musiktheater eines vor Phantasie berstenden Haudegens. Das Gezeter unter dem Strich der Kulturseiten ist ihm schnuppe. Da inszeniert einer, der mit dem Stier tanzt.

Zwischen Reihe 41, Platz 36, der hintersten Sitzgelegenheit auf der Bregenzer Tribüne, und der Stelle, wo auf der Bühne Carmen stirbt, liegen 82 Meter. Da schrumpft eine Inszenierung zu Minimal Art. Ist das dann nicht schon Oper als Fernsehen, geht da nicht jede Intimität verloren, ist auf diese Distanz noch Hautnähe spürbar zu machen?

Rosis Kinofilm „Carmen“*: Nicht gerade angetörnt

Aber ja, „oui, oui, you can do that, natürlich“: Savary traut sich zu, eine Liebesszene auch noch auf einem Fußballfeld in den Griff zu kriegen. In Bregenz vertraut er auch darauf, die 375 Kilowatt Lichtleistung über 230 computergesteuerte Scheinwerfer in pure Magie umsetzen zu können und eine Szene notfalls auch mal durch Dämmer oder Finsternis vor den maßlosen Maßen dieser Riesenbühne zu retten. „Noch ganz hinten muß das Publikum spüren“, so Savarys Devise, „wenn Carmen schwitzt.“ Letzte Woche, bei den Proben, schwitzte vor allem Savary.

Der Kerl muß wahnsinnig sein. „Sieben, acht Produktionen im Jahr“ sind sein Schnitt. Er braucht das Geld, „weil ich für mehrere Frauen, Kinder, Häuser, Autos bezahlen muß“, aber er braucht sie auch als Anlasser und Treibstoff für seinen motorischen Schaffensdrang. Dieser GTI fühlt sich am wohlsten bei pausenlosem Kickdown.

Eben erst hat er an der Mailänder Scala Verdis pompösen Schlachtfetzen „Attila“ mit Riccardo Muti herausgebracht, schon probt er in San Francisco Prokofjews „Krieg und Frieden“, auch so ein Kolosseum des Repertoires. Ach ja, in Genf steht die „Fledermaus“ an, im Januar 1992 ist in Berlin Aubers „Fra Diavolo“ geplant, im April für Wien Rossinis „Italienerin in Algier“. „Opern sind Ferien für mich“, kokettiert der Vollbeschäftigte und macht, um auch mal richtig arbeiten zu können, in seinem Pariser Théâtre de Chaillot demnächst vor allem Shakespeare, diesen groß und en gros.

Aber auch damit ist der Irre von Chaillot nicht ausgelastet. Also, weiter im Text: Die Fortsetzung seiner Lebensgeschichte – Titel „My Life Starts At 8.30 p.m.“ – geht für den herbstlichen Buchmarkt gerade in Druck. Im Berliner Theater des Westens will der Regisseur für Peter Zadeks „Blauen Engel“ drei Musical-Nummern mit Ute Lemper einstudieren, der er seinerzeit bei „Cabaret“ auf die schönen Beine ge- und so zu Weltruhm verholfen hat. Vorher, wahrscheinlich, wird er in New Orleans noch Wedekinds „Lulu“ mit schwarzer Titelheldin und Jazz-Orchester inszenieren, nicht zu vergessen ein „Rap Musical“, in dem Billy Wilders legendäre Filmklamotte „Manche mögen's heiß“ zu Live-Ehren und -Klängen kommen soll.

Ganz nebenbei, aber durchaus allen Ernstes zieht es den Nimmersatt auch auf den vielleicht attraktivsten Schleudersitz des Gewerbes: „Ich möchte Intendant der Pariser Bastille-Oper werden, wenn man mich nach dem unvermeidlichen Zusammenbruch dieses Hauses als Retter rufen wird.“ Den Ruf erwartet er direkt aus dem Elysée-Palast: „Mitterrand liebt mich und mein Theater.“ Ist Savary schon auf dem Weg zu allerhöchstem Staatstheater?

Als der in Buenos Aires geborene Autodidakt, Gelegenheitsjazzer, Comic Stripper und zeitweilige Chauffeur der Witwe Charlie Parkers Ende der sechziger Jahre mit seinem „Grand Magic Circus“ zu tingeln anfing, griff er noch gern ins volle Menschenleben unter der Gürtellinie. Nachdem er beispielsweise in seinem Stummfilm „Der erotische Zirkus“ Brüste und Gemächte allzu freizügig ausgestellt hatte, verlangten die freiwilligen Filmkontrolleure unter anderem Korrekturen am Ende der dritten Rolle, „wenn am Kronleuchter eine nackte Frau mit dem Gesäß nach unten hängt“ und „bei zwei Männern darunter der Penis sich aufrichtet“.

Savary beschnitt und schweinigelte andernorts weiter. Bei seiner Bonner Inszenierung des Barockmelodrams „Schade, daß sie eine Hure ist“ ließ er 1982 so unge-

* Mit Julia Migenes und Placido Domingo.

Savary-Film „Erotischer Zirkus", Savary-Star Lemper*: Im Schritt und am Hosenstall fingern

niert im Schritt und am Hosenstall fingern, daß die hauptstädtischen Spießer randalierten. Savary steckte ihnen daraufhin die Zunge raus und warf schmierige Lappen ins Parkett.

Das alles, so Savary heute, war „mein Krieg gegen Tabus wie Abtreibung, Pornographie und Homosexualität"; diese Tabus, meint er, seien inzwischen gefallen, den Krieg habe er beendet. Heute, als Vater einer 9- und einer 13jährigen Tochter, schäme er sich bei zuviel Fleischeslust: „Jetzt mache ich am liebsten family productions." Savary, kein Zweifel, ist in den Wechseljahren vom anarchistischen Tausendsassa der Blumenkinder zum subventionierten Entertainer des gehobenen Mittelstandes. Doch selbst in der Wende-Phase – ein bißchen Striese, ein bißchen Schikaneder und viel Cecil B. DeMille – steckt er, was Tat- und Bildkraft angeht, das Gros der Zunft noch immer in den Sack.

Das bewies er vor allem und reichlich überraschend mit der Bregenzer „Zauberflöte" 1985. Kaum war die Inszenierung angekündigt, erfaßten schöngeistige Schauder die Kulturträger hierzulande: Ausgerechnet der deutschen Kunst erhabenstes Singspiel in den Händen dieses welschen „Obergauklers" (Savary über Savary). Und dann war der doch tatsächlich von allen guten Geistern beflügelt.

Über dem Kopf der Königin der Nacht brannte er ein Feuerwerk ab. Sarastro dümpelte auf einem 26 Meter langen Fisch heran. Papageno leerte ein drei Meter hohes Cocktailglas bis auf den Bodensatz, aus dem sich dann Papagena in knallrotem Pailletten-Bikini erhob. Die drei Knaben schwebten mittels Seilbahn auf blauen Wolken ein, aus denen es silbern regnete, und zum Schluß ging Savarys 15 Meter große goldene Sonne auf und bestrahlte vor allem den Inszenator: „Die Zauberflöte" als Cinemascoper wurde zum umjubelten Augenschmaus aller schaulustigen Mozartianer. Bregenz hatte, über Nacht, Open Flair.

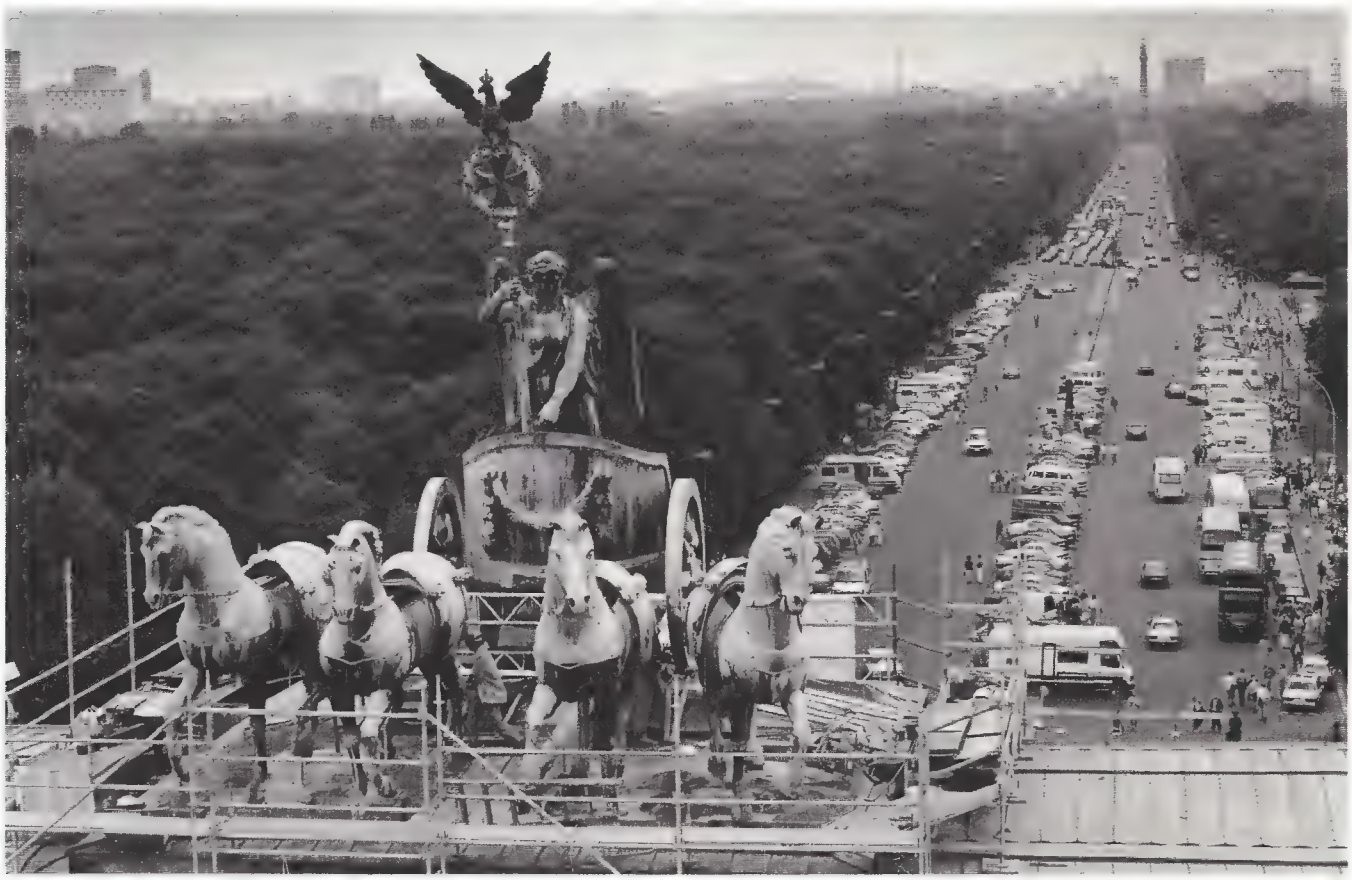
Savary, lobte 1987 die *Welt*, sei „der erste, der mit diesem Ungetüm von künstlicher Insel als Bühne überhaupt etwas Gescheites anzufangen wußte". Von dort startet nun Carmen den Ritt über den Bodensee.

Savary, so scheint es, ist ihr schon längst wieder voraus und plant ganz hoch hinauf, diesmal zu Wotan und Walhall. Wagners „Ring des Nibelungen" möchte er in Bregenz machen, dieses gigantische Gesamtkunstwerk, das mit all seinem romantischen Firlefanz, mit Drachen, Tarnhelm, Regenbogenbrücke, Feuerzauber auf dem Brünnhilden-Felsen und Einsturz der Gibichungenhalle nach Grand Magic Savary geradezu schreit.

Den „Ring" in den Händen seines Schlagermachers Savary – das sähe auch der Bregenzer Intendant Alfred Wopmann nicht ungern. Aber der Nibelungen-Koloß – vier Abende mit fast 16 Stunden Spielzeit – müßte für Bregenzer Zeitmaße beschnitten werden: „Kürzere Version", „komprimiertere Form", „heikles Thema": Wopmann ahnt, was er mit der Idee einer auf zwei Abende à vier Stunden gestutzten Tetralogie in der Bayreuther Kirche auslösen würde: einen Glaubenskrieg über jede Wagner-Note, der ein Savary den Hals brechen wollte.

Savary, glühender Wagnerianer, wartet ab. Natürlich wartet er nicht ab. Er kann nicht warten, er hat viel Heikleres in petto: Carmens Comeback. Von ihm, Savary, stammen Idee und Libretto, die Musik dazu schreibt der Neutöner Azio Corghi, die Rede ist – zweideutig? – von einem Lustspiel: Carmen ist tot. Escamillo verläßt die Arena, erkennt Don José als Carmens Mörder und ersticht ihn. Da kommt der Professor Christiaan Barnard mit dem Cadillac des Weges und verpflanzt Josés Herz in Carmens Brust. Nur: Fortan singt Carmen wie ihr Spender-Tenor, und das mit der Folge, daß die in die Stimme vernarrte Micaëla sich nun in Carmen verliebt. „Da klüngeln dann die Weiber unter sich", feixt Savary und läßt das Ende seines Scherzartikels offen: Wird Carmen vielleicht lesbisch? ◄

* In der Revue „Cabaret".



Erneuerte Quadriga auf dem Brandenburger Tor: Europäischer Sternenkranz statt Eisernem Kreuz?

Quadriga

Preußen raus

Bonner Abgeordnete protestieren gegen die überkommenen Insignien auf dem Brandenburger Tor.

Wir können die Geschichte nicht anders machen, als sie war.

RICHARD VON WEIZSÄCKER

Volkes Stimme meldete sich machtvoll. „Laßt den Vogel weg", lauteten die Forderungen, „kein Eisernes Kreuz", „Her mit dem Ur-Schadow". Als die Zuschriften an die *Berliner Zeitung* immer drängender wurden, gaben die Behörden dem Verlangen der Werktätigen nach und installierten Johann Gottfried Schadows rekonstruierte Quadriga ohne die „Embleme des preußisch-deutschen Militarismus" auf dem Brandenburger Tor.

Das war im Sommer 1958, in der Hauptstadt der DDR – eine der oft geübten, von der SED lancierten volksdemokratischen Nummern über eine längst entschiedene Angelegenheit.

33 Jahre später geht das Theater von vorne los. Jetzt sind es vorrangig Hinterbänkler vom Rhein, Bonn-Befürworter, politische Milchgesichter aus der ehemaligen westdeutschen Republik, die mit ihrem Protestgeheul das Comeback der erneuerten Quadriga begleiten. Die Kupferskulptur, die letzte Woche auf das Säulen-Heiligtum gehievt wurde, ist mit dem von Karl Friedrich Schinkel applizierten Panier aus Preußenadler und Eisernem Kreuz versehen – darum geht der Wirbel.

Die Kritiker verlangen „zukunftweisende", „nicht rückwärtsgewandte" Symbolik, zum Beispiel den europäischen Sternenkranz anstelle des Eisernen Kreuzes. Allenfalls würden sie eine „Rückkehr zum Original" hinnehmen, zum „Ur-Schadow, mit Friedenskranz", oder sie fordern einfach (wie der CDU-Abgeordnete Friedbert Pflüger), „daß das Brandenburger Tor am 6. August genau die historische Gestalt erhält, die es vor 200 Jahren bei seiner Einweihung hatte", mit der „ursprünglichen Form der Quadriga". Nur leider: Die flott hingeworfenen Vorschläge stimmen mit der Historie nicht überein.

Denn ein „Ur-Schadow mit Friedenskranz" hat niemals existiert, und bei der Einweihung des von Carl Gotthard Langhans geschaffenen Brandenburger Tores gab es überhaupt noch keine Quadriga; die Kupferplastik gelangte erst in den Jahren 1793/94 auf das 1791 in Betrieb genommene Bauwerk – und wechselte zudem schnell ihre Accessoires. Was den Protestlern offenbar vorschwebt, ist, so steht zu befürchten, die von Walter Ulbrichts Kunstklempnern 1958 zurechtgelötete Version.

Zur Anreicherung der lückenhaften Kenntnisse können zwei Arbeiten von Berliner Kunsthistorikerinnen über die Quadriga hilfreich sein, die in den nächsten Tagen in den Buchhandel gelangen; die Untertitel verweisen auf die wechselhafte Geschichte des umstrittenen Monuments: „Zwischen Raub, Revolution und Frieden", „Vom preußischen Symbol zum Denkmal der Nation"*.

Bauherr des Berliner Gesamtkunstwerks war Friedrich Wilhelm II. Der König und sein Architekt Langhans wünschten sich (im Revolutionsjahr 1789) ein „Tor des Friedens"; der Bildhauer Schadow sollte es mit einem Vierergespann krönen, mit dem die Göttin Eirene, nach griechischer Sage eine Tochter des Zeus, den Frieden in die Stadt bringt.

Den 25jährigen Schadow reizten zuallererst die Rosse. Begeistert widmete er sich Studien wie „Steigendes Pferd" und „Pissende Stute", arbeitete besessen an der Äderung ihrer Schädel, an den geblähten Nüstern, den Hoden – Schadow fand, „daß die Zeugungsglieder nicht

* Ulrike Krenzlin, Hannelore Gärtner, Sybille Einholz: „Die Quadriga auf dem Brandenburger Tor". Verlag für Bauwesen, Berlin; 80 Seiten; 19,80 Mark – Ulrike Krenzlin: „Johann Gottfried Schadow: Die Quadriga". Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main; 88 Seiten; 16,80 Mark.

müssen weggelassen werden". Weniger Eifer entwickelte er bei der Allegorie des Friedens, seit klar war, daß er die Dame nicht als Akt würde darstellen dürfen; die tonnenschwere Figur geriet ihm einigermaßen stramm und starr.

Offenbar ohne Ehrgeiz, eher beiläufig, entwarf er die Trophäe auf Eirenes Speerspitze: einen römischen Brustpanzer, zwei Schilde, einen Helm – die Berliner hatten nur Spott für diese „Nachtlaterne". Der „Ur-Schadow" wurde noch 1794/95 gegen ein römisches Legionszeichen ausgewechselt, das aus einer Tafel, einem Siegeskranz und einem römischen Adler bestand. So verblieb die Quadriga, bis Napoleon – nach der Katastrophe von Jena und Auerstedt im Jahre 1806 – durchs Brandenburger Tor einritt und sie als Beutegut nach Paris verschleppte.

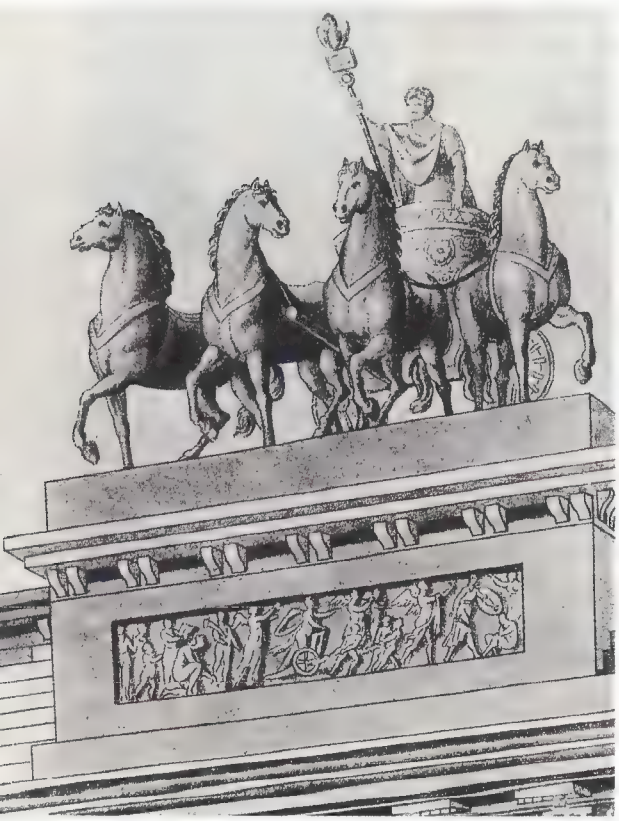
Napoleon war gekommen, Preußen zu demütigen, zu zerschlagen, auszuplündern – und (so Schadow) „in unseren Knaben und Jünglingen setzte sich der Keim vom Kraute der Vergeltung" fest. Wie ein Stachel wirkte im Bewußtsein der Berliner die kahle eiserne Stützstange auf dem Tor.

Als acht Jahre später Napoleon vertrieben und die Quadriga nach Berlin zurückgekehrt war, wurde aus dem Geviert am Brandenburger Tor der „Pariser Platz" und aus Eirene, der Friedensgöttin, Viktoria, die Siegesgöttin.

Friedrich Wilhelm III. beauftragte Schinkel, „der Figur etwas mehr Bezughabendes auf die jetzigen Zeitereignisse in die Hand zu geben", und Schinkel gab ihr „anstelle des von ihr gehaltenen antiken Palladiums das Panier Preußens: Eichenkranz, welcher das Eiserne Kreuz umschließt, über welchem der preußische Adler mit ausgebreiteten Schwingen emporzusteigen scheint". Die Trophäe, auf Fernwirkung aus 26 Metern Höhe berechnet, wurde zwei Meter hoch, der Adler bekam eine Spannweite von 1,70 Metern, das Eiserne Kreuz maß 59 mal 59 Zentimeter.

Der König hatte den einfachen Tapferkeitsorden 1813 für die Dauer der Befreiungskriege gestiftet, Schinkel hatte ihn entworfen. Wilhelm I., Wilhelm II. und Adolf Hitler erneuerten die Stiftung 1870, 1914 und 1939 jeweils für die Dauer des Krieges. Diesen „Mißbrauch" mußte noch die im Kriege zerrissene Quadriga entgelten: Ulbrichts Enttrümmerer und Stadtverschönerer zersägten sie, kippten die Teile vom Tor, die Partei gab sie zur Verschrottung frei.

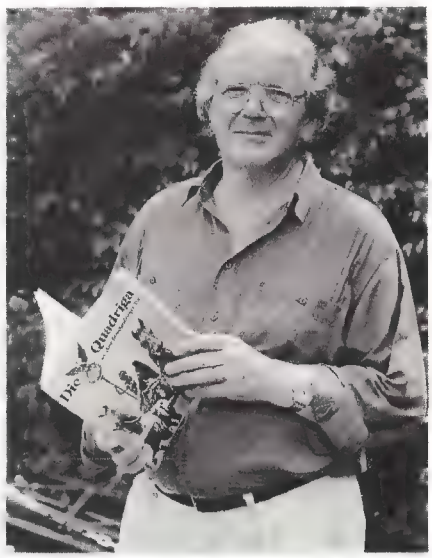
Eine neue, den Nachkriegsstand reflektierende Symbolik war nun gefragt. Hans Scharoun (später Erbauer der Berliner Philharmonie) propagierte als Motiv eine Gruppe Werktätiger mit einer Mutter samt vergoldetem Kind in der Mitte, andere redeten Picassos Friedenstaube das Wort. Währenddessen wehte auf dem Brandenburger Tor die rote Fahne.



Frühere Version der Quadriga-Insignien
Siegeskranz und römischer Adler

Ausgerechnet in einer der heißesten Phasen des Kalten Krieges, in der Zeit zwischen dem ungarischen Volksaufstand im Herbst 1956 und Chruschtschows Berlin-Ultimatum im Herbst 1958, kam es an der Demarkationslinie zwischen den Machtblöcken zu einer wenn auch mühsamen und immer wieder gestörten Verständigung: Der Magistrat von Ost-Berlin und der Senat von West-Berlin vereinbarten, das Brandenburger Tor und die Quadriga wiederherzustellen. Der Osten besorgte die Bauarbeiten, der Westen die Neuanfertigung des Kupfergespanns nach geretteten Gipsformen.

Jeder für sich und kontrovers trafen die beiden deutschen Teilstaaten 1957 zwei folgenreiche Entscheidungen: Während von Bonn das Eiserne Kreuz als Kriegsauszeichnung zum Tragen wieder freigegeben wurde (was Erich Mende veranlaßte, auf dem Bonner Parkett mit Ritterkreuz zu erscheinen), wurde der Orden in der DDR als „Zeichen des Völkermords" ausdrücklich verbannt.



Museumschef Gottmann
Regeln für den Umgang mit Geschichte

Vier Jahre später war das Brandenburger Tor zum Paradox und damit endgültig zum deutschen Nationaldenkmal geworden: Die Friedenspforte wurde zugemauert – darüber verblaßte Ulbrichts vorausgegangene Missetat, das Kunstwerk der Quadriga amputiert, die Spuren Preußens aus dem Denkmal herausgebrochen zu haben.

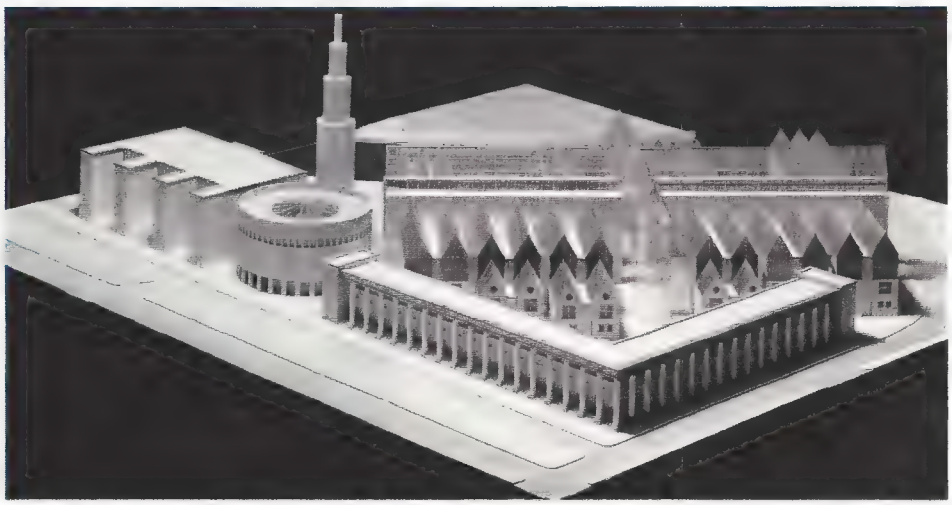
233 Scheinwerfer sollen nun, zur 200-Jahr-Feier am 6. August, Berlins Wahrzeichen und die wieder obendrauf gestellte Trophäe ins rechte Licht rücken, trotz all des „Schattenboxens" *(FAZ)* um Adler und Eisernes Kreuz.

Den Eiferern vom Rhein hält der Museumsdirektor Günther Gottmann, 60, in dessen Haus für Verkehr und Technik die Quadriga restauriert worden ist, Grundregeln für den Umgang mit Kunst und Geschichte entgegen.

Wenn die jetzige Generation ein Symbol für ihre Sehnsucht nach Frieden wünsche, so der Theologe und Historiker, könne sie das nicht durch Veränderungen eines historischen Denkmals erreichen, sie müsse sich schon ihr eigenes schaffen – zum Beispiel ein Holocaust-Mahnmal auf dem Gestapo-Gelände, „ganz in der Nähe der Quadriga", wie Gottmann meint.

Die Pflege historischer Denkmäler hingegen, so erklärt der Museumschef, unterliege nicht den Gesetzen der jeweils herrschenden Weltanschauung, sondern der Erhaltung und dem Verständnis von Geschichte. Geschichte aber könne nur durch Deutung ihrer Denkmäler, nicht durch deren Demontage und Destruktion interpretiert werden.

Wer dergleichen anstrebe, so Gottmanns Verdikt, betreibe „Geschichtsbewältigung nach der Art der Pharaonen". Die ägyptischen Herrscher pflegten den Abbildern ihrer Vorgänger die Augen auszustechen. ◀



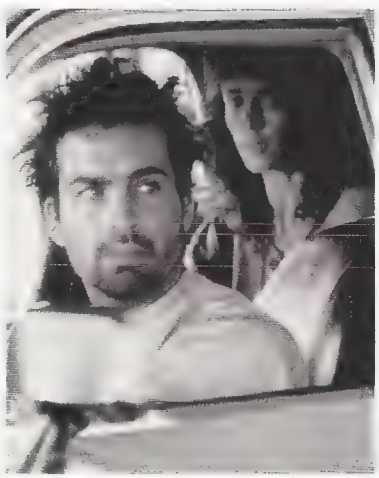
Modell des Deutschen Historischen Museums in Berlin

Aus für den Rossi-Bau?

Das Deutsche Historische Museum in Berlin, von Kanzler Kohl und seinen Getreuen schon 1987 als „Kathedrale der gemeinsamen deutschen Geschichte" ersehnt, bleibt wohl doch nur ein Luftschloß. Die Sachverständigenkommission, die das monumentale Erinnerungshaus konzipiert hat, schlägt jetzt Alarm und fordert „die politisch Verantwortlichen auf, die bereits detailliert ausgeführten Planungen des Architekten Aldo Rossi weiterhin zur Grundlage" des „Bauvorhabens am Spreebogen" zu nehmen. Die zur Zeit im barocken Zeughaus unter den Linden residierende Museumsdirektion indes ist demonstrativ abgetaucht: Direktor Stölzl macht Urlaub, sein Stellvertreter weiß von nichts. Grund der doppelten Absenz: An die Ausführung des mittlerweile auf fast 600 Millionen Mark geschätzten Rossi-Baus glaubt niemand mehr so recht. Millionen werden nun erst einmal in den Umbau des stalinistisch verhunzten Zeughauses gesteckt. Die Präsidentin der Bundesbaudirektion, Barbara Jakubeit, sagt zwar, der Rossi-Bau sei dennoch „nicht getilgt"; aber auch nach der Renovierung des Zeughauses werde noch einmal „nachgezählt"; sie selbst glaube, letztlich werde über den Neubau das Geld entscheiden – und zwar „gegen ihn".

Das Herz eines Boxers

Der Boxer Kid Collins hat seinen letzten Kampf schon lange hinter sich, als er, gerade mal wieder aus der Irrenanstalt getürmt, in einer Kneipe am Rande des Highways die trunksüchtige Fay kennenlernt. Weil sein Herz genauso weich ist wie seine Birne, findet sich der Tramp schon bald im schönsten Clinch mit der Lady. „After dark, my sweet" ist die zweite Verfilmung eines Krimis von Jim Thompson, die in diesem Jahr in deutsche Kinos kommt, und sie kann sich mit Stephen Frears' „Grifters" durchaus messen. Regisseur James Foley, der durch seine Beschäftigung mit dem Ehepaar Madonna und Sean Penn bekannt wurde („Who's that girl", „At close range"), hat die Endspiele des großen Finsterlings in der grellen kalifornischen Sonne in Szene gesetzt, mit viel Gefühl für Atmosphäre und mit einer hervorragenden Besetzung: Neben Rachel Ward und Bruce Dern ist dabei Jason Patric als Kid Collins der eindeutige Sieger.



Foley-Film „After dark, my sweet"

Liebes-Chronik als Racheakt

Sie hieß Bertilla, war Krankenschwester und verheiratet im norditalienischen Treviso. Er hieß Franco, war Familienvater mit vier Kindern und betrieb eine Bar im sizilianischen Ragusa. Dort lernten sie einander 1979 kennen. Die Urlaubsleidenschaft war so mächtig, daß er in den Norden zog, samt Familie, und ein Lokal in der Nähe von Treviso übernahm. Fortan trafen sich Bertilla und Franco täglich Punkt 14 Uhr auf ein Stündchen, im Auto, im Wald, im Hotel oder zu Hause. Die erfinderische Bertilla hielt die Lust frisch durch Pornos, Videos, Hinzuziehung dritter und vierter Partner: zehn Jahre lang. Dann, Ende 1990, gab sie Franco den Laufpaß. Fünf Monate brauchte er für die Rache, dann kam seine Detail-Chronik der gemeinsamen Erotomanie unter dem Titel „Bertilla" auf den Markt, mit einer Tonkassette ihres Lustschreis als Zugabe. Zum Bestseller konnte das Buch nicht reifen: Bertilla ließ es verbieten, und nun ist Franco als Verleumder zu einem Jahr Haft verurteilt worden. Sein Fazit: „Die Frauen nehmen die Männer, pressen sie wie Zitronen aus und schmeißen sie weg."

Lolita des Belcanto

Kritiker wissen nicht, was sie lebhafter loben sollen – Schönheit oder Stimme. Denn in nur wenigen Jahren hat sich die Italienerin Cecilia Bartoli, 25, in die Spitze internationaler Hochtöner gesungen, eine Lolita im überalterten Belcanto-Geschäft. Ihr samtiger Koloratur-Mezzo brilliert hauptsächlich mit Rossini, dessen Liedern sie ihre letzte, beachtlich ausgefeilte Platte widmete: „Rossini recital" (Decca). Die Römerin, die sich mit 16 Jahren für die Oper und gegen eine Tanz-Karriere entschied, mutet ihrer Zweieinhalb-Oktaven-Stimme weitsichtig keine ruinösen Parforce-Strapazen zu. Technische Makellosigkeit und unverwechselbares Timbre könnten dann für die Zukunft einlösen, was jetzt schon aus der PR-Ecke tönt: ein Vergleich mit den Guttural-Göttinnen ihrer kantablen Zunft, mit Maria Callas, Marilyn Horne oder Teresa Berganza.

Cecilia Bartoli

Flaneur in der Sackgasse

SPIEGEL-Redakteurin Annette Meyhöfer über den Berliner Autor Peter Wawerzinek

Zwei oder drei Straßen weiter beginnt immer ein neues Leben. Daran hat sich Schappy stets gehalten und hat auch schon einige Leben hinter sich. War Kunststudent, Totengräber, Briefträger, Tischler, Kraftfahrer, „Mitropa"-Kellner. Hat Gedichte geschrieben und Romane. Nur daß er eigentlich nie genug Sitzfleisch hatte, dafür bequeme, in vielen Jahren ausgetretene Schuhe.

Doch mitunter kann ein Flaneur wie Schappy gar nicht Schritt halten. Denn jetzt beginnt in jeder Straße ein neues Leben. Am Prenzlauer Berg, wo er sich seit 1977 mit Vorliebe herumgetrieben hat, sind die alten Straßennamen durchgestrichen, mit schwarzer Farbe übersprüht die Namen der Widerstandskämpfer, Helden der Arbeit und der Partei. Vielleicht wird die Dimitroff-Straße bald wieder Danziger Straße heißen. Und vielleicht wird Peter Wawerzinek, 36, den alle Schappy nennen, dann als Chronist einer Stadt gelten, die es so nicht mehr gibt.

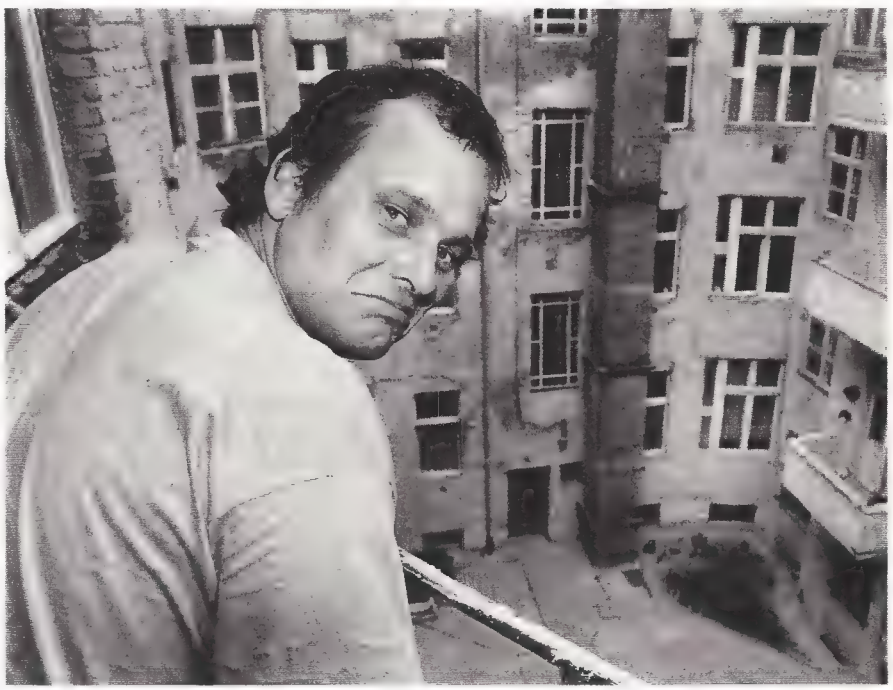
Das jedenfalls lobten dem Autor schon jetzt die Juroren des Ingeborg-Bachmann-Wettbewerbs nach, als er dort, in geliehenem Nadelstreifenanzug ausstaffiert wie ein Kleingangster, mit ungezügelter Gestik, schreiend und stammelnd mitunter, seine Geschichte vom genialen Herumtreiber, Säufer, Lebenskünstler und „ganz manierlichen Verlierer" Moppel Schappik vortrug. Peter Wawerzinek, der Außenseiter nicht nur unter den Autoren der ehemaligen DDR, der Satiriker und Sprach-Anarchist, der, in trunkenem Duo mit seinem Verleger, Kritikern und Dichtern in Klagenfurt auch mal zur guten Nacht sang, er war die Entdeckung des Wettbewerbs, mit einem Stipendium belohnt.

„Es geht nicht darum", heißt es in Wawerzineks Großstadt-Rap, „das Leben Zentimeter für Zentimeter abzufahren wie einen Highway, um endlich in die Stunde der Zeugung zu gelangen, sondern immer darum, bei Tag und Nacht, nur schnell größer und größer zu werden, bis man ein Land ausfüllt, über es hinausquillt und es schließlich verlassen kann wie ein Sterbebett."

In Rostock ist er geboren, in Heimen aufgewachsen, nachdem die Eltern in den Westen geflohen waren, ihn, ein Kleinkind, einfach zurückließen. Wurde mit zehn Jahren, nach zwei mißglückten Versuchen, endlich von einem älteren Lehrerpaar adoptiert: „Ob man da von Zwangsadoption reden kann?"

Jedenfalls haute er schon bald das erstemal von zu Hause ab, beendete gleichwohl die Schule, ging auf die Kunsthochschule nach Berlin-Weißensee, hielt es, nachdem er das Studium abgebrochen hatte, in keinem Metier und keiner Wohnung lange aus. Und das ist nicht einmal ein ganz ungewöhnlicher Lebenslauf in der ehemaligen DDR. So einer muß sich sein Leben eben immer neu erfinden. Vom Tod handeln die meisten Geschichten Peter Wawerzineks.

Sein Publikum fand Peter Wawerzinek damals in Kneipen und auf Parties, bei nächtlichen Spontanlesungen und „Stegreif-Vorträgen", bei inzwischen schon fast legendären Aktionen und Performances, die er seit 1988 zusammen mit seinem Freund und zeitweiligen Weggefährten „Matthias" BAADER Holst durchführte. Das mußte genügen, „um literarisch dazusein", sagt der kleine, stämmige Mann mit dem Kinderblick und der Zahnlücke und schaut sei-



Autor Wawerzinek: Moppel auf dem Prenzelberg

Den „Moppel Schappik"-Roman hat er schon vor zehn Jahren begonnen, ohne Aussicht, ohne Hoffnung, ihn je zu veröffentlichen. Er war ein Schriftsteller ohne Leser, von Anfang an, seit er, als Totengräber auf dem „Auferstehungsfriedhof", für seine Kollegen Geschichten erfand, und auch viel später noch, nachdem er sich, 1988, entschlossen hatte, nichts anderes mehr zu sein als ein Autor. Nur in Zeitschriften wie dem *Wachhund*, Fachblatt für Hundeführer, erschien gelegentlich ein Artikel und ab und zu ein Gedicht im *Sonntag*.

nen Verleger Erich Maas an, der immer in seiner Nähe ist, der aus West-Berlin stammt und ehemals Kunstbücher herausgab.

Wawerzineks Texte, voller Assoziationsketten, Steigerungen, Wortreihungen, sind keineswegs Produkte einer delirierenden Phantasie oder rotzig-postmoderner Sprachraserei, mitunter zwar für den Abend, für einen Vortrag geschrieben, doch streng durchrhythmisiert und immer wieder überarbeitet. Er bemüht sich darum, auszusparen, zu verkürzen, zu begrenzen: „Anarchie ist Arbeit." Er wäre gern Architekt geworden.

Erst im vergangenen Jahr konnte Peter Wawerzinek zwei Bücher veröffentlichen, eine Sammlung von Parodien zur DDR-Literatur, „Es war einmal . . .",

Leasing de Luxe

Mietkauf + Leasing neuer Uhren

Verkauf gebrauchter Uhren mit Garantie (z. T. aus storn. Leasingverträgen)

Rolex · Cartier · Audemars Piguet · u. a.

rent-a-watch

Katalog anfordern:
An der Heide 15 · 8439 Postbauer
Tel. 09180/2599 + 2598 · Fax 09180/2600

Das ultimative Sicherungssystem für Ihren Computer:

FIRSTLOK 1.0

Firstlok 1.0 ist das ultimative Sicherungssystem für Ihren Computer. Elegant, einfach in der Handhabung, ausgereift und technisch perfekt. Firstlok besteht aus einem Hardware- und einem Softwareteil. Die Firstlok Hardware ist ein Diskettenschloß für das Diskettenlaufwerk in Ihrem Computer. Dieses Schloß wird einfach wie eine Diskette in das Diskettenlaufwerk eingeschoben und mit einem Schlüssel verriegelt. Nun kann niemand mehr dieses Diskettenlaufwerk benutzen, wenn Sie es nicht wollen. Die Firstlok Software ist ein perfekter Datenschutz für Ihre Festplatte. Einmal installiert, wird Firstlok bei jedem Einschalten des Computers nach dem Benutzerpasswort fragen. Diese Abfrage findet statt, bevor das Betriebssystem geladen wird. Damit ist es unmöglich, den Computer zu benutzen, ohne das Passwort zu kennen. Auch Hacker haben keine Chance. Selbst wenn der Computer von der Diskette gebootet werden sollte (Was ja unmöglich ist, denn Sie haben ja das Firstlok Diskettenschloß!), wird beim Zugriff auf die Festplatte automatisch das Passwort abgefragt und somit der Zugriff auf Ihre Daten verhindert. Firstlok 1.0 arbeitet mit allen PCs mit DOS, unter allen Anwendungsprogrammen und mit allen Konfigurationen. Firstlok 1.0 ist verfügbar für 5.25" und 3.5" Diskettenlaufwerke. Firstlok 1.0 kostet nur DM 199,-- und ist nur bei uns erhältlich. Schützen Sie Ihren Computer und Ihre Daten vor Mißbrauch, bestellen Sie Firstlok 1.0 noch heute!

microtronics Trade Service, Postfach 2133, 5173 Aldenhoven, Tel: 0241-40 65 38, Fax: 0241-40 65 39

Bitte fügen Sie Ihrer Bestellung einen Eurocheck über DM 199.- plus DM 5.- Versandkosten bei. Die Auslieferung erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach Bestelleingang.

Firstlok 1.0 ist eingetragenes Warenzeichen von Reindeer Sciences, U.K.

und den Roman „NIX"*. Er nimmt darin ein wenig Rache an seinen Kollegen, den „kleinen Verhinderern", ahmt nicht nur Christa Wolfs feministische Betroffenheitsprosa, sondern auch die Sprachschöpfungen und Wortverdrehungen der jüngsten DDR-Literatur in boshafter Vollendung nach. In „NIX" wandert der Held über Schuttberge, und es mischen sich Kindheitsphantasien, die fiktive Auseinandersetzung mit dem „großen Verhinderer", dem Vater, wiederum mit Parodien und Karikaturen.

Als Nestbeschmutzer fühlt der Autor sich darum keineswegs, trotz manchen Lobs von falscher Seite. Er hätte in diesem Falle ja auch erst einmal in irgendeinem Nest hocken oder wenigstens kurzfristig unterschlüpfen müssen. Doch sogar um den Stammplatz in der Künstlerkneipe mußte Schappy kämpfen, wo man sich, wie es in „NIX" heißt, „nur besaufen durfte, wenn man ein Buch geschrieben, mehr als eine Lesung besucht hatte und auch sonst aktiv war".

Das war in jenen Jahren, als auf dem Prenzlauer Berg, rund um den Kollwitz-Platz, im Labyrinth der Hinterhöfe und gründerzeitlichen Wohnruinen, sich jene Generation von Autoren – Sascha Anderson, Uwe Kolbe, Lutz Rathenow, Bert Papenfuß-Gorek – zusammenfand, die, zumeist in den fünfziger Jahren geboren, nicht mehr in erster Linie die Welt oder wenigstens die DDR zu verändern suchte. Sie wollten, ihrem Selbstverständnis nach keineswegs unpolitisch, die Sprache revolutionieren, wider die offizielle Sprachregelung und inspiriert von den Surrealisten, von Dada und den neuen französischen Philosophen.

Das war die Zeit, als, gewissermaßen im Schatten des Regimes und von diesem auch geduldet, jedenfalls nicht mit der in früheren Jahren üblichen Härte verfolgt, in der DDR, auf dem „Prenzelberg" und anderswo, eine inzwischen nostalgisch verklärte Alternativszene entstand, mit eigenen, meist handgefertigten Zeitschriften und Büchern und eigenen Ritualen, ein bißchen „Göttinger Hain" und ein bißchen Underground Manhattan oder wenigstens Kreuzberg. Und manchmal fand sich sogar ein Verlag im Westen oder auch nur ein Kritiker, der bereit war, nicht bloß zwischen den Zeilen zu lesen, sondern kompliziertere Buchstabenrätsel zu lösen.

Schappy aber, damals noch verheiratet, mußte Kinder hüten oder irgendeinem Brotjob nachgehen, und überhaupt galt er als unsicherer Kandidat, hatte ja auch nichts vorzuweisen, unter all den Wortwerkelern ein Dilettant. Es ist noch immer Wut darin und Verbitterung, wenn Peter Wawerzinek über die „Prenzlpoeten" spricht, die ihn zu Anfang als Spitzel verdächtigten und später als Hofnarren duldeten. Wenn er erzählt von Gruppendynamik und Geheimbündelei, von nächtlichen Wohnungslesungen, die, konspirativen Versammlungen gleich, den Nicht-Eingeweihten verschlossen blieben, aus berechtigten Sicherheitsinteressen der Be-

* Peter Wawerzinek: „Es war einmal ..." Unabhängige Verlagsbuchhandlung Ackerstraße GmbH, Berlin, 1990; 88 Seiten; 10,80 Mark. „NIX". Produzentenverlag Warnke & Maas, Berlin, 1990; 84 Seiten; 15 Mark.

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**Pilcher: September** Wunderlich; 42 Mark	(1)
2	**Pilcher: Die Muschelsucher** Wunderlich; 42 Mark	(2)
3	**Groult: Salz auf unserer Haut** Droemer; 36 Mark	(3)
4	**Auel: Ayla und das Tal der Großen Mutter** Hoffmann und Campe; 48 Mark	(4)
5	**Demirkan: Schwarzer Tee mit drei Stück Zucker** Kiepenheuer & Witsch; 26 Mark	(5)
6	**le Carré: Der heimliche Gefährte** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark	(9)
7	**Rinser: Abaelards Liebe** S. Fischer; 34 Mark	(7)
8	**King: Nachts** Heyne; 24,80 Mark	(12)
9	**Janosch: Polski Blues** Goldmann; 24,80 Mark	(10)
10	**Follett: Die Säulen der Erde** Lübbe; 48 Mark	(8)
11	**Forsyth: McCready's Doppelspiel** Piper; 44 Mark	(6)
12	**Dunkel: Der Fisch ohne Fahrrad** Droemer; 34 Mark	(13)
13	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark	(11)
14	**D'Orta (Hrsg.): In Afrika ist immer August** Diogenes; 19,80 Mark	
15	**Fruttero & Lucentini: Die Wahrheit über den Fall D.** Piper; 45 Mark	(15)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich

teiligten, aber auch um der Selbststilisierung willen: „Die brauchten ja die Mauer." Und sorgten dafür, daß sie unüberwindlich blieb für einen wie Schappy: „Denn im Westen konnte nur veröffentlichen, wer empfohlen wurde, von Rathenow oder Anderson."

Am meisten ärgert ihn der „Zeitklau", all die Stunden und Tage, die er daran verschwendet hat, dem ausbleibenden Erfolg nachzugrübeln und auch seinem uneingestandenen Neid. Und dabei immer noch der Versuch, um Sympathie zu werben: „Ich frisierte mich wie Heinrich Böll", schreibt er in „NIX", „ließ mir einen Ginsbergbart wachsen. Trug die typischen Bukowskislips. Ich redete wie Achternbusch."

Nur auf seine Neigung zu Adolf Endler läßt er nichts kommen, Altvater der DDR-Avantgarde, Lyriker, Prosa-Autor und Satiriker, der ihm ein literarischer Ziehvater wurde. Der „Moppel Schappik" ist eine Reminiszenz an Endlers Figuren, „und eben darum etwas Eigenes". Und da war seine Freundschaft mit „Matthias" BAADER Holst, „so etwas wie ein uneingelöstes Verlöbnis". Auf einer seiner Reisen durch die DDR hat er ihn, der sich nach dem Terroristen Baader nannte, kennengelernt, endlich einen Gleichgesinnten, einen, der, wie er, am liebsten durch die Städte strich, in kein Muster passen wollte, der von Leichenhäusern schrieb und Mösen, ein wild gewordener Romantiker oder ein Nonsens-Dichter, je nachdem.

Im Flur seiner derzeitigen Wohnung, in der Senefelderstraße, ein Stück weit weg vom Kollwitz-Platz, in einem Hinterhaus, wo der Putz abgeschlagen ist und nur zwei kleine Geranien der gelblichen Monotonie trotzen, da bewahrt er den Nachlaß von BAADER auf, Zeichnungen, Gedichte, Handzettel von gemeinsamen Aktionen. Vergangenes Jahr im Juni, kurz vor der Währungsunion, lief der Freund nachts gegen eine Straßenbahn. In der Küche der Zwei-Zimmer-Wohnung steht ein Kinderbett, für Augusta, die jüngste Tochter. Neben dem Schreibtisch hängt ein Plakat von einer Achternbusch-Veranstaltung, und im Wandschrank stapeln sich die Manuskripte aus gut zehn Jahren.

Jene Zeit, die er gern, in großen Buchstaben, DIE KRISE nennt, das war auch eine Zeit der Selbstvergewisserung. Und, umgeben von Grenzen und Begrenzungen, war Schappy, der Einzelkämpfer, immer auf der Suche nach Verbündeten, vielleicht am schönsten frei. Wenngleich manchmal ein Flaneur in der Sackgasse. Doch Abhauen, nur wegen ein paar Schwierigkeiten? „Wer sich wie ich auf kein Land verläßt, haut wie ich nicht ab", schreibt Wawerzinek im „Moppel Schappik". Und: „Immer davon überzeugt, geboren zu sein, um sich zu verlaufen, gewinnt er Vorsprung."

Jetzt, da die Sprachzertrümmerer und -revolutionäre von einst nach den Nischen im neuen literarischen Deutschland suchen, jetzt will Peter Wawerzinek „anfangen zu schreiben". In einer der schönsten Passagen des „Moppel Schappik" nimmt sich der Held einen Stadtplan vor, jeden Morgen einen anderen, und am Wochenende eine Weltstadt, um daraus die Friedhöfe zu schneiden: „ . . . die Weltstädte werden immer kleiner." ◄

SACHBÜCHER

1	**Tannen: Du kannst mich einfach nicht verstehen** Kabel; 29,80 Mark	(2)
2	**Ostrovsky/Hoy: Der Mossad** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(1)
3	**Scholl-Latour: Das Schwert des Islam** Heyne; 36 Mark	(3)
4	**Przybylski: Tatort Politbüro** Rowohlt Berlin; 29,80 Mark	(5)
5	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 39,80 Mark	(6)
6	**Magnani: Eine italienische Familie** Kiepenheuer & Witsch; 38 Mark	(4)
7	**Schäuble: Der Vertrag** DVA; 38 Mark	(7)
8	**Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit** Rowohlt; 42 Mark	(12)
9	**Apel: Die deformierte Demokratie** DVA; 36 Mark	(8)
10	**Corazza u. a.: Kursbuch Gesundheit** Kiepenheuer & Witsch; 58 Mark	(9)
11	**Mahmoody/Hoffer: Nicht ohne meine Tochter** Schweizer Verlagshaus; 44 Mark	(10)
12	**Fischer-Fabian: Um Gott und Gold** Lübbe; 38 Mark	(11)
13	**Albertz: Der Wind hat sich gedreht** Kindler; 24 Mark	(14)
14	**Martin: Zahlmeister Deutschland** Langen-Müller; 32 Mark	
15	**von Däniken: Die Steinzeit war ganz anders** C. Bertelsmann; 39,80 Mark	(15)

ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*

WER NICHT HÖREN WILL, . . .

. . . DER MUSS LESEN

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE
Probe-Abo (05 11) 1 21 22 26
Media-Informationen (05 11) 5 18 13 94

„Wir haben gemeinsam geatmet“

SPIEGEL-Interview mit Bozorg Mahmoody über seine Frau Betty und deren Buch „Nicht ohne meine Tochter“

SPIEGEL: Warum reagieren Sie auf das Buch Ihrer Frau erst heute, nachdem es bereits 1987 in den USA erschienen ist?

MAHMOODY: Ich bin ein sehr aktiver Mensch, ich arbeite in verschiedenen Krankenhäusern, unterrichte in der Universität, ich habe 24 Stunden am Tag zu tun. Ich bin Anästhesie-Spezialist und ständig im Einsatz. Bisher bin ich einfach nicht dazu gekommen.

SPIEGEL: Warum sind Sie 1984 gemeinsam mit Ihrer Frau Betty und Tochter Mahtab in den Iran gekommen?

MAHMOODY: Jeder, der im Ausland lebt, hat das Bedürfnis, irgendwann in seine Heimat zurückzukehren. Zum einen wollten wir Besuche abstatten, zum anderen wollte ich meinen Landsleuten meine Dienste erweisen.

SPIEGEL: Welche Dienste?

MAHMOODY: Ärztliche. Im Operationssaal und in der Universität.

SPIEGEL: Wollten Sie auch die Revolution unterstützen?

MAHMOODY: Auf jeden Fall. Als wir in den Iran zurückkehrten, befand der Iran sich auf dem Höhepunkt der Revolution. Außerdem kämpften wir in einem uns aufgezwungenen Krieg.

SPIEGEL: Sie reden von politischer Verantwortung gegenüber Ihrem Land. Ihre Frau hat dagegen ein Buch geschrieben, in dem sie den Islam angreift.

MAHMOODY: Ich habe das Buch nicht gelesen. Ich weiß nicht, was sie über meine Person, über iranische Kinder oder die Revolution geschrieben hat.

SPIEGEL: Warum haben Sie das Buch nicht gelesen?

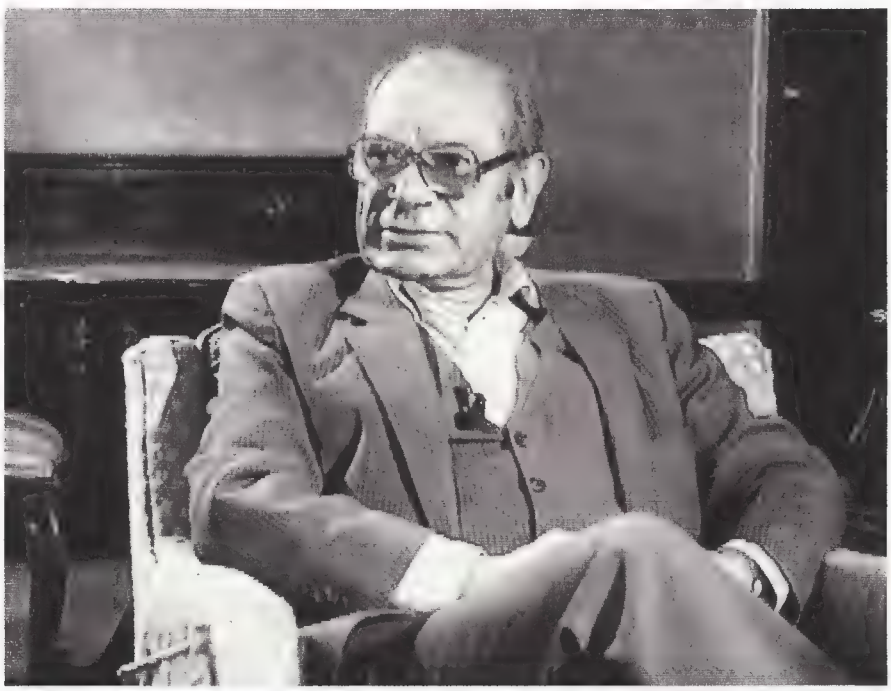
MAHMOODY: Zunächst wußte ich doch nichts davon.

SPIEGEL: Und welches Gefühl hatten Sie, als Sie dann von dem Buch gehört haben?

MAHMOODY: Ich habe mich gewundert, worüber sie ein Buch geschrieben haben konnte. Solange wir zusammen waren, hatten wir keine so großen Meinungsunterschiede, daß sie später hätte ein Buch darüber schreiben können. Ich war ihr ein sehr guter Ehemann und habe sie in jeder Hinsicht mehr als hinreichend versorgt. Es fehlte ihr an nichts.

SPIEGEL: Haben Sie Ihrer Frau, als Sie sie kennenlernten, verschwiegen, daß Sie Moslem sind?

MAHMOODY: Nein, wir haben gleich darüber geredet. Als wir heiraten wollten und weil sie wußte, daß ich ein islamisches Leben führte, trat auch sie in einer Moschee in Houston dem Islam bei.



Vater Mahmoody: „Diese Frau braucht psychologische Hilfe“

SPIEGEL: Wie charakterisieren Sie Betty?

MAHMOODY: Sie ist eine sehr fleißige Person, sie hat einen guten Geschmack, sie kann gut kochen, sie kann nähen. Sie ist clever und liebenswert.

SPIEGEL: Lieben Sie sie noch?

MAHMOODY: Sie ist die Mutter meiner Tochter. Aber jemand, der einseitig die Familienbande auseinanderreißt, jemand, der nicht bedenkt, daß sein eigenes Kind, genauso wie es eine Mutter braucht, auch einen Vater braucht, und jemand, der auf diese Weise seinem Heim entflieht und seinem Kind die väterliche Liebe und Zuwendung entzieht, den kann man als Ehepartner nicht mehr lieben. Betty hat alle familiären Werte mit den Füßen getreten. Wir hatten eine sehr warme Gemeinschaft, meine Frau, meine Tochter Mahtab und ich. Das war offensichtlich, man merkte es sowohl an Mahtabs Verhalten als auch an ihren guten Schulnoten. Sie war die beste Schülerin ihrer Klasse.

SPIEGEL: Ihre Frau behauptet in dem Buch, die Tochter habe unter den häuslichen Verhältnissen entsetzlich gelitten.

MAHMOODY: Wir hatten eine warme und zarte Beziehung. Und dann wurde ich eines Tages für einen Notfall ins Krankenhaus gerufen, ein Soldat hatte eine Chemieverletzung. Als ich wieder nach Hause kam, war sie weg und meine Tochter auch. Sie war weg, weg, weg. So etwas Herzloses! Mahtab ist doch auch meine Tochter.

SPIEGEL: Betty Mahmoody schreibt, sie habe alles zum Wohle ihres Kindes getan.

MAHMOODY: Wer sein Kind liebt, dem muß doch klar sein, daß es sowohl Mutter- als auch Vaterliebe braucht. Hätte ich dem Kind die Mutterliebe entzogen, dann wäre ich für jeden ein herzloser, skrupelloser Mensch. Betty aber hat geglaubt, das Kind braucht nur eine Mutter und keinen Vater. Ist das vielleicht nicht herzlos? Mir hat sie die Liebe meiner Tochter entzogen und Mahtab die Liebe des Vaters.

SPIEGEL: Ihre Frau wirft Ihnen vor, Sie hätten Ihre Tochter geschlagen.

MAHMOODY: Das ist absolut falsch.

SPIEGEL: Warum haben Sie nicht versucht, mit Ihrer Tochter Kontakt aufzunehmen?

MAHMOODY: Genauso wie Betty ihren ersten Mann in den Augen ihrer bei-

den Söhne angeschwärzt hat – sie hat ihnen erzählt, er sei bösartig und hartherzig –, genauso ein Monster wird sie meiner Tochter gegenüber aus mir gemacht haben.

SPIEGEL: Wann fingen die Schwierigkeiten zwischen Ihnen und Ihrer Frau an?

MAHMOODY: Schon in Amerika mochte sie es nicht, wenn ich meinen religiösen Pflichten nachging. Im Fastenmonat Ramadan haben wir Moslems die Möglichkeit, Körper und Seele zu reinigen. An manchen Abenden bleiben wir auf und beten bis zum Morgen. Normalerweise beten wir in diesen Nächten gemeinsam mit anderen Moslems. Ich war der einzige Moslem in unserer Gegend – außer Betty natürlich, die nicht mitbeten wollte. Da saß ich nun also allein und betete, versuchte zu beten, denn immer wieder kam Betty und meinte, ich solle endlich ins Bett kommen, es sei Schlafenszeit.

SPIEGEL: Warum, glauben Sie, ist sie Ihre Frau geworden?

MAHMOODY: Ich bin sicher, sie liebte mich. Sie hatte gesagt: „Honey, I will go with you to any place in the world, just to be with you." Außerdem hat sie freiwillig meine Religion angenommen. Sie hat für uns und unsere Freunde persisch gekocht, nach persischer Art, und zur Freude aller haben wir das Gedeck auf dem Boden ausgebreitet.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß Betty Ihre Frau wurde, weil sie den Wunsch nach einem besseren Leben hatte?

MAHMOODY: Das ist wohl wahr. Das Leben in dem kleinen Elsie in Michigan war nicht gerade besonders aufregend. Betty hatte eine gescheiterte Ehe hinter sich, zwei halbwüchsige Söhne, und sicher versprach sie sich eine bessere gesellschaftliche Stellung als Arztfrau. Sie brauchte einen Vater für ihre Söhne, finanzielle Absicherung, und sie wollte in eine größere Stadt. Alles dieses habe ich ihr geboten.

SPIEGEL: Ihre Frau schreibt, daß sie einen amerikanischen Moody geliebt habe, den sie auch geheiratet habe. Abgelehnt habe sie Sie erst, als Sie sich zur eigenen Kultur und Religion bekannt hätten.

MAHMOODY: Für Betty, wie für viele andere Amerikaner auch, ist alles Nichtamerikanische verpönt und schlecht. Für die zählt nur Amerika und noch mal Amerika, that's it. Outside USA is hell on earth. Ich dachte, Betty sei anders. Wir hatten eine große Doppelgarage, die hatten wir ausgeräumt und als Gebetraum für die Islamische Gemeinschaft Südtexas eingerichtet. Das war 1978. Und Betty war die Sekretärin dieser Gemeinschaft.

SPIEGEL: Wie wichtig war Geld für Betty?

* Im Mai in Hamburg.

Bozorg Mahmoody

lebt und arbeitet als Anästhesist und Chiropraktiker im Iran. Der gläubige Moslem war 1964 zum Studium in die USA gekommen, praktizierte in den Staaten als Arzt und heiratete 1977 eine Amerikanerin. 1984 fuhr er mit seiner Frau Betty und der gemeinsamen Tochter Mahtab zu einem Verwandtenbesuch in den Iran. Nach Angaben von Betty Mahmoody sollte dies nur ein vorübergehender Aufenthalt sein. Dagegen bestätigt Bozorg Mahmoody, 54, heute, daß er von Anfang an geplant habe, in seiner Heimat zu bleiben. Betty Mahmoody fühlte sich schon bald im Iran als Fremde. Ihr Mann wollte sie aber nur unter der Bedingung ziehen lassen, daß die Tochter bei ihm bleibe. So entschloß sich Betty Mahmoody zur Flucht mit ihrer Tochter. Über ihre Erlebnisse im Land und die Flucht schrieb sie – gemeinsam mit dem Autor William Hoffer – das Buch „Nicht ohne meine Tochter", das 1987 in den USA erschien und schon bald ein internationaler Bestseller wurde. Allein die deutsche Ausgabe hat inzwischen eine Auflage von mehr als drei Millionen Exemplaren. Auch der nach dem Buch gedrehte Hollywood-Film mit Sally Field in der Hauptrolle wurde ein Erfolg. In zahlreichen Talk-Shows berichtete Betty Mahmoody von ihren Erlebnissen. Die Universität Michigan zeichnete sie mit einem Ehrendoktortitel aus, die Brigham Young University in Utah verlieh ihr den Freedom Award. Doch wurde auch heftige Kritik geübt. Vor allem mit Moslems verheiratete Frauen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland warfen ihr vor, mit ihrem Buch und ihren Auftritten die Vorurteile gegen bikulturelle Ehen zu schüren. In einem SPIEGEL-Interview, das im Iran auf persisch geführt wurde, äußert sich Bozorg Mahmoody erstmals zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen. SPIEGEL TV Reportage dokumentiert das Gespräch am Dienstag abend (23.05 Uhr, Sat 1).

Tochter, Mutter Mahmoody*
Beste Schülerin ihrer Klasse

MAHMOODY: Sie hat sehr viel Wert darauf gelegt, viel Geld zu haben. Von dem Geld, das ich verdiente, hat sie hin und wieder auch ihre Familie unterstützt. Wir hatten immer gemeinsame Konten, und Betty hatte vollkommen freien Zugriff. Ich habe Betty vertraut, schließlich war sie meine Frau, wir haben das Leben geteilt, oder – wie wir sagen – wir haben gemeinsam geatmet. Ich habe sie geehrt und nichts vor ihr verborgen. Eines Tages kam die Frau eines befreundeten ägyptischen Arztes zu mir und erzählte mir, daß Betty unser gesamtes Bankguthaben von unserem Konto abgehoben und versteckt habe. Als ich Betty gefragt habe, warum sie das denn nur getan habe, antwortete sie, sie sei sauer und wolle mich verlassen. Das war 1978 oder '79.

SPIEGEL: Als Sie dann im Iran waren, haben Sie Betty geschlagen?

MAHMOODY: Das ist eine Lüge. Obwohl ich manchmal den Eindruck hatte, sie wäre gern von mir geschlagen worden.

SPIEGEL: Wie kommen Sie darauf?

MAHMOODY: Betty hatte zwei Schwestern und drei Brüder. Ken, der Mann ihrer Schwester Caroline, war Landwirt. Oft kam Betty zu mir und erzählte, Ken habe Caroline blau und grün geschlagen. Offensichtlich waren Prügel in ihrer Familie üblich.

SPIEGEL: Haben Sie sie nun geschlagen oder nicht?

MAHMOODY: Sehen Sie, ich bin ein religiöser Mann. Der Islam schreibt mir vor, meine Frau zu ehren und zu achten. Niemals habe ich die Hand gegen sie erhoben, obschon – und wie bereits gesagt – ich den Eindruck hatte, sie wünschte sich, von mir geschlagen zu werden. Sie stellte die Prügel, die Caroline von Ken bezog, so schillernd dar, daß ich den Eindruck gewann, Betty wolle damit mich animieren, sie zu schlagen.

SPIEGEL: Wollen Sie sagen, Betty sei masochistisch veranlagt?

MAHMOODY: So scheint es. Ich zog es jedoch vor, mich entsprechend meines Standes, meiner Ausbildung, meiner Religion und meines Alters zu verhalten und mit ihr die Probleme zu besprechen. Ich habe sie weder geschlagen noch beschimpft. In den gesamten 20 und mehr Jahren, die ich in Amerika verbrachte, habe ich nicht ein einziges Mal dieses gängige Wort mit den vier Buchstaben in den Mund genommen. Dazu schäme ich mich zu sehr.

Filmszene aus „Nicht ohne meine Tochter"
„Als ich nach Hause kam, war sie weg, weg, weg"

SPIEGEL: Betty beschwert sich über die schlechte Behandlung durch Sie und Ihre Familie.

MAHMOODY: Da sehen Sie es. Im Flughafen wurden wir wärmstens empfangen mit Blumen und Goldarmreifen für Betty und Mahtab. Wirklich, unsere Familie und unsere Freunde hätten nicht herzlicher und liebevoller sein können. Mit dem bißchen Englisch, das meine Familie konnte, nannte sie Betty liebevoll „Sister Betty". Die Familie hatte sie ins Herz geschlossen.

SPIEGEL: Warum haben Sie Betty nicht von Anfang an gesagt, daß Sie vorhatten, im Iran zu bleiben?

MAHMOODY: Sie wußte, wie sehr ich den Iran liebe und daß man mir im Krankenhaus in Amerika gesagt hatte, daß ich, wenn ich in meine Heimat ginge, nicht wieder zurückzukommen brauchte. Wo hätte ich arbeiten sollen in den Staaten? Ich hatte Freunde und Anwälte gebeten, sich nach Arbeit für mich umzusehen. Hoffnungslos.

SPIEGEL: Betty behauptet, im Iran festgehalten worden zu sein.

MAHMOODY: Das ist doch lächerlich. Hätte ich meine Familie tatsächlich beauftragt, sie zu bewachen, wäre sie heute noch im Iran. Im Gegenteil, als ihr Vater krank war und im Sterben lag, habe ich ihr einen Hin- und Rückflug gekauft und für die Geschenke, die sie ihrer Familie mitnehmen sollte, im voraus 25 Kilogramm Übergepäck bezahlt.

SPIEGEL: Sie hatten ihr aber verboten, Ihre Tochter mitzunehmen.

MAHMOODY: Mahtab ging damals in die Schule, es war mitten im Schuljahr, ich hatte gerade angefangen zu arbeiten, bekam also auch gar keinen Urlaub. Außerdem verdiente ich noch nicht soviel Geld, aber ich hatte ihr zugesichert, daß wir im Sommer alle zusammen fliegen würden. Und dann war sie plötzlich verschwunden – und meine Tochter auch. Ich war zu Tode geängstigt: eine Amerikanerin ohne besondere Sprachkenntnisse, die Tasche voll Geld und Gold, allein in einer Metropole mitten im Krieg. Ich hatte Angst um das Leben meiner Frau und meiner geliebten Tochter.

SPIEGEL: Sie ist geflohen, weil sie von Ihnen im Iran gefangengehalten wurde.

MAHMOODY: Gefangen?! Sie hatte die Schlüssel zum Haus, das Telefon zur freien Verfügung, sie konnte kommen und gehen, wann immer sie wollte, wohin immer sie wollte. Glauben Sie mir, wenn ich sie hätte festhalten wollen, wäre sie heute noch hier.

SPIEGEL: Sowohl im Buch als auch im Film werden Sie als ein immer aggressiver werdender Mensch dargestellt, der zum Schluß sogar seine Tochter schlägt.

MAHMOODY: Ich liebe meine Tochter, ich liebe sie über alles. Ich selbst habe meine Mutter sehr früh als Junge verloren. Als Mahtab geboren wurde, habe ich das Antlitz meiner Mutter in ihr gesehen. Mahtab ist für mich, wie wir im Persischen sagen, mein Leben – verzeihen Sie die Tränen –, für mich grenzte das an ein Wunder, als wenn meine verstorbene Mutter durch Mahtab wieder zum Leben gefunden hätte.

SPIEGEL: Im deutschen Fernsehen war Ihre Frau mit einer Pistole zu sehen. Sie sagte, sie fürchte sich vor dem Tag, an dem sie Sie töten müsse.

MAHMOODY: Ich frage Sie, kann eine Frau, die in der Lage ist, auch nur daran zu denken, den Vater ihres Kindes zu ermorden, ernsthaft Liebe für ihr Kind empfinden? Sie ist so egoistisch und unfair zu Mahtab. Weiter sage ich nichts. Urteilen Sie selbst.

SPIEGEL: Ihre Frau sagt, sie erziehe Mahtab bikulturell. Sie erzähle ihr von Ihnen und feiere für Mahtab das iranische Neujahrsfest.

MAHMOODY: Sie lügt! Wäre das wahr, würde sie mich zu Neujahr anrufen und Mahtab die Gelegenheit geben, mir ein gutes neues Jahr zu wünschen, und mir die Gelegenheit, meiner Tochter Glück zu wünschen.

SPIEGEL: In ihrem Buch schwört Ihre Frau Rache.

MAHMOODY: Was ist das für eine Rache, die eigene Tochter vom Vater zu trennen. Im Persischen gibt es für jede Situation ein geeignetes Sprichwort oder eine Redewendung. Auf diese Situation würde folgendes zutreffen: Sie ist gegangen, um ein Taschentuch zu kaufen, und weil sie es nicht bekommen konnte, hat sie den ganzen Basar abgebrannt.

SPIEGEL: Ihre Aussagen und die Ihrer Frau sind vollkommen widersprüchlich. Wem sollen wir glauben?

MAHMOODY: Wenn Sie sonst nichts aus diesem Interview mitnehmen, dann bitte nur dieses: Diese Frau braucht psychologische Hilfe.

„Ihr habt alles verpraßt“

Offener Brief an Amerikas Eltern / Von Daniel Smith-Rowsey

Smith-Rowsey, 20, studiert Politik und Filmwissenschaft an der University of California in Santa Cruz. Seinen offenen Brief publizierte er im US-Nachrichtenmagazin *Newsweek*.

Manchmal stelle ich mir vor, wie es wohl gewesen wäre als 20jähriger, als einer in meinem Alter, damals in den Sechzigern. Damals, als man erwachsen werden, eine Karriere planen, vielleicht sogar daran denken konnte, ein Haus zu kaufen. Als ein Mensch noch genug verdienen konnte, um eine Familie zu gründen und zu ernähren.

All diese Träume sind im Zeitraum von nur einer Generation zerstoben. Die Preise sind explodiert, die Arbeitslosigkeit hat zugenommen, und auch ein Hochschulabschluß bietet längst keine Garantie mehr für ein guten Job.

Doch all das scheint niemanden zu kümmern. Vielleicht ist das ja so, weil Ihr älteren Leute nur von Menschen meines Alters gehört habt, die tatsächlich eine Menge Geld machen: Anlageberater, Sportler, Musiker, Schauspieler. Doch immer mehr von uns in den Zwanzigern sind unterbeschäftigt und unterbezahlt und hängen bis weit über ihre Studienjahre hinaus nur noch zu Hause herum.

Dieser offene Brief gilt der Generation der Baby-Boomer nach dem Zweiten Weltkrieg, und geschrieben hat ihn einer aus der *nächsten* Generation. Ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir ein bißchen zurückschlagen. Von den ganz Reichen abgesehen, hat keiner von Euch je zu seinen Kindern gesagt, „eines Tages wird das alles dir gehören“, und Ihr seid die ersten Angehörigen einer Mittelklasse, die auf diese Weise versagt haben.

Habt Ihr gedacht, das würde uns nichts ausmachen? Vielen Dank. Aber die große Gefahr liegt woanders, in der Art, wie Ihr uns gelehrt habt, mit dem Versagen fertig zu werden: Schwamm drüber und so tun, als gäbe es kein Problem. Es ist der Beweis dafür, daß Ihr uns nicht beigebracht habt, klug zu sein – Ihr habt uns nur gelehrt, jung zu sein.

Wir sind die dümmste Generation in der amerikanischen Geschichte, wir 20jährigen. Aber das wißt Ihr ja schon. Das Durchschnittswissen unserer Schulabgänger ist in der Tat niedriger als das zur Zeit unserer Elterngeneration. Unsere Unkenntnis in Geographie ist himmelschreiend. Mit unseren fremdsprachlichen Fähigkeiten ist es ähnlich bestellt, ebenso wenn es um einfache Mathematik geht.

Autor Smith-Rowsey: „Nur gelehrt, jung zu sein“

Ihr habt noch Bücher gelesen, wir nicht mehr. Wir sind nur um ein Image bemüht. Wir laufen jedem Trend hinterher. Jeder Hochschulprofessor wird bestätigen, daß er intelligente Antworten, wie sie zu Eurer Zeit noch üblich waren, heute nicht mehr zu hören bekommt. Wir haben nur noch Stroh im Kopf.

Daran seid Ihr schuld. Ihr habt den Wert Eurer Jugend so hoch eingeschätzt und deswegen Sorge dafür getragen, daß unsere sorgenfrei sein würde. Wir beklagen uns nicht über mangelnde Liebe; doch anstatt uns beizubringen, Verantwortung zu übernehmen, habt Ihr uns auf den Pfad Eurer Selbstverwirklichung geschoben – oder was Ihr dafür hieltet. Ihr habt die Rebellion der Jugend legitimiert und uns dafür unsere eigene Unschuld verweigert; vielleicht weil Vietnam und Watergate die Eure zerstört hatten.

Deswegen sind wir nun schon erwachsen genug, um etwas von Rassismus, der Umwelt, von Abtreibung, Atompolitik und vom Elend der Wohnungslosen zu verstehen und uns darum zu sorgen. Aber wir wurden auch Tag für Tag gefüttert mit jener Videokultur, die Ihr geschaffen habt, um Eure wilde und verantwortungslose Jugendzeit zu glorifizieren.

Die Botschaft in all den heißen Fernseh-Shows, den Bierwerbe-Spots mit den prallen Bikini-Schönheiten und den Musik-Video-Clips mit den durchtrainierten Jungs war eindeutig: Spaß und Sex allein genügen, um die Zeit der Jugend zu füllen. Warum sollten wir uns auch noch anstrengen, etwas zu lernen?

Sicher haben auch wir eine bestimmte Art Klugheit entwickelt – die Gerissenheit der Straße, die Cleverness des Hochstaplers, die Geschicklichkeit bei Videospielen. Wir können mehr Biermarken aufzählen, als wir Namen von ehemaligen Präsidenten der USA kennen. Popkultur ist für uns einfach attraktiver als Bildung.

Nur glaube ich wirklich nicht, daß wir diese Masche noch lange durchziehen können. Kein hochindustrialisiertes Land, das nach 1945 nicht seine Identität in Frage gestellt und neu bewertet hätte, außer unserem. In den sechziger Jahren habt Ihr vielleicht daran gedacht, es zu tun, aber dann seid Ihr doch dem Ethos vom schnellen Reichtum à la Donald Trump nachgejagt – und alles, was Ihr uns übriggelassen habt, war eine bankrotte Wirtschaft. Im Namen Eurer

eigenen „Freiheit" habt Ihr uns den Lebensstil von Schlüsselkindern verpaßt, uns zu einer Generation ohne Eltern und mit zerbrochenen Familien gemacht.

Und was ist aus den Schwulen, den Schwarzen, aus den rassischen Minderheiten, was ist aus den Frauen geworden, um die Ihr Euch angeblich so gesorgt habt und die nun vergessen sind? Ich bin nicht wütend auf Euch, weil Ihr Euch an das System verkauft habt. Nur für *mich* wird es kein System mehr geben, an das ich mich verkaufen könnte, wenn ich wollte. Dafür ist kein Geld mehr da, Ihr habt alles verpraßt.

Um ehrlich zu sein, ich kann Euch nicht an allem Schuld geben, was passiert ist. Die Hinwendung zum Manchester-Kapitalismus und die zunehmende Übermacht der neuen Technologien während der letzten zwei Jahrzehnte, das sind Dinge, die auch ohne die Eigenheiten Eurer Generation passiert wären. Wäre ich in den Fünfzigern geboren worden, hätte sicher auch mich der Zorn gepackt angesichts von Rassismus und Vietnamkrieg. Aber das hat nichts zu tun mit der Zerstörung des Systems durch die eigene Habgier.

Sagt nicht, Ihr hättet nicht die Flamme der Selbstsucht und der Konsumbefriedigung entzündet, sie angefacht bis zur sofortigen Befriedigung aller Wünsche. Kabelfernsehen, BMWs, Autotelefone, die ganze Kultur der Super-Einkaufszentren hat uns alle zu Zwölfjährigen degradiert, die alles *sofort* wollen. Was den meisten von uns geblieben ist, sind nur erotische Phantasien, aufgestaute Aggressionen und ein flüchtiger Vorrat an Jugend. Bald werden wir weder Jugend *noch* Geld haben. Vielleicht werden wir dann ein bißchen zornig.

Vielleicht auch nicht. Vielleicht ist es Euch wirklich gelungen, eine Nation von Strohköpfen zu zeugen, denen das Äußere immer wichtiger ist als die Substanz, als eine Politik des Bewahrens und der Unterricht im Lesen. Auch wenn das so ist, kann diese Kultur überleben, jedenfalls so, wie es im Augenblick scheint, da ihr breites optimistisches Lächeln durch die Wolken der zerfallenden amerikanischen Institutionen bricht. Und Ihr seid dann die letzte gebildete moderne Generation gewesen, denn unsere Kinder werden noch dümmer, ärmer und gewalttätiger sein als wir.

Ihr aber werdet dann dem alten Esel am Ende der Geschichte von Orwells „Farm der Tiere" gleichen, Euch erinnern, wie toll die Welt war zur Zeit Eurer Kindheit. Im Gegensatz zu Euren Eltern habt Ihr die Chance vertan, die Welt zu ändern. Und Ihr habt gleichzeitig uns der Fertigkeiten und des Geldes beraubt, es selbst zu tun.

Falls irgendein Teil von Euch uns noch genug liebt, uns zu helfen, das könnten wir wirklich brauchen. Es ist nicht nur Eure letzte Chance. Es ist unsere einzige.

Humor

Käpten als Kraftbrühe

Zum ersten Mal werden alle 46 Fernsehshows der britischen Kult-Komiker „Monty Python" im deutschen Fernsehen gezeigt.

Schlechte Stimmung in der Werbeagentur: Der Chef brüllt und tobt, der beste Kunde hat sich erst beschwert und dann erschossen – und nur der Werbetexter weiß nicht so recht, was die ganze Aufregung soll.

„Conquistador-Kaffee verleiht dem Wort ‚Kotzen' eine völlig neue Dimension" – das war doch wirklich ein origineller Slogan. Und daß es, als Super-Sonder-Einführungsangebot, zu jedem Päckchen Kaffee einen toten Hund umsonst gab – auf diese Idee war vor ihm noch keiner gekommen.

Das ist die Welt, wie die britische Komikertruppe Monty Python sie sieht: ein Schauplatz lächerlicher Katastrophen und alberner Debakel. Und wenn nicht jeder über solche Scherze lachen kann, dann ist das durchaus im Sinne der Erfinder. Was schiefgehen kann, das geht auch schief bei Monty Python – das dramaturgische Prinzip heißt Super-GAU: größter auszudenkender Unsinn.

Ein zerstreuter Architekt stellt eine Wohnanlage vor, in der ein Fließband die Mieter unter rotierende Messer transportieren soll. Seine Entschuldigung: „Wissen Sie, ich entwerfe normalerweise Schlachthöfe."

Späße wie diese finden jetzt, mit rund zwei Jahrzehnten Verspätung, auch im deutschen Fernsehen einen festen Platz. Witz ist, wenn es weh tut – so heißt demnächst die Parole in den dritten Programmen der ARD (Nord III ab Donnerstag dieser Woche, Hessen III ab 4. September, andere Sender werden voraussichtlich folgen).

Die 46 halbstündigen Sendungen mit dem Serientitel „Monty Python's Flying Circus", zwischen 1969 und 1974 für die BBC produziert, sind Lichtstrahlen in der Düsternis deutscher Fernsehkomik. Die überdrehten Scherzattacken lassen die Kalauer der Possenreißer Didi Hallervorden, Diether Krebs oder Hape Kerkeling wie Qualauer aussehen.

Komik-Kenner schätzen die TV-Auftritte der Pythons mindestens so hoch

Komiker-Gruppe Monty Python: „Was schiefgehen kann, das geht auch schief"

Minister-Darsteller Cleese: Blöde Gangarten eines überschnappenden Vorgesetzten

ein wie die späteren Kinofilme der Truppe. „Ihre avanciertesten Arbeiten", urteilt das deutsche Fachorgan *Titanic*; und Thomas Bodmer, Lektor beim Zürcher Haffmans Verlag, bescheinigt den Fernsehsketchen „die absurderen Geschichten". Bodmer bereitet die Herausgabe sämtlicher Drehbücher der Monty Pythons auf deutsch vor.

Im „Flying Circus" wollte sich die Fernsehgesellschaft BBC anfangs vor allem selbst verspottet sehen. Wunschgemäß veräppelten die Pythons, die bis dahin als Gag-Schreiber und reisende Komödianten gearbeitet hatten, zunächst einmal Inhalte und Formen des Mediums: Da scheitert eine Talk-Show am Streit um die Anreden, eine Wahl-Sondersendung gerät zum Desaster, es wimmelt von mißratenen Text-Einblendungen und hirnrissigen Abspanntiteln.

Die Gruppe emanzipierte sich aber schnell von bloßen Insider-Jokes. Aus der „experimentellen Komik" zur mitternächtlichen Stunde wurde in England und später auch in den USA eine vielbewunderte Kult-Sendung. John Cleese, Star der sechs schrägen Scherzbolde, wurde vom *New York Times Magazine* zum „lustigsten Mann Großbritanniens" ernannt.

Die Londoner *Times* sieht in ihm einen „Volkshelden für eine Million anarchistischer Studenten, die seine Fortbewegung als ‚Minister für blöde Gangarten' und seine kalte, psychopathisch grausame Stimme imitierten".

Monty Python verkörpern in der Tat den antiautoritären Zeitgeist der frühen siebziger Jahre. Zwar sind ihre Witze nicht wirklich politisch, doch ihr absoluter Mangel an Respekt gefiel vor allem denen, die die bürgerliche Gesellschaft ohnehin zum Lachen fanden.

Daß fünf der sechs Spaßmacher akademisch vorbelastet sind – als Absolventen der britischen Elite-Unis Oxford und Cambridge –, ist vielen Sketchen anzumerken. Eine abgründige intellektuelle Brillanz blitzt auf.

So doof wie hintersinnig ist zum Beispiel die Szene mit dem Afrika-Forscher, der alles doppelt sieht. Von den beiden Nairobis aus will der Fehlsichtige die beiden Kilimandscharos besteigen. Auf seinen Defekt aufmerksam gemacht, wird ihm klar, warum die Expedition aus lauter Zwillingen, die er vor einem Jahr losgeschickt hat, noch immer nicht zurückgekehrt ist: Sie hatte den Auftrag, eine Brücke vom ersten zum zweiten Kilimandscharo zu bauen.

Sehenswert sind nicht zuletzt die darstellerischen Leistungen. John Cleese, besonders gut als überschnappender Vorgesetzter, wird prächtig ergänzt vom pferdegesichtigen Eric Idle, dem genialen Trottel, vom virtuosen schauspielerischen Chamäleon Michael Palin sowie den kaum minder begabten Terry Jones und Graham Chapman. Terry Gilliam, Import aus den USA, steuerte zunächst nur skurrile Trickfilme bei, durfte später aber auch vor der Kamera mitmachen.

„Very British" ist der Hang der Truppe zum schwarzen Humor: Fünf schiffbrüchige Seeleute treiben im Rettungsboot seit 33 Tagen ohne Nahrung auf dem Meer. Der Kapitän, mit dem es zu Ende geht, schlägt vor, daß die anderen ihn essen könnten. Doch ein Matrose ekelt sich vor dessen krankem Bein. Der Käptn erwidert: „Du mußt nicht das Bein essen, Thompson, da ist noch genug gutes Fleisch ... Schau den Arm an." Der Matrose gesteht: „Ich würde lieber Johnson essen, Sir." Nach einem Streit darüber, wer wohl am besten schmeckt, einigt man sich darauf, mit Johnson zu beginnen, dann ein Bein von Hodges zu verspeisen, aus dem Käpten eine Kraftbrühe zu kochen und Johnsons Reste am Abend kalt zu sich zu nehmen.

Hinterhältige Herzlosigkeiten wie diese schreckten möglicherweise einen Teil des deutschen Fernsehpublikums ab, damals beim Start des „Flying Circus" in den Jahren 1971 und 1972. Nur drei Folgen liefen im ersten Programm; sechs weitere wurden in die Dritten verbannt.

International schaffte Monty Python mit der Serie den Durchbruch. Sogar in Pakistan und Sambia konnte der Fliegende Zirkus landen. Dann kamen die Kino-Hits der Truppe, „Die Ritter der Kokosnuß" (1974), „Das Leben des Brian" (1979) und „Der Sinn des Lebens" (1983). Außerdem brachten sie Witzbücher und Schallplatten mit Sketchen und wüsten Schlagerparodien heraus. Textprobe aus dem „Medical Love Song": „Meine entzündete Vorhaut erinnert mich an dein Lächeln."

1983 trennten sich die sechs, die vorher schon Solopfade beschritten hatten, endgültig; sie starteten Einzelkarrieren – mit unterschiedlichen Ergebnissen. Besonders erfolgreich waren bislang Terry Gilliam als Filmregisseur mit „Time Bandits" und „Brazil" (nur sein „Münchhausen", von dem Deutschen Thomas Schühly produziert, war ein Flop) und John Cleese als Drehbuchautor und Hauptdarsteller von „Ein Fisch namens Wanda".

Graham Chapman, der mürrische Messias aus der Jesusfilm-Parodie „Leben des Brian", starb 1989. Auch Kollege Cleese, mittlerweile 51, macht sich schon Gedanken über das eigene Ableben, bleibt dabei aber britisch gelassen: „Was ist denn schon so schlimm daran, wenn man stirbt? Immerhin sind die meisten hervorragenden Leute tot." ◄

Dresdner Elbpanorama: Verklärende Erinnerung und der Versuch, an vorderster Stelle im vereinten Schlußchor der deutschen

Ein kleiner Louvre

SPIEGEL-Redakteur Joachim Kronsbein über die sächsische Kulturmetropole Dresden

Die ganze Stadt hat es gewußt: Heute, an diesem Ort, fällt die Entscheidung über die Zukunft. Eine falsche Geste eines einzigen Choristen, und die Sache wäre in Gewalt und Chaos umgeschlagen, niemand hätte für irgend etwas garantieren können. Und dann aber der Beifall: einfach grandios und natürlich deutlich demonstrativ.

„Fidelio" hatte es sein müssen zum Jubiläum, Beethovens heroisches Freiheitsopus, mit dem Opernhäuser gern eröffnet werden und Regierungen feierlich prunken. Christine Mielitz, die junge Hausregisseurin der Semperoper, hatte sich schon im Frühjahr, dem vorletzten der sterbenden DDR, für ihr Konzept entschieden: Sie wollte ein hermetisches Unterdrücker-System zeigen, eingesponnen in drei Reihen Stacheldraht.

Zu entschlüsseln gab es für die Premierenbesucher, darunter den damaligen Ersten Sekretär der Bezirksleitung der Partei, Hans Modrow, in dieser schmerzlich transparenten Bühnenwelt nichts mehr. Dresden war an diesem 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der Republik-Gründung, nicht zu spät gekommen, das Leben auf der Straße hatte die Kunst nicht Lügen gestraft. Es ging plötzlich um mehr als eine Künstler-Karriere im Spät-Sozialismus.

Drei Tage zuvor hatten Tausende versucht, das geschlossene System der DDR zu verlassen. Sie wollten im Dresdner Hauptbahnhof auf die Züge springen, in denen nach tagelangem Nervenkrieg ihre Landsleute aus der Prager Botschaft der Bundesrepublik gen Westen rollten.

Jetzt, nach Wende und Währungsunion, nach Beitritt und Massenentlassungen, zehren die Theaterleute dankbar von der Koinzidenz von Fakt und Artefakt, wie sie nur an jenem Oktoberabend möglich war. Heute bleiben dem Theater in Dresden und anderswo in der ehemaligen DDR nur noch die verklärende Erinnerung und der verzweifelte Versuch, eine neue Rolle zu finden im Spiel der gesamtdeutschen Kunstkräfte. Dresden hat – was Tradition und Image, Kunstschätze, architektonischen und landschaftlichen Reiz angeht – neben Berlin die besten Chancen, an vorderster Stelle im vereinten Schlußchor der deutschen Kulturschaffenden mitzusingen.

In der legendären, 1945 im Bombeninferno zerstörten, penibel bis ins historische Detail restaurierten und 1985 als SED-Schmuckstück wiedereröffneten Semperoper, herrscht bald Christoph Albrecht, 46, der neue Intendant aus dem Westen. Christine Mielitz inszeniert inzwischen bei Harry Kupfer an der Komischen Oper in Berlin. Im Hause hört man den bitteren Satz: „Sie paßt wohl nicht ins Konzept von Herrn Albrecht."

Doch wie um den legendären Oktobertriumph der Kunst auch noch für sich zu reklamieren, eröffnet Albrecht seine erste Saison im August mit just diesem „Fidelio". Allerdings hat der Ballettbetriebsdirektor von John Neumeiers Hamburger Compagnie andere Sorgen als die, sein neues Haus mit gewagten Inszenierungen zu profilieren. Von ehedem 18 auf nun 50 Mark wurde der Preis für das teuerste Billett erhöht. Mancher Platz bleibt jetzt leer.

Und trotzdem zehrt die Semperoper immer noch vom Nimbus alter volltönender Vorkriegszeiten. Dirigenten wie Ernst von Schuch oder Fritz Busch standen im Orchestergraben vor der Staatskapelle. Die berühmtesten Sänger ihrer Zeit, Maria Cebotari, Lotte Lehmann oder Kurt Böhme, waren in Dresden zu hören. Richard Strauss ließ die meisten seiner Werke in Dresden uraufführen. Für seinen „Rosenkavalier" richtete die Eisenbahn 1911 sogar einen Sonderzugdienst aus Berlin ein.

Heute will Albrecht wenigstens versuchen, die musikalischen Leistungen auf der Bühne an die des international gerühmten Konzert- und Opernorchesters anzugleichen. Vor dem offiziellen Amtsantritt übt er sich noch in ironischer Diplomatie: „Es gibt bei den Sängern eine große Gruppe vorzüglicher Darsteller." Vorzügliche Sänger wird er sich vorerst ohnehin nicht leisten können.

Schon jetzt sind rund die Hälfte der Opernbesucher Touristen, sie werden sich mit sängerischer Hausmannskost nicht lange zufriedengeben. Außerdem, Ironie der Theatergeschichte, können selbst die meisten Strauss-Opern am Orte ihrer Uraufführung nicht mehr in der Originalbesetzung gespielt werden. Bei der Rekonstruktion des Orchestergrabens haben besonders schlaue Baumeister die ehemals variable Holzbrüstung zum Zuschauerraum in eine unverrückbare Beton-Barriere verwandelt. Der Graben ist jetzt so eng, daß gerade mal zwölf Erste Violinen hineinpassen. „Der Rosenkavalier" braucht 16, an

Kulturschaffenden mitzusingen

Wagners „Ring“ oder seinen „Tristan“ ist in Dresden nicht zu denken.

An Maßstab setzende Uraufführungen wie in alter großer Zeit auch nicht. Erst mal werden Lücken im Repertoire geschlossen. Albrecht muß die nach leichter Tonkost lechzenden Reisegruppen bedienen, die „Elbflorenz“ inklusive Opernbesuch buchen. „Marktwirtschaftliche Gesichtspunkte“ nennt er das, und alle nicken. Mit einem anderen Import-Begriff aus dem Fundus westlicher Know-how-Strategen stößt der neue Opernchef derzeit noch auf Unverständnis. Er sei ein „Workaholic“, hatte er, Nachahmer werbend, bekannt. Doch diese Krankheit war den sächsischen Opernschaffenden bislang gänzlich unbekannt.

Aber längst haben andere Herolde ihrer eigenen Unentbehrlichkeit die subtilen Fangnetze ausgeworfen. Im Dresdner Staatsschauspiel bastelt seit Oktober ein CD aus Düsseldorf an der neuen CI des angesehenen Hauses. Der agile Creative Director, hauptsächlich Werber seiner selbst, schwadroniert mit rheinischem Zungenschlag von den ungenutzen Möglichkeiten der Corporate Identity des Theaters. Vom Briefpapier bis zum Bleistift trimmt er das Haus auf eine Linie, damit endlich allen klar ist, daß hier nicht Kunst, sondern ein Markenartikel produziert wird, den man als Kunst verkaufen und mit dessen Qualität man wiederum für Autos, Eiskrem und Überziehungskredite werben kann.

So ganz will das noch nicht klappen, denn auch dem Sprechtheater fehlt Identität ganz anderer Art. In der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit trauern die Dramaturgen noch dem „Untertext“ nach, der früher doch so leicht von der eingeschworenen Theatergemeinde verstanden wurde und alle Unzufriedenen in schönem Einverständnis einte, als Theater und Kirche noch der einzige kollektive Fluchtpunkt für subkutane Republik-Kritik waren. Nun stehen Aufführungen von Elias Canettis „Hochzeit“ und Alfred Jarrys „König Ubu“ auf dem Spielplan, Stükke, die in ihren prallen Ausdeutungen einer kruden Selbstbereicherungsgesellschaft voller leicht dechiffrierbarer Beziehungen zur deutsch-deutschen Gegenwart sind.

Das Publikum, so es denn überhaupt noch kommt, reagiert eher teilnahmslos. Die Entzifferung der neuen Wirklichkeit im Beitrittsland absorbiert alle Aufmerksamkeit. Das verbindliche Feindbild hat sich aufgelöst, die Solidarität bröckelt auch im Parkett. „Wenn heute 30 Leute aus der Vorstellung gehen“, grämt sich Intendant Dieter Görne, „dann glauben wir, nun haben wir 30 Gegner mehr in dieser Stadt. Früher haben wir gedacht, die

Mielitz-Inszenierung „Fidelio“: Koinzidenz von Fakt und Artefakt

sind vom Stück getroffen."

Jetzt versucht er einen Spielplan zu entwerfen, der niemanden verschreckt und niemanden enttäuscht. Die Touristen nicht und die übriggebliebenen Theatergänger auch nicht. Das ist ganz im Sinne der neuen Rathaus-Riege: Seit Mai 1990 amtiert der ehemalige Restaurator und Maler Ulf Göpfert, 48, als Doppel-Dezernent für Kultur und Tourismus und weist – wenigstens verbal – die heilbringende Richtung.

Der Schwesterstadt Hamburg verdankt er „Leit-Thesen des Dresdner Tourismuskonzeptes". „Zielvorstellung", heißt es da, sei es, „Dresden als europäische Kulturmetropole zu positionieren, die touristisch anderen europäischen Kulturmetropolen in nichts nachsteht und eingebettet ist in eine Landschaft, die aufgrund ihrer Schönheit und Vielfältigkeit einen Rahmen bietet, der wiederum selber Gegenstand qualifizierten Tourismus sein wird."

Künftiger Intendant Albrecht, Semperoper

Doch bevor die Sächsische Schweiz endgültig zum Gegenstand wird, müssen noch rasch mindestens zwei Dutzend Hotels gebaut werden. Um die Standorte tobt ein heftiger Kampf der Konzerne. In den beiden einzigen First-Class-Hotels der Stadt, „Bellevue" und „Dresdner Hof", regiert noch bis auf weiteres die neudeutsche Business-Class mit weißen Socken und Attachékofferchen, die sich nach gelungener Landnahme abends in der Hotelsauna mit ihren Frontberichten gegenseitig tröstet: „Ich baue die Sparkassen hier mit nur einem Prozent Wessis auf, und die Ossis arbeiten samstags und auch sonntags, ohne zu mucken."

Wer wo und wann in Dresden investieren darf, darüber wird noch heftig im Rathaus gestritten. Westliche Groß-Investoren, rund 2500 Bauanträge sind eingegangen, werfen ihr gesamtes Marketing-Arsenal in die Überzeugungsschlacht und kämpfen um die dicksten Brocken. Den Bauwilligen geht alles zu langsam, die Behörden verlieren den Überblick, und Ministerpräsident Biedenkopf, so kolportiert die Branche, will denn auch alle hinderlichen Architekturbeiräte wieder loswerden.

Die augenfälligste Wunde im alten Stadtbild ist der historische Altmarkt, dessen dichte Bebauung im Krieg ebenso in Schutt und Asche fiel wie die Frauenkirche oder das Stadtschloß der Wettiner. Diesen Platz ließ die SED für einen gigantischen Parkplatz abräumen, gesäumt von Arkadenbauten im Einheitsstil. Dort hat sich jetzt im ehemaligen Domizil der HOnette, Hochburg des sozialistischen Nylon-Chics, Peek & Cloppenburg einquartiert, und die ehemals in Dresden gegründete Konditorei Kreuzkamm, nach dem Krieg in München auf feste Schikkimicki-Füße gefallen, verkauft ein paar Schaufenster weiter schon wieder ihren Baumkuchen.

Die Dresdner Bank hat die Stadtväter längst mit dem grünen Band der Sympathie eingewickelt und ihnen die Bauerlaubnis für ein gemäßigt postmodernes Laden-, Hotel- und Geschäftsgebäude auf dem Altmarkt abgetrotzt. Nur mühsam hatten sich Stadt und Banker auf einen Architektenwettbewerb einigen können. Allen drei Erstplazierten attestiert die *Süddeutsche Zeitung* grämlich „austauschbare Allzweck-Architektur". Das „überzeugende städtebauliche Manifest, mit dem sich die Dresdner identifizieren könnten", werde hier jedenfalls nicht entstehen.

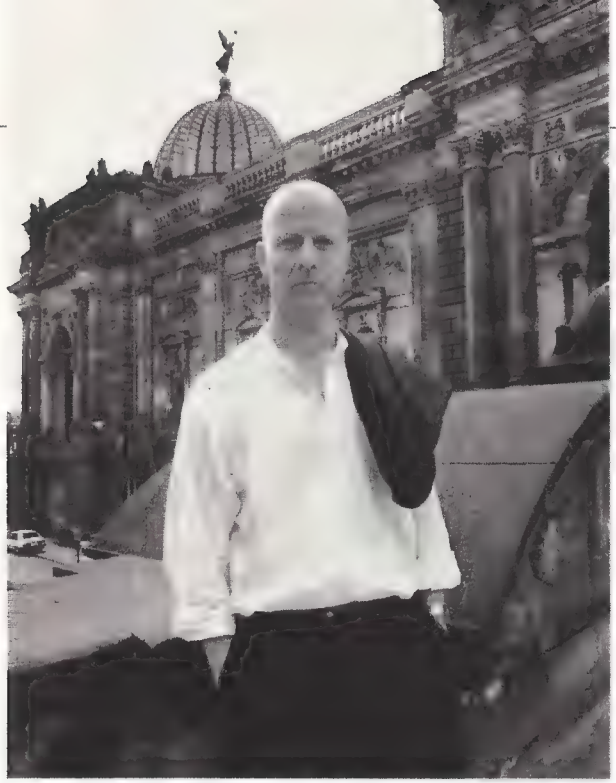
So richten sich die Hoffnungen der Dresdner auf den Aufbau der historischen Ruinen. Das Schloß wird jetzt mit Bundesmitteln, eine halbe Milliarde ist das Minimum, wiederhergerichtet. Im Jahre 2006, zur 800-Jahr-Feier der Stadt, soll es wiedereröffnet werden.

Altmarkt mit Kreuzkirche (r.)

Dresdner Stadtentwicklungsgebiete, Dresdner

Millionen von Besuchern bekommen dann, im geschichtsträchtigen Kultur-Kern, gegenüber von Oper und Zwinger, neben Hofkirche, Brühlscher Terrasse und Albertinum, die Schätze der von August dem Starken 1722 begründeten Kunstsammlungen zu sehen, die jetzt noch überwiegend im Magazin dämmern. Dresden, prophezeit Werner Schmidt, Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen, wird dann „eine der großen Kunststädte der Welt bleiben" können, mit dem Schloß als „kleinem Louvre".

Bis dahin muß sich herausstellen, ob Dresden mehr sein kann als ein begeh-



Schauspieler Junge, Kunstverein-Ruine

Stadtteil Neustadt

Theater-Macher: Alltag des ganz gewöhnlichen Kunst-Kommerzes

bares Museum, umgeben von sozialistischer Einheitsarchitektur und reizvoller Landschaft. Denn noch gärt in der Neustadt, einem heruntergekommenen Kreuzberg-Kiez auf der anderen Seite der Elbe, eine ganz andere Szene. Galerien, Kleinsttheater und Kneipen sind entstanden. In maroden Gründerzeithäusern leben Rentner und Aussteiger, Arbeitslose, Kinderreiche und Künstler in noch kreativer Mischung. Doch die erste Verteidigungsschlacht ist, erfolgreich, schon geschlagen.

Als nach der Wende Gerüchte kursierten, der letzte SED-Bürgermeister, Wolfgang Berghofer, habe wesentliche Teile der Neustadt an West-Spekulanten verscherbelt, formierte sich Protest. In einer neuen, glatten Bundesrepublik wollten die Dresdner Neustädter nicht untergehen und riefen ihren grafittiübersäten Stadtteil zur „Bunten Republik" aus. Hier soll sie nun entstehen, die Dresdner Gegenkultur, und schon geht das Gerangel um städtische und staatliche Subventionen los, verlangt die Szene nach dem Subventionstropf.

Doch das sind Petitessen im Vergleich zu der gewaltigen Anstrengung, mit der sich die Landesregierung mit einem Schlag à la Kurfürst August die Kulturpolitik auf immer vom Halse schaffen will. Hans Joachim Meyer, 54, Minister für Wissenschaft und Kunst, ein schmalbrüstiger, leiser Hochschulprofessor und Stimme seines Landesherrn, propagiert nun unermüdlich und unbeirrt Biedenkopfs Wunderwaffe im Kampf gegen die drohenden Subventionsspringfluten: Eine sächsische Kulturstiftung soll es sein, aufgeblasen mit Senat, Kuratorium, Kanzlei und einem Präsidenten. Bei Firmen und Mäzenen soll sie auf „Fundraising" gehen, staatliche und kommunale Kulturträger an einen Tisch zwingen, Intendanten, Dirigenten und Direktoren berufen und den Übergang von zentralistischer Zwangsbewirtschaftung zu föderalistischem Vielerlei meistern.

Ein wohl ziemlich aussichtsloses Unterfangen, müßte doch der Ministeriumsapparat erhalten bleiben: Die parlamentarische Kontrolle ist nicht einmal im selbstherrlichen Sachsen zu umgehen. Zwei Administrationen lägen im Dauer-Clinch.

Progressive Kulturpolitik regt sich in Dresden vorerst auf andere Weise. Im Windschatten der Brühlschen Terrasse, gleich neben dem Albertinum und gegenüber der Frauenkirche, verfällt die riesige Ruine des ehemaligen Sächsischen Kunstvereins. Sie ist nach der Wende zum Symbol für einen Wiederaufbau eigener Art geworden. In ihr, so der kühne Dresdner Traum, soll, auferstanden aus Ruinen, als Neuer Sächsischer Kunstverein ein multimediales Zentrum die behäbige Traditionskultur aufmischen.

Der Schauspieler Friedrich Wilhelm Junge, umtriebig und wortgewaltig, schiebt das Projekt mit ehrgeizigen Plänen an. Ein großangelegtes „Macbeth"-Happening scheiterte, jetzt soll in den alten Mauern Goethes „Prometheus" mit dem Text Heiner Müllers konfrontiert werden, zum Wohle des Vereins und zur Propagierung seines besten Promoters. So wird sich auch bald in Dresden der Alltag des ganz gewöhnlichen Kunst-Kommerzes einstellen.

Wichtigstes Kulturgut im ehemaligen sächsischen „Tal der Ahnungslosen", so genannt, weil hier jahrzehntelang kein West-Fernsehen zu empfangen war, bleibt bis auf weiteres jedoch die Satellitenschüssel an der Hauswand. ◄

Der Klub der falschen Dichter

Fast jeder kennt Rudolf Erich Raspe – doch kaum einer weiß das. Auch haben viele schon von Netty Radvanyi, Rudolf Leber und Janos Bekessy gelesen, obwohl ihnen die Namen überhaupt nichts sagen. All diese Schriftsteller suchten sich, als sie zu schreiben begannen, ein Pseudonym, weshalb die Welt sie nun als Münchhausen, Anna Seghers, Stephan Hermlin und Hans Habe kennt. Der Bonner Journalist und Autor Jörg Weigand erforscht seit Jahren den Klub der falschen Dichter, die Welt der falschen Namen – und hat nun die Ergebnisse seiner Recherchen als Buch veröffentlicht: „Pseudonyme. Ein Lexikon" heißt Weigands Werk, das naturgemäß nicht vollständig sein kann, aber immerhin die Künstler- und Tarnnamen von 2200 deutschsprachigen Autoren verrät (Nomos Verlag Baden-Baden, 49 Mark). Leider hat Weigand sich auf die erzählende Literatur beschränkt, hat Dramatiker, Lyriker und Journalisten ausgespart. Das deutsche Feuilleton bleibt also geheimnisvoll: Wer ist Herr oder Frau Finis, und wer verbirgt sich hinter Daniel Doppler?

TV-Kampf um den Nachwuchs

Partnerschlacht im US-Fernsehen

Katzendreck, Thunfisch, rohe Eier oder Schlamm sind die Waffen, mit denen erzürnte Amerikaner neuerdings Zweikämpfe austragen – vor laufender Kamera. „The Grudge Match", zu deutsch etwa: „Grollkampf", heißt das spektakuläre Fernsehprogramm. Anstatt sich vor dem Richter zu treffen, fechten die Kontrahenten im Kampfhahnkostüm ihren Streit vor sensationslüsternen Zuschauern aus. Das aufgeheizte Studiopublikum bestimmt anschließend den Sieger. Erste Duelle wurden bereits aufgezeichnet: Mr. Jardine und Mr. Sloves waren sich nicht einig, wer ein demoliertes Surfbrett bezahlen muß. Im Fall Varvel gegen Klump hatte er ihre Katze überfahren und machte auch noch Witze darüber. In der Sache Greenfeld gegen Greenfeld kämpfen die beiden nun nicht mehr darum, ob zwei Kinder genug seien – die Ehefrau siegte und bringt nun bald Junior Nummer drei auf die Welt.

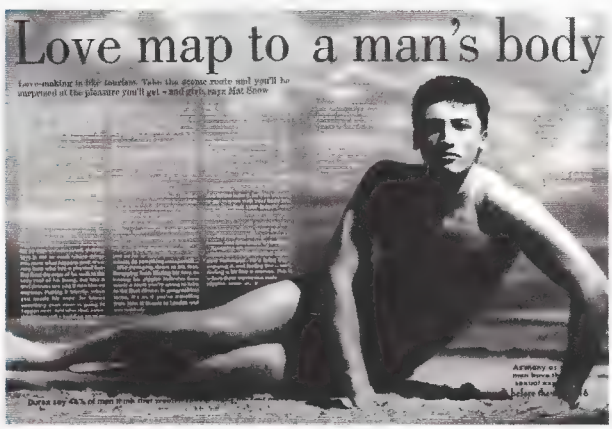
Lichtgestalten im Kabinett

Wer dem Schauspieler Willy Millowitsch, dem Fußballer Pierre Littbarski oder dem Musiker Wolfgang Niedecken immer schon mal gegenübertreten wollte, kann das von diesem Montag an in Köln tun. Das Museum für Holographie und neue visuelle Medien hat die rheinischen Prominenten in räumlich-bewegten Porträts verewigt. Neben den Lichtgestalten sind 250 Hologramme und Installationen aus aller Welt ausgestellt, darunter Raumbilder der Flugmaschinen Leonardo da Vincis und dreidimensionale, gruselige Aufnahmen von lebensgroßen Haifischen (im Kölner Gürzenich bis 15. August).

Nackte Männer zum Verkauf

Männerakte in Frauenzeitschrift

Lange Zeit stand er ästhetisch im Abseits, der nackte Penis, sei es, weil soviel männliche Selbstdarstellung allenfalls Homosexuellen zugebilligt wurde, sei es, weil unverhüllte Männlichkeit eher hilflos als herrlich wirkt. Doch im Wettstreit um Marktanteile prescht die britische Frauenpresse nun mit strammen Kerlen vor. Als Ganzkörper-Centrefold, als Teilansicht in hosenloser Pose oder in Serie als Bilderleiste schmücken Muskeln, Haut und Geschlechtsorgane freche Aufklärungsbeiträge und Erfahrungsberichte zum Thema Sexualität unter Überschriften wie: „Ich komme, ob du fertig bist oder nicht!" Chefredakteurin Mandi Norwood, 27, bugsierte ihr Magazin *Company* innerhalb eines halben Jahres unter die fünf bestverkauften britischen Frauenzeitschriften, ihr Rezept heißt: „Mindestens eine Sexgeschichte pro Ausgabe." Etablierte Konkurrenzblätter wie *Marie Claire* oder *Cosmopolitan*, die auch in Deutschland erscheinen, setzen gleichfalls auf eine postfeministische Renaissance der Erotik, verzichten allerdings auf die Abbildung der prallen männlichen Garnitur. Bloß eine Reihe von Penissen auszustellen, erklärt etwa *Cosmopolitan*, sei nicht der Stil des Hauses; man hoffe, „daß die meisten unserer Leserinnen bereits informiert sind, wie so was aussieht".



Pin-up-Mann

Ein Schaf im Schafspelz?

Standeswidrige Nachrede auf meinen Ärztepräsidenten Vilmar/ Von SPIEGEL-Redakteur Dr. med. Hans Halter

Ganz früher war Karsten Vilmar aus Bremen Unfallchirurg und Oberarzt, außerdem nicht in der richtigen Partei. Deshalb ließ man den kleinen Grauschopf in der Hansestadt nicht Chefarzt werden. Also sattelte er um, wurde Facharzt für Schriftverkehr und 1979 Präsident der Bundesärztekammer. Auch das ernährt einen Mann.

Hunger muß Vilmar nicht leiden; er trägt 80 Kilo durch die Lande, bei 1,76 Größe. Hier ein Festessen, dort ein Gläschen und dazwischen ärztliche Standespolitik in kleinen Häppchen: Vilmar äußert sich von Amts wegen zu allem und jedem – zu Rente, Rauchen und Radfahren, zu Erziehung, Schlaf und Steuern, Essen und Trinken, Soll und Haben, Ozonloch und Butterberg, Aids und Abtreibung. Nur keine Bange, wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand. Trost auch bei Hippokrates, dem Ärztevater, der sagt: „Die ärztliche Kunst ist von allen Künsten die hervorragendste." Doch, doch, die Standesfürsten glauben das.

Wenn da nicht das Volk wäre . . . Gewöhnlich hört es nicht hin, wenn Karsten Vilmar ihm etwas zu sagen hat, letzte Woche war das anders. Mitten im Sommerloch versuchte der erste Arzt im Staate den potentiellen Patienten wieder mal blind in die Tasche zu fassen. Das ist sein Hobby. Diesmal erwischte er nicht das Portemonnaie, sondern einen Igel. Nun reden alle über ihn.

Im Saarländischen Rundfunk hatte Vilmar ganz ungeschützt über die bedrückende „Kostenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung" geplaudert, und was ihm dazu so durch den Kopf geht. Zum Beispiel: Es „ist nicht einzusehen, daß bestimmte Menschen ohne Rücksicht auf die Folgen sich unvernünftig, leichtsinnig, leichtfertig verhalten dürfen und dann mit den Folgen eben die Solidargemeinschaft belasten".

Also müsse man „nachdenken, warum muß ein Drei-Zentner-Mensch genauso krankenversichert sein mit einer Prämie wie jeder andere, wie jemand, der sich vernünftig verhält". Vilmars Lösung: „Hier könnte man sagen, gut, 70 oder 80 Kilo wären frei, und darüber gibt es Kiloprämien."

Und weil er gerade so schön in Fahrt war, forderte der Ärztepräsident gleich noch für die anderen Unvernünftigen einen Zuschlag, „ob sie rauchen, trinken, Motorrad fahren, Ski fahren oder Drachen fliegen". Irgend jemanden vergessen? Macht nichts. Vilmar ist offen für weitere Kandidaten, die unsere „Solidargemeinschaft" schädigen.

Ärzteführer Vilmar, Schlagzeilen
Wer wiegt wann wen?

Endlich hört ihn das Volk! Ein einzig Volk von Unvernünftigen, Leichtsinnigen, lauscht man dem Echo: Von *Bild* bis zur Frau Bundesgesundheitsministerin, von der vollschlanken Hella von Sinnen bis zum dicken Ignaz Kiechle sind alle dagegen. Kiechle hat schon einen ersten Verdacht: „Die Kiloprämie ist eine Schnapsidee."

Wenn das stimmt, hängt Vilmar an der Flasche. Denn die Speck-Steuer ist ja nicht sein erster Luftballon. Früher plädierte er für den „Raucherpfennig" und für „Risikozuschläge". 1985, beim Deutschen Ärztetag, schwadronierte der von Vilmar geladene Festredner, der Heidelberger Rechtsprofessor Karl Doehring, davon, daß es „nicht selbstverständlich ist, daß man demjenigen Hilfe leistet, der selber mit seiner Gesundheit riskant umgeht, obwohl er über die Folgen voll informiert wurde".

Großer Beifall des Auditoriums. Deshalb nahm der Gelehrte die „frivolen Selbstgefährder" gleich noch mal auf die Hörner: „Der Arbeitsscheue, der Drogensüchtige, sogar der brutalste Kriminelle, sie alle verlassen sich darauf, daß andere nicht so sind wie sie und daß der Staat ihnen das liefert, was sie unter Selbstverantwortung verspielt haben."

Ja, so weht der Wind auf Ärztetagen. Er bläst den Schwachen ins Gesicht. Ihr größter Makel ist die Armut. Sie haben kein Geld, oder, schlimmer noch, sie wollen die letzten paar Mark nicht freiwillig rausrücken. Irgendwie hat sich herumgesprochen, daß auch ohne die neuen Abgaben à la Vilmar die Ärzte besser leben als ihre Patienten. Rund 300 Milliarden Mark werden in diesem Jahr für das Gesundheitswesen aufgewendet, pro Arbeitstag eine Milliarde Mark. Kann die weiße Zunft da klagen?

Doch, das kann sie, gelernt ist gelernt. Arzt und Geld sind seit Hippokrates' Zeiten miteinander verbandelt wie Laokoon mit seiner Schlange. „Es ist das Geld, das Mut macht", hat Dr. med. Sigmund Freud, der Entdecker des Unbewußten, seinen Kollegen verraten. Und Mut braucht jeder Medikus.

Das Gejammer, den Ärzten und ihren diversen Helfern fehle es an Geld, wird niemals enden. Variabel ist nur der Text des Klageliedes. Diesmal hat sich Vil-

mar, weil ohne Noten frei improvisierend, versungen: Jeder merkt, daß der Oberarzt der Nation Vorschläge unterbreitet, die nicht praktikabel sind. Wie sollte das mit der Dicken-Strafe funktionieren? Wer wiegt wann wen?

Und wie könnten die Risikoträger zur Kasse gebeten werden? Durch Selbstanzeige? Lohnt es sich, den Fahndungsdruck auf Sikfahrer zu verstärken? Oder sollte man zweckgebundene Steuern auf Skistiefel, Fallschirme, Motorräder erheben? Tröste Gott den Kranken, der den Arzt zum Erben hat.

Aber vielleicht ist Vilmar gar kein Wolf im Schafspelz, sondern – darf man das schreiben? – ein Schaf im Schafspelz? Was der Präsident zum besten gibt, basiert ja vereinbarungsgemäß auf den gesicherten Kenntnissen der Naturwissenschaft – speziell: dick ist ungesund; Sport ist gesund; Dünne leben länger; Alkohol ruiniert die Leber; Raucher rauchen sich ins Grab; Vorsorge zahlt sich aus und so weiter und so fort.

In Wahrheit sind diese Postulate nicht bewiesen oder eine Frage der Dosis, schon gar nicht erlauben sie eine Vorhersage des Einzelschicksals. Wer nicht raucht und nicht trinkt, wer ißt wie ein Spatz, seinen Leib nur durch Frühsport stählt, alle Risikosportarten meidet, das Ozonloch bedenkt und die bösen Folgen des Schlafzentzugs sowie der Promiskuität – kann so ein armer Mensch darauf hoffen, gesund zu bleiben in der Welt der frivolen Selbstgefährder?

Hoffen kann er, Garantie gibt's aber keine. Denn die Wahrscheinlichkeit fängt immer wieder von vorn an – der Dachziegel, der von oben kommt, kennt keine braven Leute. Oder, mit einem Lehrsatz der Statistik gesagt: Der Zufall hat kein Gedächtnis.

Da ist es schon besser, man hat zwei alte Eltern und vier uralte Großeltern. Diese genetische Ausstattung schützt am sichersten vor Krankheit und frühem Tod. Mancher überlebt auch, weil kein Arzt in der Nähe ist.

Automobile

Feine Seife

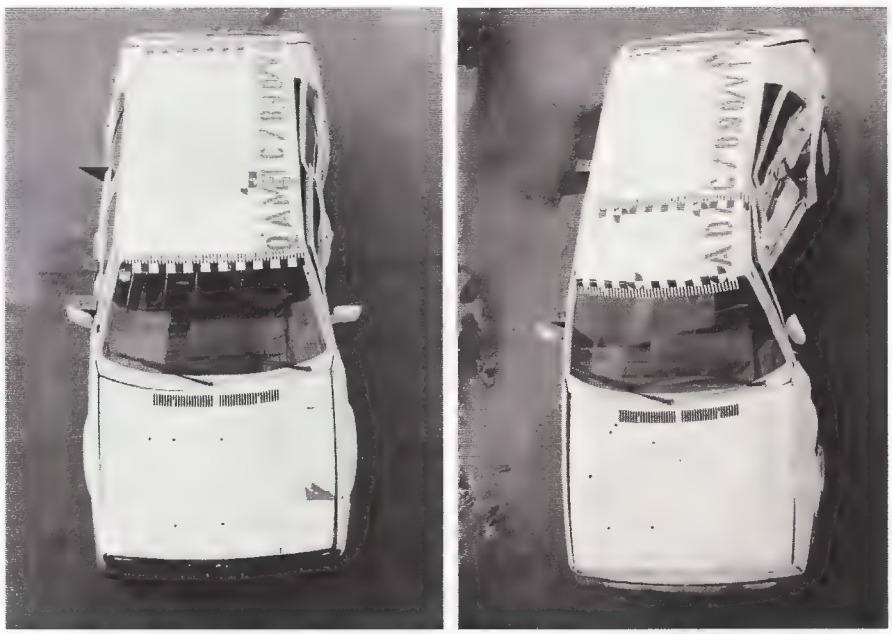
VW und Opel kommen, beim neuen Golf und beim Kadett-Nachfolger Astra, mit einer Neuheit: verstärktem Flankenschutz gegen Unfälle mit Seitenaufprall.

Ein rollender Rammbock wuchtete dem VW Golf mit Tempo 50 in die Flanke. Die Folgen waren verheerend. Der Unfallarzt stellte schwere Knochenbrüche, dazu Risse in Nieren und Leber fest – „ohne sofortige Hilfe" hätte der Verunglückte innerlich verbluten müssen.

Zum Glück war das Unfallopfer nur eine Testpuppe. Mit ihr simulierte der ADAC, letztes Jahr im Herbst auf der Testanlage des TÜV Rheinland in Köln, einen Seitenaufprall, jene Unfallart, der nach der Statistik nahezu jeder dritte aller im Automobil tödlich Verletzten zum Opfer fällt.

Der Rammstoß war 32 Zentimeter tief in den Golf eingedrungen, hatte das Interieur verwüstet und das Auto, so ein Augenzeuge des Crashtests, „wie eine Banane" verbogen – Totalschaden.

Glimpflicher verlief ein zweiter seitlicher Aufpralltest. Diesmal war der Golf nur bis zu einer Eindringtiefe von neun Zentimetern lädiert, die Testpuppe nur mäßig verletzt. Der Grund: Dem zweiten Golf hatten die Techniker eine Art Seitenpanzer eingebaut. Zusätzliche Profilbleche in den Türen, ein Extra-Querträger in der Bodengruppe und eine mit Blech versteifte Mittelsäule wehrten die ärgste Aufprallenergie ab.



VW Golf nach Seiten-Crashtest des ADAC*: „Wie eine Banane"

Auffallend gelassen reagierten damals die VW-Manager auf das Testergebnis. Insgeheim hatten sie längst entwickeln lassen und zur Produktion vorbereitet, was nun bald jeder wird sehen können: den neuen Golf III, ihren ersten Kompaktwagen mit einem aufwendig arrangierten Flankenschutz, wie ihn bislang nur einige Kraftwagen höherer Preislagen aufwiesen, so etwa Saab und Mercedes-Benz, und wie ihn Kritiker seit Jahr und Tag auch für kleinere Autos gefordert haben.

In den Seitentüren ihres neuen Modells installierten die VW-Ingenieure besonders geformte „Biegeträger". Sie sollen – neben anderen Verstärkungen im Blechgefüge – künftig Golf-Fahrer besser vor den Fährnissen eines Seitenaufpralls schützen, der nach aller Erfahrung um so folgenreicher verläuft, je schwerer das auftreffende und je leichter das getroffene Fahrzeug ist.

Die Wolfsburger liegen mit ihrer Novität im Trend. Wie verabredet wirkt, daß auch Opel, schärfster Marktrivale von VW, einen Neuling mit Flankenschutz präsentiert. Es ist der Kadett-Nachfolger Astra, der wie der Golf III im September zur Premiere auf der internationalen Auto-Schau in Frankfurt gezeigt werden soll.

Zur Vorsorge gegen eine Seitenkollision haben die Opel-Ingenieure der Mittelsäule des Autos biegesteife Verstärkungselemente eingebaut, die Blechstärken unterhalb der Türen wurden auf 1,5 Millimeter verdoppelt und alle Türen mit doppelten Stahlrohren armiert.

VW und Opel, die beiden Produktionsriesen, deren jährlicher Ausstoß an Golf (900 000) und Kadett (650 000) rund einem Drittel aller deutschen Neuwagen entspricht, haben sich nicht aus freien Stücken zu den Investitionen für ihre Flankensicherungen entschlossen. Sie stellten sich vielmehr beizeiten auf eine verschärfte Seiten-Crashnorm der USA ein, die 1994 in Kraft tritt.

Mehr als fünf Milliarden Mark haben VW und Opel, zusammengerechnet, für die Weiterentwicklung ihrer neuen, rundum gegen Stoßenergie abgepolsterten, vier Meter langen Modelle aufgewendet. Dabei gingen sie beim Styling unterschiedliche Wege.

Der Astra sollte, Vorstandsweisung für die Designer, auf jeden Fall „anders als der Vorgänger" aussehen. So entstand ein schmaläugiger Schönling, des-

* Links mit, rechts ohne Flankenschutz.

Neue Modelle Opel Astra, VW Golf: Verstärkung als Vorsorge gegen den Rammstoß

sen Formgebung vom Automagazin *Auto, Motor und Sport* als „kokett" bewertet wurde, „so organisch anmutend wie ein Stück feine Badeseife nach längerem Gebrauch". Von dem Neuen hofft Opel in insgesamt sieben europäischen Werken jährlich 850 000 Exemplare produzieren und damit den deutschen Opel-Marktanteil von 17,7 Prozent gegenüber VW (21 Prozent) erhöhen zu können.

Bei VW verfolgten die Stylisten genau die entgegengesetzte Marschroute – strichtreu auf der bewährten Golf-Linie: Auch der Golf III, Jahrgang 1991, wird manchen Betrachter sogleich an den Ur-Golf von 1974 denken lassen. Was für Überwindung muß die vier Zentimeter breite Sicke gekostet haben, die sich nun, nach unten ausladend, knapp unter der Gürtellinie des Autos erstreckt!

Beide Hersteller offerieren eine üppige Auswahl an Triebwerken, vom Diesel bis zum Benziner-Doppelventiler mit 143 PS (VW) und 150 PS (Opel). Für später hat VW gar einen 174 PS-Sechszylinder, mithin einen Golf für über 230 km/h Spitze, in Aussicht gestellt.

Beide halten eine reichhaltige Modell-Palette wie nie zuvor parat, bis hin zu neuen Cabrios, Opel ohne, VW mit Sturzbügel im Henkelkorbstil. VW will zudem erstmals einen (aus dem Golf-Bruder Jetta abgeleiteten) Golf-Kombi anbieten, allerdings frühestens nächstes Jahr.

Daß beide Autos im Vergleich zu den Vorgängern weit über einen Zentner Mehrgewicht zu schleppen haben, geht größtenteils auf das Konto der Vorsorgemaßnahmen gegen den Seiten-Crash.

Der TÜV Rheinland hat ein Testverfahren entwickelt, das darauf abzielt, die Aufprallsicherheit eines jeden Autotyps für Käufer gleichsam transparent zu machen. Auf diese Art sollen Kaufentscheidungen erleichtert, aber auch Entwicklungsingenieure angespornt werden.

Das Verfahren sieht vor, den blechernen Prüfling zunächst vorn schräg versetzt aufprallen zu lassen, dann aber – mit einem zweiten Exemplar – an der Flanke mit dem Rammbock zu traktieren und so die am häufigsten vorkommenden Aufprallunfälle im Geschwindigkeitsbereich bis zu 56 km/h zu simulieren. Am Kompaktwagen Fiat Tipo, der sich nach Aussage eines TÜV-Testers dabei „ganz ordentlich gehalten" hat, demonstrierten die rheinländischen Techniker vorvergangene Woche ihren neuen Aufprallzyklus.

Aus der Fülle der solcherart gewonnenen Meßdaten – von der Stoßbelastung der Testpuppen bis zum „Türöffnungsverhalten" und der Dichtigkeit des Tanksystems – ließen sich nach den Vorstellungen der Kölner Techniker für jeden Typ „Sicherheits-Kennwerte" ermitteln, an denen sich die Verbraucher bei ihren Kauf-Überlegungen orientieren können, womöglich gar eine Vorlage für ein zukünftiges europäisches Prüfverfahren.

Mit den Verstärkungen in den Blechflanken ihrer neuen Typen brauchen vermutlich weder VW noch Opel die Testmethode der Rheinländer zu fürchten. Allerdings wollen die Wolfsburger Autohersteller ihr versteiftes Modell zunächst in geringerer Stückzahl auf den Markt bringen.

Die „Anlaufkurve" bei der Produktion des Golf III wird nach den Berechnungen der Produktionsingenieure erst allmählich steigen; nicht vor Ende des Jahres wird die volle Kapazität von 4000 Stück je Werktag erreicht werden. Als Ausgleich „für die ziemliche Nachfrage" soll die Produktion des Golf II (zum alten Verkaufspreis) noch eine Weile fortgeführt werden, im ostdeutschen VW-Werk Mosel bei Zwickau sogar bis weit in das nächste Jahr hinein.

Da weder deutsche noch europäische Vorschriften für die Aufprallsicherheit automobilistischer Seitenpartien bestehen, geniert sich VW kein bißchen: Weiterhin produziert wird der gleiche Golf-Typ, der sich letztes Jahr beim Seiten-Aufpralltest des ADAC bis zur Form einer Banane krümmte.

Unfallart Seitenaufprall*: In Europa keine Norm

* Letzte Woche in Hamburg.

PERSONALIEN

Michaela Geiger, 47, Parlamentarische Staatssekretärin im Bonner Entwicklungshilfeministerium, hat Angst vor ihrer eigenen Courage. Anders als ihr Minister Carl Dieter Spranger (CSU) und ihr Staatssekretärs-Kollege Hans-Peter Repnik (CDU) hatte die Weilheimer Abgeordnete im Bundestag für Berlin als Regierungssitz gestimmt. Einer außerordentlichen Personalversammlung ihres Ministeriums zu diesem Thema entzog sich die Abgeordnete Geiger jedoch unter dem Vorwand, sie sei dazu nicht offiziell eingeladen worden. Aufgebrachte Bedienstete fanden heraus, daß die Berlin-Befürworterin den kritischen Fragen einen Gang zum Friseur vorzog.

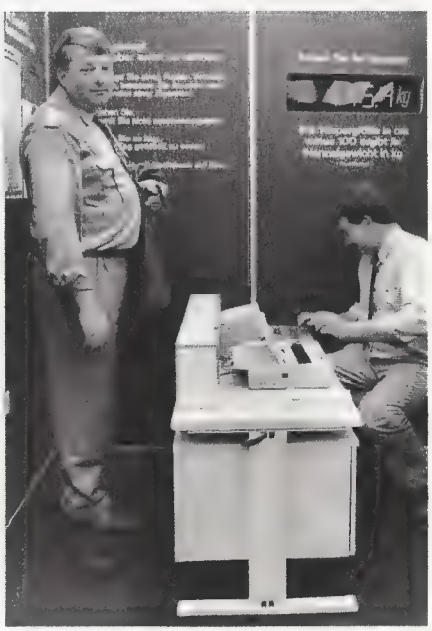
Jean-Marie Lustiger, 64, Erzbischof von Paris, ließ sich vom französischen Star-Regisseur Robert Hossein für eine publicitywirksame Idee gewinnen. Die Fassade der zentral gelegenen Kirche Saint-Augustin wird für das neueste

Hossein-Theaterspektakel als Werbefläche dienen. Unter der nachts dekorativ angestrahlten Abbildung von Jesus und seinen Jüngern (Foto) ist dann der Titel des Stücks zu lesen, ein Wort aus dem Matthäus-Evangelium: „. . . und Jesus war sein Name". Der pazifistisch gesinnte Hossein hält den Standort für ideal: Er habe „noch nie gesehen, daß hier eine Werbung für Waffen hing". Und auch der Erzbischof profitiert von der Aktion. Das großflächige Bild verdeckt ein Baugerüst.

Jerome Lindon, 66, Nachlaßverwalter des 1989 verstorbenen Schriftstellers Samuel Beckett, steckte im Kampf um die Werktreue eine Niederlage ein. Lindon hatte versucht, die Aufführung des Stücks „Warten auf Godot" beim Theaterfestival in Avignon per Gerichtsbeschluß zu verhindern. Denn das Ensemble „Brut de Beton" (zu deutsch etwa: „Beton brutal") besteht nur aus Frauen, der Text aber, monierte Lindon, handele von männlichen Charakteren und werde daher durch diese Besetzung falsch interpretiert – auch wenn sich die Schauspielerinnen als Männer schminken (Foto). Der Pariser Richter wies Lindons Klage zwar im Kern ab, verfügte aber ein kleines Zugeständnis: Vor jeder Aufführung muß jetzt eine Protestnote verlesen werden.

Taro Nakayama, 66, japanischer Außenminister, verschaffte sich vom Londoner Gipfeltreffen der sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten ein Souvenir aus Eigenmitteln. Nachdem der Japaner seine Kollegen in Anwesenheit des sowjetischen Außenministers Alexander Bessmertnych mit der von Tokio verlangten Rückgabe der Kurilen-Inseln genervt hatte, wollte der französische Außenminister Roland Dumas vorzeitig das Abendessen verlassen. Ein „Halt" Nakayamas hielt den Franzosen an der Tür zurück. Der japanische Außenminister zog eine heimische Kleinbildkamera aus der Tasche und bat seine Amtskollegen zum Erinnerungsfoto. Der japanische Dolmetscher erledigte den Fotoauftrag, damit Nakayama auch aufs Gruppenbild mit Bessmertnych kam.

Karl Heinz Funke, 45, niedersächsischer Landwirtschaftsminister, zeigt sich im Dienst als unerschrockener Schlemmer. Während der Eröffnung der Agrarmesse in Tarmstedt bei Bremen ließ sich der SPD-Politiker dazu überreden, auf eine elektronische Waage der Berufsgenossenschaft zu klettern. Das Gerät zeigte für den 1,83 Meter großen Funke 115,4 Kilo an (Foto) und ermahnte ihn dringend, 32,6 Kilo abzuspecken. „Wollen Sie unsere Waage kaputtmachen?" fragte der Computer unverblümt nach. Funke, selber Züchter von Mastochsen, ließ sich durch dieses



ernüchternde Erlebnis nicht den Appetit verderben. Anschließend verzehrte er zwei Teller Erbsensuppe, Käsehäppchen, Erdbeermilch und eine Portion Pellkartoffeln mit Quark. „Ich brauche keine Diät", erklärte der Minister, „meine Proportionen stimmen."

Yasmin Le Bon, 26, Fotomodell und Frau des Pop-Sängers Simon Le Bon („Duran Duran"), verbuchte bei einer

wohltätigen Auktion einen Mißerfolg. Für eine Gala der „Freunde der Erde" hatte sich die aktive Umweltschützerin nackt und im sechsten Monat schwanger ablichten lassen. Das großformatige Bild, so hoffte das Paar (Foto), werde bei der Versteigerung zugunsten des tropischen Regenwaldes „als wertvolles Sammlerstück viel Geld bringen". Es fand sich jedoch nur ein Bieter: Für 3000 Mark erhielt ihr Ehemann den Zuschlag.

Hans Joachim Maitre, 57, Dekan des College of Communication an der Bostoner Universität, fiel den eigenen Ansprüchen zum Opfer. In einer Festrede vor frisch graduierten Studenten zitierte der aus Deutschland stammende Maitre 15 Absätze aus einem Artikel des Filmkritikers Michael Medved über ethische Grundsätze, jedoch ohne den Autor zu nennen. Er habe vorgehabt, Medved zu erwähnen, entschuldigte sich Maitre in einem Brief an den Universitätspräsidenten, „ich muß in ein schwarzes Loch gefallen sein". Von seinem Posten als Dekan trat Maitre, in den siebziger Jahren stellvertretender Chefredakteur der *Welt am Sonntag*, zurück, aber er bleibt an der Fakultät. Seine Studenten werden da strenger behandelt. Regelmäßig erhalten sie die Warnung, wer abschreibe oder die Arbeiten anderer als die eigenen ausgebe, müsse die Universität verlassen.

Margaret Thatcher, 65, ehemalige britische Premierministerin und nun als Vortragsreisende unterwegs, erhielt eine psychologische Analyse ihres jähen Karriereendes im vergangenen November. Menschen in herausragenden Positionen, verkündete der führende Psychiatrie-Professor Hugh Freeman, unterlägen oft der Versuchung, sich von Mitarbeitern nur das erzählen zu lassen, „was sie gern hören wollen". Bei aggressiven und dogmatischen Menschen sei diese Eigenschaft besonders stark ausgeprägt. In Krisensituationen können solch verkürzte Informationen dann zu einer Katastrophe führen. „Der Sturz von Frau Thatcher", so der Psychiater über die in EG-Politik und Kopfsteuer unnachgiebige Regierungschefin, habe wohl auf diesen Mechanismen beruht.

Ronald Reagan, 80, ehemaliger US-Präsident, kann sich auf amerikanisches Taktgefühl verlassen. Im Herbst eröffnet in der Nähe von Los Angeles die Ronald-Reagan-Bibliothek; die geplante Fotoausstellung wird bereits im Vorfeld zensiert: Unter den Bilddokumenten findet sich keines, das Reagan mit dem Familienfreund Frank Sinatra zeigt. Der Alt-Star fiel in Ungnade, nachdem die Skandal-Biographin Kitty Kelley in ihrem Bestseller „Nancy Reagan" kolportiert hatte, Sinatra sei des öfteren über die Hintertreppe des Weißen Hauses zum Rendezvous mit Präsidentengattin Nancy geschlichen. Die Verantwortlichen der Bibliothek erklärten das Fehlen von Frankieboy diplomatisch: Die Sammlung sei noch nicht vollständig.

DER SPIEGEL – ein Lexikon der Zeitgeschichte

Es gibt kein ergiebigeres Nachschlagewerk zur jüngeren Geschichte als eine SPIEGEL-Sammlung.

Wer auch morgen die Fakten von heute parat haben will, kann aus SPIEGEL-Heften mit *Einbanddecken* ein Lexikon machen.

Für einen SPIEGEL-Jahrgang sind vier – ab 1990 fünf – Einbanddecken erforderlich; deren Rückenbreite kann erst am Ende eines Quartals festgelegt werden. Bestellungen sind deshalb nur für zurückliegende Quartale möglich; bitte angeben, für welche Jahresquartale die Einbanddecken benötigt werden. Preis DM 10,– pro Einbanddecke.

Versand gegen Vorkasse, im Inland portofrei. Überweisungen mit genauem Bestellvermerk bitte auf Postgirokonto Hamburg 19224-203 (BLZ 200 100 20).

DER SPIEGEL

SPIEGEL-Verlag Vertriebsabteilung
Postfach 11 04 20 W-2000 Hamburg 11

REGISTER

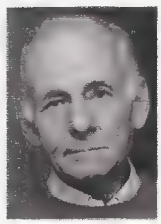
GESTORBEN

Axel Eggebrecht, 92. Als er, 84jährig, nach der Verleihung des mit 15 000 Mark dotierten Gerrit-Engelke-Preises gefragt wurde, was er mit dem Geld denn nun anfangen wolle, antwortete er ernsthaft und durchaus glaubwürdig: „Das lege ich mir beiseite, damit ich im Alter was auf der hohen Kante habe." Tatsächlich verblüffte der zartgliedrige Mann durch den Anschein ewiger Jugendlichkeit: Ob wie noch vor kurzem im Wahlkampf für die PDS an der Seite von Gregor Gysi oder als energischer Streiter in Fernseh- und Podiumsdiskussionen – präzise, rhetorisch mühelos und elegant redete er seinen Zuhörern ins soziale Gewissen. Seine Appelle an die Vernunft, die der Mit-

gründer des Nordwestdeutschen Rundfunks mit Vorliebe über den Hörfunk an politisch und zeitgeschichtlich Interessierte richtete, beruhten auf schier unerschöpflichen Lebenserfahrungen. Als Sohn eines Arztes in Leipzig geboren, zog er mit 18 Jahren begeistert in den Ersten Weltkrieg und kehrte daraus mit Verletzungen zurück, die seine Gesundheit sein Leben lang beeinträchtigten. Politisch sympathisierte er 1920 mit den rechtsradikalen Putschisten Kapp und von Lüttwitz. Dieser Jugendsünde folgte jedoch eine innere Kehrtwende, und er trat in die Kommunistische Partei ein. Enttäuscht wandte er sich aber auch von dieser ab, als er seine inzwischen pazifistischen und klassenkämpferischen Ideale nicht verwirklicht sah. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte er seine in den zwanziger Jahren bei der *Weltbühne* begonnene journalistische Karriere fort, getragen von der Aura um die großen Namen Siegfried Jacobsohn, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky. Eggebrechts massiver Widerstand gegen den Nationalsozialismus hatte ihn für kurze Zeit ins Konzentrationslager gebracht. Danach erhielt er Schreibverbot, rettete sich aber darüber hinweg, indem er Filmdrehbücher (zum Beispiel „Bel ami", 1939) verfaßte. Seine Autobiographie „Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche" (1975) und die Verlautbarungen „zorniger alter Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945", die er 1979 herausgab, gelten als authentische Zeugnisse ihrer Zeit. Axel Eggebrecht starb am vorvergangenen Sonntag in Hamburg an den Folgen eines Sturzes.

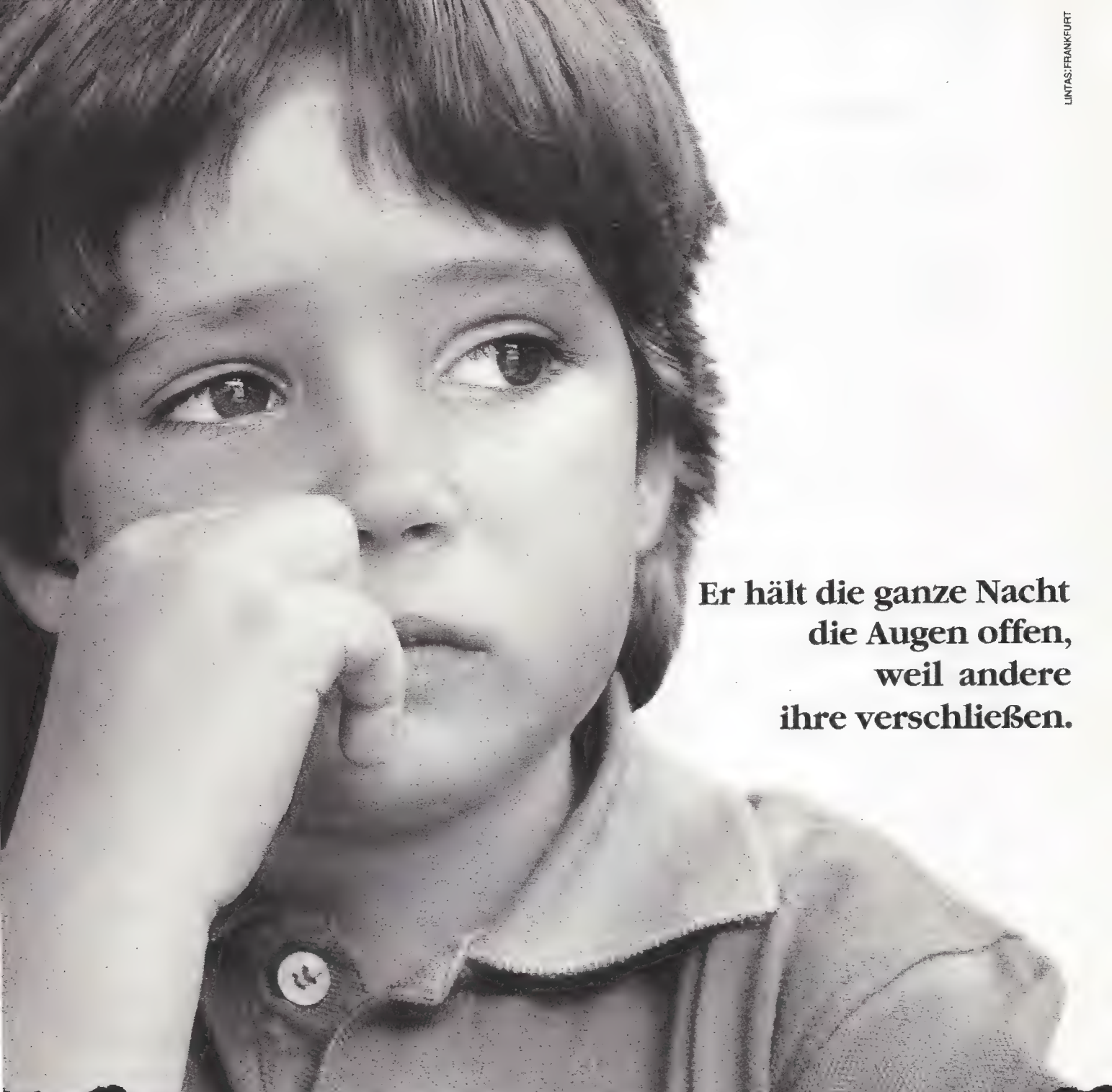
◆

Ludwig Greve, 66. Aus der Geburtsstadt Berlin, wo seine Eltern, wie er es formulierte, 1933 zu Juden ernannt wurden, floh Greve 1939 nach Frankreich und Italien. Vater und Schwester wurden von Nazi-Schergen deportiert und starben im KZ, der Sohn versteckte sich mit der Mutter in einem toskanischen Priesterseminar. Dort begann er zu schreiben. Der deutschen „Stiefmuttersprache" (Greve) blieb er auch treu, als er fünf Jahre in Palästina verbrachte. Von 1968 bis 1988 hat Greve die Bibliothek im Marbacher Literaturarchiv geleitet. Ihren Bekenntnis-Charakter panzert seine wortkarge Dichtkunst, indem sie an klassischen Formen wie der Ode Halt sucht. In dem Resümee-Band „Sie lacht" (1991) gibt es manche ergreifende Totenklage. Der Lyriker besang auch die „schaumige Mähne" der Nordseewellen, die ihm am Ende zum Verhängnis wurden: Ludwig Greve ertrank am vorvergangenen Freitag im Meer vor der Insel Amrum.



◆

Robert Motherwell, 76. Mit jedem Pinselstrich versuchte der große alte Mann des abstrakten Expressionismus „ein Wertgefüge zu finden, das die genau richtigen Empfindungen auslöst". Virtuos verstand er es, das Entstehen seiner meist großflächigen, form- und farbstarken Bilder zu analysieren und mit eindrucksvoller Dramatik zu schildern. Anfangs war er von den Surrealisten Max Ernst, André Masson, Yves Tanguy und André Breton beeinflußt, die sich während des Zweiten Weltkriegs in New York versammelt hatten und die er 1941 dort kennenlernte. Sein wohl bedeutendstes Werk ist der 1948 begonnene, über Jahrzehnte hinweg bearbeitete Zyklus „Elegy to the Spanish Republic", eine düster-bedrohliche Darstellung des Untergangs der spanischen Republik während des Bürgerkriegs. Robert Motherwell starb am vergangenen Dienstag in Massachusetts.



LINTAS:FRANKFURT

Er hält die ganze Nacht die Augen offen, weil andere ihre verschließen.

Sven kann nachts nicht schlafen. Ihn quält die Angst. Die Angst vor seinem Nachbarn, der ihn mißbraucht. Die Angst, daß dieser Mann seine Drohung wahr macht und ihm etwas antut, falls Sven ein Wort erzählt. Die Angst, daß dieser Mann ewig so weitermachen kann. Die Menschen um ihn herum verschließen die Augen. Sie sind hilflos. Deshalb werden Ahnungen und Vermutungen auch sehr schnell verdrängt. Die Wahrheit wollen sie nicht wahrhaben. Das große Schweigen hilft dem Nachbarn – und nicht Sven. Sexuelle Ausbeutung von Kindern findet statt. In allen sozialen Schichten. Von Fremden, Vätern, Müttern, Freunden und Verwandten. Jungen und Mädchen wie Sven gibt es viele. Svens brauchen Hilfe. Svens Nachbar braucht Hilfe. Ihre Hilfe. Unsere Hilfe. Unsere Telefonnummer: 0 5 1 1 / 6 6 0 9 7 9. R u f e n S i e u n s a n.

Deutscher Kinderschutzbund DEUTSCHER KINDERSCHUTZBUND (DKSB)

Helfen statt Schweigen.

Spendenkonto: Nr. 1012404000, BfG Bank AG Hannover, BLZ: 25010111.

MONTAG

19.30 – 21.05 Uhr. ZDF.

Der Sommer des Schakals

Der ehemalige Geheimagent Frederick Forsyth weiß, wie man Legenden aufbaut. Zum Auftakt einer neuen Forsyth-Reihe rund um den „Schakal" zeigt der Mainzer Sender heute eine Produktion aus dem Jahr 1989, in der der Bösewicht (dem Terroristen Carlos aus dem wirklichen Leben nachgebildet) ein Attentat auf den französischen Staatspräsidenten plant.

22.00 – 22.30 Uhr. ARD.

Ein Kampf um Harlem

Sven Kuntze versucht am Beispiel des Schwarzenviertels von Manhattan zu beweisen, daß sich aus dem Elend der vielen immer noch Kapital für die wenigen schlagen läßt.

22.50 – 23.20 Uhr. RTL plus.

10 vor 11: Ein Mann voller Tätigkeit

Alexander Kluge hechelt hinter den vielfältigen Aktivitäten August Everdings her, der rastlos verdrängt, daß seine Zeit als Münchner Generalintendant zu Ende geht, ohne daß der Stuhl des Kultusministers schon frei wäre.

23.00 – 0.30 Uhr. ARD.

Abend der Gaukler

Der Kritiker der Zürcher *Weltwoche* fragte nach diesem Film aus dem Jahr 1953 ratlos, „was eigentlich den Weltruhm des Autors und Regisseurs Bergman ausmacht". Sein Kollege von der *Zürcher Woche* fand dagegen in der Parabel vom Wanderzirkus als Schauplatz

Bergman-Darstellerin Andersson

menschlicher Dramen, daß Bergman zum Kernpunkt des Problems menschlicher Isolation vorgestoßen sei.

DIENSTAG

19.30 – 20.15 Uhr. ZDF.

Strahlende Erblast

Holger Douglas über den Skandal der Atom-Müllkippe Wismut, die Tausende von Mitarbeitern bereits das Leben gekostet hat.

21.00 – 21.45 Uhr. ARD.

Panorama

Geplant: IG-Chemie-Vize Hartmut Löschner – ein Wendehals; Gesundheitsreform – die große Pleite; Stasi-Mitarbeiter – neue Karrieren im neuen Deutschland.

21.50 – 23.30 Uhr. Pro 7.

Am ersten Montag im Oktober

1981 – bevor die Präsidenten Reagan und Bush aus dem Obersten Gerichtshof der USA ein konservatives Machtinstrument gemacht hatten – konnte sich Regisseur Ronald Neame noch darüber amüsieren, was passiert, wenn eine Frau (Jill Clayburgh) in dieses erlauchte Gremium der weisen neun einzieht, insbesondere, wenn ihr Gegner von Walter Matthau dargestellt wird.

22.55 – 0.20 Uhr. ZDF.

Ostkreuz

Klier-Darstellerin Tonke

Michael Klier, ausgezeichnet mit Filmkritik- und Grimme-Preis, erzählt für „Das kleine Fernsehspiel" eine Geschichte von der Berliner Mauer, die für ein 15jähriges Mädchen auch nach dem Abbruch die Lebenschancen begrenzt.

23.00 – 0.45 Uhr. ARD.

Don Giovanni

Peter Sellars' Manhattan-Version der Mozart-Oper. Obwohl es für den Musikfreund weniger eine Provokation denn ein Vergnügen ist, traut sich die ARD nicht, diese Inszenierung zu früherer Stunde und am Stück zu senden **(zweiter Teil Donnerstag, 23.00 Uhr)**.

23.05 – 23.35 Uhr. Sat 1.

SPIEGEL TV Reportage

Mahmoody gegen Mahmoody. „Nicht ohne meine Tochter" – Bettys Ehemann erzählt seine Version des Bestsellers (siehe auch Seite 162).

23.50 – 1.10 Uhr. RTL plus.

Der Abendanzug

Gérard Depardieu als Schwuchtel, der aber auch eine Schwäche für die Geliebte seines Bettgenossen hat. Für diese vergnügte und vergnügliche Konstellation ist Bertrand Blier zu danken. Michel Blanc, der Darsteller des beidseitig geliebten Antoine, bekam zum Lohn die Goldene Palme in Cannes.

MITTWOCH

20.15 – 21.00 Uhr. ZDF.

Studio 1

Geplant: Lebensmittelgutachten – frisiert und gefälscht; Kurden in der Türkei – Bilder eines Kampfes; Stasi-Pakt mit den Braunen.

20.15 – 21.59 Uhr. ARD.

Mord Ost – Mord West

Der Mauer-Fall zum Fall der Mauer: Von dem 1980 in den Westen gekommenen Schriftsteller Kurt Bartsch stammt die Vorlage zu diesem deutsch-deutschen Krimi um einen kriminellen Fluchthelfer, den der Engländer Peter Smith in Szene setzte. Fazit des Drehbuchautors Ted Whitehead: „Zu sagen, daß Frauen nicht absolut böse sein können, heißt, sie unterschätzen."

22.40 – 23.30 Uhr. ZDF.

Calafati Joe

Arik Brauer hat den Wiener Prater und seine Rummelplatz-Figuren einst besungen. Nun inszenierte Walter Davy eine sechsteilige Serie für das Österreichische Fernsehen, die auch den Piefkes zeigt, was Wiener Schmäh ist.

23.05 – 0.45 Uhr. Pro 7.

Abschied in der Nacht

So grausam starb Romy Schneider wohl in keinem anderen Film: von SS-Angehörigen mißhandelt, vergewaltigt und schließlich mit dem Flammenwerfer getötet. Der sanfte Ehemann (Philippe Noiret) wird darüber zum furiosen Rä-

Noiret, Schneider

cher, der es ganz allein mit den Nazi-Schergen aufnimmt. Bei soviel Gemetzel geht der Tiefgang freilich verloren. Die Franzosen waren trotzdem begeistert: Robert Enricos Werk bekam einen César als bester Film des Jahres 1975.

DONNERSTAG

20.15 – 20.59 Uhr. ARD.

Panthers, Fighters & Co.

Giovanni di Lorenzo und Lutz Konermann über „die ganz normale Gewalt junger Türken in Berlin".

21.00 – 23.20 Uhr. Sat 1.

Greystoke – Die Legende von Tarzan, Herr der Affen

Lambert

Zum 42. Mal erscheint mit diesem Film der Herr der Affen auf der Leinwand, aber die Zeiten haben sich geändert. In Hugh Hudsons Melodram (1983) zappelt Christopher Lambert nicht mehr an Lianen, sondern hockt auf einem Parkbaum in London. Doch im Asphalt-Dschungel Europas hält es Tarzan nicht aus – er muß zurück in den Urwald.

23.15 – 23.45 Uhr. Nord III.

Monty Python's Flying Circus

Die subversiven Späße der englischen Truppe zum erstenmal komplett im deutschen Fernsehen (siehe Seite 166).

FREITAG

22.00 – 23.50 Uhr. Sat 1.

Krieg im Spiegel

George Smiley fehlt zwar noch – doch das tödliche Sandkastenspiel der Spionage ist schon in dem frühen Roman von John le Carré zu spüren, den Frank R. Pierson 1968 verfilmte. „Eine böse Massakerfarce der Kalten Krieger", befand die Münchner *Abendzeitung*.

22.05 – 0.05 Uhr. Eins Plus.

Mr. Klein

„Dies ist kein Film über die bösen Teutonen", erläuterte Joseph Losey 1976 seinen ersten in Frankreich gedrehten Streifen. In den Augen der Franzosen hatte Losey mit seiner Darstellung der Kollaboration in Frankreich ein Tabu verletzt. Doch gleichzeitig wurde die Geschichte vom Kunsthändler (Alain Delon), der mit einem Juden verwechselt wird und ins KZ kommt, mit drei Césars ausgezeichnet.

22.10 – 22.50 Uhr. ZDF.

Aspekte

Kultur-Städteporträts von Marseille, Barcelona und Genua.

23.15 – 0.55 Uhr. ZDF.

Ein Mann namens Hennessy

Kritiker fanden an diesem Film von Don Sharp aus dem Jahr 1974 vor allem bemerkenswert, daß die Königin von England in einigen geschickt einmontierten Dokumentarszenen mitwirkt. In dem pfiffigen Verschnitt von Wahn und Wirklichkeit geht es um den Bürgerkrieg in Irland, der den Film freilich bis heute überdauert hat.

SAMSTAG

20.15 – 21.45 Uhr. ARD.

Die Reise zum Regenbogen

Roncalli-Chef Bernhard Paul hat es geschafft. Seine Wiederbelebung des Zirkusgedankens trug ihm jetzt sogar den Samstagabend-Ehrenplatz im ARD-Programm ein, wo er den 15. Geburtstag seines Unternehmens feiern darf.

Roncalli-Szene mit Paul (M.)

Nur der schon allzulang erprobte Charme des Moderators Gerhard Schmitt-Thiel mag da nicht so recht ins Bild vom neuen Varieté passen.

23.40 – 1.25 Uhr. 3Sat.

Trash

In der Andy-Warhol-Reihe des Kultursenders gibt es diesmal Paul Morrisseys Drogen-Drama aus den New Yorker Slums. Morrissey konnte sich dabei nicht so recht entscheiden, ob er einen Underground- oder einen Aufklärungsfilm drehen sollte.

SONNTAG

20.00 – 23.30 Uhr. Sat 1.

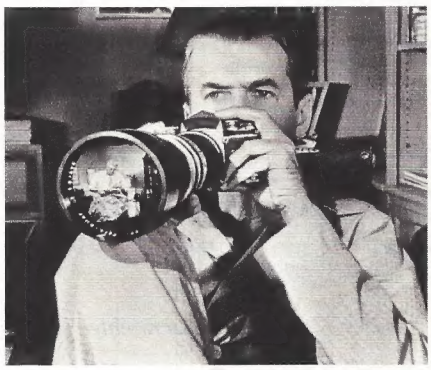
Der Stoff, aus dem die Helden sind

Den Stoff für die Handlung haben Amerikas Astronauten geliefert; in die dramaturgische Form gepreßt von Tom Wolfe. Philip Kaufman hat daraus einen Film gemacht, der die Heldenverehrung Amerikas für seine Raumfahrer nicht allzusehr in Frage stellt und doch das ganze ehrgeizige Unternehmen der US-Politik auf Normalmaß zurechtstutzt.

20.15 – 22.05 Uhr. ARD.

Das Fenster zum Hof

Hitchcocks genialer Blick in die gegenüberliegende Wohnung brachte ihm,



Stewart

Grace Kelly und James Stewart 1954 so viel Ruhm und Anerkennung ein, daß sich der Rechtsstreit darüber, wer denn nun wirklich die Rechte an der Geschichte habe, bis 1990 dehnte.

21.50 – 22.20 Uhr. RTL plus.

SPIEGEL TV Magazin

Geplant: Der Fall Krause – Abstieg eines Aufsteigers; Krankenhaus gesund, Patient tot – tödliche Sparmaßnahmen.

22.05 – 22.35 Uhr. ARD.

Kulturreport

Geplant: Die bestsellernde Schauspielerin Renan Demirkan; die Abwicklung der Ost-Berliner Humboldt-Universität; was ist los in den europäischen Hauptstädten?; von Litauen über Kapstadt nach London – der Autor Anthony Sher.

23.10 – 0.10 Uhr. ZDF.

Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull

So recht begeistert war Thomas Mann von seinem Romanhelden nie. Das tat dem Erfolg des Tunichtgutes keinen Abbruch. 1982 nahm sich Bernhard Sinkel des Mannschen Spätwerks an und machte daraus eine fünfteilige Serie, die von heute an das Sommerloch des ZDF stopft.

HOHLSPIEGEL

Helmut Heissenbüttel in der *Süddeutschen Zeitung* über Ludwig Greve: „Er war ein Dichter. Er war es um so mehr, je mehr er sich um das Dichterische bemühte . . . Er war ein Dichter, weil er meinte, ein Dichter zu sein. Denn das Bemühen ist die eigentliche Wurzel des Dichterischen, nicht die Methode oder die Gabe. Er war ein Dichter. Um so mehr, als er als Dichter Dichter sein wollte."

◆

Aus einem Entwurf der sächsischen Staatsregierung für ein Schulgesetz in Sachsen: „Die Schulpflicht erstreckt sich auf den regelmäßigen Besuch des Unterrichts und der übrigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule sowie auf die Einhaltung der Schulordnung. Dasselbe gilt für Schüler, die nicht schulpflichtig sind."

◆

Nach der Obduktion steht fest:

Willi Bosch ist tot

Polizei: Mann hatte sich einen Kugel durch den Kopf geschossen

Aus den *Calwer Kreisnachrichten*

◆

RADIO-TIP

Vor wenigen Wochen starb der Saxophonist **Stan Getz**. Heute ist er noch einmal live zu hören: im **Deutschlandfunk um 20.10 Uhr.**

Aus der *Hamburger Morgenpost*

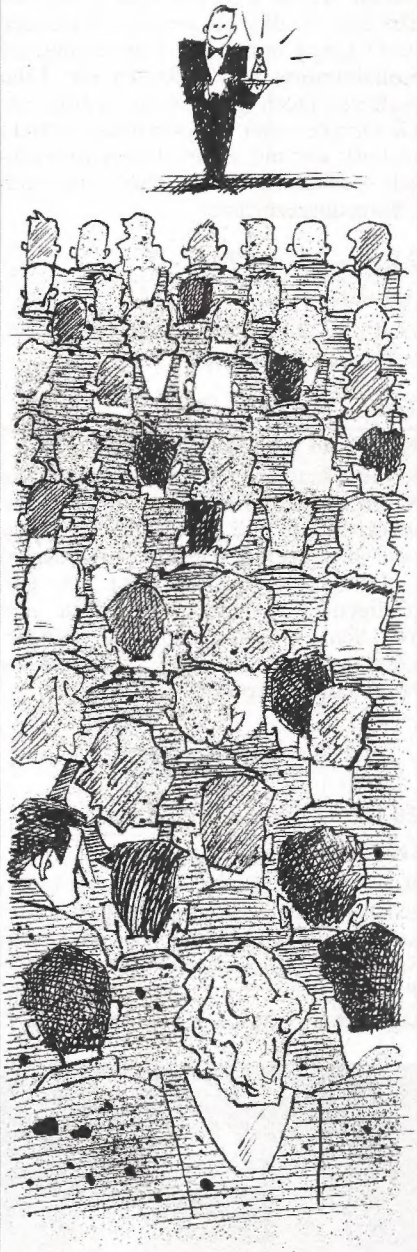
◆

Das *Leipziger Tageblatt* über den Mazda MX-3: „Äußerlich setzt Mazda seine Design-Konzeption bestens durch, wer runde, fließende Linien an einem Auto haben möchte, bitte sehr, hier sind sie. Die schlitzäugigen Lichtspenderpartien lassen unschwer auf das Herkunftsland schließen."

◆

Interview in der Boulevard-Zeitung *Super*: „Ist Lustgestöhn ortsüblich oder unvermeidlich? Dazu der Sexualforscher Dr. Marcus Wawerzonnek: ‚Ja, es ist unvermeidlich. Ein Kissen während des Aktes auf das Gesicht der Frau gedrückt birgt die Gefahr von Atemnot in sich. Man muß versuchen, Spitzenwerte in der Lautstärke zu vermeiden.'"

DIE KUNST DES LEBENS. (186)



Auf die Masse soll und muß jeder Dichter wirken, mit der Masse nie.

Franz Grillparzer

Da geht es dem Dichter wie dem Gastgeber. Gutes muß er anbieten - nicht viel. Henkell Trocken.

HENKELL TROCKEN

RÜCKSPIEGEL

Zitat

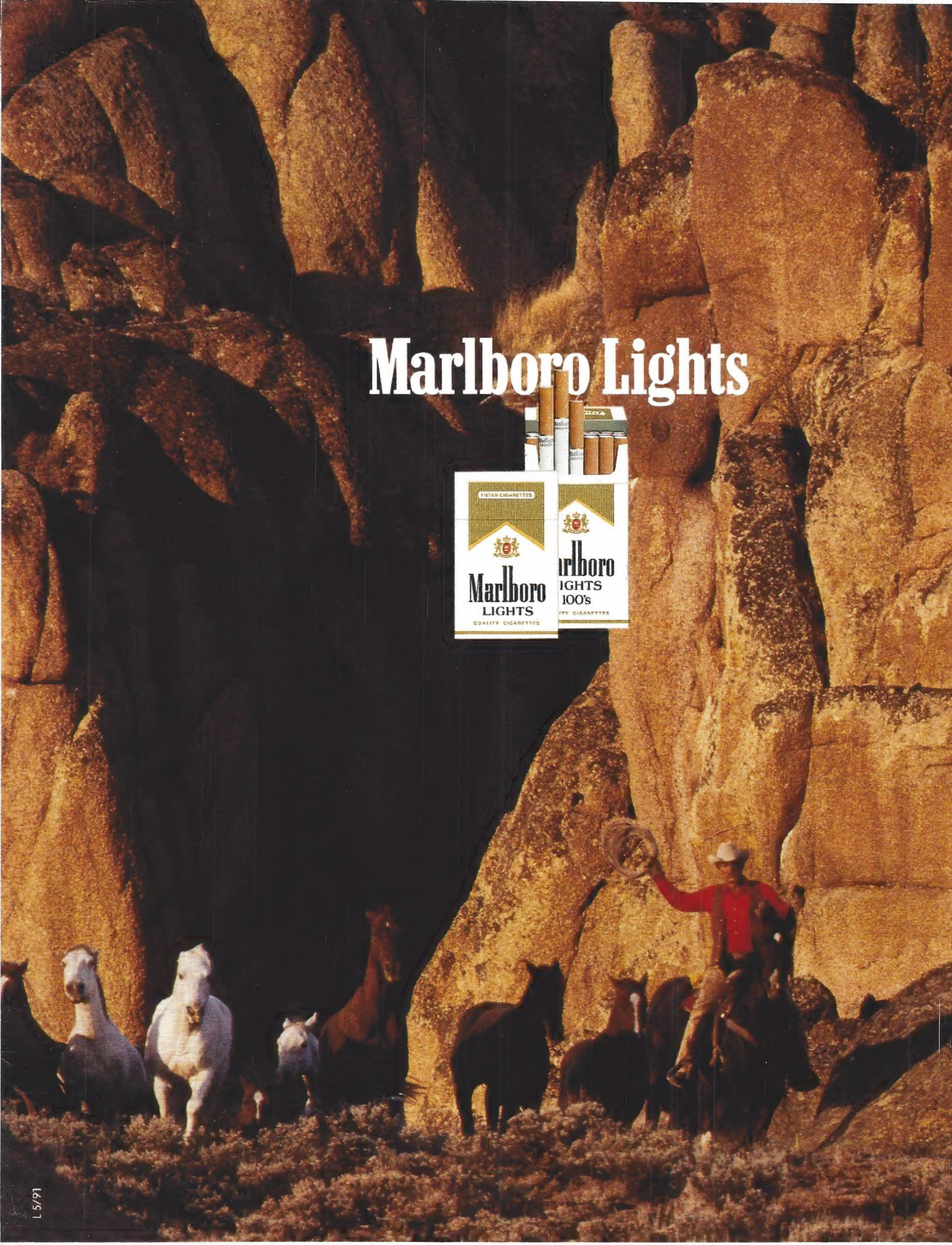
Die *Zeit* zum SPIEGEL-Interview mit CDU-Generalsekretär Volker Rühe über die Stimmung in seiner Partei (Nr. 28/1991, „Die Lage ist katastrophal"):

„Die Lage ist zum Teil katastrophal": Ausgerechnet Rühe hat diesen Befund vor zwei Wochen mitgeteilt und noch dazu im SPIEGEL. Daß er recht hat, weiß man im Kanzleramt. Als erstes aber hat der Generalsekretär, der wegen seiner großen Nähe zu Kohl in Teilen der Partei zum Buhmann wurde, nun auch den Zorn des Herrn auf sich geladen. Von einer heftigen Aussprache zwischen Kohl und Rühe vor dessen Urlaub ist zu hören, und dementsprechend kommentiert man im Haus des Kanzlers dessen Ärger: Wie konnte Rühe nur den verheerenden Inhalt seiner internen Studie veröffentlichen? Und noch dazu mit der Bemerkung, in der Partei gebe es „Schwächen auf allen Ebenen", er, Rühe, sei dafür, „daß jeder an seinem Platz die Schwächen ausmerzt". Damit hat er gewiß nicht auf Kohl gezielt, Rühe geht nicht Geißlers Weg. Aber das zielt objektiv auch auf Kohl, und da hören beim Chef der Spaß und die Geduld auf. Bei allem Ärger über den Boten mit der schlechten Nachricht, die Probleme der CDU wird Kohl so leicht nicht lösen, mit oder ohne Rühe. Da hilft auch keine Regierungsumbildung, die er spätestens 1993, ein Jahr vor der Bundestagswahl, vornehmen möchte.

Der SPIEGEL berichtete . . .

. . . erstmals in Nr. 1/1990 SCHÜSSE AM SCHARMÜTZELSEE über eine geheime Partisanentruppe der DKP.

Der Chef der geheimen „Militärorganisation" (MO) der DKP, der westdeutsche Altkommunist Harry Schmitt, 71, wurde nach Recherchen hessischer Verfassungsschützer vergangenen Mittwoch in Berlin-Pankow von Kriminalbeamten enttarnt. Damit war der letzte Beweis über die Sabotagetruppe geführt, deren Existenz dem Bundesamt für Verfassungsschutz nach dem ersten SPIEGEL-Bericht noch „eher unwahrscheinlich" schien. Schmitt, den meisten Beteiligten nur unter seinem Decknamen „Ralph Forster" bekannt, hatte die konspirative Spreng- und Schießausbildung von über 100 DKP-Funktionären in der DDR im Auftrag der SED-Staatsführung und mit Hilfe einer „Schaltstelle" in der DKP-Führung organisiert – für Hessens Verfassungsschützer der Versuch eines „hochverräterischen Unternehmens".



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält: Marlboro Lights 0,4 mg Nikotin und 5 mg Kondensat (Teer), Marlboro Lights 100's 0,6 mg N und 7 mg K (Durchschnittswerte nach DIN)

Bitte ein Bit
Bitburger Pils
Bitburger Pils
EIN BESONDERES UNTER DEN BESTEN.